



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE



Eine Auswahl der Marxistischen Lehrbriefe
aus den Serien A, B, C, D, E, F und G



NEUE IMPULSE VERLAG

Serie A: Gesellschaft und Staat



Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf, II

20 Seiten



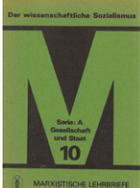
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte

24 Seiten



Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus

20 Seiten



Der wissenschaftliche Sozialismus

24 Seiten

Serie B: Arbeit und Wirtschaft



Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?

24 Seiten



Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften

24 Seiten



Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?

24 Seiten



Automation – Freund oder Feind?

24 Seiten



Der Wirtschaft der DDR
Teil 1: Industrie

24 Seiten

Serie B: Arbeit und Wirtschaft



Die Industrie der Sowjetunion

24 Seiten



Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

20 Seiten



Probleme des Kampfes um Mitbestimmung

20 Seiten



Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR

20 Seiten

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte



Reformation und Bauernkrieg (1517–1526)

24 Seiten



Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert

28 Seiten



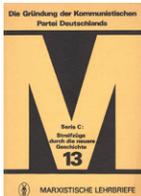
Roter Oktober 1917

24 Seiten



Karl Marx – Aus seinem Leben

24 Seiten



Die Gründung der
Kommunistischen Partei Deutschland

20 Seiten

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte



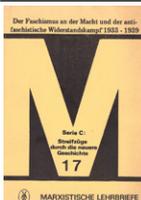
Die Paris Kommune 1871

24 Seiten



Die deutsche Arbeiterbewegung
1919 bis 1923

20 Seiten



Der Faschismus an der Macht und der
antifaschistische Widerstandskampf 1933–1939

20 Seiten



Der Zweite Weltkrieg und der
Widerstandskampf der deutschen Arbeiterklasse

20 Seiten



Die deutsche Sozialdemokratie
um die Jahrhundertwende

20 Seiten

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit



Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in den drei Westzonen Deutschlands (1946–1947)

24 Seiten



Von Potsdam nach Bonn –
Wie wurde Deutschland gespalten?

24 Seiten



Chinas Weg –
Vom Marxismus zum Maoismus. Teil II

20 Seiten



Probleme des Verhältnisses
von Marxisten und Christen

24 Seiten



Die Bundesrepublik auf dem Wege
zur Militarisierung (1949–1955)

20 Seiten

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit



Der Kampf der arabischen Völker
gegen Imperialismus und Zionismus

20 Seiten



Der Befreiungskampf in Indochina – Teil 1:
Vietnam von 1945–1954

16 Seiten



Revolutionäre Kämpfe in Lateinamerika

20 Seiten



Die nationale Befreiungsbewegung und
Entwicklungsprobleme Schwarzafrikas

20 Seiten



Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA

24 Seiten

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit



Der Befreiungskampf Angolas, Guineas
und Mocambiques gegen
den portugiesischen Imperialismus

20 Seiten

Serie E: Das moderne Weltbild



Geschichte – Zufall oder Gesetz?

24 Seiten



Die Grundfrage der Philosophie

20 Seiten



Die marxistische Auffassung der Erkenntnis
(Erkenntnistheorie)

20 Seiten



Freiheit in marxistischer Sicht – Teil II
(Freiheit im Sozialismus)

24 Seiten

Serie E: Das moderne Weltbild



Einführung in die marxistische Dialektik
Teil 1

20 Seiten



Einführung in die marxistische Dialektik
Teil 2

20 Seiten

Serie F: Kultur in unserem Leben



Wer hat Kultur? Aber, wer macht sie?

20 Seiten

Serie G: Einführung in Werke der Klassiker



Kurt Reißig

Einführung in Lenins Schrift

„Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“

66 Seiten



Heinz Waschowitz / Achim Dippes

Einführung in Marx' Schriften „Lohnarbeit
und Kapitel“ und „Lohn, Preis und Profit“

66 Seiten

Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf, II

**Serie: A
Gesellschaft
und Staat**

4



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Marx'sche Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf (II)	Seite
Streikbewegung im Kapitalismus nach der Oktoberrevolution	1
Einige Hauptargumente der Gegner der Marxschen Klassentheorie	1
Über die Klassenbeziehungen im heutigen Kapitalismus	5
Einige Fragen des Klassenkampfes	13

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Freyeisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Marx'sche Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf (II)

In einem ersten Lehrbrief zu diesem Thema legten wir zunächst die bei uns gängigen nicht-marxistischen Auffassungen zum Thema Klassen und Klassenkampf dar. Danach entwickelten wir die wissenschaftlich, von Marx und Engels begründete Theorie der Klassen und des Klassenkampfes. Wir wollen nunmehr zunächst die hauptsächlichlichen Argumente darlegen und kritisieren, die gegen Marx'sche Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf heute vorgetragen werden.

Streikbewegung im Kapitalismus nach der Oktoberrevolution

	1919	— 1939	1946	— 1966
	Zahl der Streiks	Zahl der Streikend.	Zahl der Streiks	Zahl der Streikend.
Gesamte kap. Welt	177.400	80,8 Mill.	387.600	297,9 Mill;
Kap. Industrieländer	165.600	74,5 Mill.	309.800	259,1 Mill.

In der Periode seit 1945 stieg die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern gegenüber der Vorkriegsperiode auf das 1,5 - 2-fache. Die Zahl der Streikteilnehmer stieg auf das 3,5-fache.

Die Organisiertheit der Arbeiter und Angestellten nimmt ständig zu:

Anzahl der	1913	1920	1939	1964
Gewerkschaftsmitglieder	14 Mill.	45 Mill.	50 Mill.	205 Mill.

Einige Hauptargumente der Gegner der Marxschen Klassentheorie

1. Die Anhänger der Lehre von der breiten Eigentumsstreuung sagen: Zugegeben, es gibt keine Gerechtigkeit, solange eine Klasse das Monopol an den Produktionsmitteln hat. Aber warum gebt Ihr Marxisten Euch nicht mit der daraus folgenden Konsequenz zufrieden, daß man dieses Monopol durch eine breite Streuung des Eigentums brechen muß? Eure Folgerung der Enteignung der Kapitalisten ist eine unnötige Gewaltkur.

Dieses Argument tritt in den verschiedenen Versionen (Miteigentum, Volksaktie, Vermögensbildung usw.) auf. Es ist aber gar nicht neu, sondern ein altes Argument kleinbürgerlicher Kapitalismuskritik. Als sich — Ende des achtzehnten Jahrhunderts — infolge der inneren Gesetze des Kapitalismus, insbesondere des Konkurrenzkampfes, aus der Masse der Kleinentümer einige wenige größere und Großeigentümer an Produk-

tionsmitteln heraussonderte, da meldet sich erstmals die Kritik des Kleinbürgertums und forderte eine gerechtere Eigentumsverteilung. Ihre Sprecher waren zum Beispiel Rousseau, Fichte und andere. Marx hat sich mit diesen Ansichten bereits in der Periode der Herausbildung seiner sozialistischen Auffassungen auseinandergesetzt, insbesondere in den Werken „Die heilige Familie“, „Die deutsche Ideologie“, später vor allem im „Manifest der Kommunistischen Partei“ (im Abschnitt III: Sozialistische und kommunistische Literatur, b) Kleinbürgerlicher Sozialismus).

Marx ging in seiner Kritik davon aus, daß dieser „kleinbürgerliche Sozialismus“ von der Basis der Verteidigung der bestehenden Eigentumsordnung aus geht. Aber er ist mit einigen ihrer Konsequenzen (Konkurrenzkampf, Enteignung der kleineren Eigentümer durch größere usw.) nicht einverstanden. Dieser „kleinbürgerliche Sozialismus“ will die Entwicklung anhalten oder gar zurückdrehen und glaubt, sich dabei über die inneren Entwicklungsgesetze des Kapitalismus hinwegsetzen zu können. Das ist weltfremd und sogar politisch reaktionär.

Es wird also übersehen, daß das Großeigentum gesetzmäßig aus dem Kleineigentum hervorgeht. Selbst wenn man ein breit gestreutes Kleineigentum wiederherstellen könnte, so würde sich daraus, im Ergebnis des Wirkens der in dem Kapitalismus innewohnenden Konkurrenzgesetze, innerhalb einer gewissen Zeit das Großeigentum wieder herausbilden.

Weiter wird bei dieser ganzen Theorie des breit gestreuten Eigentums dies übersehen:

Wegen der unaufhebbaren, notwendigen Form moderner Produktion, die industrielle Großproduktion ist und sein muß, könnte solches Kleineigentum bestenfalls Anteilseigentum (etwa wie normales Aktiengrundbesitz) an Großbetrieben sein. Aber welche gesellschaftliche Funktion hätte solches Anteilseigentum? Es wäre für den Arbeiter nicht verfügbar (nicht disponibel). Er würde faktisch einen Teil seines Einkommens im Wege des Konsumverzichts an Banken oder andere Großeigentümer zur Verfügung stellen. Er würde, statt selbst stärker zu werden, einen Teil seiner materiellen Mittel abzweigen, um das Großkapital noch zu verfestigen.

Es gäbe jedoch einen Gesichtspunkt, unter dem man in der Arbeiterbewegung das Problem des Anteilseigentums an industriellen Produktionsmitteln diskutieren könnte: wenn der Anteilstitel von den Arbeitern bei einer Gewerkschaftsbank hinterlegt würde. Diese Gewerkschaftsbank könnte bald recht ansehnliche Finanzmittel, die in der Großindustrie angelegt sind, ins Spiel bringen. Es käme dann allerdings alles darauf an, welche Politik die Gewerkschaft mit einer solchen Bank entwickelt. Von hier aus könnte das Problem angegangen werden, mit einer solchen Bank einen Hebel für die Einwirkung in das Großkapital im Interesse der Arbeiter und Angestellten anzusetzen. Eine andere, den Arbeitern dienliche Form von Anteilseigentum ist nicht möglich.

Kurzum: das Argument der breiten Eigentumsstreuung ist kein Argument gegen die Marx'sche Klassenkampftheorie. Denn selbst wenn man das

Arbeiter-Anteils-Eigentum bei einer Gewerkschaftsbank konzentrierte, würden wir erstens eine Form des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten gegen das Großkapital entwickeln und – zweitens – eine Form des genossenschaftlichen, also Gemeineigentums dem Privateigentum entgegenstellen. Die einzige Form also, in der das Anteilseigentum der bis dahin Eigentumslosen sinnvoll wäre, wäre eine Form des Klassenkampfes, die nie die Hauptform sein kann, aber unter Umständen im Gesamtkampf gegen das Kapital eine nützliche Funktion spielen kann.

2. Ein anderes Argument gegen die Marx'sche Klassenkampflehre lautet: Es gibt keine Klassen mehr. Die oberen Schichten haben sich etwas nach unten und die unteren sich etwas nach oben entwickelt, beide treffen sich in einer recht breiten Mittelschicht.

Was sagen wir Marxisten dazu?

Das „Bild“ stimmt nicht. 1953 verfügten jene großen Konzerne, von denen jeder mehr als 100 Millionen DM Aktiengapital besaß, über 34 Prozent des bundesdeutschen Aktienkapitals, 1965 waren das bereits 57 Prozent und im Laufe des nächsten Jahrzehnts werden es 75 bis 80 Prozent sein. 1969 verkauften 21,5 Millionen Männer und Frauen in der Bundesrepublik (= 82 % der Erwerbstätigen) ihre Arbeitskraft als Nichtbesitzer von Produktionsmitteln an die privaten oder staatskapitalistischen Produktionsmittelbesitzer. 1950 waren es erst 72 Prozent. Der Reichtum unserer Nation ist also heute noch weit mehr als zu jener Zeit, da Marx seine Klassenkampf-Lehre erarbeitete, bei einer kleinen Schicht von Riesen-eigentümern zusammengeballt. Nach Angaben des Siebke-Gutachtens besaßen 1966 1,7 Prozent aller Haushalte in der BRD 73,5 Prozent des Produktivvermögens. Dieses Verhältnis hat sich bis heute weiter zugunsten der hauchdünnen Oberschicht verändert. Ein weiteres Indiz dafür ist die Tatsache, daß nach den Ergebnissen der Vermögensstatistik 1966 weniger als 1 Prozent aller privater Haushalte über rund 90 Prozent des Gesamtbestandes an Aktien und Investmentzertifikaten in ihrem Besitz hatten (Vgl. Marxistische Blätter, Nr. 5/1971, S. 28).

3. Die Gegner der Marx'schen Klassenkampf-Lehre sagen auch: Die Arbeiter besitzen heute Autos, Waschmaschinen, Kühlschränke, fahren in Urlaub nach Italien, sind also keine besitzlosen Proletarier mehr.

Was sagen die Marxisten dazu?

Hier wird bewußt oder unbewußt etwas verwechselt. Das Unterscheidungsmerkmal der Klassen ist der Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln, nicht aber von Konsumgütern, langlebigen Konsumgütern. Die verbesserte Lebenshaltung breiterer Kreise der werktätigen Bevölkerung ist erstens das Ergebnis des Klassenkampfes, des Kampfes der Gewerkschaften und Arbeiterparteien. Sie ist zweitens Ergebnis solcher Unternehmer-Überlegungen, daß man sich, Angesichts in Angesicht mit dem Sozialismus, ein zu großes Masseneiland nicht mehr leisten kann, also im eigenen Daseinsinteresse zu gewissen Zugeständnissen gezwungen ist. Hier liegt demnach ein recht starker Einfluß des existierenden Sozialismus vor. Wir haben es folglich bei dem tatsächlich angestiegenen Lebensstandard von Arbei-

terschichten nicht mit einem Argument gegen die Klassenkampflehre von Marx zu tun, sondern umgekehrt: hier wird der einzige Weg sichtbar, den die Arbeiter beschreiten müssen, wenn sie auch künftighin ihre Lage verbessern wollen.

4. Die Gegner der Marx'schen Klassenkampflehre meinen auch:

Also schön, Klassen und Klassenkonflikte gibt es. Man muß nur dafür sorgen, daß diese Interessenkonflikte nach vernünftigen Spielregeln ausgetragen werden.

Wir Marxisten stellen dazu die Frage, wer diese „vernünftigen“ Spielregeln festsetzt? Wer sagt denn, was eigentlich das „Gemeinwohl“ ist, an dem man sich bei der Festlegung der Spielregeln orientieren soll? Wer sagt das in einer Ordnung, in der wenige hundert Familien fast den ganzen Reichtum der Nation besitzen? Schiller sprach doch von „sozialer Symmetrie“ und „konzertierter Aktion“. Nun, wer schwang den Taktstock in diesem Konzert und wer sagte, was schief und was unsymmetrisch ist?

In den Jahren von 1960 bis 1964 reichten die Verbände der Großunternehmer beim Staatsapparat etwa 2.000 Eingaben ein. Die weitaus meisten davon fanden ihren Niederschlag in Gesetzen oder staatlichen Verordnungen. Man wird vergeblich nach einem ähnlichen Gewerkschaftseinfluß suchen. Aber ist denn das Gemeinwohl eine Sache von wenigen hundert Reichen oder eine Sache der über 80 Prozent unseres Volkes umfassenden Arbeiter- und Angestelltenschichten?

5. Schließlich hören wir von den Gegnern der Marx'schen Klassenkampflehre den folgenden Einwand:

Klassen und Klassenkonflikte gibt es, aber sie sind unaufhebbar, denn sie entspringen ganz einfach der Struktur der Produktion. Es geht nun einmal nicht ohne Leiter und Geleitete und dabei muß es zu Konflikten kommen. Das gilt für den Kapitalismus und den Sozialismus.

Und was sagen wir, die Marxisten, dazu?

Natürlich ist es eine Binsenweisheit, daß es in der Produktion nicht ohne Leitung geht. Die Frage ist „nur“ die: im Kapitalismus trifft es sich ganz „zufällig“ so, daß die Leiter entweder die Großkapitalisten sind oder daß sie es sind, die sich die Leiter mieten können, während genauso „zufällig“ die unteren Millionen die Angeleiteten sind und bleiben. Also: die Funktion, Leiter oder Angeleiteter zu sein, entspringt im Kapitalismus nicht der Struktur der Produktion und nicht vorrangig den persönlichen Fähigkeiten und Leistungen des Leiters, sondern ergibt sich aus dem Besitz oder Nicht-Besitz an Produktionsmitteln. Im Sozialismus — von anderen Seiten des Leitungsproblems wird hier bewußt abgesehen — ist das eben nicht so. Der Sohn eines Wirtschaftsfachmanns wird nicht automatisch der Nachfolger auf dem Stuhl seines Vaters. Hier entscheiden andere Faktoren, vor allem Können und Leistung, welche Position jemand einnimmt. Und da es im Sozialismus keine Bildungsvorrechte gibt, gibt es auch keine derartige Regel, daß bestimmte untere Volksschichten von vornherein davon ausgeschlossen sind, in die wirtschaftliche und staatliche Führung aufzurücken.

Also: Keines der grundlegenden Argumente der Gegner von Marx gegen seine Klassentheorie ist wirklich stichhaltig. Marx hat recht, nicht seine Kritiker.

Über die Klassenbeziehungen im heutigen Kapitalismus

Worin besteht nun heute der Kernpunkt in den Beziehungen zwischen den gegebenen Klassen? Können die Klassengegensätze zwischen Großkapital und arbeitendem Volk versöhnt werden oder sind sie objektiv unversöhnlich?

Tabelle 1

Die Konzentration des Kapitals im Bereich der Aktiengesellschaften in der BRD*

Größenklassen		Gesellschaften		Grundkapital	
		Zahl	v. H.	Mio DM	v. H.
Stand 31. Dezember 1959					
bis	10 Mio DM	2.026	85,1	4.116,2	15,1
über 10 bis	50 Mio DM	248	10,4	5.732,1	21,2
über 50 bis	100 Mio DM	55	2,3	4.153,2	15,4
über	100 Mio DM	50	2,2	13.053,4	48,3
Gesamt		2.379	100,0	27.054,9	100,0
Stand 30. Juni 1964					
bis	10 Mio DM	1.881	79,4	5.220,1	13,0
über 10 bis	50 Mio DM	349	14,7	8.031,2	20,1
über 50 bis	100 Mio DM	67	2,8	5.043,1	12,6
über	100 Mio DM	73	3,1	21.744,3	54,3
Gesamt		2.370	100,0	40.038,7	100,0
Stand 31. Dezember 1969					
bis	10 Mio DM	1.598	73,8	4.254,9	7,9
über 10 bis	50 Mio DM	390	18,0	9.106,7	17,0
über 50 bis	100 Mio DM	82	3,8	7.427,4	13,9
über	100 Mio DM	95	4,4	32.777,9	61,2
Gesamt		2.165	100,0	53.566,9	100,0
Stand 31. Dezember 1970					
bis	10 Mio DM	1.531	71,0	2.749,6	5,0
über 10 bis	50 Mio DM	429	19,9	9.581,5	17,4
über 50 bis	100 Mio DM	94	4,4	7.330,5	13,3
über	100 Mio DM	102	4,7	35.376,8	64,3
Gesamt		2.156	100,0	55.038,4	100,0

* 1959 BRD ohne Saarland, 1964 bis 1970 einschl. Saarland.

Quelle: DWJ-Berichte, Berlin, Nr. 8/71, S. 20

Das ist jener zentrale Punkt, um den sich im Grunde alles dreht. Tatsächlich geht die ganze offizielle Propaganda über die Einebnung der Klassenunterschiede usw. stillschweigend von der Idee aus, daß die vom Kapitalismus erzeugte Klassengegensätze aussöhnbar sind, daß der Kapitalismus die von ihm erzeugten Klassengegensätze durch seine eigene Entwicklung, also aus sich selbst heraus, auflösen und überwinden könne, daß also eine „Sozialpartnerschaft“, eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ zwischen den sog. Sozialpartnern möglich und im Interesse dieser Entwicklung sogar geboten sei.

Wir Marxisten bezeichnen diese Ideen als Propaganda-Lügen, durch die die werktätigen Massen, über den Charakter der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung getäuscht werden sollen. Wir haben auf verschiedenen Gebieten, gerade auch auf solchen, die von der offiziellen Propaganda in den Vordergrund geschoben werden, gezeigt, daß die Klassenunterschiede nicht eingeebnet, sondern daß die Kluft zwischen den Klassen (Kapital und Arbeit) im Gegenteil, wie die Streikämpfe 1969 und 1970 aussagen, tiefer geworden ist und schärfer hervortreten beginnt. Alles dies zeugt aber davon, daß die Klassengegensätze zwischen der Arbeiterklasse und der Großbourgeoisie nicht versöhnt werden können.

Warum ist das so?

Der Kapitalismus beruht auf dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung, auf der Trennung der Millionen gesellschaftlich produzierender Arbeiter und Angestellten von den industriellen Produktionsmitteln, auf ihrer Ausbeutung durch eine kleine Minderheit von Kapitalmagnaten. Die Entwicklung erzeugt und vertieft die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln und damit die Klassen und ihre Gegensätze, indem die kleineren Warenproduzenten, die werktätigen Bauern, die Handwerker und selbst kleinere Unternehmer ruiniert, von ihren Produktionsmitteln getrennt und – oft über verschiedene Zwischenstufen – in Lohnarbeiter verwandelt werden.

Das sind – ganz im Gegensatz zu den Legenden der offiziellen Propaganda – keine bloßen Propagandathesen, sondern Erkenntnisse, die durch die Tatsachen erhärtet werden und daher auch beweisbar sind.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich die Zahl der „Erwerbspersonen“ (= Beschäftigte und registrierte Arbeitslose) von 21,96 Millionen im Jahre 1950 auf 27,3 Millionen im Jahre 1965, d.h. um 6.34 Millionen Menschen.

Dabei verringerte sich die Zahl der „Selbständigen“ (Kapitalisten, einfache Warenproduzenten und freiberuflich Tätige) von 3,245 Millionen im Jahre 1950 auf 3,027 Millionen im Jahre 1965 und die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen von 3,168 Millionen auf 2,285 Millionen Personen. Demgegenüber wuchs die Zahl der „abhängigen Erwerbspersonen“ von 15,547 Millionen (1950) auf 21,988 Millionen (1965), d. h. um 6,411 Mil-

lionen Personen. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich also von 70,79 % auf 80,54 %.

Tabelle 2

Die Konzentration des Kapitals im Bereich der Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der BRD*

Größenklassen		Gesellschaften		Grundkapital	
		Zahl	v. H.	Mio DM	v. H.
Stand 31. Dezember 1959					
bis unter	20 Mio DM	36.751	99,77	7.666,9	65,9
von 20 bis	50 Mio DM	61	0,17	1.770,2	15,3
von 50 bis	100 Mio DM	15	0,04	1.097,5	9,4
über	100 Mio DM	6	0,02	1.094,6	9,4
Gesamt		36.833	100,00	11.629,2	100,0
Stand 30. Juni 1964					
bis unter	20 Mio DM	44.053	99,62	12.666,9	59,3
von 20 bis	50 Mio DM	114	0,26	3.262,2	15,3
von 50 bis	100 Mio DM	34	0,08	2.367,3	11,1
über	100 Mio DM	18	0,04	3.055,5	14,3
Gesamt		44.219	100,00	21.351,9	100,0
Stand 31. Dezember 1969					
bis	10 Mio DM	69.133	99,22	15.789,9	42,2
über 10 bis	20 Mio DM	218	0,31	3.081,2	8,2
von 20 bis	50 Mio DM	214	0,31	6.327,0	16,9
von 50 bis	100 Mio DM	82	0,12	5.711,5	15,2
über	100 Mio DM	30	0,04	6.564,0	17,5
Gesamt		69.677	100,00	37.473,6	100,0
Stand 31. Dezember 1970					
bis	10 Mio DM	75.147	99,22	16.283,4	39,5
üb. 10 bis	20 Mio DM	245	0,32	3.458,2	8,5
von 20 bis	50 Mio DM	224	0,29	6.581,0	15,9
von 50 bis	100 Mio DM	91	0,12	6.240,4	15,1
über	100 Mio DM	42	0,05	8.691,3	21,0
Gesamt		75.749	100,00	41.254,3	100,0

* 1959 BRD ohne Saarland, 1964 bis einschl. 1970

* 1959 BRD ohne Saarland, 1964 bis 1970 einschl. Saarland.

Quelle: DWJ - Berichte, Berlin, Nr. 8/71, S. 20

Die Zahl der Erwerbspersonen in abhängiger Stellung ist also gewaltig gewachsen, und zwar erstens, durch das natürliche Bevölkerungswachstum, zweitens, durch die rasche Zunahme der Zahl der berufstätigen Frauen, und drittens, durch die Ruinierung einer beträchtlichen Zahl von Selbständigen, die übrigens erheblich größer ist, als in den oben genannten Zahlen zum Ausdruck kommt (von anderen, besonderen Faktoren wird hier abgesehen.)

So verringerte sich z.B. die Zahl der bäuerlichen Betriebe in der westdeutschen Landwirtschaft nach Angaben des „Grünen Berichts 1967“ (Deutscher Bundestag, Drucksache V/1400, S. 179 u. Drucksache 60/66 S. 167) von 1.939.604 Betrieben im Jahre 1949 auf 1.423.932 Betriebe im Jahre 1966, d.h. um 515.672 bäuerliche Betriebe. Die Zahl der Handwerksbetriebe sank von 864.248 Betrieben im Jahre 1949 auf 658.695 Betriebe im Jahre 1963, d.h. um 205.553 Betriebe (Handwerksbetriebe für Bundesgebiet ohne Saarland und Westberlin). Diese Entwicklung fand in den Jahren danach ihre Fortsetzung.

Das bedeutet: Die in diesen Betrieben tätigen Inhaber und Mitinhaber verloren ihre Selbständigkeit, mußten ihren Betrieb aufgeben und wurden in abhängig Beschäftigte, zumeist Lohnarbeiter, verwandelt. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Wirtschaft ist daher keineswegs die Geschichte einer fortschreitenden Entproletarisierung, sondern die Geschichte der Verwandlung einiger Millionen Menschen in Lohnarbeiter, die Geschichte der Konzentration ungeheurer Reichtümer in den Händen einer abnehmenden Zahl von Kapitalisten, die Geschichte der fortschreitenden Aufspaltung der Bevölkerung in die Grundklasse der kapitalistischen Gesellschaft.

Dieser Prozeß ist so offenkundig, daß selbst das Statistische Bundesamt nicht umhin konnte, in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (Heft 9/1965, S. 569) festzustellen:

„Die Zahl der Arbeitnehmer hat etwas stärker zugenommen als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt, da auch im Jahre 1964 wieder eine Anzahl von früher Selbständigen oder mithelfenden Familienmitgliedern eine abhängige Beschäftigung aufgenommen hat.“

So beweisen diese Tatsachen, daß die kapitalistische Entwicklung die Klassenspaltung der Gesellschaft nicht überwindet, sondern im Gegenteil vertieft, daß sie die Klassengegensätze nicht auflöst und überwindet, weil diese unversöhnlich sind.

Hier kommen nun die Vertreter der offiziellen Propaganda und werfen uns vor, wir interpretieren die Tatsachen einseitig und falsch, wir wollten einer vorgefaßten Meinung wegen den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Es sei doch z.B. eine unbestreitbare Tatsache, daß die Zahl der Angestellten und Beamten gewaltig gewachsen sei, während die Zahl der Lohnarbeiter seit 1960 etwa langsam, aber stetig abnehme. So habe sich zum Beispiel der Anteil der Angestellten und Beamten an der Gesamtzahl der abhängig

Beschäftigten von 26% im Jahre 1950 auf rund 40% im Jahre 1964 erhöht, während der Anteil der manuellen Lohnarbeiter sich in dieser Zeit von 74 % auf 60,6 % verringert habe (Angaben nach den Statistischen Jahrbüchern).

Diese Tatsache zeuge aber von einem Entwicklungsprozeß, in dessen Verlauf sich ein breites, immer diffuser werdendes gesellschaftliches Mittelfeld herausbilde, in das die Arbeiterklasse allmählich aufgehe. Es sei also falsch, von einem ununterbrochenen Wachstum der Arbeiter zu sprechen; der Vorgang beweise vielmehr die fortschreitende Überwindung der Klassenspaltung, und folglich sei die These von der Unversöhnlichkeit der Klassengesätze einfach ein Dogma, eine vorgefaßte Meinung.

Wir Marxisten haben das Wachstum der Zahl der Angestellten und Beamten schon vor langer Zeit, zumindest seit Ende des vorigen Jahrhunderts, festgestellt und untersucht. Ganz so neu ist die Sache für uns also durchaus nicht. Neu ist hieran eigentlich nur zweierlei:

einmal das sprunghafte Anwachsen der Zahl der Angestellten und Beamten etwa seit Mitte der fünfziger Jahre — eine Erscheinung, die direkt mit dem Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution und der gewaltigen Aufblähung des Verwaltungs- und Lenkungsapparates des heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenhängt; und zweitens, daß die offiziellen Propagandaredner in dieser schon seit Jahrzehnten erkennbaren bzw. voraussehbaren Entwicklung plötzlich einen Beweis für die Auflösung der Klassengesellschaft entdeckt haben wollen. Man muß schon sagen, daß diese „Entdeckung“ ziemlich spät gekommen ist; einen Beweis für die Leistungsfähigkeit der vorherrschenden soziologischen Strömung vermögen wir darin nun nicht gerade zu sehen.

Die Frage lautet also: Ist das sprunghafte Wachstum der Zahl der Angestellten und Beamten ein Beweis für die behauptete Auflösung der Klassen und der Klassengesätze?

Wir Marxisten beantworten diese Frage mit einem klaren und eindeutigen Nein. Damit kein Mißverständnis entsteht: Die Tatsache selbst (also das sprunghafte Wachstum usw.) wird von uns keineswegs in Abrede gestellt. Bestritten wird die von der offiziellen Propaganda verbreitete Behauptung, die im Grunde genommen auf einem uralten Trick beruht, nämlich auf der Verwechslung von Berufsunterschieden mit Klassenunterschieden, der arbeitsrechtlichen Stellung mit der Klassenstellung einer bestimmten Personengruppe.

Was ist ein Angestellter? Dem Wesen der Sache nach ist das Angestelltenverhältnis ein bestimmtes arbeitsrechtliches Verhältnis, das einige Seiten der sozialen Beziehungen (insbesondere die Form der Lohnzahlung, der Altersversorgung usw.) in besonderer Weise regelt, über die tatsächliche Klassenstellung des Angestellten oder Beamten dagegen überhaupt nichts aussagt. Ein Angestellter — das kann sowohl ein Lokomotivheizer, ein

	1950*		1956*		1961		1963		1964		1965	
		%		%		%		%		%		%
Selbständige	3.245	14,78	3.210	13,06	3.238	12,10	3.156	11,65	3.089	11,38	3.027	11,09
darunter:												
Landwirtschaft	1.288	5,86	1.230	5,00	1.072	4,00	1.041	3,85	1.001	3,69	961	3,52
Handwerk	906	4,13	828	3,31	750	2,80	724	2,67	712	2,62	700	2,56
Mithelfende Familienangehörige	3.168	14,43	2.815	11,45	2.623	9,79	2.421	8,94	2.343	8,63	2.285	8,37
darunter:												
Landwirtschaft	2.733	12,45	2.240	9,11	1.895	7,08	1.744	6,44	1.692	6,23	1.635	5,99
Handwerk	276	1,26	278	1,13	279	1,04	280	1,03	280	1,03	281	1,03
Abhängig Beschäftigte	13.913	63,58	17.805	72,39	20.730	77,43	21.303	78,71	21.547	79,37	21.841	80,00
darunter:												
Beamte	852	3,88	1.159	4,71	1.604	5,99	1.704	6,30	1.764	6,50	1.824	6,68
Angestellte	3.211	14,62	4.511	18,34	6.066	22,66	6.540	24,16	6.874	25,31	7.208	26,40
Lohnarbeiter	9.900	45,08	12.135	49,34	13.060	48,78	13.059	48,25	12.910	47,56	12.809	46,92
Beschäftigte insges.	20.376	92,79	23.830	96,90	26.591	99,32	26.880	99,31	26.979	99,38	27.153	99,46
Arbeitslose	1.548	7,21	765	3,10	181	0,68	186	0,69	169	0,62	147	0,54
Erwerbspersonen insgesamt	21.960	100,00	24.595	100,00	26.772	100,00	27.066	100,00	27.148	100,00	27.300	100,00

* Bundesgebiet ohne Berlin-West

Angaben nach den Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik 1963 bis 1966. Die Angaben über die Handwerker beruhen — mit Ausnahme des Jahres 1963 — auf einer Schätzung auf Grund einer prozentualen Berechnung. Das Gleiche gilt für die Angaben über die Zahl der Beamten, Angestellten und Lohnarbeiter im Jahre 1965.

technischer Zeichner, eine Stenotypistin, ein Büroboote oder Meister als auch ein Abteilungsleiter, ein Generaldirektor oder sogar ein dem Vorstand einer Aktiengesellschaft angehörender Großaktionär sein. Offenkundig nehmen die Angestellten eine sehr verschiedenartige Stellung in der Reproduktion ein, und eben deshalb können sie auch nicht in einen Topf geworfen bzw. als „neues gesellschaftliches Mittelfeld“ ausgegeben werden. Es ist vielmehr nötig, mit der Untersuchung gerade dort zu beginnen, wo die offizielle Soziologie und Propaganda vorsorglich aufhört, nämlich bei der Analyse der klassenmäßigen Stellung der Angestellten und Beamten.

Da zeigt sich dann allerdings sehr bald, daß die Angestellten alles andere als ein die Klassenteilung aufhebendes „gesellschaftliches Mittelfeld“ sind. In Wahrheit bewirkt die wissenschaftlich-technische Revolution, daß die Tätigkeit eines wachsenden Teils der Angestellten (vor allem auch der betriebstechnischen Intelligenz) zum direkten Bestandteil der materiellen Produktionstätigkeit wird, daß sich also in der Stellung, die die Angestellten in der Produktion einnehmen, wesentliche Veränderungen vollziehen, so daß wachsende Teile selbst der betriebstechnischen Angestellten, die früher nicht zur Arbeiterklasse gehörten, heute zu Angehörigen der Arbeiterklasse geworden sind.

Man darf übrigens auch nicht übersehen, daß es bestimmte Wirtschaftszweige gibt – etwa die Eisenbahn, die Post usw. –, in denen die Arbeiter traditionell als Angestellte beschäftigt werden, daß die Ausdehnung dieser Wirtschaftszweige auch ein Wachsen der Zahl der Angestellten bewirkte, daß ferner zahlreiche Unternehmer dazu übergegangen sind, im Zuge der Entwicklung ganze Belegschaften ins Angestelltenverhältnis zu übernehmen usw. usf.

Untersucht man schließlich die Stellung der Angestellten nach der Höhe ihrer Einkünfte, so ergibt sich z.B. für 1961 folgendes Bild: 56,2 % aller Angestellten bezogen ein monatliches Bruttogehalt unter 750 DM, 89,9 % erhielten ein Monatsgehalt unter 1.250 DM. Nur 2,7 % aller Angestellten bezog ein Monatsgehalt von 1.750 DM und mehr, darunter nur 0,6 % ein Gehalt von monatlich 2,500 DM und mehr.

Von den Beamten gehörten 1961 54,7 % zum sog. „einfachen und mittleren Dienst“, 31,81 % zum sog. „gehobenen Dienst“ und 12,85 % zum „höheren Dienst“; bei 0,64 % war die Laufbahngruppe nicht klar erkennbar.

Das also ist die Sachlage. Sie zeigt, daß die Verfechter der offiziellen Propagandathesen sich zu früh gefreut haben, daß gerade sie es sind, die den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen wollen. Die Masse der Angestellten und Beamten gehört unbestreitbar zur Arbeiterklasse und bildet eine ihrer Abteilungen. Dieser Teil ist in den vergangenen Jahren immer mehr gewachsen, und deshalb bleibt unsere These, daß die Arbeiterklasse die einzige Klasse der kapitalistischen Gesellschaft ist, die ununterbrochen wächst und der darum auch die Zukunft gehört, nach wie vor richtig.

Lassen wir jedoch die offizielle Propaganda beiseite und halten wir die

Grundwahrheit fest: die kapitalistische Gesellschaft kann auch in ihrer heutigen Gestalt die von ihr selbst erzeugten Klassengegensätze nicht überwinden. Diese Gegensätze sind unversöhnlich, weil diese Ordnung auf die Ausbeutung und Unterdrückung von Millionen arbeitender Menschen durch eine verschwindend kleine Minderheit von Konzern- und Bankherren gegründet ist. Eine Überwindung dieser Widersprüche und Gegensätze ist deshalb nur auf dem von den Marxisten und den Gewerkschaften seit langem gewiesenen Wege möglich: auf dem Weg der Durchsetzung der Mitbestimmung, der Zurückdrängung und Überwindung der Macht der Monopole, auf dem Wege einer demokratischen Wirtschaftsplanung und der Überführung der marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum. Und auf diesem Wege wird es dann schließlich auch möglich sein, die alte gewerkschaftliche Forderung zu verwirklichen: „Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein.“

Fügen wir dem abschließend hinzu, daß der heutige Kapitalismus im Hinblick auf die Entwicklung der Klassenbeziehungen auch eine Reihe anderer, neuer Momente mit sich bringt. Wir meinen damit nicht nur die rasch voranschreitende Polarisierung der Klassenkräfte, nicht nur bestimmte Prozesse innerhalb der Arbeiterklasse, sondern vor allem auch die Tatsache, daß der heutige Kapitalismus die Gruppierung der Klassenkräfte erheblich verändert.

Die Sache ist die, daß der Staat heute selbst zu einer ökonomischen Macht geworden ist, und zwar nicht allein durch die wachsende Masse der von ihm erhobenen Steuern, sondern vor allem auch durch den Übergang zahlreicher Unternehmen bzw. Konzerne in Staatseigentum. Der Staat ist also selbst zu einem monopolistisch produzierenden Unternehmen, zum größten Monopole geworden. Gleichzeitig haben die mächtigsten Konzerne und Banken ihre Macht immer stärker mit der Macht des Staates verbunden und so ein ökonomisches, politisches und ideologisches Herrschaftssystem geschaffen, mit dessen Hilfe das Großkapital und die Hochfinanz die gesamte Gesellschaft beherrscht. Hier liegt die heute wesentliche Quelle der fast märchenhaften Reichtümer und Gewinne, die eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten in ihren Händen zusammenballen konnte.

Gerade dieses System aber, das auf der ganzen Gesellschaft wie ein blut-saugender Alp liegt, mit dessen Hilfe aus allen Schichten der Bevölkerung Profite herausgepreßt werden, gerade dieses System bewirkt, daß nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch die Bauernschaft, die Handwerker und selbst die kleinen und mittleren Unternehmer zu diesem System in Gegensatz geraten.

Dadurch entwickelt sich aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus ein neuer Widerspruch: der Widerspruch zwischen den mächtigsten, mit dem Staat verfilzten Monopolen und allen übrigen Schichten des Volkes. Dieser Widerspruch, der neben dem Grundwiderspruch des Kapitalismus tritt, gewinnt immer größere Bedeutung: heute ist er zum hauptsächlichen und bestimmenden Widerspruch in der Entwicklung der bestehenden Gesellschaftsordnung geworden.

Hier liegt die Ursache für die Herausbildung gemeinsamer Interessen der Arbeiterklasse, der werktätigen Bauern, der Handwerker, der Intelligenz, der Kunst- und Kulturschaffenden und selbst der kleineren und mittleren Unternehmer. Hier liegt die Ursache der Herausbildung breiter, ihrem Charakter nach antimonopolistischer Bewegungen und Bündnisse. (Wobei die Bündnisse selbstverständlich nicht von allein zustande kommen). Hier liegt aber auch die Ursache dafür, daß die endgültige Überwindung der dieser Gesellschaftsordnung eigenen Widersprüche in der Bundesrepublik nicht mit einem Schlage erfolgen kann, sondern nur noch in mehreren Etappen und Stufen, daß also der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse und aller anderen Volksschichten eine Etappe grundlegender, antimonopolistisch-demokratischer Umgestaltungen vorangehen muß.

Das ist die unabdingbare Konsequenz, die geschichtliche Aufgabe, die sich aus dem Wesen der Klassenbeziehungen, aus der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze und den heutigen Bedingungen des Kampfes der Arbeiterbewegung ergibt. Diese Aufgabe zu erkennen und in Angriff zu nehmen, ist das Gebot der Klassenverantwortung, die die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik vor der westdeutschen Bevölkerung und vor den Völkern der Welt trägt.

Einige Fragen des Klassenkampfes

Die Marxsche Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf ist nicht einfach eine richtige Theorie, die zu kennen „interessant“ ist. Vielmehr gestattet uns diese Lehre, das Handeln der großen Masse der Bevölkerung zu verstehen, es richtig einzuschätzen und daraus für das eigene Handeln richtige Schlußfolgerungen abzuleiten. Das Handeln der Menschen ist letztlich nicht durch ihre „Persönlichkeitsstruktur“ bestimmt, folgt nicht aus ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation oder Rasse, sondern entspringt ihrer Klassenzugehörigkeit, der Lage und den Entwicklungsbedingungen dieser Klasse, die ihrerseits letztlich von den Produktionsverhältnissen, deren Entwicklung, abhängt.

Marx' Theorie von den Klassen und dem Klassenkampf gibt uns einen Leitfaden an die Hand, der es gestattet, sich in dem scheinbaren Labyrinth und Chaos der vielseitigsten gesellschaftlichen Beziehungen, Aktionen und Reaktionen zurechtzufinden. Diese Theorie ermöglicht es uns, die fortschrittliche oder reaktionäre Rolle bestimmter Gesellschaftsklassen während bestimmter geschichtlicher Perioden zu erkennen und folglich in richtiger Weise für den gesellschaftlichen Fortschritt, für die Klasse Partei zu ergreifen, die der Motor dieses gesellschaftlichen Fortschritts ist. So zeigen Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“, daß die Bourgeoisie in der ersten Entwicklungsperiode des Kapitalismus eine revolutionäre Rolle gespielt hat, eine revolutionäre Klasse gewesen ist, und zwar nicht nur auf ökonomischem, sondern auch auf politischem Gebiet. Als jedoch die nachdrängende, die proletarische Klasse gegenüber der Bourgeoisie mit eigenen sozialen, ökonomischen und politischen Forderungen auftrat, als sie durch ihre Theoretiker nachwies, daß die Rolle der

Bourgeoisie als revolutionäre Klasse darin bestand, eine Art von Privateigentum an Produktionsmitteln (die des Feudalismus) durch eine andere, so daß an die Stelle der feudalistischen nur eine andere, nämlich die kapitalistische Art von Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen trat, als weiterhin die Theoretiker dieser Arbeiterbewegung nachwiesen, daß die Arbeiterklasse eine neue Gesellschaftsordnung verwirklichen wird, die frei sein wird von solcher Ausbeutung und Unterdrückung, da hörte die Bourgeoisie auf, eine revolutionäre Klasse zu sein, ging diese Eigenschaft auf die Arbeiterklasse über.

Marx' Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf zeigt uns, daß verschiedene Klassen zur Durchsetzung ihrer sozialen, ökonomischen, politischen und ideologischen Ziele Parteien bilden. Immer standen oder stehen an der Spitze kämpfender Klassen solche Parteien. So sind beispielsweise CDU, CSU und FDP Parteien des Großkapitals. Wir dürfen Parteien also nicht einfach als Organisationen einschätzen. Vielmehr müssen wir damit stets die Frage verbinden: welcher Klasse, welchen Klassenzielen dient die Politik dieser oder jener Partei und wie ist die Rolle und Politik dieser Klasse selbst einzuschätzen?

Wir sehen, wie die Marxsche Klassentheorie ein unentbehrliches Hilfsmittel gesellschaftlicher Orientierung, des Zerreißen der großkapitalistischen Rauchscheiter der Manipulierung ist.

Unsere Darstellung der Marxschen Klassentheorie zeigt auch: Die Anerkennung der Existenz von Klassen und des Klassenkampfes darf nicht auf die sozialökonomischen Beziehungen der Klassen beschränkt werden. Der Kampf zwischen Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse wird nicht nur um die Frage des Lohnes, der Arbeitszeit, des Unfallschutzes usw. geführt. Solange der Klassenkampf sich auf diesen Rahmen beschränkt, überschreitet er die Grenzen des Kapitalismus nicht, bleibt also die kapitalistische Gesellschaftsordnung, mit ihren Klassen und dem Klassenkampf, bestehen.

Der Klassenkampf des Proletariats zielt aber die Abschaffung dieser Ordnung, die Abschaffung der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen an. Dazu muß die Bedingung der Klassenspaltung, der Ausbeutung und Unterdrückung, aufgehoben werden. Wir sahen, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln diese Bedingung ist. Wenn diese Produktionsmittel ihren Eigentümer wechseln, aus privatem in gesellschaftliches Eigentum übergehen sollen, so bedarf es dazu des politischen Klassenkampfes der Arbeiter, des Kampfes um die Eroberung der Staatsmacht, die als politischer Hebel der sozialökonomischen Umwälzung benutzt werden muß.

Aber der Klassenkampf wird auch noch auf einem dritten Gebiet geführt. Da alles, was die Menschen in Bewegung setzt, vorher in ihrem Bewußtsein Gestalt angenommen haben muß, ist der Kampf um den Inhalt dieses Bewußtseins, um unsere Ideen, Weltanschauungen, Ideologien von größter Bedeutung. Die Herrschenden bemühen sich auf jede erdenkliche Weise, unter Einsatz gewaltiger Mittel zu erreichen, daß das herrschende Be-

wußtsein das der Herrschenden ist. Sozialisten müssen also mit all ihrer Kraft, auf der Grundlage ihrer richtigen, marxistischen Gesellschaftslehre, sich auf die ständigen Erfahrungen der Massen mit dem Kapitalismus stützend, neben dem ökonomisch-sozialen und dem politischen auch den ideologischen Klassenkampf, den Kampf zur Verbreitung sozialistischer Ideen, führen.

Berücksichtigt man die vielfältigen Probleme des Klassenkampfes, so leuchtet ein, daß die Arbeiterklasse dazu einer besonderen Organisation bedarf. Die Gewerkschaften können nach ihrer Zielsetzung (Kampf für die unmittelbaren ökonomischen und sozialen Interessen des Proletariats) und ihrer breiten Zusammensetzung nicht das Organ sein, das den einheitlich, auf den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus zu führenden Klassenkampf organisieren kann. Die anderen Arbeiterorganisationen sind in ihrer Zielsetzung noch begrenzter. Notwendig ist also eine politische Kampforganisation, eine Partei der Arbeiterklasse, die diesen Kampf auf allen gesellschaftlichen Gebieten, auf der Grundlage der marxistischen Theorie, führt und organisiert. Die Sozialdemokratie ist keine Partei zur Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten, denn ihre Politik zielt auf Partnerschaft mit dem Großkapital, und zwar auf ökonomischem und staatlich-politischem Gebiet. Auf weltanschaulichem Gebiet ist sie völlig im Schlepptau der bürgerlichen Ideologie. Nötig ist also eine marxistisch-leninistische Kampfpartei der Arbeiterklasse zur Führung des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Dies ist die wichtigste Schlußfolgerung aus Marx' Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf.

Zum 100. Geburtstag von Karl Liebknecht

Karl Liebknecht

Reden und Aufsätze in zwei Bänden

Band 1: 345 Seiten, kartoniert, DM 7,50

Band 2: Ca. 300 Seiten, kartoniert, DM 7,50

Die Bände gewähren einen umfassenden Einblick in das revolutionäre Lebenswerk des unermüdlischen Strelters gegen Imperialismus, Militarismus und Krieg.

Band 1 umfaßt den Zeitraum von 1905 bis 1913. Er enthält u. a. seine bekannte Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der Jugendinternationale“, die Rede im Reichstag „Der Teufelstruß der internationalen Rüstungsindustrie“, der damals aufsehenerregende Artikel „Rekrutenabschied“, aber auch Arbeiten wie „Zum Problem des Imperialismus“, „Wahlrechtskampf und Massenstreik“, „Arbeiterbewegung und Jugendorganisation“.

Band 2 veröffentlicht Reden und Aufsätze aus den Jahren 1914 bis 1919. Er enthält u. a. den brillanten Artikel „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, Aufsätze wie „Hintergründe der Verhaftung Rosa Luxemburgs“, „Zur Begründung eines Minderheitsvotums gegen die Kriegskredite“, „Die Lebensfrage des Sozialismus“, „Die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung“, „Was will der Spartakusbund“, Reden auf dem „Gründungsparteitag“ der KPD und den berühmten Artikel „Trotz alledem“.

Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.



Verlag Marxistische Blätter GmbH

6 Frankfurt/M.-50

Heddernheimer Landstr. 78 a, Tel. 57 10 51

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe“ vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

- 1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
- 2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickl. d. Feudalismus)
- 3 Die marxistische Lehre v.d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
- 4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
- 5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
- 6 Die Entstehung des Kapitalismus
- 7 Der utopische Sozialismus
- 8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
- 9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
- 10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

- 1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
- 2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
- 3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
- 4 Automation — Freund oder Feind?
- 5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
- 6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
- 7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
- 8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
- 9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

- 1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
- 2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
- 3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
- 4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
- 5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
- 6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
- 7 Roter Oktober 1917
- 8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
- 9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland

- 10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
- 11 Der Untergang d. Weimarer Republik
- 12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
- 13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- 14 Die Pariser Kommune 1871
- 15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
- 16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

- 1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
 - 2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
 - 3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
 - 4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
 - 5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
 - 6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
 - 7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
 - 8 Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus
- Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

- 1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
- 2 Die Grundfrage der Philosophie
- 3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
- 4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
- 5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
- 6 } Einführung in die marxistische
- 7 } Dialektik
- 8 } I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

- 1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schlieffstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
- Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
- Heft 4 Politische Parteien in der BRD
- Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Themen des Jahrgangs 1970:

- Heft 1 Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der BRD
- Heft 2 Probleme der Prognose und Futurologie
- Heft 3 Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
- Heft 4 Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
- Heft 5 Friedrich Engels/Zu ökonomischen Problemen in der BRD
- Heft 6 Weltstrategie des Imperialismus — antiimperialistischer Kampf

Bestellungen über den Buchhandel oder den



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Ldstr. 78a

Wie Lenin den Marxismus weiter entwickelte

**Serie: A
Gesellschaft
und Staat**

8



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

INHALT

	Seite
Wie Lenin den Marxismus weiter entwickelte	1
Lenins Lehre vom Imperialismus	1
Lenins Kampf gegen den Opportunismus	3
Lenins Kampf gegen Bernsteins Revisionismus	4
Die Lehre von der Partei	6
Lenins Bündnis-Theorie	8
Lenins Lehre von der Revolution	9
Die Weiterentwicklung der marxistischen Philosophie durch Lenin	11
Die II. Internationale bankrott – Revolutionäre Internationale nötig	12
Lenins Ideen des sozialistischen Aufbaus	14
Ratgeber der jungen kommunistischen Parteien	17
Die Allgemeingültigkeit der Grundlehren Lenins	18
Literatur	19
Seminarfragen	19

Preis DM

1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte

Alles verändert sich und damit auch der Marxismus. Grundlage seiner Veränderung ist einerseits die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, andererseits die Entfaltung unseres allgemeinen Wissens über die Natur und Gesellschaft.

Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert gab es in den materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft **und** in unseren Naturwissenschaften tiefgehende Veränderungen, die auch für die Fortentwicklung des Marxismus von wesentlicher Bedeutung sein sollten:

Worum handelt es sich?

Lenins Lehre vom Imperialismus

Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts kam es – infolge der technischen Entwicklung einerseits, des kapitalistischen Konkurrenzkampfes andererseits – zu einer raschen Steigerung der Zahl der Großbetriebe und ihres Anteils an der Produktion. Seit dieser Zeit wird ein immer größer werdender Teil der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen in solchen Großbetrieben zusammengefaßt. Die aus dieser Konzentration hervorgehenden kapitalistischen Großbetriebe müssen danach streben, den Markt für ihre jeweiligen Erzeugnisse zu beherrschen, damit sie ihre eigene Produktion, deren Absatz und die Preise unter möglichst weitgehender Ausschaltung des Drucks der Konkurrenz bestimmen können. Sie ruinieren ihre Konkurrenten oder verbinden sich mit ihnen. So kommt es um die Jahrhundertwende in den entscheidenden Bereichen der Produktion zu produktions– und marktbestimmenden Großunternehmungen : Monopolen.

Auch im Bankwesen entstehen solche Monopole, wobei Industrie– und Bankmonopole immer mehr verschmelzen: einerseits haben die Industriemonopole bei den Bankmonopolen gewaltige Einlagen, andererseits können die Industriemonopole ihre gewaltigen finanziellen Vorgänge nur mit Hilfe der Banken abwickeln. Beide sind voneinander abhängig geworden, verschmelzen miteinander zum Finanzkapital (diesen Begriff prägte Hilferding).

Lenin und ihm folgend der heutige Marxismus nennt diese Entwicklungsstufe des Kapitalismus die monopolistische, weil die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ihr kennzeichnendes Merkmal ist.

Diese Monopole erobern rasch Produktion und Markt des eigenen Landes, drängen danach, sich über die Grenzen des eigenen Landes auszubreiten,

fremde Märkte, billigere Rohstoffquellen zu „erschließen“, in den noch unterentwickelten, rohstoffreichen Gebieten Kapital anzulegen, weil es dort billigere Arbeitskräfte gibt, hier also größere Profite als im „Mutterland“ winken.

Die Monopole fordern den politischen „Schutz“ solcher wirtschaftlichen Ausdehnung durch den Staat des „Mutterlandes“. Aber nachdem die Welt unter den imperialistischen Ländern aufgeteilt war, sich jedoch das Kräfteverhältnis zwischen ihnen ändert oder neue imperialistische Staaten in den Vordergrund drängen, stellt sich die Frage der Neuverteilung der Welt unter den imperialistischen Staaten im Wege des „Messens“ der jeweiligen Kräfte, das heißt im Kampf und Krieg. Darum ist der Imperialismus, der die politische Ausdrucksform des Monopolkapitalismus ist – sodaß im Marxismus beide Worte dasselbe bedeuten – die Ursache, die Quelle nationaler und kolonialer Unterdrückung sowie imperialistischer Raub- und Kolonialkriege.

Aber der monopolistische oder imperialistische Kapitalismus ist nicht nur aggressiv gegen andere Völker, sondern auch reaktionär gegen das eigene Volk. Ursprünglich ist der Kapitalismus im Kampf gegen den Feudalismus, mit der Losung: „Freiheit, Gleichheit Brüderlichkeit“ ins Leben getreten. An die Stelle der absoluten Monarchie setzte er die bürgerliche Demokratie. Sie entsprach dem Kapitalismus der freien und gleichen Rechte der miteinander konkurrierenden Kapitalisten. War die bürgerliche Demokratie also wesentlich eine Demokratie für die Kapitalistenklasse, so hatten die ausgebeuteten Millionenmassen immerhin gewisse wichtige Freiheiten – zum Beispiel: Koalitionsfreiheit – erlangt. Im Imperialismus ändert sich das. Die Herausbildung der Monopole ist ja ein Prozeß der Beschneidung der freien Konkurrenz, der Verminderung der Rechte selbst der weniger starken Kapitalisten. Monopole streben nach Vorherrschaft und damit verbunden nach Gewalt, aber nicht nach Freiheit. Wenn sie schon die wirtschaftliche und politische Freiheit ihrer bürgerlich-kapitalistischen Klassengenossen angreifen, um wieviel mehr attackieren sie die Freiheiten ihres entscheidenden Klassenfeindes, der Arbeiter, der Arbeiterbewegung. Darum führt unter bestimmten Bedingungen der Monopolkapitalismus oder Imperialismus – nicht einfach der Kapitalismus – zum Faschismus. (Was Lenin allerdings noch nicht feststellen konnte.) Dies alles zusammenfassend und bis auf den Grund erkannt und dargestellt zu haben – so daß wir uns mit unserer Darstellung die ganze Zeit genau an Lenins Arbeit: *Der Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus*“, gehalten haben, – ist eines der Verdienste Lenins. Damit entwickelte er, von Marx, vom ersten Bande seines „Kapitals“ ausgehend, die marxistische Ökonomie weiter und gab ihr die moderne Gestalt.

Lenins Kampf gegen den Opportunismus

Ein weiteres damit zusammenhängendes Verdienst Lenins besteht in der Aufdeckung des Wesens und der Wurzeln des Opportunismus und des Revisionismus in der internationalen Arbeiterbewegung. Während der Revisionismus mehr die „theoretische“ Begründung opportunistischer Politik zu geben versucht, ist der Opportunismus die politische Praxis des Verzichts auf den revolutionären Klassenkampf des Proletariats, dessen Ersetzung durch eine Taktik, die nur darauf abgestellt ist, die Auswirkungen des kapitalistischen Systems durch Reformen zu mildern.

Der Monopolkapitalismus ist in der Lage, aus den Extraprofiten, die er der kolonialen Ausplünderung und seiner monopolistischen Sonderstellung verdankt, Teile zur finanziellen Besserstellung eines Teiles der Arbeiterklasse abzuzweigen. So entsteht eine Art „Aristokratie“ innerhalb der Arbeiterklasse, eine soziale Grundlage für opportunistische Strömungen.

Die in der Breite gewachsene Arbeiterbewegung hat eine größere Bürokratie hervorgebracht, von der, aus Angst um den Verlust der Posten in einer Revolution, nicht wenige zu Anhängern einer opportunistischen Reform-Politik wurden.

In die Arbeiterklasse sind ruinierte ehemalige Kleineigentümer eingerückt, die noch mit ihrem alten Kleineigentümer-Bewußtsein behaftet sind.

Auch nicht wenige bürgerlich progressive Intellektuelle schließen sich der erstarkenden Arbeiterbewegung an, ohne daß sie damit immer auch die marxistische Theorie der Arbeiterbewegung übernehmen.

Alles das erzeugt, wie Lenin zeigte, die Möglichkeit für opportunistische und revisionistische Tendenzen und Strömungen in der Arbeiterbewegung. Allerdings muß vor einer sehr vereinfachten Vorstellung gewarnt werden, daß aus solchen Möglichkeiten automatisch Opportunismus und Revisionismus folgten. Nicht nur die führenden Kräfte der revisionistischen Strömung, wie Eduard Bernstein, waren Intellektuelle, sondern auch die Führer der revolutionären Linken: Lenin selbst, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring. Sie hatten sich den Marxismus voll angeeignet. Ebenso gab es auch unter den Mitarbeitern des Parteiapparates wirkliche Revolutionäre, wie zum Beispiel Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck. Unter den qualifizierten Facharbeitern gab es kampfstärke, revolutionäre Ab-

teilungen und nicht nur solche, die sich an der Erhaltung des Bestehenden und seiner Reformierung orientierten. Das wichtigste Unterscheidungsmerkmal zwischen Revolutionären und Opportunisten, Marxisten und Revisionisten war und ist die Aneignung der marxistischen Theorie, die Anerkennung der Existenz und des Kampfes von Klassen, welcher Klassenkampf von der Arbeiterbewegung bis zur Eroberung der politischen Macht zu führen sei, damit, gestützt auf diese Macht, die Überführung der kapitalistischen Produktionsmittel in sozialistisches Eigentum erfolgen kann.

Für die Herausbildung des Opportunismus und Revisionismus gab es übrigens noch andere Gründe, auf die Lenin ebenfalls aufmerksam machte:

Nach der Pariser Kommune von 1871 hatte die Arbeiterbewegung Europas eine lange, verhältnismäßig friedliche Entwicklungsperiode erlebt. Die Arbeiterbewegung wuchs in die Breite, schuf sich starke Gewerkschaften, errang kommunale und parlamentarische Positionen. Sie setzte nicht wenige Reformforderungen durch.

Gleichzeitig wandte die Bourgeoisie unter diesen Bedingungen mit wachsendem Geschick eine differenzierte Taktik vom Zuckerbrot und Peitsche an. Nicht nur mit dem Sozialistengesetz, sondern auch mit der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung kämpfte sie gegen den wachsenden Maseneinfluß der Arbeiterbewegung.

Führte die „Taktik der Peitsche“ zum Aufkommen putschistisch—ultralinker Theorien und Praktiken, also von Formen des „linken“ Opportunismus, so die „Taktik des Zuckerbrots“ zu rechtsopportunistischen Theorien und Praktiken.

Aus all diesen Quellen gespeist, entwickelte sich um die Jahrhundertwende in allen sozialdemokratischen Parteien die opportunistische und reformistische Strömung. Es war gerade Lenin, der aus dieser Gleichzeitigkeit des Auftretens in allen Parteien den richtigen Schluß zog, daß hinter dieser Erscheinung eine objektive Grundlage wirke. Er war es auch, der diese Grundlagen allseitig untersuchte, wobei er zu Ergebnissen kam, die wir unserer oben gegebenen Darstellung des Opportunismus—Problems zugrunde legten.

Lenins Kampf gegen Bernsteins Revisionismus

Der international anerkannte Wortführer des Revisionismus war Eduard Bernstein. In der Herausbildung der Monopole, in der Verdrängung der



W. I. LENIN *Foto*

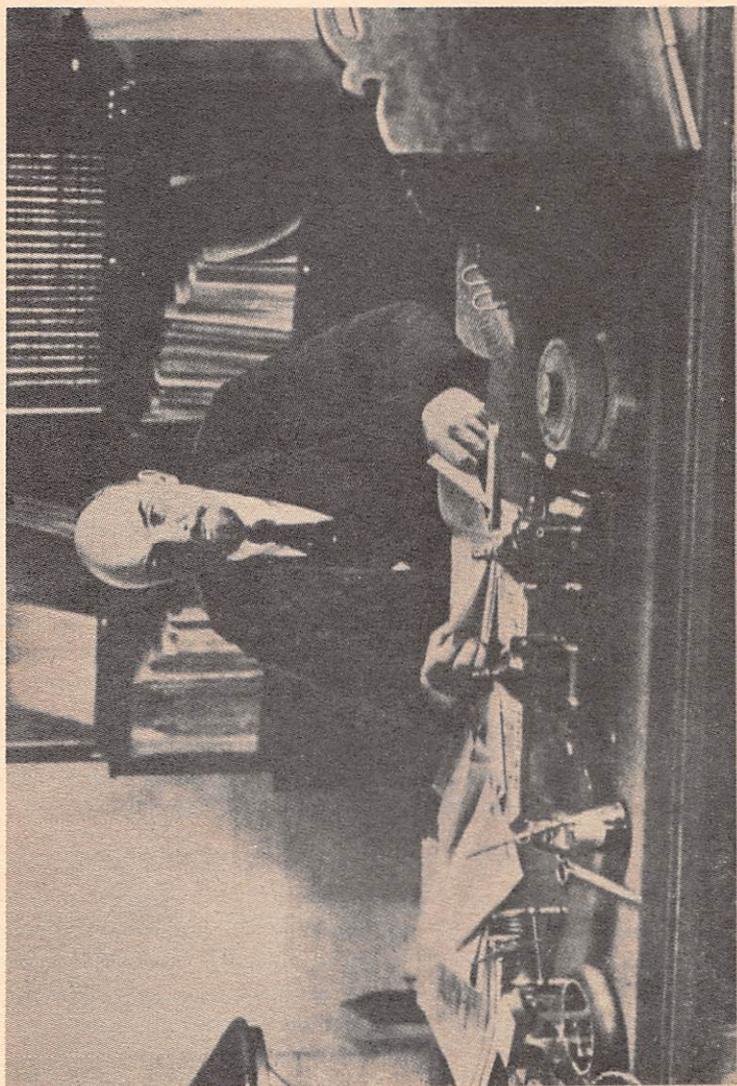
freien Konkurrenz, sah er eine Abschwächung der kapitalistischen Widersprüche. In der Herausbildung der Aktiengesellschaften erblickte er eine Demokratisierung des Kapitals. Er hielt es für möglich, daß dieser Kapitalismus Kriege und Krisen überwinde. Für die Arbeiterbewegung sei der Weg des Kampfes um Reformen richtig, nicht die Jagd nach utopisch—revolutionären Zielen.

Diese Ideen fanden in einem Teil der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung aus den bereits angedeuteten Gründen einen Nährboden.

Lenin und andere revolutionäre Marxisten, wie Rosa Luxemburg, Georgi Plechanow, Otto Pannekoek u. a. setzten sich mit diesen Auffassungen gründlich auseinander. Lenin wies nach, daß der Imperialismus nicht eine Periode der Mäuserung des Kapitalismus zur friedlichen und demokratischen Kraft beinhaltet, nicht eine Abschwächung seiner Grundwidersprüche bedeutet, sondern vielmehr eine Periode der blutigen Kriege und der Revolutionen einleite.

Die Lehre von der Partei

War die eingangs entwickelte Kennzeichnung des Imperialismus vor allem eine solche seiner ökonomischen Merkmale, so stellt der Imperialismus, unter dem Gesichtspunkt dieser Widersprüche, unter dem Gesichtspunkt seines Platzes innerhalb der Gesamtgeschichte des Kapitalismus betrachtet: dessen letztes, höchstes Stadium, den sterbenden Kapitalismus, dar. Doch stirbt der Imperialismus nicht von selbst. Dazu bedarf es des Kampfes der Arbeiterbewegung. Folglich — lehrte Lenin — brauche die Arbeiterklasse gerade eine revolutionäre Kampfpartei. Das soll eine Partei sein, die nicht nur die Methoden des parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfes beherrsche, sondern fähig ist, alle Kampf— und Organisationsformen zu meistern. Dazu muß diese Partei auf gemeinsamer, marxistischer ideologischer Grundlage einheitlich organisiert sein. Sie muß von dem unversöhnlichen Klassenwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit ausgehen, davon, daß dieser Klassenwiderspruch nur im Wege des Klassenkampfes, durch die Eroberung der politischen Macht, durch die mittels dieser Macht vorgenommene sozialistische Umwälzung beseitigt werden kann. Den Genossen müsse klar sein, daß es dabei auch auf ideologischem Gebiet einen unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse gebe. Weil beider Grundinteressen entgegengesetzt sind — Aufrechterhaltung oder Zerstörung der Ausbeuterordnung — sind es auch ihre Ideologien. Die Partei muß davon ausgehen, daß die materiellen Mittel es der herrschenden Klasse gestatten, ihre Ideen als die herrschenden durchzu-



W. I. Lenin in seinem Arbeitszimmer im Kreml Foto 1918

setzen. Darum dürfe nicht der Spontaneität der Ideen vertraut werden, sondern sei entschieden sozialistische ideologische Arbeit in der Partei und konsequenter ideologischer Klassenkampf zur Zurückdrängung und Überwindung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie Grundbedingung der Revolution. Ebenso könne die Partei ihrer revolutionären Aufgabe gegen einen so starken Feind, wie den Imperialismus, nur gerecht werden, wenn sie eine demokratisch—zentralistische Organisationsstruktur aufweise.

Lenins Bündnis—Theorie

Bei der Erörterung der Frage, welche Kräfte für diese antiimperialistische revolutionäre Politik nötig seien und führen müßten, kam es ebenfalls zu einer Auseinandersetzung mit den Anhängern des Revisionismus und Opportunismus. Die Opportunisten meinten, da die sich entwickelnden Revolutionen die Errichtung bürgerlich—demokratischer Ordnungen zum Ziele hätten, müsse die Bourgeoisie in dieser Revolution führen. Folglich dürfe die Arbeiterbewegung keine Politik entwickeln, die das Bürgertum erschrecke und es dazu führe, die Revolution zu verraten.

Lenin wies diese Ansicht zurück, durch die die Arbeiterbewegung zum Anhängsel der Bourgeoisie geworden wäre. Schon 1848/49 verriet die Bourgeoisie, aus Angst vor dem Volk, insbesondere der Arbeiterklasse, die Revolution und verband sich mit der Reaktion. 1871, als die Pariser Kommune entstand, erhielt die Bourgeoisie einen tödlichen Schrecken vor der Revolution. Sie ist längst zur **Führung** der Revolution nicht mehr fähig. Das Proletariat muß die bürgerlich—demokratische Revolution anführen.

Lenin legte dar, daß ein **konsequenter** Kämpfer für die Demokratie nur das Proletariat, ein **siegreicher** Kämpfer für die bürgerliche Demokratie nur das Proletariat sein kann, das eine richtige Bündnispolitik entwickelt.

Führen kann das Proletariat nur, weil es dank seiner Zahl, seiner Stellung in der Produktion und zu den Produktionsmitteln die fortgeschrittenste und revolutionärste Klasse der Gesellschaft ist und eine selbständige Partei zur Führung seines Kampfes besitzt, weil das Proletariat am entschiedenen Sieg dieses Kampfes mehr interessiert ist, als die Bourgeoisie. Außer der Arbeiterklasse gibt es noch andere Schichten der Gesellschaft, deren Interessen mit der Politik der herrschenden Klasse unvereinbar sind. Das ist die Grundlage für die Bündnispolitik der Arbeiterpartei. Das Proletariat kann nur siegen, wenn es dieses Bündnis herstellt, die bürgerlichen, inkonsequenten Kräfte aus der Führungsrolle verdrängt und selbst die politische Führung übernimmt. (Die Notwendigkeit einer proletarischen Führung ergab

sich beispielsweise daraus, daß nur die kämpfende und siegreiche Arbeiterklasse den Bauern den Boden geben konnte, den die feudalen Herren noch besaßen). Lenin verwies darauf, daß hierzu die Ausarbeitung solcher Losungen nötig ist, die dazu geeignet sind, Massen an den revolutionären Kampf und die Demokratie heranzuführen.

Lenins Lehre von der Revolution

Wir befinden uns mit alledem schon in der Erörterung der marxistischen Theorie der Revolution, die Lenin im Kampf gegen die Opportunisten weiterentwickelte. Dazu gehört auch eine besonders weittragende, bis heute noch voll wirksame Idee Lenins: die der verschiedenen Etappen der Revolution.

Rußland hatte damals den Weg des Kapitalismus eingeschlagen, zeigte bereits imperialistische Entwicklungstendenzen, wurde aber noch feudal—aristokratisch regiert. Unter solchen Bedingungen ging es in der heranreifenden Revolution zuerst um die Erringung der bürgerlichen Demokratie, später erst um die sozialistische Revolution. In **beiden** Revolutionen muß die Arbeiterklasse führen.

Allerdings ergibt sich für beide Etappen der Revolution eine unterschiedliche Politik der Taktik der revolutionären Partei der Arbeiterklasse. In der ersten Etappe der Revolution, der bürgerlich—demokratischen, führt die Arbeiterbewegung den Kampf unter allgemein—demokratischen Losungen, für allgemeine demokratische Ziele und strebt das Bündnis mit allen Teilen der Bevölkerung an, die potentiell die bürgerliche Demokratie bejahen. Nach Erreichung dieses Zieles erstrebt die Arbeiterklasse, im Bündnis mit den halbproletarischen Elementen in Stadt und Land, die Weiterentwicklung der Revolution zur sozialistischen. Diese Leninsche Idee der zwei Taktiken hat die historische Probe bestanden.

Die Arbeiten Lenins lehren uns eine Art System der Politik der Sozialisten. Politik ist danach die Wissenschaft, wie auf der Grundlage einer Untersuchung der objektiven Kampfbedingungen der Klassenkampf des Proletariats geführt wird. Diese Politik enthält einen strategischen und einen taktischen Bereich. Die Strategie hat die Aufgabe, das Ziel des Kampfes für einen längeren Zeitabschnitt festzulegen. Sie weist auf den Hauptfeind dieser Kampfetappe und zeigt, welche Kräfte in den Kampf gegen diesen Hauptfeind geführt werden können, da sie die gleichen objektiven Interessen haben.

Die strategische Führung befaßt sich auf der Grundlage dieser Einschätzung der Kampfetappe mit dem Einsatz der Kräfte, also mit der Ermittlung der führenden und ihrer potentiell verbündeten Kräfte. Sie er-

РОССИЙСКАЯ КОММУНИСТИЧЕСКАЯ
ПАРТИЯ (большевиков).

Пролетарии всех стран, соединяйтесь!

ПАРТИЙНЫЙ БИЛЕТ № 114482

Фамилия *Гельвандов. (Ленин)*

Имя и отчество *Владимир Ильич*

Год рождения *1879*

Время вступления в партию *1893*

Выдан *Замоскворецк*

Троицкая
(точное наименование организации,
выдавшей билет).

Мастская

Личная подпись

В. Гельвандов
(Ленин)

Место

Фотографическ.

карточки.

М. П.

Секретарь

Укома
Райкома

В. Гельвандов

1922 г.

Das Parteibuch W. I. Lenins Foto

örtert etwa die qualitative und quantitative Rolle der Bauern, der städtischen Mittelschichten, der Intelligenz im Kampf. So gibt es beispielsweise die strategische Etappe des Kampfes um die bürgerliche Demokratie. Für diese Etappe ist das Monopolkapital (und in Rußland, sein feudal—absolutistischer Bundesgenosse) der Hauptfeind. Die Kräfte, die dagegen ins Feld geführt werden können, sind die Arbeiter, die Bauern, die mittelständischen Schichten, Intellektuelle. Führen muß die Arbeiterklasse. Die Taktik legt die Linie des konkreten Verhaltens fest, bestimmt die Kampfformen, die Losungen, die dem jeweiligen Bewußtseinsstand, den objektiven Interessen, den jeweils aktuellen Fragestellungen entsprechen. Lenin sprach in diesem Zusammenhang davon, jenes entscheidende Kettenglied ausfindig zu machen, das es gestattet, die ganze Kette nach sich ziehen zu können. Dabei kann es — innerhalb der gleichen strategischen Etappe — unterschiedliche Situationen geben, die für die Taktik wichtig sind und keinesfalls vernachlässigt werden dürfen. Wir erleben beispielsweise gegenwärtig in der Bundesrepublik einen Rechtsruck, einen konzertierten und konzentrischen Angriff auf die noch vorhandenen demokratischen Rechte. Infolgedessen ist unser gegenwärtiger Kampf im wesentlichen defensiv: Abwehr der Notstandsgesetze, der Vorbeugehaft usw. Natürlich dürfen wir nicht in der Abwehr verharren, sondern sind auch Formen des Gegenangriffs notwendig, wie zum Beispiel der Kampf um Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Lenin verwies stets darauf, daß die Taktik Teil der Strategie ist, dieser untergeordnet und ihr dienend.

Die Weiterentwicklung der marxistischen Philosophie durch Lenin

Es wurde schon angedeutet, daß der Marxismus auch im Zusammenhang mit der allgemeinen Wissenschaftsentwicklung neue Züge annimmt. Um die Jahrhundertwende kam es vor allem in der Physik, mit den Entdeckungen im Bereich des Atoms, der Atomenergie, der Radioaktivität, der Licht— und Radiowellen usw. usf. zu einer regelrechten Umwälzung in den Grundauffassungen der Wissenschaft. Da die Physik allgemeinste Eigenschaften der Körper untersucht, steht sie in ihren Grundlagen der Philosophie nahe. Der Umsturz im Weltbild der Physik wurde von vielen als eine Widerlegung der materialistischen Philosophie und damit auch des Marxismus gedeutet. Die Revisionisten in der Arbeiterbewegung gingen von dieser Ansicht aus, leugneten die marxistische Philosophie. So bestritten etwa Eduard Bernstein, Max Adler und andere den Historischen Materialismus. Von den Ansichten der neukantianischen Richtung in der Philosophie ausgehend meinten sie: in der Natur gehe es wohl gesetzmäßig zu, nicht jedoch in der Gesellschaft. Also gebe es keine Möglichkeit, den Sozialismus wissenschaft-

lich zu begründen. Man müsse ihn vielmehr als moralisches, ethisches, als sittliches Gebot durch Erziehung anstreben. Und statt des Klassenkampfes der Arbeiter diene die Verbreitung der sittlichen Idee des Sozialismus unter dem Volk der Erreichung des Sozialismus. So wurzelt die revisionistische Theorie und opportunistisch—reformistische Politik auch in einer Auseinandersetzung um die Grundfragen der Philosophie.

Die entscheidende Leistung, die Lenin hierbei vollbrachte, war der Nachweis, daß zwischen dem philosophischen Begriff Materie und dem, was die Physik auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung über die Beschaffenheit eines Teiles der Materie, etwa des Stoffes, aussagt, unterschieden werden muß. Ebenso, wie es falsch wäre, die Merkmale des Allgemeinbegriffes Obst denjenigen des Begriffes Apfel unterzuordnen, so falsch wäre es, die philosophischen Aussagen über die Materie mit den physikalischen Aussagen über die Beschaffenheit des Stoffes zu verwechseln. Materie ist die objektive Realität, die außerhalb und unabhängig von unserem Bewußtsein existiert, auf unsere Sinnesorgane wirkt, von unserem Bewußtsein abgebildet wird.

Lenin untersuchte dann diesen Erkenntnisprozeß und widerlegte vor allem die revisionistischen Argumente gegen den Historischen Materialismus. So bewies er die Möglichkeit und Notwendigkeit des wissenschaftlichen Sozialismus.

Die II. Internationale bankrott – Revolutionäre Internationale nötig

Dies war der Stand der Entwicklung vor den Jahren des ersten Weltkrieges und der Russischen Revolutionen von 1917. Während des Weltkrieges stellten sich viele Fragen auf neue Weise.

Das Verhalten der Führungen der sozialdemokratischen Parteien – mit Ausnahme der russischen schwenkten sie alle auf die Seite ihrer jeweiligen Kapitalistenklasse über – offenbarte den Bankrott des Opportunismus. Er erwies sich im entscheidenden Moment als eine bürgerliche Spielart der Politik innerhalb der Reihen der Arbeiterbewegung. Nur die marxistische Linke, außer den russischen Mehrheitssozialisten (Bolschewiki) vor allem die deutschen Linken – K. Liebknecht, R. Luxemburg, Fr. Mehring u. a. – erkannten, daß es die Pflicht der revolutionären Arbeiter war, für die Niederlage der eigenen Regierung im imperialistischen Krieg, für die Umwandlung dieses imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, für die Ausnutzung der durch den Krieg verursachten Not, Unruhe und Empörung zum Zwecke der Revolution zu kämpfen. Dies bedeutete zugleich die

N. Lenin. Deux tactiques.

Prix: 1 fr. 25 cts — 1 mk. — 18 ch. — 25 cent.

Россійская Соціалъдемократическая Рабочая Партія.

ПРОДЕТАРИН ВСѢХЪ СТРАНЪ, СОЕДИНЯЙТЕСЬ!

Н. ЛЕНИНЪ.

**ДВѢ ТАКТИКИ
СОЦІАЛЬДЕМОКРАТІИ
ВЪ ДЕМОКРАТИЧЕСКОЙ
РЕВОЛЮЦІИ.**

Изданіе Центр. Ком. Р. С. Д. Р. П.

ЖЕНЕВА
Типографія Парти. 3, rue de la Colline 3.
1905.

Umschlag der Erstaussgabe des Buches W. I. Lenin,
„Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“

Notwendigkeit, mit den Opportunisten zu brechen, eine neue Internationale der revolutionären Sozialisten zu schaffen, was unter Lenins Führung 1919 geschah, als die III., die Kommunistische Internationale (Komintern), entstand.

Lenin schuf auch in dieser Periode wieder wichtige theoretische Grundlagen des weiterentwickelten Marxismus. Schon 1915 zeigte er, daß es ein Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der imperialistischen Staaten gebe. Daraus folgerte er, daß die frühere Theorie vom gleichzeitigen Sieg der sozialistischen Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern nicht mehr zutreffe. Vielmehr sei der Sieg in einigen Ländern, wenn nicht in einem einzeln genommenen Lande möglich und notwendig. Die Kette des Imperialismus könne gerade in dessen schwächstem Glied, dem Lande der am meisten konzentrierten Widersprüche, in Rußland, reißen.

Die Geschichte hat diese Theorie bestätigt. Damit jedoch nicht genug. Lenin arbeitete später, im April 1917, auf der Grundlage seiner Theorie von den zwei Etappen der Revolution die Politik des Hinüberführens der bürgerlich—demokratischen in die sozialistische Revolution aus, und auch diese Politik bestand die Probe der Praxis.

Auf dem Höhepunkt des ersten Weltkrieges untersuchte Lenin einige neue Tendenzen, die sich unter den zugespitzten Bedingungen des Krieges auf der Grundlage des monopolistischen Kapitalismus herausbildeten. Deutschlands Imperialismus sah sich genötigt, mittels des Staates besondere Maßnahmen zur Reglementierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, insbesondere der Ökonomie, durchzusetzen. Daraus ergeben sich Tendenzen eines Verschmelzens der Macht der Monopole mit derjenigen des Staates. Lenin untersuchte diesen Prozeß und führte erstmals zur Kennzeichnung seines Ergebnisses den Begriff „staatsmonopolistischer Kapitalismus“ ein, welcher Begriff das Wesen des Kapitalismus der heutigen entwickelten kapitalistischen Länder kennzeichnet.

Lenins Ideen des sozialistischen Aufbaus

Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Bundesgenossen stellten sich völlig neue Probleme, an deren Lösung Lenin mit großer Tatkraft heranging.

Erstmals in der Weltgeschichte trat die Arbeiterklasse aus der Rolle, unterdrückte und ausgebeutete Klasse zu sein, heraus, wurde sie die führende, auch staatlich führende Klasse, die nunmehr alle Bereiche des gesellschaftli-

ПРАВДА

ЕЖЕДНЕВНАЯ РАБОЧАЯ ГАЗЕТА.

Год издания первый.

В редакцию принимаются рукописи без возврата. Редакция не несет ответственности за возвращенные рукописи. Редакция не несет ответственности за содержание рекламных объявлений. Редакция не несет ответственности за содержание статей, подписанных инициалами. Редакция не несет ответственности за содержание статей, подписанных инициалами. Редакция не несет ответственности за содержание статей, подписанных инициалами.

№ 1.

Воскресенье, 22 апреля 1912 г.

ЦЕНА 2 коп.

ОТКРЫТА ПОДПИСКА НА ЕЖЕДНЕВНУЮ РАБОЧУЮ ГАЗЕТУ „ПРАВДА“.

За шесть месяцев по старому тарифу:

В Москве и в губерниях: 1 рубль 40 коп. в год, 40 коп. в квартал, 12 коп. в месяц.

В остальных губерниях: 1 рубль 60 коп. в год, 50 коп. в квартал, 15 коп. в месяц.

В деревнях: 1 рубль 80 коп. в год, 60 коп. в квартал, 18 коп. в месяц.

В отдаленных местностях: 2 рубля в год, 1 рубль 50 коп. в квартал, 45 коп. в месяц.

Подписки принимаются в редакцию, в конторы, в почтовые отделения, в книжные магазины.

Редакция: Москва, Мясницкая, 15. Выходит ежедневно, кроме воскресенья и праздников.

Ваша газета, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

На грани.

Ваша работа, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

„ЗВѢЗДА“

ЕЖЕДНЕВНАЯ РАБОЧАЯ ГАЗЕТА.

Ваша газета, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

Отъ редакции.

Ваша работа, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

Наши цены.

Ваша работа, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

По неслыханным отъ издательской обстановки, обусловленной продажей № 1 „Правды“ по повышенным ценам в пользу уволившихся ливанских рабочих, не можем возобновить.

Ваша работа, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

Ваша работа, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

Ваша работа, как и всякая другая, должна быть интересна и полезна для своих читателей. Редакция старается сделать ее таковой, публикуя материалы, которые помогут рабочим и крестьянам в их борьбе за улучшение своего положения. Мы приглашаем к сотрудничеству всех желающих.

Die erste Nummer der „Prawda“, April 1912 Verklemert

chen Lebens, von der Produktion an, organisieren mußte, nach völlig neuen Prinzipien organisieren mußte, wobei sie keinerlei Erfahrungen auf diesem Gebiet besaß. Die Revolution wurde mit zahlreichen Problemen der Bauern, der nationalen Frage konfrontiert. Das zaristische Rußland war ein Völkergefängnis, mit vielfachen Formen nationaler, rassistischer und kultureller Unterdrückung, was nicht wenig neue Aufgaben stellte. Viele Völker des Landes lebten noch unter feudalen Bedingungen.

Die nun führende Arbeiterklasse hatte erfolgreich die Grundprinzipien des gesamten kapitalistischen Systems in Frage gestellt. Damit zog sie sich die unerbittliche Feindschaft einer machtvollen kapitalistischen Umwelt zu. So mußte die siegreiche Arbeiterklasse die Probleme der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes und, darüber hinaus, einer Außenpolitik unter den Bedingungen kapitalistischer Umkreisung meistern. Auch völlig neue Probleme des proletarischen Internationalismus stellten sich.

Lenin legte auf all diesen Gebieten die entscheidenden Grundlagen für die Lösung solcher Probleme und erwies damit die Befähigung des Marxismus, nicht nur im Kampf gegen den Kapitalismus, sondern, vor allem für den Aufbau der neuen, der sozialistischen Gesellschaft, als Kompaß zu dienen. Mit vollem Recht wurde der heutige Marxismus, wegen all dieser Leistungen, mit Lenins Namen verbunden.

Mit dem Sieg der Revolution stellte sich als Zentralproblem das des Staates. Lenin entwickelte hierfür – in Auseinandersetzung mit solchen sozialdemokratischen Theoretikern, wie Karl Kautsky – von Marx' Arbeiten – vor allem jene über die Pariser Kommune, vom Kommunistischen Manifest und der Kritik am Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie – ausgehend, die bolschewistischen Revolutionserfahrungen ausnutzend, die entscheidenden Grundlagen.

Entgegen allen abenteuerlichen Vorstellungen „linker Kommunisten“, die Basis der Revolution durch revolutionäre Befreiungskriege zu erweitern – was angesichts des damaligen Kräfteverhältnisses zur Niederlage des revolutionären Rußlands führen mußte – orientierte Lenin auf ein Ausscheiden aus dem Krieg durch Friedensschluß mit dem imperialistischen Deutschland, was nicht ohne schwere Kompromisse der revolutionären Macht möglich war.

Lenin kämpfte darum, dem Land die für den inneren Aufbau erforderlichen Beziehungen außenpolitischer „Ruhe“ zu verschaffen. So wurde gerade Lenin der Initiator der Politik der friedlichen Koexistenz, die er von

Anfang an als neue Form des internationalen Klassenkampfes der siegreichen Arbeiter- und Bauernmacht einschätzte und zu der auch Lenins Lehre von dem Verhältnis von nationalem, kolonialem Befreiungskampf gehört. Damit ermöglichte es Lenins Politik, daß die siegreiche Arbeiterklasse ihre innere ökonomische Politik, den Aufbau des Sozialismus in Angriff nehmen konnte. Kommunismus, sagte er, heißt Arbeiter- und Bauernmacht und modernste Technik: heißt: „Sowjetmacht plus Elektrifizierung“. Hierfür waren größte Anstrengungen erforderlich. Die Massen lebten im Elend, waren des Lesens und des Schreibens unkundig. Von außen her drohte ständig neuer Krieg. Unter schwersten Opfern wurde der Weg zum Sozialismus freigelegt. Auch hierbei erwies sich Lenin als Theoretiker, der keinerlei „linker Phraseologie“ erlag, sondern nach jedem möglichen Anknüpfungspunkt suchte, um breiten Massen auch der kleinen und mittleren Eigentümer, den allmählichen Übergang auf sozialistische Positionen zu ermöglichen. Dem diente insbesondere sein Genossenschaftsplan.

Ratgeber der jungen kommunistischen Parteien

Lenin war gleichzeitig unermüdlich als Theoretiker und Organisator der neu entstandenen III., der Kommunistischen Internationale tätig. Auf mehreren Kongressen dieser Internationalen und in einigen Schriften, insbesondere in seiner Arbeit gegen den „linken Radikalismus“, vermittelte Lenin den jungen kommunistischen Parteien wichtige Lehren für ihre Entwicklung zu Massenparteien. Er gab ihnen die Orientierung, immer und überall dort zu arbeiten, wo die Massen sind, selbst in reaktionären Massenorganisationen, unter allen Umständen auf der Grundlage der gemeinsamen Interessen für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten zu kämpfen, die Politik der Aktionseinheit und des Bündnisses zur Generallinie zu machen. Darum wandte sich Lenin scharf gegen die scheinradikalen Positionen des Verzichts auf den Kampf in Gewerkschaften und Parlamenten, der Unterschätzung des Kampfes um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse. Lenin verwies auf die Allgemeingültigkeit der Grundlehren der Oktoberrevolution. Gleichzeitig betonte er, daß die nationalen Besonderheiten und die geschichtliche Situation nicht unterschätzt werden dürfen. Die Mißachtung der allgemeinen Grundlehren der Oktoberrevolution führt zum Rechtsopportunismus, während jene in linksopportunistische Fehler verfallen, welche die aus nationalen Besonderheiten und aus der konkreten geschichtlichen Lage erwachsenden Bedingungen mißachten.

Gerade heute, da wir eine Wiederbelebung des „linken Radikalismus“ unter kleinbürgerlich-intellektuellen Kräften erleben, die in die antiimperiali-

stische oppositionelle Bewegung eintreten, sind jene Lehren Lenins besonders aktuell.

Die Allgemeingültigkeit der Grundlehren Lenins

Warum waren es vor allem die russischen Marxisten und ihr führender Kopf, Lenin, die dem Marxismus die nötige moderne Gestalt gaben?

Zur Beantwortung dieser Frage wollen wir uns kurz der Frage zuwenden, warum im 19. Jahrhundert gerade Deutschland das Ursprungsland des Marxismus war? Dafür gab es vor allem objektive Gründe. Damals ging Deutschland mit der bürgerlichen Revolution schwanger. Auf der Tagesordnung stand der Kampf, den die bürgerliche Klasse gegen den Feudalismus zu führen hatte: der Kampf um ein national geeintes Deutschland mit der inneren Ordnung einer bürgerlich—demokratischen Ordnung. Aber in Deutschland fand dieser Kampf unter gesellschaftlich höher entwickelten Bedingungen statt, als sie etwa 1789 in Frankreich bestanden. Der Weberaufstand in Schlesien zeigte 1844 an, daß sich im Schoße der noch nicht ausgekämpften Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Feudalismus bereits ein noch tieferer Widerspruch herausbildete, derjenige zwischen Proletariat und Bourgeoisie. So war Deutschland zum Knotenpunkt aller revolutionären Widersprüche, zum Zentrum der Revolution geworden.

Ähnlich war mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts Rußland zum Knotenpunkt, zum Zentrum aller revolutionären Widersprüche geworden: die Bauern verlangten Befreiung vom feudalen Joch, die Bourgeoisie war des Zarisismus überdrüssig, die national und kolonial unterdrückten Völker des Reichenreiches begeherten auf. Die sich rasch entwickelnde Arbeiterklasse rüstete zum Kampf. Dazu kamen noch die besonderen Widersprüche des Imperialismus. Und so, wie sich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zwei große Revolutionäre und geniale Denker in Deutschland fanden, Marx und Engels, so fand sich ein solcher Revolutionär und Denker in Rußland, Lenin. Und so, wie Marx und Engels die den herangereiften allgemeinen Bedingungen des Kapitalismus entsprechende, also international verbindliche Theorie der Arbeiterklasse schufen, so tat dies Lenin unter den neu herangereiften Bedingungen des Imperialismus. Der Marxismus unserer Periode, das sind die von Lenin weiterentwickelten Grundideen von Marx und Engels!

Literatur:

Aus der Fülle der Literatur zu diesem Thema empfehlen wir:

W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Dietz–Verlag, Berlin

W. I. Lenin, Biographie, Dietz–Verlag, Berlin

Autorenkollektiv: Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (in einem Band), Dietz–Verlag, Berlin

Fragen zur seminaristischen Bearbeitung des Lehrbriefes:

1. Warum bilden die Ideen Lenins den Marxismus unserer Zeit?
2. Worin bestehen die Grundzüge von Lenins Imperialismus–Theorie?
3. Worin bestehen Wesen und Wurzeln des Opportunismus?
4. Grundzüge der Leninschen Lehre von der Partei und ihre Strategie und Taktik.

Textausgaben zur frühen sozialistischen Literatur in Deutschland

Die Bände dieser Reihe vermitteln Kenntnisse über ein Gebiet deutscher Literaturentwicklung, das noch fast völlig unerforscht ist und dessen nur schwer zugängliche Quellen nicht oder kaum bekannt sind. Es handelt sich um die Herausgabe von lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen, die den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung etwa von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der Zeit der Pariser Kommune an bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unterstützten oder begleiteten.

Die Schöpfer der frühen sozialistischen Literatur sind vielfach Dichter von Rang, denen die herkömmliche Literaturgeschichtsschreibung bewußt die Anerkennung versagte.

Der Apparat bringt ausführliche bibliographische Angaben sowie Kommentare und Anmerkungen, soweit sie für das Verständnis notwendig erscheinen.

Manfred Häckel

Gedichte über Marx und Engels

103 Seiten, 3 Tafeln, DM 6,—

Aus den Anfängen der sozialistischen Dramatik

232 Seiten, DM 17,—

August Otto-Walster. Leben und Werk

Eine Auswahl mit unveröffentlichten Briefen an Karl Marx
263 Seiten, DM 19,50
Ernst Preczang

Auswahl aus seinem Werk

Im Druck. Etwa 230 Seiten, ca. DM 19,—

Weitere Veröffentlichungen aus unserem Verlagsprogramm

Wissenschaftswissenschaft

Von G. M. Dobrov (Aus dem Russischen)
320 Seiten, 53 Abbildungen, 20 Tabellen, etwa DM 20,—

Von der Spekulation zur Wissenschaft

Naturphilosophie
474 Seiten, 3 Abbildungen, Leinen, DM 22,—

Bestellungen einzelner Bände oder zur Fortsetzung durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG — BERLIN

108 Berlin, Leipziger Straße 3-4

Deutsche Demokratische Republik

Auslieferung für die Bundesrepublik KUNST UND WISSEN,
Erich Bieber, 7 Stuttgart, Wilhelmstraße 4-6

Der Verlag gibt Interessenten bei Bekanntgabe der Fachgebiete und der Anschrift unverbindlich Informationen über lieferbare und kommende Veröffentlichungen.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus

**Serie: A
Gesellschaft
und Staat**

9



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus

Seite

1. Die Quellen des Marxismus	
a. Die gesellschaftlichen Wurzeln – der Marxismus, die Weltanschauung der Arbeiterklasse	2
b. Die geistigen Quellen des Marxismus	3
2. Die Bestandteile des Marxismus	
a. Die Philosophie des Marxismus	4
b. Die politische Ökonomie des Marxismus	9
c. Der Wissenschaftliche Sozialismus	11

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus

Der Ausdruck „Marxismus“ leitet sich von dem Namen Marx her. Karl Marx hat, gemeinsam mit seinem Freund und Kampfgefährten Friedrich Engels, die weltverändernde Lehre geschaffen, die seinen Namen trägt.

Marx wurde am 5. Mai 1818 in Trier als Sohn eines Rechtsanwaltes geboren, Engels am 28. November 1820 in Barmen als Sohn eines Textilfabrikanten. Beide waren schon in ihrer Jugend Vertreter des fortschrittlichen Gedankengutes ihrer Zeit, das sie sich, zusammen mit den neueren Erkenntnissen der Natur- und Gesellschaftswissenschaften, gründlich angeeignet hatten. Als Redakteur der fortschrittlichen „Rheinischen Zeitung“ kam Marx mit der Arbeiterbewegung im Rheinland in Verbindung, während Engels in England mit der Arbeiterbewegung in Berührung kam, wohin ihn sein Vater zur Vervollkommnung der kaufmännischen Ausbildung geschickt hatte. Unabhängig voneinander kamen Marx und Engels zu gleichen Auffassungen über Grundfragen der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese Gemeinsamkeit ihrer Auffassungen führte sie bald zusammen, und von da an arbeiteten sie ihre Lehren gemeinsam aus. Sie stellten sich auf die Seite der Arbeiter und widmeten ihr ganzes Leben, das überreich an Opfern und Entbehrungen war, dem gerechten Kampf der Arbeiter um eine bessere und menschenwürdigere gesellschaftliche Ordnung. Sie arbeiteten die wissenschaftlichen Grundlagen dieses Kampfes aus und nahmen an ihm auch aktiven Anteil. Ihre gemeinsamen Auffassungen und ihr gemeinsamer Kampf begründeten eine Freundschaft, die in der Geschichte ihresgleichen sucht.

Der Marxismus ist eine allseitige, harmonische und einheitliche Wissenschaft, die im wesentlichen drei Bestandteile umfaßt. Der erste Bestandteil ist die **Philosophie**, d.h. die Weltanschauung, Auffassung von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Natur, der Gesellschaft und des Denkens. Der zweite Bestandteil ist die **Politische Ökonomie**, d.h. die Wissenschaft von den gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnissen, welche die Menschen im Produktionsprozeß eingehen, die Wissenschaft von der „gesellschaftlichen Struktur“ der Erzeugung der materiellen Güter und ihrer Verteilung unter die Mitglieder der Gesellschaft. Der dritte Bestandteil endlich ist der **wissenschaftliche Sozialismus**, d.h. die Wissenschaft vom Charakter und den Bedingungen des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse, von ihrem sozialistischen Ziel und von den Grundlagen der neuen, sozialistischen Gesellschaft. Heute durchdringt und befruchtet der Marxismus immer mehr alle Gebiete des geistigen Lebens. Verschaffen wir uns kurz einen Überblick über die geistigen Quellen, gesellschaftlichen Wurzeln und Bestandteile des Marxismus.

1. Die Quellen des Marxismus

a. Die gesellschaftlichen Wurzeln — der Marxismus, die Weltanschauung der Arbeiterklasse

Die außerordentlich großen historischen Erfolge, die der Marxismus in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Existenz errungen hat, müssen auch von seinen Gegnern zugegeben werden. Selbst blutiger Terror zwang ihn nicht in die Knie: 1852 gab es in Köln einen Prozeß gegen Marxisten und den Marxismus. Bismarck wollte die sozialistische Arbeiterbewegung mit Hilfe des Sozialistengesetzes (1878 — 1890) vernichten, und die Nazis ermordeten Tausende Sozialisten in den Konzentrationslagern.

Aber der Marxismus wuchs und erstarkte trotz alledem. Dieser Siegeszug einer Weltanschauung, die in wenigen Jahrzehnten Millionenmassen in der ganzen Welt erfaßt hat und immer mehr Menschen ergreift, ist in der Geschichte beispiellos. Das hat nicht zuletzt darin seinen Grund, daß der Marxismus weder Träumerei noch Utopie, noch Spekulation ist, sondern eine Wissenschaft, welche die Arbeiter und anderen Werktätigen lehrt, auf welchem Wege eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung sozialer Gerechtigkeit errichtet werden kann. Ein bekannter Ausspruch des englischen Philosophen Hobbes (1588 — 1679) lautet: rührten die Grundsätze der Mathematik an die Interessen der Menschen, so würden sie versuchen diese umzustößen. Das Weltbild von Kopernikus und Galilei, das an alte religiöse Vorurteile rührte, wurde bis fast in die Mitte des vorigen Jahrhunderts von der katholischen Kirche in Acht und Bann getan. Welche Beleidigungen hat man nicht gegen die Entwicklungslehre von Darwin und Haeckel geschleudert und schleudert man noch jetzt dagegen! Wie sollte da die Lehre von Marx und Engels, die die Grundfesten der kapitalistischen Welt erschüttert, vor dem Haß des Kapitals, vor Hetze, Lüge und Verleumdung verschont bleiben? Was werfen die mit dem Imperialismus versippten Kräfte aus Kirchen und Parteien, was werfen die Ideologen des Großkapitals dem Marxismus nicht alles vor: er sei ein Mythos, eine Pseudoreligion, ein Dogma, kurzum: er sei alles andere, nur nicht Wissenschaft! Das sagen ausgerechnet jene, deren Lehren tatsächlich ausgesprochene Dogmensammlungen sind, sagen jene, welche die mittelalterliche Weltanschauung eines Thomas von Aquin (1225 — 1274) wiederbeleben wollen, jene, die alle geistigen Heroen der Weltgeschichte auf die Schwarzen Listen der verbotenen Bücher setzen!

Aber der Marxismus spottet ihrer Anwürfe. Wie jede Wissenschaft ist er unmittelbar aus dem Leben selbst entstanden. Er entstand vor allem aus den Erfordernissen der Arbeiterbewegung. Durch die Anwendung der Dampfmaschine als Antriebsmittel und die Erfindung immer neuer Maschinen wurde in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die kapitalistische Entwicklung stark beschleunigt. Viele Fabriken wurden gebaut, und die Arbeiterklasse wuchs zahlenmäßig sehr stark an. Aber die Arbeiter lebten in ungeheurem Elend und großer Armut. Das führte zu einer außerordentlichen Verschärfung des Klassenkampfes zwischen den Arbeitern und den Unternehmern. In ihrer Not griffen die Arbeiter sogar zu den Waffen, und

es kam in den 30er und 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu Arbeiteraufständen, z.B. der Schlesischen Weber. Aber diese Bewegungen waren nicht zielklar und unorganisiert, so daß es trotz des heldenhaften Widerstandes der Arbeiter dem blutigen Terror der reaktionären Regierungen gelang, die Aufstände zu unterdrücken.

Den Arbeitern war vor allem unverständlich, warum sie selbst in erdrückender Armut leben sollten, während die Kapitalisten in Reichtum und Luxus schwelgten. Anfänglich glaubten viele Arbeiter, daran seien die neuen Maschinen schuld und zerstörten sie. Aber das half den Arbeitern auch nicht weiter. Und so wuchs in der Arbeiterklasse immer mehr das Bedürfnis nach einer genauen Erkenntnis all der neuen gesellschaftlichen Erscheinungen, die mit der Entwicklung des Kapitalismus zusammenhingen. In allen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entstanden in jener Zeit Zirkel, in denen sich Arbeiter, Handwerker und fortschrittliche Intellektuelle zusammenfanden. Sie suchten nach einer Lehre, die es ihnen ermöglichte, all diese Erscheinungen zu verstehen, nach einer Lehre, die ihnen eine richtige Anleitung im Klassenkampf gibt. Eine solche wissenschaftliche Lehre wurde in jener Zeit für die Arbeiterklasse zu einem dringenden gesellschaftlichen Bedürfnis, zu einer historischen Notwendigkeit. Auf alle die Fragen, welche die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft und der industriellen Technik aufwarf, gaben Marx und Engels zum ersten Male eine richtige und wissenschaftlich begründete Antwort.

b. Die geistigen Quellen des Marxismus

Aber der Marxismus entstand auch als Antwort auf jene Fragen, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aufgeworfen hatte. Die klassische deutsche Philosophie, die klassische englische Politische Ökonomie, der utopische Sozialismus und die französischen Lehren vom Klassenkampf waren die unmittelbaren Quellen des Marxismus. Marx und Engels haben sie und deren geschichtlichen Vorläufer eingehend erforscht und verarbeitet. Sie haben ebenso gründlich die Geschichte der Gesellschaft untersucht und kannten und verarbeiteten auch die wichtigsten Ergebnisse der Naturwissenschaften. Engels weist darauf hin, daß für die Begründung und Ausarbeitung des dialektischen Materialismus vor allem drei große naturwissenschaftliche Entdeckungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts von wesentlicher Bedeutung waren: die Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung und Umwandlung der Energie durch Robert Mayer, die Entdeckung der organischen Zelle durch Schwann und Schleiden und die Entwicklungstheorie von Ch. Darwin (F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Berlin 1946, S. 38–40, 57–61).

So kann man also mit Fug und Recht sagen, daß der Marxismus nicht nur das Ergebnis der Arbeiterbewegung, sondern auch das der Entwicklung der Weltkultur ist. Marx und Engels gaben nicht nur Antwort auf die Fragen, die die Arbeiterbewegung stellte, sondern auch auf jene, die das fortgeschrittene Denken der Menschheit stellte. Beides hängt untrennbar zusammen. Sie konnten die Fragen, welche die Arbeiterbewegung stellt, nur

wissenschaftlich beantworten, weil sie die wichtigsten Ergebnisse der Wissenschaften und des fortschrittlichen Denkens ihrer Zeit sowie der Vergangenheit kritisch verarbeiteten. Und sie konnten die Fragen, die das fortgeschrittene Denken und die Wissenschaften ihrer Zeit stellten, nur beantworten, weil sie sich auf die Seite der Arbeiterklasse und ihres gerechten Kampfes stellten. Es gab und gibt für die Klasse des Fortschritts, für die Arbeiterklasse, keine Gründe, die richtigen Antworten auf die Fragen zu vertuschen oder zu bekämpfen, die der gesellschaftliche und wissenschaftliche Fortschritt stellt. Für die Arbeiterklasse gibt es keine „Fälle“ Galilei, Kopernikus, Darwin usw. Marx und Engels konnten ihre richtigen Antworten auf die herangereiften Fragen der Wissenschaft nur darum geben, weil sie sich auf den Standpunkt der Arbeiterklasse stellten und deren Fragen beantworteten. So hängt beides untrennbar zusammen.

Der Marxismus ist also eine mit dem Leben verbundene, aus dem Leben erwachsene, keine abgekapselte, verknöcherte, sektiererische Lehre. Er ist Erbe aller großen Ideen und fortschrittlichen Gedanken der Menschheit.

2. Die Bestandteile des Marxismus

a. Die Philosophie des Marxismus

Die Philosophie des Marxismus heißt dialektischer Materialismus. Sie ist also eine materialistische Philosophie. Was heißt das? „Allerdings heißt materialistische Naturanschauung weiter nichts als einfache Auffassung der Natur so wie sie sich gibt, ohne fremde Zutat“, schrieb Engels (F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Berlin 1946, S.60). Der Materialismus erklärt die Welt aus sich selbst und braucht zu ihrer Erklärung weder Geister oder Götter noch Teufel. Er ist jedem Aberglauben feind und bleibt den Lehren der Naturwissenschaften treu. In voller Übereinstimmung mit ihnen erkennt die materialistische Philosophie die Natur, die Materie, als das Ursprüngliche gegenüber dem Geist, dem Bewußtsein, an.

Diese materialistische Richtung in der Philosophie ist schon so alt wie die Philosophie selbst. Die ersten Philosophen im alten Griechenland waren Materialisten, wie z.B. die Naturforscher und Philosophen Thales (etwa 624–547 v.d.Z.), Anaximander (etwa 610–546 v.d.Z.), Anaximenes (etwa 585–525 v.d.Z.) u.a. In den folgenden Jahrhunderten erlebte der Materialismus seine erste große Blütezeit im antiken Griechenland. Bedeutende fortschrittliche und demokratische Denker jener Zeit waren ihrer Weltanschauung nach Materialisten. So z.B. Anaxagoras (etwa 500–428 v.d.Z.), der wegen seiner materialistischen Auffassungen aus Athen verbannt wurde und nur dank der Hilfe eines Freundes der Todesstrafe entging. Oder Demokrit (460–370 v.d.Z.), von dem gesagt wird, er sei der erste enzyklopädische, d.h. allumfassend gebildete Kopf unter den alten griechischen Denkern gewesen. Er beteiligte sich auch aktiv am politischen Kampf um demokratische Verhältnisse. In den philosophischen Lehren von Aristoteles (384–322 v.d.Z.), dem größten Denker des Altertums finden sich viele materialistische Grundsätze.

Eine weitere Blütezeit des Materialismus finden wir im 16.–18. Jahrhundert, am Beginn der Neuzeit. Während der Zeit der Herrschaft des Adels und der Kirche, im Mittelalter, wurden alle materialistischen Lehren unterdrückt und ihre Vertreter und Anhänger grausam verfolgt. Als jedoch die feudale Rückständigkeit durch die kapitalistische Entwicklung überwunden wurde und damit Naturwissenschaften, Technik und Produktivkräfte einen neuen Aufschwung nahmen, da begannen sich – zuerst allmählich, dann immer stärker – auch wieder materialistische Auffassungen zu verbreiten. Denn die Entwicklung des Materialismus ist eng mit der Naturwissenschaft verbunden. So nimmt es nicht Wunder, daß die bekannten Materialisten, die diese Glanzzeit des Materialismus in Westeuropa einleiteten, zugleich in der Regel berühmte Naturforscher waren. Denken wir etwa an G. Bruno (1548–1600), G. Galilei (1564–1642), F. Bacon (1561–1626), R. Descartes (1596–1650) und viele andere. Ihren Höhepunkt erlebte jene Periode materialistischen Denkens mit den großen französischen Materialisten, die zu den unmittelbaren geistigen Wegbereitern der französischen Revolution zählen, mit Lamettrie (1709–1751), Helvetius (1715–1771), Diderot (1713–1784), Holbach (1723–1789) u.a. All diese fortschrittlichen, materialistischen Philosophen und ihre Lehren wurden oft grausam von den herrschenden Mächten und der Kirche verfolgt, welche vergeblich versuchten, den Materialismus zu unterdrücken. Schon das widerlegt die falsche Auffassung, der philosophische Materialismus bedeute auch den moralischen Materialismus des Spießerbens: Lasse es dir wohl ergehen, saufe, fresse (und stelle dich darum gut mit den jeweiligen Machthabern, damit du das kannst!) Diese Verleumdung ist neben den Mitteln der Gewalt eine andere Waffe der Reaktion gegen den Materialismus. Epikur z.B. war der Auffassung, daß Lust und Glückseligkeit die natürliche Grundlage eines sittlichen Lebens seien. Und obgleich er selbst schrieb: „Wenn wir also die Lust als das Endziel hinstellen, so meinen wir damit nicht die Lüste der Schlemmer. . . , wie manche Unkundige und manche Gegner oder auch absichtlich Mißverstehende meinen, sondern das Freisein von körperlichen Schmerz und von Störung der Seelenruhe. Denn nicht Trinkgelage. . . machen das lustvolle Leben aus, auch nicht der Umgang mit schönen Knaben und Weibern. . . , sondern eine nüchterne Verständigung.“ (Epikur, Brief an Menoikeus, in: Diogenes Laertius: Leben und Meinungen berühmter Philosophen, Bd. II, Berlin 1955, S. 284), wurde und wird von den wütenden Gegnern des Materialismus seine Lehre in eine unmoralische Propagierung grober sinnlicher Genüsse umgefälscht. Ähnlich erging es Lamettrie und anderen Materialisten. Und noch heute wird der philosophische Materialismus von den Reaktionären mit einer unmoralischen Lebensweise gleichgesetzt.

Friedrich Engels schrieb diesen Materialismus-Verleumdern drastisch ins Stammbuch: „Der Philister versteht unter Materialismus Fressen, Saufen, Augenlust, Fleischeslust und hoffärtiges Wesen, Geldgier, Geiz, Habsucht, Profitmacherei und Börsenschwindel, kurz, alle die schmierigen Laster denen er selbst im stillen frönt; und unter Idealismus den Glauben an Tugend, allgemeine Menschenliebe und überhaupt eine ‚bessere Welt‘, womit er vor anderen renommiert, woran er selbst aber höchstens glaubt, solange er den auf seine gewohnheitsmäßigen ‚materialistischen‘ Exzesse

notwendig folgenden Katzenjammer oder Bankerott durchzumachen pflegt.“ Engels nannte diese Verleumdungen des Materialismus ein von der langjährigen Pfaffenverleüderung her überkommenes Philisterurteil gegen den Namen Materialismus (Marx, Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, Berlin 1952, S. 351).

Aber eben gerade das hat mit Materialismus nichts zu tun. Materialismus ist im Gegenteil eine der grundlegenden philosophischen Richtungen, die die Natur, die Materie, als ewig, als unerschaffen von Göttern und Geistern anerkennt, die sich bei der Erforschung der natürlichen Ursachen und Gesetze der Bewegung der Materie fest auf die Wissenschaften stützt und mit ihnen die Überzeugung teilt, daß alles Bewußtsein, alles Geistige ein Produkt unseres Gehirns ist.

Eine solche materialistische Auffassung vertritt auch der Marxismus. Marx und Engels waren vor allem unter dem Einfluß des großen deutschen materialistischen Philosophen Ludwig Feuerbach (1804–1872) zum Materialismus gekommen. Feuerbach war einer der größten Materialisten vor Marx und Engels. Seine Ideen übten einen großen Einfluß auf die Entwicklung der fortschrittlichen deutschen Kultur aus. Wegen seiner fortschrittlichen Ideen wurde er von den reaktionären Kräften von der Universität verjagt. Sein in Nürnberg errichtetes Denkmal wurde von den Nazis zerstört, und es ist bezeichnend, daß es bis heute noch nicht wieder errichtet worden ist. Der Materialismus Feuerbachs veranlaßte viele fortschrittliche Denker auch in anderen Ländern (z.B. Gottfried Keller in der Schweiz, Belinski 1811 bis 1848, Herzen 1812–1870 u.a. in Rußland), auf die Positionen des Materialismus überzugehen. Auch Marx und Engels wurden unter dem Einfluß Feuerbachs Materialisten. Sie wiederholten jedoch nicht einfach seine Auffassungen, sondern entwickelten sie weiter, hoben sie auf eine neue Stufe. Diese neue Qualität des Materialismus von Marx und Engels gegenüber dem vormarxistischen Materialismus zeigt sich vor allem in zweierlei Hinsicht:

Erstens bereicherten sie den Materialismus um die Dialektik. Die Dialektik ist die Lehre von der Bewegung und Entwicklung der Dinge und Erscheinungen, die Lehre von den allgemeinsten Gesetzen dieser Entwicklung.

Eine umfassende Entwicklungslehre wurde in neuerer Zeit zum ersten Male von dem deutschen Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831) geschaffen, an dem Marx und Engels unmittelbar anknüpften. Was sich aber nach Hegels Philosophie entwickeln soll, ist nicht die Natur selbst, die Materie, sondern eine sogenannte „Absolute Idee“. Von ihr sagte Engels einmal, sie sei nur insofern absolut, als Hegel absolut nichts von ihr zu sagen wisse.

Von dieser idealistischen Hülle sagten sich Marx und Engels – die ursprünglich noch Anhänger Hegels waren – unter dem Einfluß der materialistischen Philosophie Feuerbachs los. Aber sie folgten Feuerbach nicht in allem:

Dieser hatte mit dem Spukgebilde der „absoluten Idee“ auch gleichzeitig die große wissenschaftliche Entdeckung Hegels verworfen: die Entwicklungslehre. Darin folgten Marx und Engels ihm nicht: Den Gedanken der Entwicklung behielten sie bei. Aber während sich bei Hegel nur das Spukgebilde der Idee bewegt, wenden Marx und Engels die Entwicklungslehre auf das an, was sich wirklich bewegt, verändert, entwickelt, auf die Natur.

So schufen sie die materialistische Entwicklungslehre. Dazu erforschten sie die allgemeinsten Gesetze, nach denen sich die materiellen Dinge und Erscheinungen entwickeln, ineinander übergehen und auseinander hervorgehen.

Weil sie also den Materialismus mit der Dialektik verknüpfen, darum heißt ihre Philosophie dialektischer Materialismus. Sie erwies sich in der Folge als die einzige wissenschaftliche Philosophie. Nur sie wurde den Erfordernissen der gesellschaftlichen Entwicklung, der neuesten Erkenntnisse der Naturwissenschaften und des modernen Weltbildes gerecht.

Betrachten wir zur Bestätigung dessen nur eines unter vielen Beispielen. Lenin untersuchte in seinem 1909 erschienenen Buch „Materialismus und Empirio-kritizismus“ u.a. auch philosophische Fragen, die sich aus den neuesten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen seiner Zeit ergaben vom Standpunkt des dialektischen Materialismus. Das ließ ihn, als er sich mit den damals gerade erst entdeckten Elektronen beschäftigte, zu dem Schluß gelangen: Das Elektron ist ebenso unerschöpflich wie das Atom.“ (W.I. Lenin: Materialismus und Empirio-kritizismus, Berlin 1949, S. 252–253).

Heute wissen wir, daß die sogenannten Grundbausteine des Stoffes, die Elementarteilchen, weder einfach noch unteilbar, also durchaus nicht „elementar“ sind. Sie können sich ineinander verwandeln, viele von ihnen können in einfachere Bestandteile zerfallen. Kurz: vieles deutet darauf hin, daß sie einen komplizierten inneren Aufbau aufweisen, wenn dieser auch bis heute noch nicht erkannt ist. Es erweist sich also, daß das, was der dialektisch-materialistische Philosoph Lenin über das Elektron voraussagte, durch die neuesten Erkenntnisse der Physik vollkommen bestätigt wurde.

Marx und Engels entwickelten aber den Materialismus auch noch in einer anderen Hinsicht weiter: Feuerbach und die anderen Materialisten vor Marx waren nur in Bezug auf ihre Naturauffassung Materialisten, aber nicht in ihrer Gesellschaftslehre. Auf diesem Gebiet waren sie Idealisten. Das heißt, daß sie die Meinung vertraten, die Geschichte der Gesellschaft werde letzten Endes durch das Denken, durch die Ideen der Menschen verursacht.

Marx und Engels haben nun die Rolle des Denkens in der Geschichte nicht geleugnet, sondern sie erklärt, indem sie die materiellen Grundlagen unseres Denkens aufdeckten. Damit haben sie zum ersten Male den Materialismus erfolgreich auch auf die Gesellschaft ausgedehnt. Sie gingen dabei von der Erkenntnis aus, daß die Menschen in allererster Linie arbeiten müssen, um leben zu können. Die Arbeit, die Produktion, ist die grundlegende

Tätigkeit der Menschen. „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur“, so sagte Engels in seiner Rede am Grabe von Marx, „so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich Staatseinrichtungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben und aus der sie daher auch erklärt werden müssen.“ (Marx/Engels: Ausgewählte Schriften in 2 Bänden, Bd. II, Berlin 1952, S. 156).

Indem Marx und Engels den Materialismus auch auf die Geschichte der menschlichen Gesellschaft ausdehnten, schufen sie den **historischen Materialismus**, der zum ersten Male wissenschaftlich erklären konnte, wie und warum die einzelnen Gesellschaftsordnungen aufeinanderfolgen und auseinander hervorgehen. Vor Marx und Engels hatten Durcheinander und Willkür in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht. So ist es auch heute noch in der bürgerlichen Geschichtsauffassung, die einen gesetzmäßigen Fortschritt in der Geschichte leugnet. Sie sucht nicht nach Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung, sondern nach „Motiven“ für die Entscheidungen von Herrschern, Monarchen, Politikern usw. (sog. Motivforschung). Solche Motive sucht sie in „seelischen Zuständen“, im „Charakterbild“ oder in sonstigen unergründlichen Dingen, nur nicht in den wirklichen materiellen Grundlagen unseres Denkens und Handelns selbst. So betrachtet ist die Geschichte ein einziges sinnloses Geschehen ohne Ordnung und Fortschritt.

Hatte noch vor 200 Jahren das fortschrittliche Bürgertum in Frankreich ganz entschieden die Ideen des Fortschritts der Geschichte auf seine Fahnen geschrieben und war deshalb von den reaktionären Kräften des Feudaladels und der Kirche wütend bekämpft worden, so gehen die heutigen reaktionären, herrschenden Kreise des Bürgertums ebenso heftig gegen die gleiche Idee vor, wie sie in unserer Zeit auf den Fahnen der Arbeiter steht und Sozialismus heißt. Der Gedanke des Fortschritts ist also immer eine Idee jener gesellschaftlichen Kräfte, die um eine bessere, gerechtere gesellschaftliche Ordnung kämpfen und die Mehrheit des Volkes ausmachen. Jene herrschende Minderheit aber, welche andere Menschen für sich arbeiten läßt und sich auf deren Kosten bereichert, ein Leben in Luxus und Schwelgerei führt, will die bestehende Ausbeuterordnung erhalten. Darum leugnet und bekämpft sie den Fortschritt. Der Marxismus weist nach, daß jenes Parasitentum Ausdruck einer untergehenden Gesellschaft ist und daß der Gedanke des Fortschritts nicht nur dem Denken entspringt, sondern auch tatsächlich in der Gesetzmäßigkeit des Geschichtsverlaufs begründet liegt.

Marx und Engels haben gezeigt, daß dem Geschichtsprozeß letztlich das Wachstum und die Entwicklung der Produktivkräfte (das sind die Instru-

mente, mit denen die Menschen arbeiten, die Technik und die Menschen selbst mit ihren Arbeitsfertigkeiten und Erfahrungen) zugrundeliegt, daß als Folge dieses Wachstums sich aus einer Form des gesellschaftlichen Lebens eine andere, höhere entwickelt, aus dem Feudalismus der Kapitalismus und aus diesem schließlich der Sozialismus. Im einzelnen sind diese Prozesse natürlich außerordentlich kompliziert, entscheidend ist aber, daß Marx und Engels ihren gesetzmäßigen Charakter nachgewiesen haben. Der historische Materialismus ermöglicht damit zum ersten Male, die Gesetze des Geschichtsablaufes zu erforschen und somit auch die Politik auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen. Aus dieser Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsablaufes gewinnen die Marxisten auch die feste Zuversicht, daß die sozialistische Gesellschaft, die auf einem Drittel der Erde schon besteht, sich schließlich in der ganzen Welt durchsetzen wird.

Die geschichtliche Entwicklung zeigt, daß es möglich ist, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung ebenso zu erkennen und auszunutzen wie die Naturgesetze und dadurch planmäßig den materiellen und kulturellen Wohlstand des ganzen Volkes ständig zu heben.

b. Die politische Ökonomie des Marxismus

„Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion, der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist.“ (F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin 1950, S. 62). Diese Erkenntnis veranlaßte Marx, die Produktionsweise der Menschen näher zu untersuchen. Die Produktionsweise, die sich zu seiner Zeit als die herrschende durchgesetzt hatte, war die kapitalistische. An deren Erforschung ging Marx dann auch heran. Dabei ging es ihm vor allem darum, die Beziehungen und Verhältnisse zu untersuchen, die die Menschen in der kapitalistischen Produktion zueinander eingehen. Die Wissenschaft, die das untersucht, heißt Politische Ökonomie. Sie war schon vor Marx und Engels entstanden und hatte ihren höchsten Stand bei Adam Smith (1725–1790) und David Ricardo (1772–1823) in England, dem damals entwickeltesten kapitalistischen Land, gefunden. Sie legten den Grundstein zur sog. Arbeitswerttheorie. Smith erkannte in der Arbeit die Quelle allen Reichtums und teilte die bürgerliche Gesellschaft in drei Grundklassen: Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer. Dementsprechend gliederte er das Nationaleinkommen in Arbeitslohn, Profit und Rente, wobei er den Profit der Kapitalisten und die Rente der Grundbesitzer lediglich als Abzüge vom Arbeitsprodukt des Arbeiters auffaßte. Ricardo bestimmte den Wert der Arbeitsprodukte durch die zu ihrer Erzeugung benötigte Arbeitszeit. Obgleich Smith und Ricardo gegenüber den heutigen ökonomischen Verteidigern der Bank- und Industrieherrn wahre geistige Riesen sind, waren sie dennoch bürgerliche Ökonomen. Darum sahen sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung als ewig, natürlich und gerecht. Sie waren also nicht in der Lage, das Wesen der kapitalistischen Ausbeutung zu entschleiern.

Marx und Engels knüpften unmittelbar an dieser klassischen englischen

Politikökonomie an. Damit wurde sie zu einer weiteren Quelle des Marxismus. Marx und Engels setzten ihr Werk fort und hoben es zugleich auf eine neue, höhere Stufe. Da sie nämlich die Dinge vom Standpunkt der Arbeiterklasse untersuchten, konnten sie die Schranken überwinden, die Smith und Ricardo gesetzt waren.

Das Hauptverdienst von Marx bestand dabei darin, daß es ihm gelang, das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung zu entschleiern: Alle Maschinen, die Fabriken, der Boden, die Bodenschätze usw., kurz, die sog. Produktionsmittel, befinden sich im Privatbesitz der Unternehmer oder Kapitalisten. Diese bilden aber nur den zahlenmäßig kleineren Teil der Gesellschaft. Die meisten Menschen sind in dieser Beziehung im Kapitalismus besitzlos. Sie besitzen keine Produktionsmittel, aber ihre Arbeitskraft. Die Kapitalisten dagegen besitzen die Produktionsmittel, können jedoch allein mit ihnen nichts anfangen, brauchen also Arbeitskräfte. Die Arbeiter sind im Kapitalismus gezwungen, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, um für den Lohn leben zu können. (Das ist im Kapitalismus die unaufhebbare Grenze ihrer „Freiheit“). Andererseits kann nur so die Produktion in Gang kommen.

Nun produziert aber jeder Arbeiter in jeder Stunde viel mehr Werte, als er in Form des Stundenlohnes ausgezahlt bekommt. Jeder Arbeiter in einem kapitalistischen Betrieb weiß, daß er vielleicht einen Stundenlohn von DM 5,- (oder auch weniger, bzw. mehr) bekommt, aber in einer Stunde Dinge produziert, die das Mehrfache dessen wert sind. Es ist also nur ein Teil seiner Arbeitszeit nötig, um die seinen Lohn verkörpernden Produkte zu erarbeiten. Was er an Werten außerhalb dieser Zeit, also mehr erarbeitet, das eignet sich der Kapitalist an. Das kann er nur, weil er der Besitzer der Produktionsmittel ist. Den größten Teil seiner Arbeitszeit arbeitet der Arbeiter also unentgeltlich, schafft er Produkte, die der Kapitalist sich aneignet. Sie verkörpern den sog. Mehrwert, und seine Aneignung durch den Kapitalisten heißt: „Ausbeutung“. Der Mehrwert ist die Quelle des Profits und Reichtums der Kapitalisten. Diese Lehre vom Mehrwert ist der Grundpfeiler der Politischen Ökonomie von Marx.

Vielfach versucht man dem Arbeiter einzureden, der Profit der Unternehmer ergäbe sich durch kluge Kalkulation oder die Preisspanne beim Verkauf der Produkte. Oft wird der Begriff der Ausbeutung auch mit der Vorstellung schwerster körperlicher Arbeit und physischen Zwangs verbunden und beim Fehlen dessen das Vorhandensein von Ausbeutung gelehnet. Aber alle diese Vorstellungen werden durch die Mehrwertlehre von Marx widerlegt.

Wenn auch die Arbeiter den Unternehmern im Vergleich zum vorigen Jahrhundert heute einen viel kürzeren Arbeitstag abgetrotzt haben und durch Lohnkämpfe und Streiks in gewissen Grenzen Lohnerhöhungen durchsetzen konnten, so wird die Ausbeutung trotzdem immer mehr verschärft. Schon jede Anwendung modernerer Technik durch die Kapitalisten erhöht die Arbeitsproduktivität und damit in allererster Linie den Mehrwert der Kapitalisten. Dazu kommt die ungeheuer gesteigerte Arbeitsintensität, der

beispiellose Raubbau an Leben und Gesundheit der arbeitenden Menschen. Auch das sind Mittel der Konzerne, ihre Profite zu steigern.

Marx hat aber nicht nur das Geheimnis der kapitalistischen Ausbeutung entschleiert, sondern auch die inneren Bewegungs- und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Produktion enthüllt. Er entdeckte dabei eine wichtige gesetzmäßige Erscheinung, daß nämlich im Verlaufe des Konkurrenzkampfes die großen Kapitalisten die kleinen ruinieren und auffressen; das heißt, die Produktion und das Kapital immer mehr in die Hände weniger Großkapitalisten übergeht. Diesen Prozeß nennt Marx Konzentration der Produktion und des Kapitals, und er vollzieht sich allen sichtbar auch heute in der Bundesrepublik.

Durch diese Entwicklung wächst die Zahl der besitzlosen Arbeiter, die soziale Ungerechtigkeit wird immer größer. Es kommt zu heftigen Gegensätzen, gesellschaftlichen Kämpfen, Konflikten und Krisen.

Dieser Konzentrationsprozeß in der kapitalistischen Gesellschaft vermehrt aber nicht nur Kapital, Profit und Reichtum auf der einen und Ausbeutung, Unterdrückung und Unfreiheit auf der anderen Seite, sondern er ballt auch die Produktion und damit die Arbeiter immer stärker zusammen. Er organisiert Zehn- und Hunderttausende von Arbeitern in immer größeren Werken und Betrieben und läßt den gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen den Industriezweigen und Betrieben, ihre wechselseitige Abhängigkeit immer größer werden. So wird der kapitalistische Produktionsprozeß immer mehr zu einem einzigen gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Aber die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit von Millionen Arbeitern eignet sich eine kleine Handvoll Millionäre und Milliardäre, eignen sich die Beherrscher der großen Banken und Mammutkonzerne an.

Dies ist der letzte, der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus, daß der gesellschaftliche Charakter der Arbeit und die private Form, sich die Arbeitsergebnisse anzueignen, nicht miteinander in Einklang stehen. Daraus ergeben sich, wie in weiteren Lehrbriefen gezeigt wird, alle grundlegenden Gebrechen und Übel des Kapitalismus. Dieser Widerspruch muß beseitigt werden. Er kann beseitigt werden. Das klärt die Marx'sche Lehre vom Wissenschaftlichen Sozialismus. Damit kommen wir zum dritten Bestandteil des Marxismus.

c. Der Wissenschaftliche Sozialismus

So lange die Menschen leben, stets kämpften die Besten von ihnen für ein Leben in Frieden, Freiheit und Glück für alle Menschen, für ein Leben frei von Ungerechtigkeit, Armut, Unterdrückung und Ausbeutung. Auch am Beginn der modernen, der kapitalistischen Entwicklung, fanden sich mutige Männer, die dem Sehnen und Hoffen der geknechteten Massen Ausdruck verliehen, die Freiheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und ein glückliches Leben für alle Menschen forderten. Die Besten von ihnen, solche hervorragenden Gestalten wie Thomas Morus (1478–1535), Thomas Müntzer (1490–1525), Campanella (1568–1639) und andere wurden ein-

gekerkert oder endeten in den Folterkammern der Fürsten oder auf dem Scheiterhaufen der Inquisition.

Aber der sehnsüchtige Wunsch der Volksmassen nach einer besseren, nach einer gerechten Gesellschaftsordnung ließ sich nicht ausrotten. Die bürgerlichen Aufklärer des 18. Jahrhunderts setzten die Losung „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ gegen die verrottete Feudalgesellschaft. Als sich die neue kapitalistische Gesellschaftsordnung nach langen Kämpfen endlich durchgesetzt hatte, da zeigte sich schon bald, daß sie die in sie gesetzten Hoffnungen der breitesten Volksmassen nicht erfüllen konnte. Diese Gesellschaft war voller tiefer sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit; es erwies sich, daß sie an die Stelle des alten Jochs nur ein neues Joch gesetzt hatte. Und wieder fanden sich große, mutige Denker wie Saint Simon (1760–1825) und Fourier (1772–1837) in Frankreich und Owen (1771–1858) in England, die die entstandene kapitalistische Gesellschaft einer beißenden Kritik unterzogen und das Idealbild einer vernünftigen und gerechten sozialistischen Gesellschaftsordnung entwarfen, die an die Stelle der kapitalistischen treten sollte.

Obleich die Lehren und Systeme dieser Männer viel Richtiges und genial Vorausgeahntes enthielten, blieben sie dennoch utopische Idealbilder, weil sie einer wirklich wissenschaftlichen Grundlage entbehrten. Das konnte auch nicht anders sein, weil die utopischen Sozialisten keine gesellschaftliche Kraft sahen, die die neue Gesellschaft hätte schaffen können. In der eben erst entstehenden Arbeiterklasse sahen die utopischen Sozialisten keine kämpfende, sondern nur eine leidende, erduldende Klasse, unfähig zur weltverändernden Tat, zum Kampf für die sozialistische Gesellschaft. Darum glaubten sie, der Sozialismus könne durch Appelle an die Weisheit und Güte der Monarchen, an die Vernunft der Reichen und durch die Kraft des Beispiels geschaffen werden.

Die Geschichte hat diesen Utopismus widerlegt und bewiesen, daß eine herrschende Ausbeuterklasse niemals freiwillig auf ihre Herrschaft verzichtet. Der große irische Dichter Bernard Shaw hat das sehr treffend zum Ausdruck gebracht, als er sagte: die Reichen werden alles für die Armen tun, nur nicht von ihrem Rücken herabsteigen.

Der uralte Traum der arbeitenden Menschheit von einer besseren und gerechteren Gesellschaft wurde erst von Marx und Engels aus einer Utopie in eine Wissenschaft verwandelt. Erst Marx und Engels haben dem sozialistischen Ideal eine wissenschaftliche Grundlage gegeben.

Bei der Ausarbeitung des wissenschaftlichen Sozialismus sahen Marx und Engels ihre Aufgabe nicht darin, phantastische Bilder von der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft zu entwerfen. Sie waren keine weltfremden Träumer, sondern Männer der Wissenschaft, die mitten im Leben, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Kämpfen ihrer Zeit standen und diese Kämpfe aufmerksam beobachteten und erforschten. Dabei erkannten Marx und Engels in der Arbeiterklasse nicht nur eine leidende, sondern eine kämpfende Klasse, den Schöpfer der sozialistischen Gesell-

schaft. Zwei große Entdeckungen – die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Ausbeutung – ermöglichten es Marx und Engels, die weltgeschichtliche Rolle und Aufgabe der Arbeiterklasse wissenschaftlich zu begründen und den Sozialismus so aus einer Utopie in eine Wissenschaft zu verwandeln.

Die Klarstellung der weltgeschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse als der Schöpferin der sozialistischen Gesellschaft ist das Wichtigste in der Lehre von Marx und Engels. Mit dieser Klarstellung erschien der Sozialismus nicht mehr als die zufällige Entdeckung eines genialen Denkers, sondern – wie Engels schrieb – „als das notwendige Erzeugnis des Kampfes zweier geschichtlich entstandener Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie“ (Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Seite 125). Die sozialistischen Bestrebungen und Bewegungen stellten sich nun dar „als eine Bewegung der modernen unterdrückten Klasse, des Proletariats, als mehr oder minder entwickelte Formen ihres geschichtlich notwendigen Kampfes gegen die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, als Formen des Klassenkampfes, aber unterschieden von allen früheren Klassenkämpfen durch dies eine: daß die heutige unterdrückte Klasse, das Proletariat, seine Emanzipation (Befreiung) nicht durchführen kann, ohne gleichzeitig die ganze Gesellschaft von der Scheidung in Klassen und damit von den Klassenkämpfen zu emanzipieren“ (ebenda, S. 320). Sozialismus hieß nun nicht mehr, wie Engels feststellte, „Ausheckung eines möglichst vollkommenen Gesellschaftsideals, sondern: Einsicht in die Natur, die Bedingungen und die sich daraus ergebenden allgemeinen Ziele des vom Proletariat geführten Kampfes“ (ebenda, Seite 320). Von diesen Erkenntnissen ausgehend haben Marx und Engels den Sozialismus als wissenschaftliche „Lehre von den Bedingungen der Befreiung des Proletariats“ (Engels) und vom Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft ausgearbeitet. Sie stellten sich die Aufgabe, diese Bedingungen wissenschaftlich zu erforschen „und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse, die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen“ (ebenda, Seite 144).

Die Erkenntnis der Natur, der Bedingungen und der sich daraus ergebenden Ziele ihres Kampfes hat die Arbeiterklasse zum erfolgreichen Kampf befähigt. Die Arbeiter erkannten ihre Kraft. Heute wissen sie durch den Marxismus: Wir können eine Gesellschaft aufbauen, in der Leute wie Flick Abs, die Herren der AEG, von Siemens, den IG-Farben-Konzernen usw. in der „Maß“- und „Maulhalte“-Prediger gegen die Arbeiter ausgespielt haben, eine Gesellschaft, in der die Arbeiter aus Unterdrückten und Ausgebeuteten die Herren werden.

Diese neue Ordnung, der Sozialismus, dient allen Volksschichten, denn sie werden frei von dem Druck des übermächtigen Großkapitalisten. Darum sind sie alle – die Bauern, Handwerker, Kleingewerbetreibende, alle, die vom Großkapital ausgesaugt werden – die Kampfgenossen der Arbeiter in der Auseinandersetzung mit den Monopolen.

Der Befreiungskampf der Arbeiter dient also nicht egoistischen Interessen.

Die Herrschaft des Großkapitals – das lehren zwei furchtbare Weltkriege – hat doch nur Elend und Not über unser Volk gebracht.

Wenn die Meinungsmacher des Kapitals meinen, ohne „Eigentum“ (sie meinen damit den Besitz von Produktionsmitteln in den Händen der Großkapitalisten!) gäbe es keine Freiheit, dann haben sie gerade damit über ihre eigene Gesellschaftsordnung ein vernichtendes Urteil gesprochen, denn etwa 90 % der Bevölkerung der Bundesrepublik sind ohne Eigentum, also unfrei. Man kann eigentlich daraus nur den Schluß ziehen: Verwandlung des Eigentums der großen Konzerne in Gemeineigentum, und damit Verwirklichung der Freiheit für das Volk. In der DDR gibt es keine Großgrundbesitzer, Konzern- und Bankherren mehr, die sich die Früchte der Arbeit des Volkes aneignen, weshalb die Großkapitalisten, diese wirklichen Feinde des Volkes, die DDR verleumdten.

Die sozialistischen Länder, in denen die Lehren von Marx und Engels verwirklicht werden, beweisen durch ihre Existenz, daß der Marxismus aktuell ist und seine Probe in der Praxis, im gesellschaftlichen Leben besteht. Wohin sind aber seine Kritiker, z.B. die heutigen Führer der SPD, geraten? In keinem Land der Erde haben die sozialdemokratischen Führer eine gesellschaftliche Änderung herbeigeführt: weder in Schweden oder England, wo sie allein regierten, noch in der Bundesrepublik. Da sieht man, was aus Losungen von SPD-Führern wird. Denn Schumacher hatte 1945/46 den „Sozialismus als Tagesaufgabe“ verkündet!

Das muß um so mehr betont werden, als die Führungsgruppe der SPD den wissenschaftlichen Sozialismus preisgegeben hat. Im Programm von Godesberg ist nichts Sozialistisches mehr enthalten. Nicht einmal mehr in Worten wird die Vergesellschaftung der Bodenschätze und der Großunternehmen gefordert! Statt dessen hat sich die Führung der SPD zum Schutze des Privateigentums bekannt. Ja, sie bezeichnet die großen Konzerne als untrennbare Bestandteile der bundesdeutschen Gesellschaftsordnung, zu der sich die SPD-Führung uneingeschränkt bekannt hat!

Kein Zweifel: Die Führer der SPD haben die Ideen, für die Generationen deutscher Arbeiter gekämpft und gelitten haben, aufgegeben. Sie haben sich auf die Seite der Feinde der Arbeiterklasse gestellt, vertreten deren Interessen und stellen sich den gerechten Forderungen der Arbeiterklasse hemmend in den Weg.

Marx und Engels haben ihre Lehren zeit ihres Lebens als echte Wissenschaft betrachtet, die nie zu einem endgültigen fertigen System von Glaubenssätzen werden kann. Sie haben ihre Lehren immer wieder an den Erfahrungen der Arbeiterbewegung und den Ergebnissen der Wissenschaften überprüft, alte Schlußfolgerungen vertieft, genauer gefaßt oder berichtigt, ihre Auffassungen weiterentwickelt. Die Frage ist nur, wie diese Änderungen erfolgen und was sich ändert. Es wäre natürlich unsinnig, wollten die Marxisten, die von der Geschichte und von den Ergebnissen der Wissenschaften bestätigten Grundwahrheiten und Grundsätze aufgeben. So etwas tut keine echte Wissenschaft. Jede Wissenschaft hält an den für wahr er-

kannten und immer wieder bestätigten Gesetzen fest, betrachtet sie als feste Grundlage, von der aus die Wissenschaft ständig weiter entwickelt wird. Und nicht anders ist es mit dem Marxismus.

Der schöpferische Marxismus ist stets eng mit dem Leben verbunden und entwickelt sich mit dem Leben weiter. Eines der Geheimnisse seiner Erfolge besteht darin daß er nicht mit vorgefaßten Formeln und geistigen Scheuklappen, nicht in festgefahrenen Geleisen an die Wirklichkeit herangeht und erwartet, daß die Wirklichkeit sich ihnen anpaßt. Vielmehr gewinnt er seine wissenschaftlichen Schlußfolgerungen aus der gründlichen und allseitigen Erforschung der Wirklichkeit, an der er sie immer wieder überprüft.

Der Marxismus ist zwar eine in sich geschlossene einheitliche Lehre von philosophischen, ökonomischen, politischen und sozialen Anschauungen, aber er ist niemals abgeschlossen, sondern stets der schöpferischen Weiterentwicklung offen. Darum betrachten ihn seine Anhänger auch nicht als ein Dogma, sondern als eine Anleitung zum Handeln. Der Marxismus verbietet geradezu jedes bloße Auswendiglernen und jede Buchstabengelehrtheit.

Wie jede Wissenschaft ist auch er ein Feind sowohl jeder dogmatischen Erstarrung, als auch des grundsatzlosen Aufgebens von richtigen Leitsätzen. Er lehrt und verpflichtet jeden seiner Anhänger, die marxistischen Lehren schöpferisch auf die jeweilige bestimmte Lage der Dinge, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Bedingungen im Leben und in seiner Tätigkeit anzuwenden. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern“, schrieb einst schon der junge Marx (Marx/Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Bd. II, S. 378). Und in diesem Ausspruch kommt der ganze, wirklichkeitszugewandte, revolutionäre Inhalt des Marxismus kurz und treffend zum Ausdruck. **Das ist das ganze Anliegen des Marxismus:** Laßt uns die Welt verändern zum Besten der Menschheit. Laßt uns endlich jene Welt des Friedens, der Freiheit und des Glücks aller Menschen aufbauen, für die die edelsten Geister gestritten und gelitten haben. Wir Menschen können diese Welt errichten. Und Marx weist uns den Weg dazu!

Textausgaben zur frühen sozialistischen Literatur in Deutschland

Die Bände dieser Reihe vermitteln Kenntnisse über ein Gebiet deutscher Literaturentwicklung, das noch fast völlig unerforscht ist und dessen nur schwer zugängliche Quellen nicht oder kaum bekannt sind. Es handelt sich um die Herausgabe von lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen, die den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung etwa von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der Zeit der Pariser Kommune an bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unterstützten oder begleiteten.

Die Schöpfer der frühen sozialistischen Literatur sind vielfach Dichter von Rang, denen die herkömmliche Literaturgeschichtsschreibung bewußt die Anerkennung versagte.

Der Apparat bringt ausführliche bibliographische Angaben sowie Kommentare und Anmerkungen, soweit sie für das Verständnis notwendig erscheinen.

Manfred Häckel

Gedichte über Marx und Engels

103 Seiten, 3 Tafeln, DM 8,—

Aus den Anfängen der sozialistischen Dramatik

232 Seiten, DM 17,—

August Otto-Walster. Leben und Werk

Eine Auswahl mit unveröffentlichten Briefen an Karl Marx
263 Seiten, DM 19.50
Ernst Preczang

Auswahl aus seinem Werk

Im Druck. Etwa 230 Seiten, ca. DM 19,—

Weitere Veröffentlichungen aus unserem Verlagsprogramm

Wissenschaftswissenschaft

Von G. M. Dobrov (Aus dem Russischen)
320 Seiten, 53 Abbildungen, 20 Tabellen, etwa DM 20,—

Von der Spekulation zur Wissenschaft

Naturphilosophie
474 Seiten, 3 Abbildungen, Leinen, DM 22,—

Bestellungen einzelner Bände oder zur Fortsetzung durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG — BERLIN

108 Berlin, Leipziger Straße 3—4
Deutsche Demokratische Republik

Auslieferung für die Bundesrepublik KUNST UND WISSEN,
Erich Bieber, 7 Stuttgart, Wilhelmstraße 4-6

Der Verlag gibt Interessenten bei Bekanntgabe der Fachgebiete und der Anschrift unverbindlich Informationen über lieferbare und kommende Veröffentlichungen.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in
Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx: Kritik des Gothaer Programms
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin: Staat und Revolution
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin: Was tun?
W.I. Lenin/
K.Liebknecht: Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer: Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/
Schleifstein: Lenin über Trotzki
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des Steigerwald: Marxismus
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo: Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Der wissenschaftliche Sozialismus

**Serie: A
Gesellschaft
und Staat**

10



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Der utopische Sozialismus	1
St. Simon	2
Fourier	3
Owen	3
Die neuere deutsche Philosophie	5
Der moderne Materialismus	5
Die materialistische Geschichtsauffassung	6
Warum muß der Kapitalismus dem Sozialismus weichen?	8
Wie sieht es nun mit dem modernen Sozialismus aus?	9
Worin besteht nun dieser Konflikt – der Grundwiderspruch des Kapitalismus?	9
Der Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie	10
Die Wirtschaftskrisen im Kapitalismus	12
Vom Kapitalismus der freien Wirtschaft zum Staatskapitalismus	13
Die proletarische Revolution	14
Zusammenfassung	16
Anhang	17

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Heddenheimer Landstr. 78a, Tel.: (0611) 571051.

Druck: F. Frey Eisen, 6 Frankfurt am Main, Gutleutstraße 17a

Was ist Sozialismus? Ist der moderne Sozialismus die konsequentere Fortführung, die Weiterentwicklung der von den französischen Aufklärern des 18. Jahrhunderts aufgestellten Grundsätze?

Engels antwortet auf diese Frage: „Wie jede neue Theorie, mußte er (der Sozialismus) zunächst anknüpfen an das vorgefundene Gedankenmaterial, so sehr auch seine Wurzel in den materiellen ökonomischen Tatsachen lag.“ 1) So sehr also der wissenschaftliche Sozialismus von den Ideen der französischen Aufklärer ausgeht, sie weiterführt, er ist doch von anderer Art. Er ist auch mehr als nur die Weiterentwicklung des utopischen Sozialismus, der Anfang des 19. Jahrhunderts in Frankreich und England entwickelt wurde. Er ist der theoretische, das heißt wissenschaftliche Ausdruck der proletarischen Bewegung, hat folglich ganz andere klassenmäßige, materielle Wurzeln als die Aufklärung, die ein ideologischer Ausdruck bürgerlich-revolutionärer Kräfte war. Der wissenschaftliche Sozialismus hat die Aufgabe, der heute unterdrückten und ausgebeuteten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion, ihrer Befreiung, zum Bewußtsein zu bringen.

Der utopische Sozialismus

„Die großen Männer, die in Frankreich die Köpfe für die kommende Revolution klärten, traten selbst äußerst revolutionär auf. Sie erkannten keine äußere Autorität an, welcher Art sie auch sei. Religion, Naturanschauung, Gesellschaft, Staatsordnung, alles wurde der schonungslosen Kritik unterworfen; alles sollte sein Dasein vor dem Richterstuhl der Vernunft rechtfertigen oder aufs Dasein verzichten. Der denkende Verstand wurde als alleiniger Maßstab an alles angelegt. Es war die Zeit, wo, wie Hegel sagt, die Welt auf den Kopf gestellt wurde. . . Alle bisherigen Gesellschafts- und Staatsformen, alle altüberlieferten Vorstellungen wurden als unvernünftig in die Rumpelkammer geworfen; die Welt hatte sich bisher lediglich von Vorurteilen leiten lassen; alles Vergangene verdiente nur Mitleid und Verachtung. Jetzt erst brach das Tageslicht, das Reich der Vernunft an; und von nun an sollte der Aberglaube, das Unrecht, das Privilegium und die Unterdrückung verdrängt werden durch die ewige Wahrheit, die ewige Gerechtigkeit, die in der Natur begründete Gleichheit und die unveräußerlichen Menschenrechte.“ 2)

So war das Denken der französischen Revolutionäre. Was hieraus nach der französischen Revolution wurde, wissen wir: daß die ewige Gerechtigkeit ihre Verwirklichung in der Klassenjustiz des Kapitalismus fand; daß die Gleichheit auf die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz hinauslief; daß eines der wesentlichsten Menschenrechte das bürgerliche Eigentum proklamiert wurde. So wenig wie alle ihre Vorgänger konnten die großen Denker des 18. Jahrhunderts über die Schranken ihrer eigenen Epoche hinaus.

Es ist verständlich, daß sich so nach der französischen Revolution, als man langsam erkannte, was der nun schnell aufstrebende Kapitalismus aus den

großen Zielen „Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ gemacht hatte, große Enttäuschung verbreitete. „Verglichen mit den prunkhaften Verheißungen der Aufklärer, erwiesen sich die durch den ‚Sieg der Vernunft‘ hergestellten gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen als bitter enttäuschende Zerrbilder.“ 3)

Unter denen, die aus dieser Enttäuschung und Erschütterung sozialistische Theorien entwickelten, waren die Franzosen St. Simon und Fourier und der Engländer Owen die größten. Da sie hiermit schon zehn Jahre nach der französischen Revolution, nämlich um die Jahrhundertwende, auftreten konnten, zeigt, wie groß die Enttäuschung war.

Daß diese sozialistischen Theorien utopisch waren, daß sie nur utopisch sein konnten, läßt sich leicht erklären: Um diese Zeit war der Kapitalismus und damit natürlich auch sein Grundwiderspruch, der Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, noch sehr unterentwickelt. Die große Industrie war in England eben erst entstanden, in Frankreich noch unbekannt. Aber erst die große Industrie entwickelte einerseits die Konflikte selbst, vor allem den Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeitern, andererseits auch die Mittel, diese Konflikte zu lösen: nämlich die sich im Kapitalismus entwickelnden riesigen Produktivkräfte, die stärker werdende Arbeiterbewegung usw.

„Waren also um 1800 die der neuen Gesellschaftsordnung entspringenden Konflikte erst im Werden begriffen, so gilt dies noch weit mehr von den Mitteln ihrer Lösung. . . Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage, entsprachen unreife Theorien.“ 4)

Wie sahen diese ursprünglichen sozialistischen Theorien aus?

Die neue Gesellschaft bot nur Mißstände. Die einzige gesellschaftliche Kraft, die diese Mißstände beseitigen konnte, war noch zu unterentwickelt. Niemand konnte die damaligen, zersplitterten, elenden, verängstigten, völlig ungebildeten, nur leidenden Arbeiter als die Kraft erkennen, die dereinst eine völlig neue Art des menschlichen Zusammenlebens herbeiführen wird. Die denkende Vernunft sollte – nach Ansicht der Utopisten – diese Aufgabe übernehmen. Sie versuchten, ein neues, vollkommeneres System zu erdenken, das dann durch Propaganda oder durch Musterbeispiele überzeugen sollte.

St. Simon

St. Simon war bei Ausbruch der großen französischen Revolution noch nicht dreißig Jahre alt; er sah also deutlich die ganze Entwicklung der Revolution und der danach aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft. In der Revolution siegte das aufstrebende Bürgertum über Adel und Geistlichkeit. Es siegte im Namen des ganzen Volkes, doch die politische Macht nahm nur ein kleiner Teil des Volkes in die Hand: die Klasse des besitzenden Bürgertums (Bourgeoisie). Diese hatte sich noch während der Revolution sehr schnell entwickelt – so z.B. durch Verkauf des beschlagnahmten

adligen und kirchlichen Grundbesitzes und durch riesige Betrügereien, die von den bourgeoisen Armeelieferanten begangen wurden.

St. Simon sah, daß es wieder „Arbeiter“ und „Müßige“ gab. Für ihn stellte sich nun die Frage: Wer sollte die geistige und politische Macht übernehmen? Er war der Auffassung, daß weder die Müßigen (sie waren ja gerade erst wegen ihrer Unfähigkeit gestürzt worden) noch die Jakobiner, die Repräsentanten des Kleinbürgertums (diese schienen ihm aufgrund der Erfahrungen der Jakobiner-Diktatur 5) ebenfalls unfähig) die geistige Leitung und politische Herrschaft übernehmen sollten. Hierfür schienen ihm nur die Wissenschaft zusammen mit der Industrie in der Lage zu sein. Diese sollten die Nation vernünftig leiten und beherrschen. Wer aber waren Wissenschaft und Industrie? Einerseits Schulgelehrte, andererseits in erster Linie die aktiven Fabrikanten, Kaufleute und Bankiers – also genau die Bevölkerungsteile, die die Ausbeutung der Besitzlosen jetzt betrieben. Zwar sollten sich diese Bourgeois – so St. Simon – in eine Art gesellschaftliche Vertrauensleute verwandeln, jedoch gegenüber den Arbeitern ihre gebietende und ökonomisch bevorzugte Stellung behalten.

Fourier

Im Jahre 1808 erschien Fouriers erstes Werk. Es enthielt eine scharfe Kritik der bestehenden Gesellschaftszustände. Er deckte die materiellen und moralischen Mißstände der bürgerlichen Welt unbarmherzig auf und verglich sie mit den Versprechungen der früheren Aufklärer, aber auch mit den schönfärbenden Redensarten der Bourgeois-Ideologen.

Fourier teilte den ganzen bisherigen Verlauf der Geschichte der Gesellschaft in vier Entwicklungsstufen ein: **Wildheit, Patriarchat, Barbarei, Zivilisation**; und er wies nach, daß die Zivilisation (die seit dem 16. Jahrhundert eingeführte Gesellschaftsordnung) sich in einem „fehlerhaften Kreislauf“ bewegt, in Widersprüchen, die sie stets neu erzeugt, ohne sie überwinden zu können, so daß sie immer das Gegenteil von dem erreicht, was sie erreichen will oder erreichen zu wollen vorgibt. So daß z.B. „in der Zivilisation die Armut aus dem Überfluß selbst entsteht“. Jede geschichtliche Phase hat ihren aufsteigenden, aber auch ihren absteigenden Ast, sagte Fourier, und wendete diese Anschauungsweise auch auf die Zukunft der gesamten Menschheit an. „Wie Kant den künftigen Untergang der Erde in die Naturwissenschaft, führte Fourier den künftigen Untergang der Menschheit in die Geschichtsbetrachtung ein.“ 6)

Owen

Im Gegensatz zu Frankreich war in England der Kapitalismus schon weiter entwickelt. Hier fand eine gegenüber Frankreich zwar stille, aber nicht weniger gewaltige Umwälzung statt. Die Manufakturen wurden mit Hilfe des Dampfes und neuer Maschinen in große Industriebetriebe umgewandelt. Mit der nun schnell steigenden Produktion vollzog sich auch die

Teilung der Gesellschaft in zwei große Klassen (Kapitalisten und Proletarier) schneller. Diese Entwicklung erzeugte auch hier schreiende soziale Mißstände: Armenviertel am Rande der großen Städte, 13 bis 14 Stunden Arbeitszeit täglich, Frauen- und Kinderarbeit in erschreckendem Maße, Not, Elend und Hunger.

Der neunundzwanzigjährige Fabrikant Robert Owen, der sich die Lehre der materialistischen Aufklärer angeeignet hatte, daß der Charakter des Menschen von der ihm angeborenen Organisation und von den ihn während seiner Lebenszeit, besonders aber während der Entwicklungsperiode, umgebenden Umständen bestimmt wird, trat hier als Reformator auf. Von 1800 bis 1829 leitete er in New Lanark (Schottland) eine Baumwollspinnerei, die er zu einer Musterkolonie ausbaute, in der eine Bevölkerung von 2500 Menschen lebte, die keine Polizei, Strafrichter, Prozesse, Armenpflege, Wohltätigkeitsbedürfnisse kannte. Und zwar einfach dadurch, daß er die Menschen in menschenwürdigere Umstände versetzte und besonders die heranwachsende Generation sorgfältig erziehen ließ. Er war der Erfinder der Kinderschulen und führte sie hier zuerst ein. Die sonst übliche Arbeitszeit von 13 bis 14 Stunden galt in New Lanark nicht. Hier arbeiteten die Arbeiter nur 10 1/2 Stunden, Frauen- und Kinderarbeit war hier für die damaligen Verhältnisse weitgehend eingeschränkt. Während einer Baumwollkrise wurde der volle Lohn für die nicht arbeitenden Leute weitergezahlt. Und trotzdem erzielte der Betrieb noch genügend Gewinn. Doch Owen war mit dem erreichten nicht zufrieden: „Die Leute waren meine Sklaven.“

Die Erkenntnisse, die Owen bei seinem Experiment in New Lanark gewann, brachten ihn zum Kommunismus. 1823 schlug er zur Beseitigung des irischen Elends kommunistische Kolonien vor. Als drei große Hindernisse für durchgreifende gesellschaftliche Reformen erkannte er das **Privateigentum, die Religion und die gegenwärtige Form der Ehe**. Doch als er mit seinen kommunistischen Theorien an die Öffentlichkeit trat, wendet sich sein Leben. Vorher hatte er – der berühmteste und geschickteste englische Fabrikant – nichts geerbt als Reichtum, Ehre, Beifall und Ruhm; jetzt wurde er durch die offizielle Gesellschaft geächtet, er verlor seine gesellschaftliche Stellung. Sein ganzes Vermögen gab er für kommunistische Versuche in Amerika aus. Totgeschwiegen von der Presse und verarmt war er noch dreißig Jahre in der Arbeiterbewegung tätig. •

Lenin charakterisierte später die Theorien der drei großen utopischen Sozialisten so: „Der ursprüngliche Sozialismus war ein utopischer. Er kritisierte die Gesellschaftsform, verurteilte und verfluchte sie, träumte von ihrer Vernichtung, phantasierte von einer besseren Ordnung und versuchte die Reichen von der Unsittlichkeit der Ausbeutung zu überzeugen. Der utopische Sozialismus war jedoch nicht imstande, einen wirklichen Ausweg zu zeigen. Er vermochte weder das Wesen der kapitalistischen Lohnsklaverei zu erklären, noch die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus zu entdecken, noch jene gesellschaftliche Kraft zu finden, die fähig ist, Schöpfer einer neuen Gesellschaft zu werden.“ 7)

Um aus dem Sozialismus eine Wissenschaft zu machen, mußte er erst auf einen realen Boden gestellt werden. Hierzu war eine Philosophie nötig, eine Philosophie, wie sie neben und nach den französischen sozialistischen Utopien hauptsächlich in Deutschland entwickelt wurde.

Die neuere deutsche Philosophie

Die großen deutschen Philosophen des vorigen Jahrhunderts, Kant, Fichte, Schelling, Hegel erkannten, daß eine exakte Darstellung des Weltganzen von dessen Entwicklung ausgehen müsse. Es sei notwendig, allgemeine Wechselwirkungen, das ständige Werden und Vergehen, den Kampf der widerstreitenden Elemente in allem Sein als Quelle des Werdens und Vergehens zu erkennen.

Hegel – der größte unter ihnen – betrachtete die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als einen solchen unaufhörlichen Entwicklungsprozeß. Alles ist in Bewegung und Veränderung. Hegel stellte sich die Aufgabe, den inneren Zusammenhang dieses Prozesses nachzuweisen und entdeckte dabei, wenn auch in idealistisch verzerrter Form, die Grundgesetze der Dialektik. 8) Von diesem Gesichtspunkt aus erschien die Geschichte der Menschheit nicht mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten, sondern als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, der bestimmten Gesetzen folgt. Hegel konnte so nachweisen, wie in allen Zufälligkeiten der Geschichte eine Gesetzmäßigkeit wirkt.

Es ist hier gleichgültig, daß Hegel die sich selbst gestellte Aufgabe nicht lösen konnte, weil er als den letzten Grund des Werdens und Vergehens die Entwicklung irgendeines außerhalb der Welt existierenden absoluten Geistes sah, also den tatsächlichen Werdeprozeß idealistisch verzerrte, verhimmelte. Wichtig ist, daß Hegel die Aufgabe gestellt hat. Lösbar war sie nur auf dem Boden einer materialistischen Philosophie, die die wirkliche Entwicklung als solche untersuchte, frei von jeder außerirdischen Zutat.

Der moderne Materialismus

Mit der Herausbildung des Bürgertums entfaltete sich die materialistische Philosophie, denn die junge Kapitalistenklasse brauchte eine solche Philosophie. Erkenntnis und Ausnutzung der Naturkräfte – nicht deren Verhimmelung – stehen Pate bei der Entwicklung des modernen Industriesystems. Überall, wo sich eine revolutionäre Bourgeoisie entwickelte, breitete sich die materialistische Philosophie aus. Sie fand in dem deutschen Philosophen Feuerbach, einem Schüler Hegels, ihren vorläufigen Höhepunkt.

Die Dialektik Hegels und der Materialismus Feuerbachs wurden Hauptquellen der von Marx und Engels entwickelten marxistischen Philosophie.

Die materialistische Geschichtsauffassung

Es ging also um die Aufgabe, den tatsächlichen Verlauf der menschlichen Geschichte materialistisch zu erklären. Es nutzt nichts, dabei stehen zu bleiben, was sich die Menschen in ihrem jeweiligen Handeln gedacht haben. Sie haben zum Beispiel 1789 gedacht, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu kämpfen. In Wahrheit erkämpften sie die kapitalistische Klassengesellschaft. Es muß also hinter unseren geistigen Triebkräften noch andere, mächtigere geben, die es zu erkennen' gilt. Die materiellen Bedingungen des geschichtlichen Lebens, die hinter unseren Ideen wirken, lassen sich gliedern in **erstens** geographisch-klimatische, **zweitens** biologische (Rassezugehörigkeit), **drittens** bevölkerungsmäßige (Bevölkerungsdichte usw.) und **viertens** in die Art und Weise der materiellen Produktion unseres Lebensunterhalts. Nun läßt sich mühelos zeigen, daß es **unabhängig** von geographischen, bevölkerungsmäßigen und rassischen Faktoren feudalistisch, kapitalistisch oder sozialistisch eingerichtete Gesellschaftsordnungen gibt. Dabei sind die ökonomischen und Klassenbeziehungen beispielsweise in jeder kapitalistischen Gesellschaftsordnung prinzipiell gleich, ob es sich nun um weiße oder gelbe usw. Völker, dicht oder gering besiedelte Gebiete, in heißen oder gemäßigten Zonen liegende Staaten handelt. Auch entwickelt sich die materielle Produktionsweise weit schneller als die übrigen drei untersuchten Faktoren. Aus solchen und noch anderen Tatsachen folgt unwiderleglich, daß die Produktion und der Austausch der Produkte die Grundlage aller Gesellschaftsordnungen ist. Hierin sind letztlich die Ursachen aller gesellschaftlichen Umwälzungen zu suchen, nicht in den Köpfen der Menschen, sondern in den Veränderungen der Produktions- und Austauschweisen. „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte, einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.“ 9)

Dieser Grundgedanke des Materialismus läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Die geschichtliche Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist in letzter Instanz auf die Entwicklung ihrer Produktionsweise zurückzuführen und ist daher auch aus dieser zu erklären.

Bereits vor Jahrtausenden erreichten die Menschen eine Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte, die es gestattete, mehr zu erzeugen, als zur Sicherung der nackten Fortexistierung der arbeitenden Menschen unbedingt notwendig war. Ökonomisch sagt man: Es wurde nunmehr ein Mehrprodukt erzielt. Auf dieser Grundlage bildeten sich innerhalb der Gesellschaft gegensätzliche Klassen, indem ein Teil der Gesellschaft sich

dieses Mehrprodukt aneignete. Es bildete sich das Privateigentum und der Kampf der Klassen gegeneinander aus. Dieser Klassenkampf wird die unmittelbare Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Im „Kommunistischen Manifest“ schrieben Marx und Engels den berühmten Satz (von dem Engels später die Urgesellschaft ausnahm): „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

Es ist das Verdienst von Karl Marx, daß er die Tatsache des Klassenkampfes wissenschaftlich begründet, ihren Ursprung aufdeckte und durch diese Begründung das Ziel der Aufhebung aller Klassen und der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft durch Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wies.

Indem Marx den ökonomischen Ursprung der Klassen und des Klassenkampfes nachwies, formulierte er zugleich als die Hauptaufgabe der Geschichtsschreibung die Erforschung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.

So leiten uns die Philosophie und die Geschichtsbetrachtung des Marxismus unmittelbar zur Ökonomie weiter. Erst wenn wir uns über die wirtschaftlichen Gesetze einer geschichtlichen Epoche klar sind, dann werden wir aus diesen wirtschaftlichen Verhältnissen deren Klassengliederung, ihren juristischen und politischen Überbau und auch die gesellschaftlichen Bewußtseinsformen ableiten können.

Die ökonomische Wissenschaft hatte bereits vor Marx, in der klassischen politischen Ökonomie Englands, eine beträchtliche Höhe erreicht. Was war das Besondere in dieser klassischen politischen Ökonomie?

Schon im 18. Jahrhundert entdeckten englische Ökonomen wie Adam Smith und David Ricardo, daß die Quelle allen Reichtums Arbeit ist. Aber den eigentlichen Charakter der wertbildenden Arbeit untersuchten sie nicht. Sie hätten sonst erkennen müssen, daß ebenso, wie es einen Unterschied zwischen dem gibt, was eine Maschine kostet, und dem, was sie leistet, auch einen Unterschied zwischen dem gibt, was die Arbeitskraft des Arbeiters kostet, und dem, was die Produkte kosten, die der Arbeiter erzeugt. Damit wäre man auf das Geheimnis der Ausbeutung gestoßen, was nicht im Klasseninteresse der Bourgeoisie lag. Erst Marx erkannte, wie die Arbeit Quelle von Wert wird. Und diese wissenschaftliche Entdeckung zeigt, daß alle gesellschaftlichen Werte von der arbeitenden Klasse hervorgebracht werden, daß also die nichtarbeitenden Schichten auf Kosten der arbeitenden leben.

In der weiteren Klärung der Lehre von der Arbeit als Quelle aller Werte stieß Marx auf folgende Fragen: Wie wird produziert? Wer, welche Klasse produziert? Worin besteht das „Geheimnis“, das die Kapitalistenklasse veranlaßt, die Arbeitskraft der Arbeiter gegen Lohn oder Gehalt zu kaufen?

Es ist der Mehrwert, den der Kapitalist sich aneignet und auf dem die

ganze kapitalistische Produktionsweise, die ganze Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten beruht.

Doch wie sieht das konkret aus?

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung besitzt der Kapitalist die Produktionsmittel, der Arbeiter lediglich seine Arbeitskraft. Um überhaupt leben zu können, ist der Arbeiter gezwungen, seine Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt an den Kapitalisten zu verkaufen. Was bezahlt der Kapitalist dem Arbeiter als Lohn, das, was die Arbeitskraft kostet oder das, was die Produkte kosten, die der Arbeiter herstellt? Der Kapitalist zahlt nur das, was der Arbeiter benötigt, um seine Arbeitskraft zu erhalten – was die Arbeitskraft kostet, wert ist – ökonomisch gesprochen, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Die Differenz zwischen dem Wert, der zur Erneuerung der Arbeitskraft nötig ist, und zwischen dem vom Arbeiter im Produktionsprozeß erzeugten Wert besteht, nennt man den Mehrwert. Der Kapitalist eignet sich diesen Mehrwert an. Hierzu ist er in der Lage, weil der Arbeiter – wie schon gesagt – **gezwungen** ist, beim Kapitalisten gegen Lohn zu arbeiten. Angenommen, der Arbeiter würde im Laufe von vier Stunden einen Wert erzeugen, der seinen Reproduktionskosten entspricht, er kann dann nicht sagen, er höre jetzt zu arbeiten auf. Er muß auch während der folgenden, der Mehrarbeitszeit weiter arbeiten, Werte erzeugen, die sich der Kapitalist ohne Bezahlung aneignet. 10)

Mit der Entdeckung des Mehrwertes hat Marx den ausbeuterischen Charakter des Kapitalismus vor aller Welt bloßgelegt und gleichzeitig dem Proletariat gezeigt, daß das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage seiner Ausbeutung bildet.

Die weitere Darlegung wird zeigen, daß wir hierin – in der materialistischen Geschichtsauffassung und in der Mehrwerttheorie – die Grundlage für die Verwandlung des Sozialismus in eine Wissenschaft haben.

Warum muß der Kapitalismus dem Sozialismus weichen?

Blicken wir noch einmal zurück.

Die materialistische Geschichtsauffassung zeigt uns, daß die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel die Grundlage bildet, auf der sich erst der geistige Überbau (Politik, Recht, Kunst, Religion, usw.) erheben kann. Die Produktion und der Austausch der Produkte ist also die Grundlage aller Gesellschaftsordnungen. Hiernach richten sich in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte und mit ihr auch die soziale Gliederung in Klassen und Stände. Dies sagt aber auch gleichzeitig, daß die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen in der materiellen Grundlage, nämlich in der Ökonomie der betreffenden Gesellschaft zu suchen sind und nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in Wahrheit und Gerechtigkeit.

Wenn sich nun vor allem in einer bestimmten Klasse der Gesellschaft, nämlich unter Arbeitern, aber auch unter einigen humanistischen bürgerlichen Intellektuellen die Einsicht verbreitet, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen, also der geistige Überbau, unvernünftig und ungerecht sind, so ist dies eine Widerspiegelung der Tatsache in den Köpfen, daß sich die Produktionsmethoden und Austauschformen weiterentwickelt haben, so daß die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in der veränderten Produktionsweise zu suchen sind.

Wie sieht es nun mit dem modernen Sozialismus aus?

Die bestehende Gesellschaftsordnung ist von der jetzt herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, geschaffen worden. Die Bourgeoisie zerschlug die feudale Ordnung, die mit den sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsmethoden in Konflikt stand, und baute die bürgerliche Gesellschaftsordnung auf. Sie schuf die freie Konkurrenz, die Freizügigkeit, die Gleichberechtigung der Warenbesitzer, das Recht auf bürgerliches Eigentum – eben all diese bürgerlichen Rechte, die wir noch heute kennen und die erst die volle Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zuließen. Doch wie zu ihrer Zeit die Manufaktur mit den feudalen Fesseln der Zünfte in Konflikt kam, „so kommt die große Industrie in ihrer volleren Ausbildung in Konflikt mit den Schranken, in denen die kapitalistische Produktionsweise sie eingeeengt hält“. Das sagte Engels schon vor 80 Jahren, und er stellte fest: „Die neuen Produktionskräfte sind der bürgerlichen Form ihrer Ausnutzung bereits über den Kopf gewachsen; und dieser Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsweise ist nicht ein in den Köpfen der Menschen entstandener Konflikt, . . . sondern er besteht in den Tatsachen, objektiv, außer uns, unabhängig vom Wollen und Laufen selbst derjenigen Menschen, die ihn herbeigeführt. Der moderne Sozialismus ist weiter nichts als der Gedankenreflex dieses tatsächlichen Konflikts, seine ideelle Rückspiegelung in den Köpfen zunächst der Klasse, die direkt unter ihm leidet, der Arbeiterklasse.“ (11)

Worin besteht nun dieser Konflikt – der Grundwiderspruch des Kapitalismus?

Im Mittelalter bestand allgemeiner Kleinbetrieb, Einzelproduktion. Die Produktionsmittel – Land, Ackergerät, Werkstatt, Handwerkszeug – waren nur für den Einzelgebrauch zugeschnitten, also kleinlich und mit kleiner Wirkung. Aber sie gehörten eben deshalb auch dem Produzenten selbst. So auch die Produkte. Der einzelne Produzent hatte sie in der Regel selbst hergestellt. Dazu benutzte er ihm gehörende, oft selbst erzeugte Rohstoffe und eigene Arbeitsmittel. Er arbeitete mit eigener Hand. Fremde Hilfsarbeit war Ausnahme. Nur da, wo ein Überschuß der Produktion über den eigenen Verbrauch erzielt und dieser Überschuß zum Verkauf angeboten wurde, entstand die Warenproduktion.

Es war die historische Rolle des Kapitalismus, die beschränkten Produktionsmittel des Mittelalters zu konzentrieren, auszuweiten, sie in die gewaltigen Produktionsmittel der großen Industrie zu verwandeln. Aber er konnte dies nicht, ohne gleichzeitig die Produktionsmittel des einzelnen in gesellschaftliche Produktionsmittel zu verwandeln. Und wie die Produktionsmittel, so verwandelte sich auch die Produktion: bestand sie vorher noch aus einer Reihe von Einzelhandlungen, so wurde sie jetzt zu einer Reihe gesellschaftlicher Akte. Die Produkte verwandelten sich von Produkten, von denen der einzelne sagen konnte, er habe das selbst gemacht, in gesellschaftlich, arbeitsteilig erzeugte Produkte. Aber die gesellschaftlichen Produktionsmittel und Produkte wurden behandelt, als wären sie nach wie vor die Produktionsmittel und Produkte einzelner. Hatte bisher der Besitzer der Arbeitsmittel sich das Produkt angeeignet, weil es in der Regel sein eigenes Produkt und fremde Hilfsarbeit eine Ausnahme war, so fuhr jetzt der Besitzer der Arbeitsmittel fort, sich das Produkt anzueignen, obwohl es nicht mehr sein Produkt war, sondern ausschließlich das Produkt fremder Arbeit.

In seiner Eigenschaft als Eigentümer der Produktionsmittel eignet sich der Kapitalist auch die Produkte an und macht sie zu Waren. Die Produktion ist ein gesellschaftlicher Akt geworden; aber der Austausch und damit die Aneignung der Produkte bleiben individuelle Akte. Das gesellschaftliche Produkt wird angeeignet vom Einzelkapitalisten.

Dies ist der Grundwiderspruch der heutigen Gesellschaftsordnung, aus dem alle Widersprüche entspringen, die die große Industrie offen an den Tag legt.

Der Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie

Die ersten Kapitalisten fanden die Form der Lohnarbeit bereits vor; aber als Ausnahme, als Nebenbeschäftigung. Der Landarbeiter, der zeitweise tagelöhner ging, besaß seine paar Morgen Land, von deren Ertrag er zur Not leben konnte. Sobald aber die Produktionsmittel in gesellschaftliche verwandelt und in den Händen der Kapitalisten konzentriert wurden, änderte sich dies. Da das Produktionsmittel wie das Produkt des kleinen Einzelproduzenten mehr und mehr wertlos wurde, blieb ihm nichts anderes übrig, als in den Fabriken gegen Lohn zu arbeiten. In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann der größte Teil der Bevölkerung nur leben, wenn sie für die Besitzer der Produktionsmittel – der Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe und Lebensmittel – gegen Lohn arbeiten, also ihre Arbeitskraft den Kapitalisten verkaufen. Die Lohnarbeit wurde zur Regel und ausschließlichen Tätigkeit des Arbeiters, zur Grundform der gesamten Produktion. Der zeitweilige Lohnarbeiter verwandelte sich in den lebenslänglichen. Durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der feudalen Ordnung, Auflösung der Gefolgschaften der Feudalherren, Vertreibung der Bauern aus ihren Hofstellen usw., wuchs die Masse der lebenslänglichen Lohnarbeiter kolossal an. Nun war die Scheidung zwischen den Besitzern der Produktionsmittel, den Kapitalisten, einerseits und den eigentlichen

Produzenten, den Arbeitern, die nichts besaßen als ihre Arbeitskraft, andererseits, vollzogen. Die Scheidung des Produzenten von den Produktionsmitteln, die Verurteilung des Arbeiters zu lebenslänglicher Lohnarbeit, drückt sich aus im Gegensatz von Proletariat und Bourgeoisie.

Wir sahen, daß im Mittelalter die Produktion zum Zweck des Austausches, also die Warenproduktion, erst im Entstehen war. In der kapitalistischen Produktionsweise wurde die Warenproduktion zur einzigen bzw. hauptsächlichsten Form der Produktion. Jeder produziert für sich, mit seinen zufälligen Produktionsmitteln und für sein besonderes Austauschbedürfnis, ohne zu wissen, wieviel von seinem Artikel auf den Markt kommt und wieviel davon überhaupt gebraucht wird. Es herrscht Anarchie der gesellschaftlichen Produktion. Also ist jede auf Warenproduktion beruhende Gesellschaft dadurch gekennzeichnet, daß in ihr die Produzenten die Herrschaft über ihre eigenen gesellschaftlichen Beziehungen, nämlich den Austausch der Produkte, verloren haben.

Aber wie jede Produktionsform, so hat auch die Warenproduktion ihre eigenen, von sich untrennbaren Gesetze. Diese setzen sich trotz der herrschenden Anarchie durch und kommen zum Vorschein in der einzigen fortbestehenden Form des gesellschaftlichen Zusammenhangs, im Austausch. Sie machen sich geltend gegenüber den einzelnen Produzenten als Zwangsgesetze der Konkurrenz. Sie sind diesen Produzenten anfangs selbst unbekannt und müssen erst durch lange Erfahrung nach und nach von ihnen entdeckt werden.

Mit der Erweiterung der Warenproduktion in der kapitalistischen Produktionsweise wurden auch diese Gesetze wirksamer. Die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion trat an den Tag und wurde mehr und mehr auf die Spitze getrieben. Das Hauptwerkzeug aber, womit die kapitalistische Produktionsweise diese Anarchie der gesellschaftlichen Produktion steigerte, war das gerade Gegenteil der Anarchie: die steigende Organisation der gesellschaftlichen Produktion in den einzelnen Fabriken.

Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zeigt sich nun als Gegensatz von Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft.

Zwei Zwangsgebote des Konkurrenzkampfes stellen sich nun für den Kapitalisten. Einerseits ist er gezwungen, seine Maschinerie immer weiter zu entwickeln. Dies bedeutet aber gleichzeitig, daß Menschenarbeit in gleichem Grade mit Vervollkommenung der Maschinen überflüssig gemacht wird. Immer weniger Lohnarbeiter finden Arbeit. Das Heer der Arbeitslosen wächst, d.h. die industrielle Reservearmee wird vergrößert. Dies ermöglicht dem Kapitalisten, die Löhne niedrig zu halten. „So geht es zu, daß die Maschinerie, um mit Marx zu reden, das machtvollste Kriegsmittel des Kapitals gegen die Arbeiterklasse wird, daß das Arbeitsmittel dem Arbeiter fortwährend das Lebensmittel aus der Hand schlägt, daß das eigene Produkt des Arbeiters sich verwandelt in ein Werkzeug zur Knecht-

tung des Arbeiters. So kommt es, . . . daß die Maschinerie, das gewaltigste Mittel zur Verkürzung der Arbeitszeit, umschlägt in das unfehlbarste Mittel, alle Lebenszeit des Arbeiters in disponible (verfügbare) Arbeitszeit für die Verwertung des Kapitals zu verwandeln . . .“ 12)

Andererseits ist der Kapitalist durch die Konkurrenz gezwungen, die Produktion immer weiter zu steigern, schrankenlos auszudehnen. Dies geschieht durch die Vervollkommnung der Maschinerie.

Die Wirtschaftskrisen im Kapitalismus

Durch die ständig steigende Produktion werden die Märkte überschwemmt. Die Arbeiter können mit ihren verhältnismäßig geringen Löhnen nicht alle produzierten Waren kaufen. Es entstehen Stauungen auf den Märkten. Eine Zeit lang können die Kapitalisten diesen Widerspruch vertuschen, indem sie einen Teil der Überproduktion durch Neuinvestitionen abschöpfen. Irgendwann aber geht das nicht mehr; es kommt zum Ausbruch der Wirtschaftskrise. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsatzbar, die Fabriken stehen still, den arbeitenden Massen mangelt es an Lebensmitteln, weil sie zuviel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott.

„In den Krisen wird ein großer Teil nicht nur der Produkte, sondern sogar der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet. In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als Widersinn erschienen wäre – eine Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr der Beförderung der bürgerlichen Zivilisation, der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für sie geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hindernis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu stark geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die gezwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung der alten Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ 13)

Es muß weniger produziert werden, d.h. Kapital wird vernichtet und Arbeiter müssen entlassen werden. Diese bilden, bzw. vergrößern die schon vorhandene industrielle Reservearmee. Die Nachfrage nach Arbeit übersteigt das Angebot. Das hat wiederum zur Folge, daß die Arbeitslöhne gesenkt werden.

Produktionsmittel, Lebensmittel, verfügbare Arbeiter, alle Elemente der Produktion und des allgemeinen Reichtums sind im Überfluß vorhanden. Aber in der kapitalistischen Gesellschaft können die Produktionsmittel nicht in Tätigkeit treten, solange sie sich nicht in Kapital, d.h. in Mittel zur Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft verwandelt wurden. Die Kapitaleigenschaft verbietet den Produktionsmitteln, zu produzieren, den Arbeitern, zu arbeiten.

Gleichzeitig aber versuchen die Kapitalisten, ihre überschüssigen Waren loszuwerden; die Preise werden gesenkt, manchmal sogar bis unter ihren Wert. Dies, zusammen mit der Stockung in der Produktion, macht die Märkte wieder aufnahmefähig; Produktion und Preise steigen langsam wieder an. Der Kreislauf wiederholt sich. Die meisten Kapitalisten überstehen, dank ihrer finanziellen Reserven, diese Krisen. Einige aber, vor allem kleinere, können bei dem rapiden Preisfall nicht mithalten und gehen zugrunde. Die Arbeiter, die nicht solche finanziellen Reserven besitzen, sind die Hauptleidtragenden der ganzen Gesellschaft.

Diese Krisen, die sich von 1825 bis in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts fast regelmäßig alle 10 Jahre wiederholen, nennt man auch die zyklischen Wirtschaftskrisen.

Einesteils wird durch die Krisen die kapitalistische Produktionsweise ihrer Unfähigkeit überführt, die Produktivkräfte, ihre gewaltige Entwicklung, richtig zu nutzen. Andererseits drängen die Produktivkräfte selbst nach Aufhebung des Widerspruchs, nach ihrer Erlösung von der Eigenschaft als Kapital, nach Anerkennung ihres Charakters als gesellschaftliche Produktivkräfte. 14)

Vom Kapitalismus der freien Wirtschaft zum Staatskapitalismus

Nun leuchtet es völlig ein, daß bei der Existenz, der Stärke, der Auswirkung des Sozialismus in der Welt das kapitalistische System sich solche Krisen wie jene, die von 1928 bis 1932 die ganze kapitalistische Welt erschütterte, nicht mehr gestatten kann. Darum entwickelt er ein ganzes Instrumentarium zur Verzögerung, Abschwächung, Aufspaltung krisenhafter Entwicklungen. Das geschieht, indem der Kapitalismus immer mehr Mittel und Methoden anwendet, die praktisch bedeuten, Anleihen beim Sozialismus zu nehmen, den gesellschaftlichen Charakter der Produktion immer mehr anzuerkennen, dies freilich innerhalb des kapitalistischen Ausbeutungssystems zu tun.

Das geschieht schon seit Jahrzehnten, wenn auch in völlig verzerrter, entstellter Form, als Bestandteil der monopolistischen Entwicklung.

Immer mehr Produktionsmittel werden zuerst in Form von Aktiengesellschaften, später zu Trusts zusammengefaßt. In den Trusts schlägt die freie Konkurrenz ins Monopol um. Später wächst die Macht dieser Monopole mit derjenigen des Staates im staatsmonopolistischen System zu einem

geschlossenen Apparat zusammen, der immer mehr die Leitung der Produktion übernimmt, sie reglementiert, formiert, um mögliche Widersprüche und Krisen bekämpfen und dabei dennoch die Ausbeutung fortsetzen zu können. 15)

Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktionsmittel aufdeckten, so zeigt die staatsmonopolistische Regulierung der Produktion die Entbehrlichkeit der privaten Kapitalisten. Die gesellschaftlichen Funktionen der Kapitalisten werden immer mehr von besoldeten Angestellten versehen.

Aber die Großbourgeoisie verschwindet dadurch nicht. Infolge ihres Eigentumsprivilegs eignet sie sich nach wie vor den vom arbeitenden Volk erwirtschafteten Mehrwert an. Die Ausbeutung bleibt bestehen. Die Großbourgeoisie ist gesellschaftlich überflüssig, übt im Unterschied zu den genannten Angestellten (das sind teilweise auch Manager) keine Funktion mehr aus, beutet nur noch aus, ist längst dazu verurteilt, verjagt zu werden. Aber dazu bedarf es einer starken politischen Kraft.

Die proletarische Revolution

Nur durch die tatsächliche Anerkennung der gesellschaftlichen Natur der modernen Produktionsmittel können die Widersprüche des kapitalistischen Systems gelöst werden. Und dies kann nur geschehen, indem die Gesellschaft von den Produktivkräften, die jeder anderen, jeder privaten Leitung entwachsen sind, Besitz ergreift. Mit dieser Behandlung der heutigen Produktivkräfte nach ihrer endlich erkannten Natur tritt an die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie eine gesellschaftlich-planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen. Hiermit ändert sich auch die Aneignungsweise der Produkte: einerseits direkt gesellschaftliche Aneignung als Mittel zur Erhaltung und Erweiterung der Produktion, andererseits direkt individuelle Aneignung als Lebens- und Genußmittel.

Indem die kapitalistische Produktionsweise immer mehr auf die Verstaatlichung der großen vergesellschafteten Produktionsmittel drängt, „zeigt sie selbst den Weg zur Vollziehung der Umwälzung: Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf und damit auch den Staat als Staat . . . Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihrer Zusammenfassung in eine sichtbare Körperschaft; aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: Im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unserer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig . . . Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft –, ist zugleich

sein letzter Akt als Staat . . . An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, er stirbt ab.“ 16)

Die Besitzergreifung sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft konnte aber erst möglich werden, konnte erst geschichtliche Notwendigkeit werden, als die tatsächlichen Bedingungen ihrer Durchführung vorhanden waren. Sie wird, wie jeder gesellschaftliche Fortschritt, erst durch gewisse ökonomische Voraussetzungen möglich.

Die Spaltung der Gesellschaft in Klassen war die notwendige Folge der früheren geringeren Entwicklung der Produktion. Aber wenn auch die Einteilung in Klassen eine gewisse geschichtliche Berechtigung hat, so hat sie diese doch nur für einen bestimmten Zeitraum, für bestimmte gesellschaftliche Bedingungen. Sie gründet sich auf die Unzulänglichkeit der Produktion; sie wird weggefegt werden durch die volle Entfaltung der modernen Produktivkräfte.

Die Abschaffung der gesellschaftlichen Klassen hat einen Höhengrad der Entwicklung der Produktion zur Voraussetzung, auf dem die Aneignung der Produktionsmittel und Produkte und damit der politischen Herrschaft, des Monopols der Bildung und der geistigen Leitung durch eine besondere Klasse nicht nur überflüssig, sondern auch ökonomisch, politisch und intellektuell ein Hindernis der Entwicklung geworden ist.

Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die Vergeudung von Produktivkräften und Produkten, die im Kapitalismus die unvermeidliche Begleiterin der Produktion ist und ihren Höhepunkt in der sinnlosen Rüstungspolitik, einer Luxusproduktion usw. erreicht.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Gesellschaft reicht die gesellschaftliche Produktion aus, allen Gesellschaftsgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern ihnen auch die vollständige freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert.

„Die weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen und damit ihre Natur selbst zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eigenen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“ 17)

Damit das Proletariat zu dieser historischen Leistung fähig wird, muß es auf der Grundlage der sozialistischen Einsicht in den Ablauf der realen Geschichte, ihrer sozialen Triebkräfte organisiert werden und den Kampf aufnehmen, geleitet von einer richtigen Strategie und Taktik. Richtige Kampf- und Organisationsformen, richtige Methoden der Schwächung des Gegners durch Bündnispolitik, konkrete Ausarbeitung der jeweils nötigen

Schritte auf dem Wege zur sozialistischen Umwälzung sind die Aufgaben, die der wissenschaftliche Sozialismus lösen muß.

Zusammenfassung

Der wissenschaftliche Sozialismus ist einer der drei Bestandteile des Marxismus (Philosophie, Politische Ökonomie, Sozialismus). Er umfaßt

- die Lehren vom Klassenkampf der Arbeiterklasse und ihrer Strategie und Taktik,
- von der sozialistischen Revolution und vom sozialistischen Staat,
- von der revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse und der politischen Organisiertheit der Klasse und ihrer Verbündeten,
- vom Aufbau des Sozialismus und Kommunismus.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist damit die politische Theorie des Marxismus.

Er wurde von Marx/Engels in untrennbarer Verbindung von philosophischen, ökonomischen und politischen Theorien sowie in direktem Zusammenhang mit dem Klassenkampf geschaffen. Durch die materialistische Geschichtsauffassung und die Lehre vom Mehrwert wurde der Sozialismus aus einer utopischen zu einer wissenschaftlichen Theorie, deren Kernstück die Lehre von der geschichtlichen Rolle der Arbeiterklasse ist.

Marxistische Philosophie und Ökonomie führen mit Notwendigkeit zum wissenschaftlichen Sozialismus, zur Strategie und Taktik, zu den politischen Grundprinzipien der Arbeiterklasse. Der wissenschaftliche Sozialismus begründet die Möglichkeit der neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft aus den objektiven Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft selbst, als Resultat der realen Klassenkämpfe zur revolutionären Lösung der Widersprüche des Kapitalismus. Der wissenschaftliche Sozialismus begründet, daß diese Gesellschaft aus dem lebendigen Prozeß der Geschichte selbst entspringt und zwar infolge des historischen Wirkens der Arbeiterklasse.

Er begründet, daß der Sozialismus nur im Wege des Klassenkampfes erreichbar ist, der die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen zum Ziel hat. Der wissenschaftliche Sozialismus beweist, daß dieser Klassenkampf auf drei Gebieten, dem ökonomischen, politischen und ideologischen geführt werden muß und die Arbeiterklasse dazu einer revolutionären Partei bedarf.

Mit dieser Theorie wurde erstmals die Politik aus einem Chaos und Betrug zur Wissenschaft (Lenin). Die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus ist natürlich mit der Geschichte der Revolution verbunden, bereichert und entwickelt sich folglich ständig weiter.

Anhang

- 1) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt am Main 1970, S. 43
- 2) Ebenda, S. 43/44
- 3) Ebenda, S. 48
- 4) Ebenda, S. 48/49
- 5) Vgl.: Marxistischer Lehrbrief, Serie C/4, „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“
- 6) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus . . . , a.a.O., S. 53
- 7) W.I. Lenin, Die Quellen und Bestandteile des Marxismus, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1965, S. 7
- 8) Vgl.: Marxistischer Lehrbrief, Serie E/6, 7, 8, „Einführung in die marxistische Dialektik“
- 9) F. Engels, Rede am Grabe von Karl Marx, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Berlin 1953, S. 156
- 10) Vgl. Marxistischer Lehrbrief, Serie B/3, „Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?“
- 11) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus. . . , a.a.O., S. 70
- 12) Ebenda, S. 78
- 13) Marx/Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, Verlag Marxistische Blätter, S. 31 f
- 14) Vgl.: Marxistischer Lehrbrief, Serie B/7, „Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?“
- 15) Vgl.: Marxistischer Lehrbrief, Serie B/1, „Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?“ und Serie B/3, „Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?“
- 16) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus. . . , a.a.O., S. 86
- 17) Ebenda, S. 93

Literatur zum Thema:

zu beziehen durch den Verlag Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main, Hedderheimer Landstraße 78a oder den Buchhandel.

1. F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
2. Schleifstein, Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin, Verlag C.H. Beck, München 1972, S. 87–94

Revolutionäre der internationalen Arbeiterbewegung

Aus Leben und Kampf

Tage mit Ho chi Minh - Erinnerungen von Kampfgefährten

192 Seiten, Paperback, 3,50 DM

Ein unentbehrliches Buch für die politische Praxis unserer Zeit mit Beiträgen von: DRV-Präsident Nguyen Luong, General Vo Ngyuen Giap, Bui Lam, Vu Anh und anderen Persönlichkeiten Nordvietnams.

Georgi Dimitroff – Leben und Werk

Autorenkollektiv, 248 Seiten, Paperback, 8,— DM

Diese biographische Skizze gewährt einen gründlichen Einblick in das revolutionäre Leben und Werk des berühmten bulgarischen und internationalen Arbeiterführers Georgi Dimitroff.

Bestellungen über den Buchhandel oder direkt über den Verlag!



Verlag Marxistische Blätter GmbH

SOZIALISTISCHE POLITIK

Erscheint zweimonatlich in Westberlin

- 18** Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus / Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie / Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse / Klassenkämpfe in Großbritannien
- 19** Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der Übergangsphase zum Sozialismus / Sozialistische ökonomische Integration /
- 20** Politik und Ökonomie in Westberlin nach dem Vierseitigen Abkommen: Sackgassen und Perspektiven für Westberlin, Die Westberliner Arbeiterklasse / Dockerstreik in Großbritannien / Klassenkämpfe in Frankreich heute
- 21** Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse / Zur Entwicklung Westberlins 1945 - 1972 / Klassenkämpfe im Ruhrgebiet 1920 / Kapitalismustheorie in der DDR
-

Einzelheft DM 4,- Abonnement DM 20,-

Verlag u. Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Westberlin 41 Postf. 270 Postsch. 620 10 - 107

 **Morning Star** ★

 **I'Humanité**

ПРАВДА
Орган Центрального Комитета КСРС
1946

Zeitung
vom Internationalen Arbeiterverband

UZ

Trybuna Ludu

 **NEUES DEUTSCHLAND**
ORGAN DER ZENTRALKOMITEES DES SOZIALISTISCHEN EINIGKEITSPARTIS DEUTSCHLANDS

**International beachtet!
Arbeiterzeitungen -
Kommunistische Zeitungen**

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
4100 Duisburg-Beeck Pothmannstraße 1, 1

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die „Marxistischen Lehrbriefe“ vermitteln in sechs Serien populärwissenschaftlich — nicht in verflachter Form! — anhand der konkreten politischen Praxis die Hauptwissensgebiete des Marxismus.

Serie A: Gesellschaft und Staat

- 1 Wie der Mensch zum Menschen wurde
- 2 Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten I. (Von der Urgemeinschaft z. Entwickl. d. Feudalismus)
- 3 Die marxistische Lehre v. d. Klassen und d. Klassenkampf (Einführung)
- 4 Die marxistische Lehre vom Klassenkampf II
- 5 Was lehrt der Marxismus über den Staat?
- 6 Die Entstehung des Kapitalismus
- 7 Der utopische Sozialismus
- 8 Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
- 9 Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
- 10 Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

- 1 Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
- 2 Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
- 3 Gibt es noch Kapitalismus i. d. BRD?
- 4 Automation — Freund oder Feind?
- 5 Die Wirtschaft in der DDR
Teil I. Industrie
- 6 Die Industrie der Sowjetunion
Struktur — Standorte — Zahlen
- 7 Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
- 8 Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
- 9 Das neue ökonomische System in der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

- 1 Reformation u. Bauernkrieg (1517-25)
- 2 Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
- 3 Deutschland im 17. u. 18. Jahrhundert
- 4 Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
- 5 Wie d. deutsche Arbeiterbewegung entstand
- 6 Deutschland i. d. Revolution v. 1848
- 7 Roter Oktober 1917
- 8 Die deutsche Arbeiterbewegung 1849-63
- 9 Die Novemberrev. 1918 i. Deutschland

- 10 Karl Liebknecht u. Rosa Luxemburg
- 11 Der Untergang d. Weimarer Republik
- 12 Aus d. Leben u. Wirken v. Karl Marx
- 13 Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
- 14 Die Pariser Kommune 1871
- 15 Friedrich Engels, Leben und Wirken
- 16 Die deutsche Arbeiterbewegung von 1919-1923

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

- 1 Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945-1949)
- 2 Von Potsdam nach Bonn
Wie Deutschland gespalten wurde (1945-1949)
- 3 Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
- 4 Probleme des Dialogs zwischen Marxisten und Christen
- 5 Worin besteht die faschistische Gefahr in der BRD?
- 6 Die Militarisierung der BRD (1949-56)
- 7 Der Kampf der arabischen Völker gegen Imperialismus und Zionismus
- 8 Der Befreiungskampf der Völker Angolas, Guineas und Mocambiques gegen den portugiesischen Kolonialismus

Der Befreiungskampf der Schwarzen in den USA (in Vorbereitung)

Serie E: Das moderne Weltbild

- 1 Geschichte - Zufall oder Gesetz?
- 2 Die Grundfrage der Philosophie
- 3 Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
- 4 Freiheit in marxistischer Sicht I.
- 5 Freiheit in marxistischer Sicht II.
- 6 Einführung in die marxistische
- 7 Dialektik
- 8 I — III

Serie F: Kultur und Fortschritt

- 1 Wer hat Kultur?
Aber wer macht sie?
(wird fortgesetzt)

Jeder Marxistische Lehrbrief hat einen Umfang von rund 20 Seiten und kostet 1,— DM zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellungen über den Buchhandel oder den Verlag.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Die „Marxistischen Blätter“ sind eine Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Sie erscheint bereits im 8. Jahrgang. Der Umfang jeder Ausgabe liegt zwischen 86 und 106 Seiten.

Der Preis je Einzelheft beträgt ab Januar 1972 DM 3,— plus Zustellgebühr und im Abonnement DM 15,— plus Zustellgebühr.

Die Zeitschrift behandelt Schwerpunkt-Themen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik, Lehre, Entwicklung und Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus in den einzelnen Ausgaben.

Sie bringt Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen, und es werden wichtige Neuerscheinungen wissenschaftlicher und politischer Literatur ausführlich besprochen.

Die Autoren sind bekannte Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Beiträge für die Marxistischen Blätter schrieben bisher so namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik wie A. Berg (Moskau), J. Duclos (Paris), S. Segre (Rom), J.D. Bernal (London), H. Aptheker (New York), F. Castro (Havanna), E. März (Wien), G. Klaus (Berlin), W. Abendroth, W. Hofmann (Marburg), M. Reimann (Essen), J. Schleiﬀstein (Köln) u.a.

Themen des Jahrgangs 1972:

- Heft 1 Umweltschutz und Gesellschaft
- Heft 2 Bürgerliche und sozialistische Demokratie
- Heft 3 Kapitalistische und sozialistische Integration
- Heft 4 Wirtschaftskrisen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 5 Arbeiterklasse und Bündnispolitik
- Heft 6 Zur Europapolitik
- Sonderheft Die Verträge von Moskau und Warschau und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft

Themen des Jahrgangs 1971:

- Heft 1 Gewerkschaften im Spätkapitalismus
- Heft 2 Probleme der europäischen Sicherheit
- Heft 3 Neue Erscheinungen im Imperialismus
- Heft 4 Politische Parteien in der BRD
- Heft 5 Methoden zur Integration der Arbeiterklasse in den staatsmonopolistischen Kapitalismus
- Heft 6 Arbeiterklasse und Kultur

Bestellungen über den Buchhandel oder den



VERLAG

MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH

6 Frankfurt/Main, Hedderheimer Ldstr. 78a

Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

1



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?	Seite
Was ist die Wirtschaft?	1
Welcher Zweig der Wirtschaft ist entscheidend?	1
300 Industrie-Riesen beherrschen das Land	2
Kann diese Macht durch gestreuten Aktienbesitz gebrochen werden?	2
Wer sind die Herren der Stahl- und Eisenerzeugung?	3
Wer beherrscht die elektronische Industrie?	4
Die chemische Industrie	5
Wie sieht es im Fahrzeugbau aus?	11
Das Großreich der Deutschen Bank	12
Die neuen Herren, das sind die alten?	12
Die alten Herren sind noch mächtiger geworden	17
Was gut ist für die Milliardäre, ist nicht gut für die Millionen	20

Preis DM 0,80

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?

Warum ist es eigentlich notwendig, darüber Bescheid zu wissen? Das versteht man, wenn man sich darüber Klarheit verschafft hat, welche Rolle die Wirtschaft im gesamten gesellschaftlichen Leben der Menschheit spielt.

Was ist die Wirtschaft?

„Die Wirtschaft“, das ist zunächst jener Bereich menschlicher Tätigkeit, in dem die für das Leben der Gesellschaft notwendigen Güter erzeugt werden. Dazu braucht man Werkzeuge, Maschinen, Fabriken, Rohstoffe, Bodenschätze, Energiequellen, kurz: das, was Marxisten „Produktionsmittel“ nennen. Wenn nun die Dinge so liegen, daß ein kleiner Teil der Bevölkerung die entscheidenden Produktionsmittel besitzt, so hat eben dieser kleine Bevölkerungsteil die „Wirtschaft“, die Lebensgrundlagen des Volkes in der Hand. Er kann anderen „den Hahn abdrehen“, kann sich Politiker und Parteien „kaufen“, die seine Interessen durchsetzen, kann sich Zeitungen und Zeitungsschreiber mieten, mit ihnen öffentliche Meinung „machen“ und so den Ausgang von Wahlen entscheidend beeinflussen. Darum ist wirtschaftliche Macht politische Macht, Macht, die unser aller Leben tiefgehend beeinflußt und bestimmt. Darum ist es notwendig, genau zu wissen, wer die wirtschaftliche Macht ausübt.

Welcher Zweig der Wirtschaft ist entscheidend?

Die „Wirtschaft“, das ist natürlich etwas Anonymes. Wer sind in Wahrheit die Herren der Wirtschaft? Verschaffen wir uns einen Überblick!

Es gibt in der Bundesrepublik knapp 1,7 Millionen Unternehmer mit einem und mehreren Beschäftigten. In dieser Zahl sind rund 85 000 Industrie-Unternehmen und 380 000 Handwerksbetriebe sowie rund 430 000 Einzelhandelsgeschäfte enthalten. Die 85 000 Industrie-Unternehmen – also nur 5 Prozent aller bundesdeutschen Unternehmen – erreichen die Hälfte des Umsatzes aller Betriebe! Das zeigt, daß innerhalb der „Wirtschaft“ der Industrie das entscheidende Gewicht zukommt. Das ist auch nur natürlich, denn die Güter, von denen die Gesellschaft lebt, die der Handel „an den Mann bringt“, müssen ja erst einmal erzeugt werden.

Wie aber sieht es innerhalb dieses beherrschenden Zweiges der Wirtschaft, innerhalb der Industrie, aus? Unter den 85 000 Industrie-Betrieben gibt es 48 300 mit jeweils mindestens zehn Beschäftigten. Insgesamt sind hier 8,3 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Im Jahre 1964 erzeugten und setzten diese Betriebe Güter im Werte von rund 365 Milliarden Mark um. Diese 48 300 Industrie-Betriebe mit jeweils mindestens 10 Arbeitnehmern sind der wichtigste Teil der „Wirtschaft“.

300 Industrie-Riesen beherrschen das Land

Schauen wir uns jedoch auch dies noch etwas genauer an!

Innerhalb dieser 48 300 Betriebe erreichen 278 (oder knapp ein halbes Prozent von ihnen) einen Jahresumsatz von jeweils mindestens 100 Millionen Mark. Diese knapp 300 Riesenfirmen der Industrieproduktion vereinigen auf sich rund 188 Milliarden Mark oder 54 Prozent des Gesamtumsatzes der genannten Industriebetriebe. Wir nähern uns da also schon dem, was man den eigentlichen Herrschaftsbereich der Industrie und damit der „Wirtschaft“ nennen muß!

Abermals können wir jedoch aus diesen 278 Industrie-Riesen eine Gruppe von **41 Super-Riesen** herausheben, von denen jeder einen Jahresumsatz von mehr als einer Milliarde Mark erzielt. Innerhalb der 48 300 Industriebetriebe mit jeweils mindestens 10 Arbeitnehmern sind also die 300, nicht die 48 000 entscheidend. Und innerhalb der dreihundert sind es in Wahrheit die 41 Industriegiganten, ihre Bosse, die – gemeinsam mit den Köpfen der drei Großbanken – unsere Wirtschaft beherrschen und folglich auch unsere Politik ebenso wie die Produktion und den Absatz managen!

Der Umsatz aller 430 000 Einzelhändler der Bundesrepublik (von denen die meisten auch nicht mehr selbständig sind!) lag 1964 mit 120 Milliarden Mark weit unter dem der knapp dreihundert Industrie-Riesen. Ja selbst die 41 besonders riesenhaften unter den dreihundert setzten noch mehr um als der gesamte Einzelhandel, nämlich 122 Milliarden Mark. Das Handwerk lag, mit seinem Umsatz von 81 Milliarden Mark, weit abgeschlagen im Feld!

In dem riesigen Netz wirtschaftlicher Macht, das diese großen Industrie-Firmen – gemeinsam mit den entscheidenden drei Großbanken – über das ganze Land ausgebreitet haben, zappeln: bei den IG Farben-Betrieben 2 500, bei Mercedes (aus dem Imperium des Herrn Flick) 15 400, bei **Krupp** 20 000, bei **Siemens** 30 000 Industrie- und Handwerksunternehmen als Zuliefererbetriebe. Bei den anderen Konzernen ist das nicht anders. Das ist ein nahezu lückenloses Gefüge der Beherrschung von Wirtschaft und demzufolge Politik. Wer dagegen anrennen will, der wird wirtschaftlich oder politisch „fertig gemacht“ – es sei denn, alle von diesen großen Haien im Meer der „Wirtschaft“ gejagten Arbeiter, Angestellten, Handwerker und Kleinproduzenten schließen sich zur Abwehr zusammen.

Kann diese Macht durch gestreuten Aktienbesitz gebrochen werden?

In den Händen der Bosse dieser Industrie-Giganten befinden sich rund 80 Prozent des gesamten Aktienkapitals der Bundesrepublik. Berücksichtigt man, daß ungünstigenfalls 51 % des Aktienkapitals erforderlich sind, um eine Aktiengesellschaft zu beherrschen, so leuchtet ohne weiteres ein, daß selbst Aktienpakete von Millionenhöhe keinen wirtschaftlichen Einfluß ge-

gen die Industriemilliardäre gewähren. Der völlig zersplitterte Besitz der Klein- und Kleinstaktionäre gewährt gar keine wirtschaftliche oder gar politische Macht. In der Regel hat der Kleinaktionär seine Aktie bei einer der Großbanken deponiert, die dann sein Stimmrecht in der Hauptversammlung der Aktionäre wahrnimmt. So ging es zu, daß 1960 bzw. 1961 die drei Großbanken 54 % des Aktienkapitals der Badischen Anilin und Sodafabrik, 48 % der Farbwerke Hoechst, 54 % des Hoesch-Konzerns vertraten. Der Kleinaktionär stellt in Wirklichkeit nur sein „Kapital“ den großen Konzernen und Banken zur Nutzung zur Verfügung und erhält seine Dividende. Die Macht des Großkapitals wird auf diese Weise nicht geschwächt, sondern um die Einlagen der Kleinaktionäre vermehrt.

Kehren wir nach dieser kurzen Unterbrechung zum Gang unserer Darstellung zurück.

Schauen wir uns nun jedoch die einzelnen Großbereiche der „Wirtschaft“ etwas genauer an!

Wer sind die Herren der Stahl- und Eisenerzeugung?

Hier gibt es keine kleinen und mittleren Unternehmen. Thyssen und ein Ende 1965 aus der Vereinigung des Hoesch-Konzerns mit der Dortmunder Hütten-Union hervorgegangener Riese und Krupp teilten unter sich im Jahre 1964 die Hälfte der westdeutschen Stahlproduktion (etwa 20 Millionen Tonnen). Der Otto-Wolf-Konzern und die Düsseldorfer Rhein Stahlwerke nehmen sich mit ihrer Jahresproduktion von etwa mehr als einer Million Tonnen jeweils schon recht bescheiden aus. Rund ein Viertel der Stahl- und Eisenerzeugung entfallen auf den Thyssen-Konzern, der den vierten Platz unter den großen internationalen kapitalistischen Stahlkonzernen und innerhalb der EWG den ersten Platz einnimmt.

Umfang und Anteil der größten Stahlkonzerne an der Stahlproduktion der Bundesrepublik⁺)

1964

Lfd. Nr.	Konzern	Rohstahlproduktion	
		in Mill. t	in vH
1	Thyssen-Konzern ⁺⁺)	8,436	23,0
2	Krupp-Konzern	3,900	10,6
3	Hoesch-Konzern ⁺⁺)	2,606	7,1
4	Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG (Hoogovens, Niederlande) ⁺⁺)	3,019	8,2
5	Otto-Wolf-Konzern	1,255	3,4
6	Rheinische Stahlwerke AG ⁺⁺)	1,003	2,7
1 - 6	Zusammen	20,219	55,0
Stahlproduktion der Bundesrepublik insgesamt		36,702	100,0

Einer der mächtigsten Bereiche von Stahl und Eisen ist der **Krupp-Konzern** mit einem Jahresumsatz von über 6 Milliarden DM und 114 000 Beschäftigten. Nach dem zweiten Weltkrieg war Krupp im Nürnberger Prozeß als Kriegsverbrecher zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die ihm seinerzeit auferlegte Verpflichtung zur Veräußerung seines Montanbesitzes hat er nicht erfüllt. Im Gegenteil, Ende 1965 kurz vor seinem Tode schuf er durch Vereinigung der **Bochumer Verein für Gußstahlfabrikation AG** mit der **Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG** einen neuen Montanriesen an der Ruhr. Die wirtschaftliche Macht von Krupp reicht weit über diesen Konzern hinaus. Neben Vertretern anderer großer Konzerne sitzen Leute von Krupp zum Beispiel im Aufsichtsrat der Dresdner Bank. Durch die Person von **Gerhard Stoltenberg** (CDU), seit dem 1. April 1965 Direktor der Stabsabteilung Wirtschaftspolitik im Krupp-Konzern, dem späteren Bundesminister für wissenschaftliche Forschung und Abgeordneten des Bundestages, heute durch Stoltenbergs Nachfolger Leussink, hat der Krupp-Konzern seinen unmittelbaren Einfluß auf Staat und Regierung bedeutend verstärken können. Dieses Ministerium verfügt über die Mittel für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Atomwirtschaft und für das sogenannte „Nationale Weltraumprogramm“. Das sind Gebiete, auf denen der Krupp-Konzern führend tätig ist. Folglich ist dieses Ministerium für Krupp von besonders großer Wichtigkeit. Diese unmittelbaren Positionen in Staat und Regierung erreichte der Konzern nicht zuletzt durch die Unterstützung von **Josef Hermann Dufhues**, ehemals geschäftsführender Vorsitzender der CDU und einer der bedeutendsten Industrieanwälte der Bundesrepublik. Nicht zufällig wurde dieser vor einiger Zeit Mitglied des Aufsichtsrats Hütten- und Bergwerke Rheinhausen AG und nach der Neubildung des Montanbereiches von Krupp zum Mitglied des Aufsichtsrats der Fried. Krupp Hüttenwerke AG.

Wer beherrscht die elektrotechnische Industrie?

Auch dieser bedeutende Industriezweig wird ungeachtet der darin tätigen 2 028 Unternehmen, von nur wenigen Konzernriesen beherrscht. Auf nur vier Konzerne kommt die Hälfte des Umsatzes wie auch der Beschäftigten des gesamten Zweiges. Allein ein Viertel entfällt dabei auf den **Siemens-Konzern**, der auch international zur Gruppe der größten Elektrokonzerne gehört.

Umsatz- und Beschäftigtenzahl der größten Konzerne und Unternehmen im Bereich der elektronischen Industrie der Bundesrepublik

1964

Lfd. Nr.	Konzern bzw. Unternehmen	Umsatz		Beschäftigte	
		in Mill. DM	vH	Zahl (in 1000)	vH
1	Siemens-Konzern	6 532	23,0	247,0	26,5

2	AEG-Konzern (incl. Telefunken)	3 802	13,3	127,0	13,6
3	Bosch-Konzern	2 650	9,3	87,1	9,3
4	Grundig-Konzern	1 331	4,7	28,0	3,0
1-4	Zusammen	14 315	50,3	589,1	52,4
	Elektrotechnische Industrie der BRD insgesamt	28 476	100,0	934,1	100,0

An der Spitze dieses Familienkonzerns (Siemens) stehen **Ernst Albrecht von Siemens** sowie **Peter und Hermann von Siemens**. Letztgenannter übernahm schon 1941 den Vorsitz im Aufsichtsrat der Siemens und Halske AG sowie der Siemens-Schuckert Werke AG. Nach 1945 stand er auf der Kriegsverbrecherliste der amerikanischen Armee. Seit 1956 hat Ernst Albrecht von Siemens diese Funktion des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Siemens & Halske sowie der Siemens-Schuckert Werke AG inne. Dergleichen auch in der Osram GmbH. Darüber hinaus sitzt er im Aufsichtsrat der Klöckner-Humboldt-Deutz AG sowie der Deutschen Bank. Auch Peter von Siemens übt in vielen Konzernen, darunter als Aufsichtsratsmitglied bei Mannesmann, als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens-Reiniger-Werke AG, als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates bei Siemens & Halske wie auch in Unternehmerverbänden, darunter als Vizepräsident im Dachverband der europäischen metallverarbeitenden Industrie und als Präsidiumsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Industrie einflußreiche Posten aus.

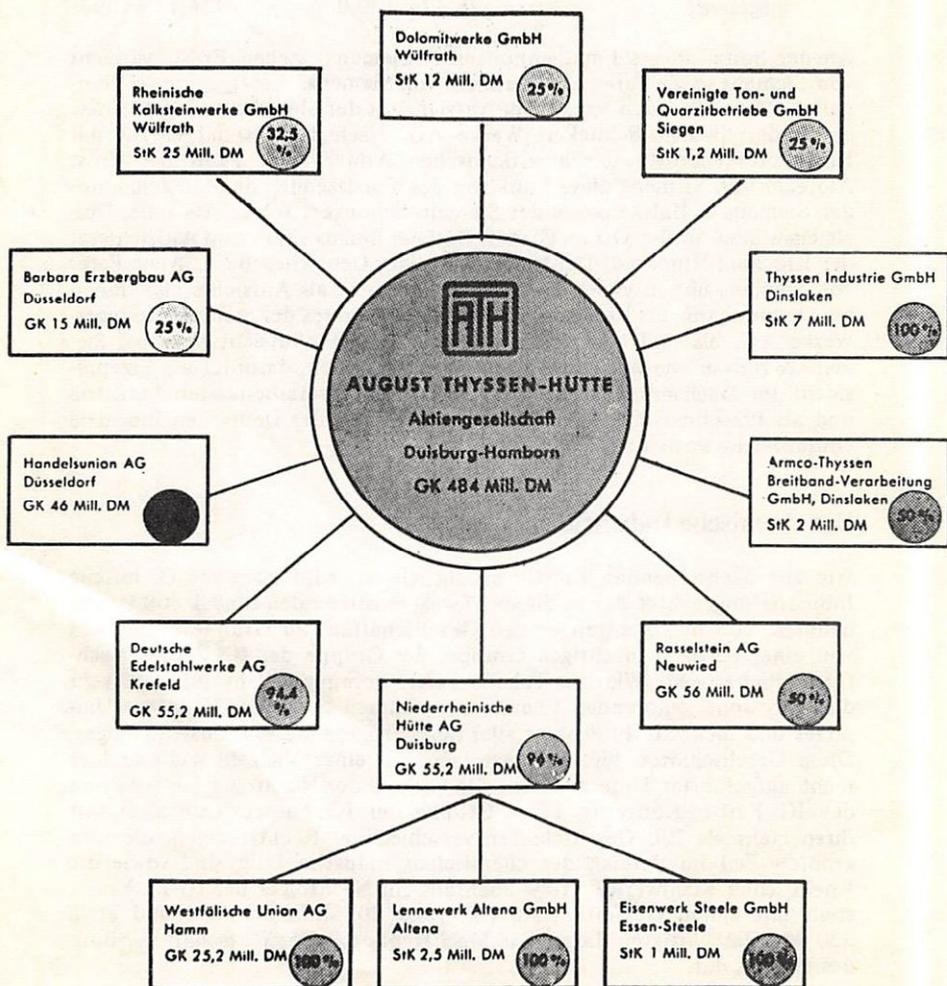
Die chemische Industrie

Wie aus nachstehender Tabelle ersichtlich ist, wird auch die chemische Industrie ungeachtet der in diesem Zweig existierenden rund 1 800 Unternehmen, von nur wenigen großen Gesellschaften, im Grunde genommen von einer einzigen mächtigen Gruppe, der Gruppe der **IG Farben-Nachfolger**, beherrscht. Wie die Tabelle zeigt, kommen allein auf sieben zu dieser Gruppe gehörenden Chemieunternehmen etwa die Hälfte des Umsatzes und mehr als 40 Prozent aller Beschäftigten dieses Industriezweiges. Diese Gesellschaften bilden, zusammen mit einer Vielzahl weiterer hier nicht aufgeführter Unternehmen, die Gruppe der Nachfolgegesellschaften des IG Farben-Konzerns. Diese Gruppe der IG Farben-Nachfolger mit ihren mehr als 200 Gesellschaften verschiedener Rechtsformen, die zum größten Teil im Bereich der chemischen Industrie tätig sind sowie die **Rheinischen Stahlwerke AG** – ebenfalls ein Nachfolger der IG Farben – stellt mit einem Gesamtumsatz von rund 20 Milliarden DM und etwa 330 000 Beschäftigten das **größte Machtgebilde** in der Wirtschaft der Bundesrepublik dar.

Umsatz und Beschäftigtenzahl der größten Konzerne und Unternehmen im Bereich der chemischen Industrie der Bundesrepublik.

Die August-Thyssen-Hütte mit den wichtigsten Tochtergesellschaften

Stand Ende Dezember

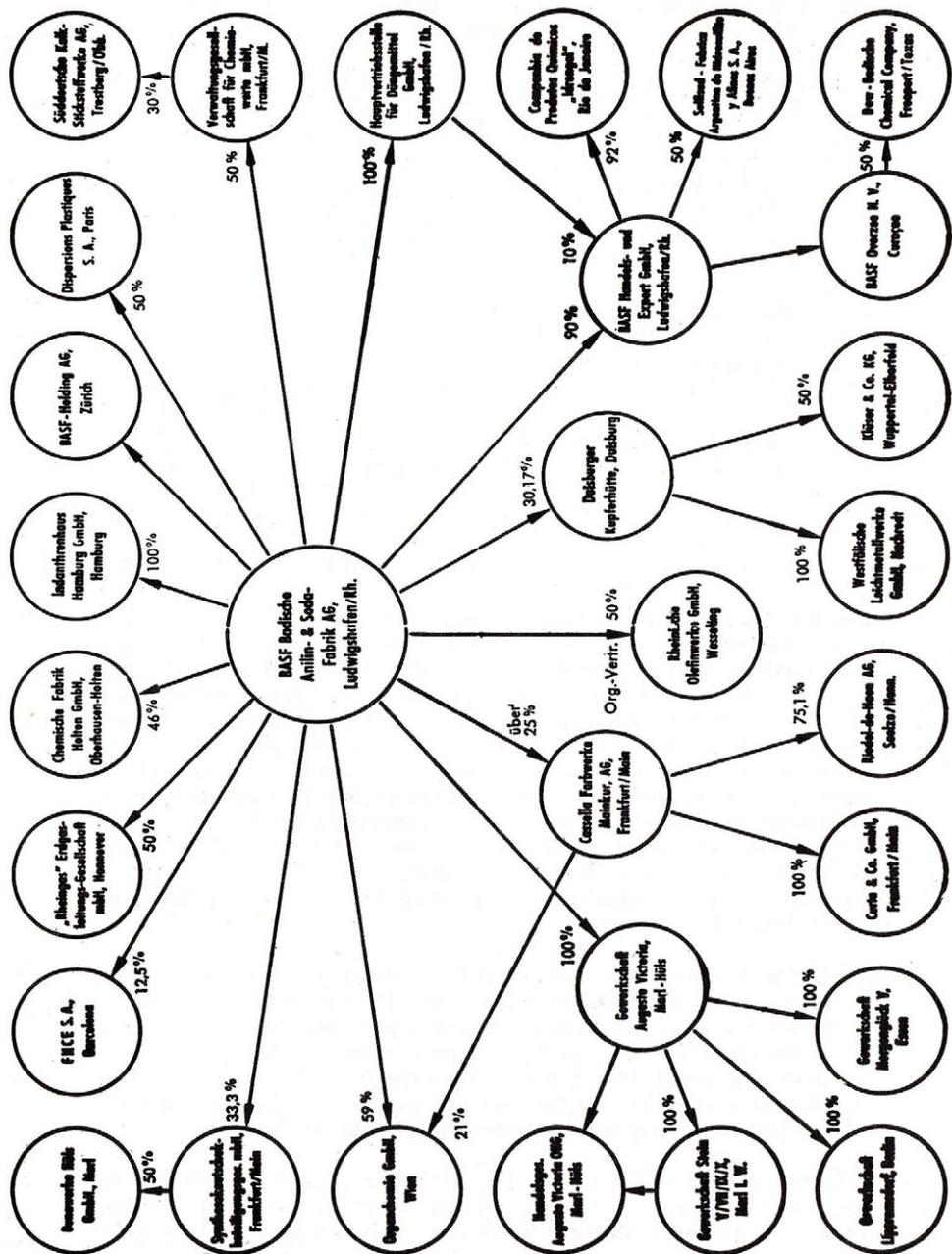


Lfd. Nr.	Konzerne bzw. Unternehmen	Umsatz		Beschäftigte	
		in Mill. DM	vH	Zahl (in 1000)	vH
1	Farbenfabriken Bayer AG	5 014	16,2	78,8	15,4
2	Farbwerke Hoechst AG	4 501	14,6	58,3	11,3
3	Badische Anilin- & Soda-Fabrik AG (BASF)	3 755	12,2	47,2	9,2
4	Chemische Werke Hüls AG	786	2,5	15,1	2,9
5	Wacker-Chemie GmbH	365	1,2 etwa	5,0	1,0
6	Duisburger Kupferhütte AG	327	1,1 etwa	4,0	0,8
7	Cassella Farbwerke Mainkur AG	120	0,4 etwa	2,0	0,4
1-7	Gruppe der IG Farben-Nachfolger	14 868	48,2	210,4	41,0
0	Chemische Industrie der BRD insgesamt	30 846	100,0	513,0	100,0

Der IG Farben-Konzern hat ein richtiges Netz seiner wirtschaftlichen und politischen Macht gesponnen. Da ist zum Beispiel der einstige Angeklagte von Nürnberg, Karl Wurster. Er war 1938 im Vorstand der IG Farbenindustrie AG und der Leitung des Werkes Ludwigshafen. Er trug im Hitlerreich den Titel eines Wehrwirtschaftsführers und wurde für seine „Verdienste“ von Hitler persönlich mit dem „Ritterkreuz zum Kriegsverdienstkreuz“ ausgezeichnet (heute hat er das „Große Bundesverdienstkreuz mit Stern“). Heute ist er Vorsitzender des Aufsichtsrates der BASF (Badische Anilin & Sodafabrik AG). Er sitzt außerdem als Vertreter der Kleinaktionäre (!!) im Aufsichtsrat der Hoesch AG. Weiter ist er Mitglied des Aufsichtsrates der Robert Bosch GmbH sowie der Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG und schließlich auch im Aufsichtsrat der Deutschen Bank und auf vielen anderen wichtigen Posten.

Auch Karl Winnacker, der bereits im IG Farben-Konzern verantwortliche Funktionen ausgeübt hatte, als dieser das Giftgas für Auschwitz erzeugte (1943 war Winnacker die Leitung der gesamten Chemikaliensparte im Konzern übertragen worden), ist heute Vorsitzender des Aufsichtsrates der Duisburger Kupferhütte und der Ruhrchemie AG, Vorsitzender des Vorstandes der Farbwerke Hoechst, Mitglied des Aufsichtsrates der Wacker-Chemie und der Demag sowie in vielen anderen Funktionen.

Umfangreich und vielfältig ist der Einfluß der Gruppe der IG Farben-Nachfolger auf Staat und Politik in der Bundesrepublik. Insbesondere in der Person von Professor Siegfried Balke verkörpert sich die enge Verschmelzung zwischen diesem riesigen Konzerngebilde und dem Staat. Balke, der



zu Beginn der fünfziger Jahre als Generaldirektor in der Wacker-Chemie GmbH, einer der IG Farben-Nachfolgegesellschaften, tätig war, 1953 Bundespostminister und 1956 Bundesminister für Atomenergie und Wasserwirtschaft wurde, hat in der letzten Funktion die unmittelbare Einbeziehung der Kernforschung und Kerntechnik in die militärischen Aufrüstungspläne betrieben. Gemeinsam mit Wilhelm A. Menne, dem Atomexperten der IG Farben-Gruppe und Bundestagsabgeordneten der FDP im 5. Bundestag, hatte Balke maßgeblichen Anteil daran, daß in dem seinerzeit vom Bundestag angenommenen Atomgesetz eine Beschränkung auf die rein friedliche Nutzung der Kernenergie fehlt.

Wie sieht es im Fahrzeugbau aus?

Er wird in der Bundesrepublik eindeutig von vier Automobilkonzernen beherrscht. Obwohl zu diesem Industriezweig immerhin 543 Unternehmen zählen, kommen allein auf diese vier Konzerne, in denen etwa eine Viertel-million Arbeitskräfte beschäftigt ist, fast dreiviertel des Umsatzes des gesamten Fahrzeugbaus und 93,9 Prozent aller bei uns hergestellten Automobile. Fast die Hälfte der Autos wird in den Volkswagenwerken produziert.

Hervorzuheben ist der in diesem Industriezweig herrschende hohe Produktionsanteil der Tochtergesellschaften der beiden amerikanischen Automobilkonzerne, General Motors und Ford, die zu den größten kapitalistischen Konzernen in der Welt gehören. 1955 betrug ihr Anteil an der Zahl der in der Bundesrepublik produzierten Autos noch 29,7 Prozent (20,6 Prozent Adam Opel und 9,1 Prozent Ford). Inzwischen ist er auf fast 40 Prozent angestiegen.



Friedrich Flick als angeklagter
Kriegsverbrecher

Unter dem Einfluß des Vordringens der amerikanischen Autokonzerne sind die beiden deutschen Automobilgesellschaften, die Volkswagen AG und die zum Flick-Bereich gehörende Daimler-Benz AG enger zusammengerückt. Sie arbeiten direkt über die seit 1965 gemeinsam beherrschte Tochtergesellschaft, die Autounion GmbH, zusammen und schalten faktisch untereinander die Konkurrenz aus. Damit sind die Volkswagenwerke die Ehe mit einem Automobilkonzern eingegangen, der den wichtigsten Teil des von Friedrich Flick beherrschten Machtgebildes darstellt. Der Jahresumsatz des Flick-Bereichs beträgt insgesamt etwa 8 bis 9 Milliarden DM; in seinen Unternehmen werden 180 000 bis 200 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Durch diese Ehe konnte Friedrich Flick seine Position weiter ausbauen.

Flick wurde bekanntlich nach 1945 vom internationalen Tribunal im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Heute sitzt er wieder als einer der Mächtigsten der bundesdeutschen Wirtschaft in vielen Aufsichtsräten großer Gesellschaften, so als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates in der Daimler-Benz AG und in gleicher Funktion in den Buderus'schen Eisenwerken; er ist Vorsitzender in der Dynamit Nobel AG sowie der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte; er ist Mitglied des Aufsichtsrates der AEG usw.. Seit Jahren produziert er wieder in den von ihm beherrschten Werken, zum Beispiel in der zu seinem Herrschaftsbereich gehörenden Krauss-Maffei AG als Generalauftragnehmer Panzer für die Bundeswehr. In der Person von Wolfgang Pohle (CSU), persönlich haftender geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, hat Flick auch einen direkten Vertreter im 5. Bundestag. Pohle hatte ihm überdies schon im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß zur Seite gestanden.

Das Großreich der Deutschen Bank

Die wichtigste unter den drei Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) ist wieder, wie schon vor 1945, die Deutsche Bank AG mit ihrem weit über die Grenzen der Bundesrepublik greifenden Spinnennetz von Filialen und Zweigstellen. Ihr Vorstandsvorsitzender, Hermann Josef Abs, ist einer der mächtigsten Männer unter den Vertretern des westdeutschen Finanzkapitals. Auch er stand nach 1945 auf der Liste der Kriegsverbrecher und saß einige Monate im Gefängnis. Heute hat dieser Mann außer seiner Spitzenfunktion in der Deutschen Bank viele leitende Positionen in mehr als 30 der größten deutschen Konzerne inne, darunter auch in einigen Staatskonzernen. Unter anderem ist er Vorsitzender des Aufsichtsrates in der zum Flickbereich gehörenden Daimler-Benz AG, in der zur IG Farben-Gruppe gehörenden Badischen Anilin- und Sodafabrik AG, in der Siemens & Halske AG und auch in der Klöckner Humboldt-Deutz AG (Klöckner Konzern). Die gleiche Funktion übt er auch in dem staatseigenen Konzern der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts-Werke AG aus. Er ist außerdem Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau und in der gleichen Funktion bei der Deutschen Bundesbahn sowie in vielen anderen einflußreichen Funktionen.

Die neuen Herren, das sind die alten!

„Die Wirtschaft“ wird also von einigen wenigen Großkonzernen der Industrie und von den drei Großbanken beherrscht. Ihre Besitz- und Machtverhältnisse wurden in der Bundesrepublik wiederhergestellt. Das ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß diese Großkonzerne und die Hochfinanz die Hintermänner und Drahtzieher Hitlers, seiner Partei und Regierung waren. Sie trifft die Hauptverantwortung und Hauptschuld für Faschismus und Krieg.

DAS ABS-IMPERIUM



VORSTANDSPRECHER

DEUTSCHE BANK AG
Frankfurt a. M.
14 786 Mill. Mark
Bilanzsumme
21 750 Beschäftigte

DEUTSCHE BANK
Berlin
Abwickelnde Abbank
30 Beschäftigte

VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS

DAIWLER-BENZ AG
Stuttgart
5236 Mill. Mark Umsatz
112 000 Beschäftigte

RHEINISCH-WESTFÄLISCHES
ELEKTRIZITÄTWERK AG
Essen
4170 Mill. Mark Umsatz
16 350 Beschäftigte

BADISCHE ANILIN- &
SODA-FABRIK AG
Ludwigshafen
3755 Mill. Mark Umsatz
55 600 Beschäftigte

DORTMUND-HÖRDER
HUTTENUNION AG
Dortmund
1522 Mill. Mark Umsatz
28 100 Beschäftigte

VEREINIGTE GLANZ-
STOFF-FABRIKEN AG
Wuppertal-Eberfeld
951 Mill. Mark Umsatz
15 800 Beschäftigte

RHEINISCHE BRAUN-
KOHLENWERKE AG
Köln
947 Mill. Mark Umsatz
20 700 Beschäftigte

PHILIPP HOLZMANN AG
Frankfurt a. M.
752 Mill. Mark Umsatz
20 000 Beschäftigte

GEBR. STUMM GmbH
Brombauer
750 Mill. Mark Umsatz
5300 Beschäftigte

DEUTSCHE LUFTHANSA AG
Köln
713 Mill. Mark Umsatz
13 000 Beschäftigte

SÜDDEUTSCHE ZUCKER AG
Mannheim
599 Mill. Mark Umsatz
6 100 Beschäftigte

ZELLSTOFFFABRIK
WALDHOF
Mannheim
498 Mill. Mark Umsatz
9 700 Beschäftigte

SALAMANDER AG
Konnewitzheim
384 Mill. Mark Umsatz
15 200 Beschäftigte

PHOENIX
GUMMIWERKE AG
Hamburg-Harburg
353 Mill. Mark Umsatz
8 400 Beschäftigte

KALI-CHEMIE AG
Hannover
282 Mill. Mark Umsatz
5 300 Beschäftigte

DEUTSCHE LIBBEY-OWENS-
GESELLSCHAFT
Gelsenkirchen-Rathausen
190 Mill. Mark Umsatz
4 600 Beschäftigte

BERGWERKSGESELLSCHAFT
DAHLBUSCH
Gelsenkirchen-Rathausen
66 Mill. Mark Umsatz
3 000 Beschäftigte

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS

SIEMENS & HALSKE AG
Berlin
6532 Mill. Mark Umsatz
247 000 Beschäftigte

DEUTSCHE SHELL AG
Hamburg
3076 Mill. Mark Umsatz
6 450 Beschäftigte

KLOCKNER-HUMBOLDT-
DEUTZ AG
Köln
1813 Mill. Mark Umsatz
47 000 Beschäftigte

AG DER DILLINGER
HÜTTENWERKE
Dillingen
542 Mill. Mark Umsatz
6 400 Beschäftigte

NEUNKIRCHER EISEN-
WERK AG
Neunkirchen
477 Mill. Mark Umsatz
12 000 Beschäftigte

H. ALBERT DE BARY & CO.,
NV, Amsterdam
293 Mill. Mark
Bilanzsumme
350 Beschäftigte

VORSITZENDER DES VERWALTUNGSRATS

KREDITANSTALT FÜR
WIEDERAUFBAU
13 900 Mill. Mark
Bilanzsumme
340 Beschäftigte

DEUTSCHE
BUNDESBÄHN
8 900 Mill. Mark Umsatz
471 600 Beschäftigte

MITGLIED DES AUFSICHTSRATS: Gelsenkirchener Bergwerks-AG, Essen;
Metallgesellschaft AG, Frankfurt

MITGLIED DES VERWALTUNGSRATS: Banca Commerciale Italiana, Barcelona;
Banca Espinosa de Almeida, Hamburg

EHRENVORSITZENDER DES AUFSICHTSRATS: Deutsche Überseebank, Hamburg-Berlin;
Fischer Maschinenfabrik AG, Langen bei Frankfurt

Darum mußten sie 1945 untertauchen oder wurden verhaftet. Auf den amerikanischen Kriegsverbrecherlisten standen die Namen aller Großen (einige wenige, wie Krupp und Ferdinands, sind in den letzten Jahren



Einige Industrielle auf der Anklagebank in Nürnberg (darunter die IG-Farben-Direktoren Faust, Ambros, Dürrfeld)

gestorben) unserer heutigen Wirtschaft: Abs und Flick, Krupp und Thyssen, Stinnes und Siemens, Ferdinands und Zangen, die IG-Leiter v. Schnitzler, Krauch, Ilgner und viele andere der Industrie und Banken. Dies war keineswegs aus purem Konkurrenzneid des amerikanischen Großkapitals oder aus Feindschaft gegenüber Deutschland geschehen, sondern wegen solcher Tatsachen: (sie sind Aussagen von führenden Leuten des Großkapitals oder der Nazi-Partei selbst entnommen):



Kirdorf

Emil Kirdorf, Leiter des Nordrhein-westfälischen Kohlsyndikats, erklärte:

„Kurz nach der Münchener Unterredung (1927) fanden dann mehrere Zusammenkünfte des Führers mit leitenden Persönlichkeiten des Industrieviers statt, in denen Adolf Hitler mit knappen und klaren Worten seine Ansichten darlegte.“



Thyssen

Das von Kirdorf geführte Kohlsyndikat faßte 1931 den Beschluß pro Tonne verkaufter Kohle fünf Pfennig an die NSDAP abzuführen. Das waren im Jahr über 6 Millionen Reichsmark.

Der führende Mann der Stahlindustrie, Fritz von Thyssen erklärte:

„daß am 27. Januar 1932 Adolf Hitler eine zweieinhalb-stündige Rede vor dem Industrie-Club in Düsseldorf hielt. Diese Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen, und als Ergebnis floß eine Zahl von bedeutenden Zuwendungen in die Kassen der NSDAP.“

Über das von Thyssen genannte Gespräch der Industriekapitäne mit Hitler schrieb **Dr. Otto Dietrich**, Hitlers späterer **Reichspressechef**:



Dr. Dietrich

Schluß seiner Rede rief er nach neuem Lebensraum. Dem stimmten die Industriekapitäne zu, das finanzierten sie.“

„An diesem Tag gelang dem Führer der Durchbruch bei den westdeutschen Industriekapitänen. In den Stuhlreihen gedrängt die Elite der westdeutschen Wirtschaft. Die im Rampenlicht der Öffentlichkeit **Arbeitenden** und jene Stillen, aber nicht minder einflußreichen Mächte, die die Geschicke der Wirtschaft unsichtbar leiten. Der Eindruck auf diesen Kreis nüchternster Zuhörer ist erstaunlich. Beifallssalven rauschen. Die Wirkung bei den Wirtschaftlern war tief und zeigte sich in den nächsten schweren Kampfmonaten. Hitler hatte in seiner Rede die Demokratie eine Herrschaft der Dummen genannt. Die Sowjetunion bezeichnete er als den schwersten Konkurrenten. Am

Wir geben jetzt auszugsweise den Brief der maßgeblichen Industriekapitäne (unter anderem **Krupp, Thyssen, Vögler, Haniel, Siemens**) wieder, den diese im November 1932 an den damaligen Reichspräsidenten **Hindenburg** schrieben. In diesem Brief forderten sie, Hitler zum Reichskanzler zu machen.

„Ew. Exzellenz,
Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Mit Euer Exzellenz bejahen wir die Notwendigkeit einer vom parlamentarischen Parteiwesen unabhängigen Regierung. Gegen das bisherige parlamentarische Parteiregime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt und haben damit das Ziel Euer Exzellenz bejaht.

Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen.“

Die entscheidenden Herren des Großkapitals und der Hochfinanz – unter ihnen **Flick, Blessing, Borsig**, die Leiter der **IG Farben**, des **Siemens- und Bosch-Konzerns** usw. – bildeten einen „**Freundeskreis Himmlers**“ zur Finanzierung der **SS**.

Natürlich brachte das diesen Herren noch weit höhere Gewinne ein, als sie für „Spenden“ verausgabten. Die Gewinne der **IG Farben** stiegen von 1932 (48 Millionen Mark) bis 1943 auf das Siebzehnfache (822 Millionen Mark) an, die **AEG** verdoppelte ihren Umsatz. Wegen dieser Tatsachen und Zu-

Berlin, den 1. Juni 1933.

Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Um die zahlreichen Einzelsammlungen der reichsweiten Stellen und Vereine der NSDAP anzufassen, ist unter dem Namen „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft“ eine zentrale Sammlung aller Zweige der deutschen Wirtschaft ins Leben gerufen. Die Leitung der Spende liegt in den Händen eines Kuratoriums, das sich aus Vertretern der beteiligten Wirtschaftszweige zusammensetzt. Dem Vorsitz des Kuratoriums hat Herr Dr. Krupp von Bohlen und Halbach (Anschrift: Berlin W 35, Königin-Augusta-Straße 88, Reichsverband der Deutschen Industrie) abzuweihen.

Die Wirtschaftszweige haben sich verpflichtet, innerhalb eines Jahres, und zwar in der Zeit vom 1. Juni 1933 bis zum 31. Mai 1934, einen bestimmten Betrag in einer für sie jeweils zweckmäßigen Form aufzubringen und die gesammelten Gelder an das Kuratorium abzuführen.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände fordern die ihnen angeschlossenen Verbände und Firmen auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln diese Sammlung zu unterstützen. Wir erwarten die tatkräftige Mitarbeit aller unserer Organisationen und aller Unternehmungen und den persönlichen Einsatz ihrer Führer. Es gilt, schnell und großzügig zu handeln, die Durchführung einfach und sorgsam zu gestalten und alle bürokratischen Hemmnisse im vorerwähnten Bereits laufende Sonderabmachungen sind in die allgemeine Sammlung einzufügen.

Alle Fragen und Zuschriften sind an die Wirtschaftsführung der Industriesammlung zu richten. Abdruck dieses Rundschreibens stehen auf Anforderung in beliebiger Menge zur Verfügung.

**Für den Reichsverband der
Deutschen Industrie**

Dr. Krupp von Bohlen und Halbach

**Für die Vereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände**

Dr. Röttgers

Duplikat

Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft

Vereinigung
D. A. F. U. S. V. Dresden Bank

Berlin

Ich an der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft - mit einem Betrag von
 100,00 Reichsmark deutsch

Anzahlungen bei dem Inhaber dieser Karte möglich sind auf
 Guthabens-, Girokonten und Girokonten der Reichsbank
 oder der Sparkassen der Reichsbank, wenn der Inhaber der
 Zahlungsbefugnis über entsprechende
 Abmachungen verfügt.

Datum im Jahr 1934

Das Kuratorium



sammenhänge standen die Leiter des deutschen Großkapitals und der Hochfinanz auf den Kriegsverbrecherlisten!

Aber in dem Maße, wie „der Westen“ die antisowjetische Politik Hitlers und seiner großkapitalistischen Auftraggeber übernahm, wurden diese Leute amnestiert und wieder in ihre alte Macht gehoben, damit sie bei der Fortsetzung der alten Politik führend tätig sein konnten. So kam es, daß sie alle „wieder da“ sind:

Die 24 leitenden Männer des IG Farben-Konzerns saßen auf der Anklagebank als Kriegsverbrecher u.a.: Fritz ter Meer, Carl Wurster, Fritz Gajeski, Otto Ambros, Heinrich Bütefisch, Walter Dürfeld, Felix Ehrmann, Günter Frank-Fahle, Friedrich Jähne. Diese einstigen IG-Herren finden wir heute alle wieder in der Konzernleitung.

Bei Flick sieht es nicht anders aus: Hier sind die Konzernführer von heute dieselben wie unter Hitler: Flick selbst, Konrad Kaletsch, William Werner, Walter Gaßmann, Odilo Birkhardt, Friedrich Nallinger, Wilhelm Künkel.

Was dem IG-Konzern und Friedrich Flick recht ist, ist der AEG billig. Hießen hier einst die Chefs Pferdenges (vor kurzem gestorben), Winkhaus, Reusch, Erkelenz, Boden, Heyne, so heißen sie heute nicht anders.

Bei den Großbanken ist es ebenso. Bis zum Ende des „Tausendjährigen Reiches“ thronten auf den Sesseln der Deutschen Bank die Herren Abs, Zangen, Wurster, Winnacker (beide von der IG Farben), Goetz, Schlosser, Blohm. Das ist heute nicht anders.

So sieht es in allen Großkonzernen und Großbanken aus. Darum ist es völlig richtig, wenn das DGB-Grundsatzprogramm feststellt, daß alte Besitz- und Machtverhältnisse wiederhergestellt wurden.

Die alten Herren sind noch mächtiger geworden

Eigentlich kennzeichnet das Wort von der „Wiederherstellung“ der alten Besitz- und Machtverhältnisse noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Tatsächlich sind die alten Konzerne und ihre Chefs heute noch reicher und mächtiger als früher. Es ist in der deutschen Geschichte einmalig, daß ein einziger Konzerngewaltiger und Bankkapitän, Hermann Joseph Abs, als Aufsichtsrat, Aufsichtsratsvorsitzender und Vorstandsvorsitzender von Aktiengesellschaften das Kommando über 1,2 Millionen Arbeitskräfte führt und Geschäfte im Werte von 78 Milliarden Mark – der Bundeshaushalt umfaßte in demselben Jahr „nur“ 66 Milliarden! - kontrolliert.

Auch das hat es in Deutschland noch nicht gegeben, daß ein Mann, Axel César Springer, durch die Herausgabe von 89 Prozent der Tages- und 87 Prozent der Wochenendzeitungen weitestgehend bestimmt, was das Volk lesen und denken darf, daß also ein Mann im Interesse der Großkonzerne das Denken der überwiegenden Volksmehrheit steuern kann.

Eine kleine Gruppe solcher Großkönige – die Wochenzeitung „Christ und Welt“ nannte vor Jahren, am 4. September 1964, die Zahl 94 – herrscht im Reich der Wirtschaft.

Die Macht des Großkapitals und der Hochfinanz beruht auch in der Verschmelzung und Verflechtung der Industriegiganten mit den Großbanken, vor allem mit den mächtigsten von ihnen (Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG und Commerzbank AG). Personell kommt die Verschmelzung dadurch zum Ausdruck, daß einerseits alle großen Industriekonzerne ihre Vertreter in den Aufsichtsräten der Großbanken haben – und daß umgekehrt auch die Großbanken entsprechende Positionen in den Aufsichtsräten der Industriekonzerne einnehmen. Die Verschmelzung von Industrie- und Bankmonopolen, die heute noch durch die direkte Vereinigung der Macht der Großkonzerne mit der Macht des Staates erweitert ist, gibt den großen Giganten der Wirtschaft eine überragende Stellung, sei es bei der Kreditbeschaffung und damit vor allem auch bei der Finanzierung der Investitionen, bei der Eroberung neuer Märkte, im Kampf gegenüber ausländischen Konkurrenten, sei es durch ihren bestimmenden Einfluß auf die gesamte Wirtschaftspolitik und Tätigkeit des Staates, sei es bei der Beeinflussung von Politikern, Zeitungsleuten, ganzer Parteien usw.

„Helmut Horten“, der Chef eines milliardenschweren Warenhauskonzernes, „beschenkte . . . auch eine Partei, die es möglicherweise ohne ihn gar nicht mehr gäbe – zumindest nicht im Bundestag und erst recht nicht in der Regierung: die Freien Demokraten . . . Daß . . . die 66 FDP-Abgeordneten, die 1961 Adenauers absolute Mehrheit brachen, nun nicht übermütig wurden, dafür sorgten dann wieder ihre Geldgeber, an ihrer Spitze Helmut Horten.“ Die entsprechenden Verhandlungen zwischen den FDP-Führern und Politikern der CDU/CSU hätten „nirgendwo anders als in Hortens Düsseldorfer Villa“ stattgefunden. Das schrieb „Metall“, die Zeitung der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Nr. 26/1965). Der Eintritt der FDP in eine von der SPD geführte Regierung hat den direkt kapitalistischen Charakter dieser Partei natürlich nicht verändert.

Die Großkonzerne bestimmen, was in die Gesetzentwürfe kommt. Zu diesem Zweck richten sie zunächst ihre Eingaben an die zuständigen Stellen – das heißt nicht an das Parlament, sondern an die Fachministerien! „Der Bundesverband der Deutschen Industrie reichte beispielsweise im Jahre 1962 von insgesamt 100 als ‚wichtig‘ bezeichneten Eingaben nur 4 beim Bundestag ein, dagegen 96 bei den zuständigen Bundesministern.“ (Dr. Kröger in der Beilage zum „Parlament“, vom 9.2.66, S. 11). In den Beratungsausschüssen dieser Ministerien sitzen dann die Beauftragten der Konzerne und der Unternehmerverbände und sorgen dafür, daß aus den „Eingaben“ Gesetzestexte werden. „Ein Bonner Ministerialbeamter hat vor einigen Jahren nicht weniger als 57 solcher Gremien gezählt. . . Heute dürfte die Zahl dieser Gremien eher höher als niedriger liegen“, bemerkt Kröger (ebenda, S. 8/9). In der Atomkommission sitzen zum Beispiel allein vom IG-Farben-Konzern die Herren Menne und Winnacker, von der Deut-

schen Bank Abs, vom Flick-Konzern Nallinger. Um jedoch zu sichern, daß die Gesetzestexte, die in den Ausschüssen erarbeitet werden, dann auch zu Gesetzen werden, haben Konzerne und Unternehmerverbände dafür gesorgt, entsprechend in Regierung und Bundestag vertreten zu sein. In der Regierung saßen oder sitzen solche Wirtschaftskapitäne wie der Krupp-Direktor Dr. Stoltenberg oder der Krupp-Vertrauensmann Leussink. In den Bundestag haben die Konzerne und Unternehmerverbände mehr als hundert Vertreter entsandt. Krupp ist vertreten durch Stoltenberg und Blumenfeld, Thyssen durch Birrenbach, Flick durch Pohle, Klöckner durch Berendsen, Oetker durch Elbrächter usw. usf. Und nachdem die „Eingaben“ zu Gesetzen geworden sind, sorgt ein entsprechend mit Unternehmervertretern durchsetzter bürokratischer Apparat dafür, daß die Gesetze verwirklicht oder zugunsten der Konzerne ausgelegt werden. Was auf diesem Gebiet der Personalpolitik des Staates, ihrer Bestimmung durch die Großkonzerne geschieht, „hüllt sich in ein kaum aufzuhellendes Dunkel“. schreibt Kröger (ebenda, S. 7), wobei Kröger dieses ganze System bejaht und seinen Gegnern „mangelndes Verständnis für die demokratische Staats- und Lebensform“ vorwirft (S.4)!

Es gibt dennoch einige aufschlußreiche Beispiele für die Lenkung des Staates durch die Konzern-Milliardäre. Darüber schrieb beispielsweise der „Spiegel“ (Nr. 45 – 3. Nov. 1965):

„Mindestens alle drei Wochen . . . fand ein intimes Rheinländer Treffen zwischen dem Remagener Abs, dem Kölner Pferdenges und Adenauer in Rhöndorf statt. Auf Bitten des Kanzlers saß Abs auch häufig am Kabinetttisch zu Bonn.“

„Auf seinen Einfluß (gemeint ist Abs) hin wurden überdies der Industrie großzügige Steuerabschreibungen und über Jahre hinweg Möglichkeiten der Selbstfinanzierung durch hohe Preise gesichert.“

Abs, seinerzeit Berater von Adenauer, beriet später Erhard. Die einzelnen Namen und Personen wechselten seitdem, aber die „Sache“ selbst blieb. Durch die Verfilzung von Konzernen und Staat und den unmittelbaren Einfluß der Konzerne auf die Politik des Staates, wird das Parlament im Grunde genommen entmündigt und ihm die im Grundgesetz festgelegte Funktion genommen. Kein Wunder, wenn sich die Sitzungen des Bundestages, der nur noch nachträglich bestätigt, was vorher längst entschieden worden ist, durch langweilige und gähnende Leere auszeichnen. Dies ist, wie die „Nürnberger Nachrichten“ (15.1.1965) schrieben, „nur der äußere Ausdruck dafür, daß das Plenum kaum noch selber Entscheidungen fällt. Die Gesetze werden meistens schon im vorparlamentarischen Raum zwischen der Ministerialbürokratie und den Interessengruppen bzw. deren Lobbyisten ausgehandelt, und das Parlament hat dann die bereits getroffenen Entscheidungen nur noch nachzuvollziehen.“

Weder die Millionen Arbeiter und Angestellten, noch die Hunderttausende kleinen und mittleren Unternehmer, noch die Angehörigen der Intelligenz bestimmen über Wirtschaft und Politik. Bestimmend sind einzig und allein die Konzern- und Bank-Milliardäre.

Was gut ist für die Milliardäre, ist nicht gut für die Millionen

Dabei ist ihre Devise: Was gut ist für das Großkapital, das ist auch gut für die Bundesrepublik und ihre Politik. Der „Spiegel“ (3. Nov. 1965) bestätigte dies, zumindest hinsichtlich der Rolle von Hermann Abs, als einem der wichtigsten Vertreter des westdeutschen Großkapitals:

„... sein Verhältnis zur Politik entspricht der Formel: was gut ist für die Deutsche Bank, ist gut für die deutsche Bundesrepublik.“

Aber die Geschichte beweist, daß das, was gut ist für die Milliardäre, für ihre Gewinne, nicht gut ist für das Volk. Der oft kritisierte Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch die Konzernbosse hat in der Vergangenheit – wie knapp angedeutet wurde und in anderen Lehrbriefen dieser Reihe ausführlicher dargelegt wird – zur Aufrichtung der Hitlerdiktatur und später zum Krieg, zur furchtbarsten Katastrophe unseres Volkes geführt. Diese Gefahr besteht, so lange die Macht der Herren der Großbanken und Großkonzerne existiert und durch sie die Richtung der Politik bestimmt wird. Es ist deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Demokratisierung, diese Macht zu brechen, die Demokratie auch in der Wirtschaft herzustellen, die Mitbestimmung der arbeitenden Volksschichten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu erwirken.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrgb. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

2



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?	Seite
Das kapitalistische Lohngesetz	1
Das Lohngesetz und die Gewerkschaften	3
Zwei Richtungen in der Geschichte der Gewerkschaften	5
Die klassenkämpferische, sozialistische Richtung	9
Die neue Rolle der Gewerkschaften	10
Neue Gefahren für die Gewerkschaften	11
Gefahren inmitten der Gewerkschaftsbewegung selbst	14
Die Ziele des DGB	14
Warum Gewerkschaftsmitglied?	18
Anhang	20

Preis DM 1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (06 11) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?

Wenn von Gewerkschaften die Rede ist, denken wir an Löhne, Gehälter, Arbeitszeit- und Urlaubsfragen, kurz: an die Bedingungen, unter denen Arbeiter und Angestellte ihre Arbeitskraft verkaufen. In der Tat bestreiten Arbeiter und Angestellte ihr Leben aus dem finanziellen Erlös des Verkaufs ihrer Arbeitskraft.

Das kapitalistische Lohngesetz

Wenn Arbeiter heute ihre Löhne, ihren Lebensstandard betrachten, dann glauben viele, das einst von Marx entdeckte Gesetz, das die Höhe dieses Lohnes regelt, gelte nicht mehr. In dem Lehrbrief „Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?“ wird dies kurz behandelt. Es wird gezeigt, daß die Arbeitskraft des Arbeiters und Angestellten noch immer eine Ware ist. Der Preis dieser Ware ist abhängig von ihrem Wert. Dieser Wert bestimmt sich – wie der Wert jeder anderen Ware auch – durch das Quantum an Arbeit, das zur Herstellung dieser Ware erforderlich ist. Praktisch bedeutet das, er wird bestimmt durch den Wert des Quantums an Lebensmitteln, das zur Erhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Was heißt das? Zunächst handelt es sich hier nicht nur um Nahrungsmittel, sondern selbstverständlich auch um Kleidung, Wohnung, Ausbildungskosten usw. Marx formulierte das allgemein so:

„Die Arbeitskraft eines Menschen existiert nur in seiner lebendigen Leiblichkeit. Eine gewisse Masse Lebensmittel muß ein Mensch konsumieren, um aufzuwachsen und sich am Leben zu erhalten. Der Mensch unterliegt jedoch, wie die Maschine, der Abnutzung und muß durch einen anderen Menschen ersetzt werden. Außer der zu seiner eigenen Erhaltung erheischten Lebensmittelmasse bedarf er einer anderen Lebensmittelmenge, um eine gewisse Zahl Kinder aufzuziehen, die ihn auf dem Arbeitsmarkt zu ersetzen und das Geschlecht der Arbeiter zu verewigen haben. Mehr noch, um seine Arbeitskraft zu entwickeln und ein gegebenes Geschick zu erwerben, muß eine weitere Menge von Werten verausgabt werden.“

(Marx, „Lohn, Preis und Profit“ in Marx-Engels II, Studienausgabe, Politische Ökonomie, Fischer-Bücherei, Bücher des Wissens, Bd. 765, Frankfurt/M. 1966, S. 194)

Dieser „Warenkorb“ ist nicht in jedem Land, unter allen geografischen Bedingungen oder in jedem geschichtlichen Zeitabschnitt gleich groß. Er hängt auch ab von den Bedürfnissen der Arbeiter und Angestellten auf geistigem und kulturellem Gebiet. Ein hochqualifizierter Metallarbeiter in einem entwickelten kapitalistischen Land entwickelt hinsichtlich der Ausbildung, der Arbeit und Freizeit andere Bedürfnisse als der analphabetische, vom Dorf in die Stadt gekommene Handlanger des Frühkapitalismus. Im Wert der Arbeitskraft steckt also auch ein gesellschaftlich-historischer Faktor.

Es gibt einen gewissen Spielraum, innerhalb dessen sich die den Wert der Arbeitskraft verkörpernde Lebensmittelmengen und damit der Arbeitslohn verändern kann. Die Grenze dieses Spielraumes nach unten ist das Existenzminimum der Arbeiter, d.h. ein Lohn, der erheblich unter dem Wert der Arbeitskraft liegt. Wird diese untere Grenze, das Existenzminimum, längere Zeit unterschritten, so wird die Arbeitskraft zerstört. Nach oben ergibt sich diese Grenze für die Bewegung des Lohnes im Kapitalismus aus dem Wert der Arbeitskraft. Denn der kapitalistische Konkurrenzkampf läßt nicht zu, daß der Lohn über den Wert der Ware Arbeitskraft steigt. Das würde den Profit des Kapitalisten so schmälern, daß er im Konkurrenzkampf auf der Strecke bliebe. Im Gegenteil zwingt dieser Konkurrenzkampf die Kapitalisten zu einem beständigen Druck auf den Lohn, um die Profite und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Darum herrscht im Kapitalismus eine Tendenz vor, die Arbeitslöhne unter den Wert der Arbeitskraft zu senken, sie möglichst weit dem Existenzminimum anzunähern.

Das Lohngesetz zieht also keine starre Grenze für die Höhe des Lohnes. Es läßt vielmehr, innerhalb des gekennzeichneten Spielraumes, Lohnregelungen zu, die sich aus dem Kampf zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse erge-

W e r k
an die
Metallarbeiter aller Länder.
Kollegen, Brüder!

Eine tiefgehende Bewegung hat die Arbeiter aller Länder erfasst; überall wohin unser Bild schweift, sehen wir, wie das arbeitende Volk, unter dem Joch der ausbeutenden Kapitalmacht stehend, sich erhebt, um vor dem drohenden Untergang sich zu erretten. Das Großkapital, als der alleinige Inhaber unserer Industrie, der Träger aller Arbeitsverhältnisse, saugt gleich einem Saugnapf langsam aber sicher dem arbeitenden Volke das Herzblut aus; es hemmelt das einzige Gut, die Arbeitskraft des Arbeiters, zu einer Waare, die er für den Preis des notdürftigen Lebensunterhaltes dem Kapitalisten verkaufen muß. Die Folge ist, daß der ungeheure Reichtum sich in den Händen Weniger sammelt, während wir, die Arbeiter, die Erzeuger aller Werte, mit knappen Lohn und absperrten lassen müssen. Gerade wir, Kollegen Brüder! empfinden, was die sogenannte „moderne Produktionsweise“ dem Arbeiter für Peinlichkeiten anrichtet. In unserer Branche ist diese „moderne Produktionsweise“ am meisten entwickelt, wir haben jene Industrieabzweige, die ähnlich einem Fischen „der guten alten Zeit“ unumkehrbar über ihre Arbeiter, wie über Schwämme, gebietet. Wir sind es vorzugsweise, die ohne Mittel und besondere Geldsummen außer Stande sind, und schließlich zu machen und eigener Unternehmer zu werden, wir sind also verdammt, in ewiger Abhängigkeit zu leben, wenn wir uns nicht selber helfen.

Kollegen Brüder! Eine Macht ist uns gegeben, die Alles aufwiegt, diese Macht ist unsere Faust. Wir sind nicht Tausende, nein wir sind Hunderttausende, d. h. unüberwindlich, wenn wir uns zusammenreihen und es gegenseitig durch Mord und Gewalttat zu schätzen wissen. Als Einzelne verdammt wir gegen unsere Unterbrüder Nichts, vereintig Alles. Vereintig wir uns also, gründen wir eine große „Internationale Gewerkschaftsgenossenschaft“, in der wir aus aller Herren Länder vereintig sind. Unser Joch und unsere Lage ist nicht durch

die Grenzspalte unterkriegen, überall leiden wir an denselben Fehlern, an denselben Gefahren, folglich gibt es auch überall nur dasselbe Heilmittel. Darum weg mit dem, was uns künstlich trennt!

Wir haben uns erlaubt, ein Statut zu entwerfen, das eine Organisation enthält, wie sie nach unserer Meinung notwendig ist, wenn wir unser Ziel: „Defekation von jedem Druck und jeder Fessel“ erreichen wollen. Hört das Statut, tretet zusammen zu Mitgliedschaften und sendet eure Vertreter zu einem

Congress der Metallarbeiter,
den wir hiermit auf den 14., 15. und 16. August d. J. nach Nürnberg

einberufen.
Dort wollen wir herathen, was uns frommt, und die Statuten endgültig feststellen. Anmeldeungen zum Congress sendet an den Unterzeichneten, an den auch alle Briefe und Anfragen zu richten sind.

Kollegen Brüder! Schickt alle Männer eures Vertrauens, damit das Best, das wir beginnen; Rast und Groß werde und alle unsere Hoffnungen erfülle.
Nürnberg, 25. Mai 1869.

Mit collegiallichem Gruß und Herzlichkeitsgruß
Zum Namen der internationalen Metallarbeiter-
Gewerkschaftsgenossenschaft:

J. Haag, Rothkirchler, Sternhof, Nürnberg,
- Indem ich auf den obigen Aufruf Bezug nehm, erlaube ich die werthen Kollegen, die Deputirten, welche sie senden wollen, wie bis zum 1. August schriftlich anzuweisen, damit für Unterkommen gesorgt wird. Auch ist es wünschenswerth, daß die Deputirten rechtzeitig hier eintreffen, um der Vorversammlung, welche Samstag, den 14. August Abend 7 Uhr, stattfinden soll, beiwohnen zu können. Auch bitte ich Abänderungsanträge zu den Statuten bis 8 Tage vor dem Congress an mich einzusenden, damit diese geordnet den Deputirten zur leichteren Uebersicht unterbreitet werden können.

Das Lokal für den Congress ist: Hotel Deutscher Hof, Pfannenschmidgasse.

Mit Gruß und Herzlichkeitsgruß
J. Haag, Rothkirchler, Sternhof.

ben. Deren Löhne „fallen naturgemäß bis auf jenes Niveau, mit dem sie sich selbst als annehmbar abgefunden haben.“ (Engels, „Artikel aus ‚The Labour Standard‘“, Berlin 1947, S. 10).

Das Lohngesetz und die Gewerkschaften

In der Anfangszeit des Kapitalismus gab es noch keine Gewerkschaften. Der einzelne Arbeiter stand dem Kapitalismus allein gegenüber, wenn es um Lohnhöhe und Länge des Arbeitstages ging. Unter solchen Verhältnissen kam es nicht zu einem wirklichen Aushandeln der Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft. Der Kapitalist konnte diese Bedingungen diktieren. War der Arbeiter nicht bereit, sie anzunehmen, konnte der Kapitalist warten und von seinem Kapital leben. Der Arbeiter konnte das nicht. Irgendwie mußte er, um leben zu können, zu Lohnarbeit kommen. Also mußte er sich den vom Kapital diktierten Bedingungen fügen.

Damals entwickelte sich bei den Arbeitern allmählich aus dem spontanen Widerstand einzelner und Gruppen von Arbeitern – oft mit blutigen Lehren verbunden – die Einsicht, daß sie nur durch ihre Vereinigung und den gemeinsamen Kampf die Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft verbessern, sie vom Existenzminimum nach oben hin verändern konnten. So entstanden die Gewerkschaften. Sie entstanden als eine Organisation, mit deren Hilfe die Arbeiter ihren Lohn – als Preis der Ware Arbeitskraft – dem tatsächlichen Wert dieser Ware anzunähern strebten. Das bedeutet:

„Das Lohngesetz wird durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil, es wird durch ihn voll zur Geltung gebracht. Ohne die Mittel des gewerkschaftlichen Widerstandes erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den „Trade-Unions“ (englischer Name für Gewerkschaften) „kann die Kapitalisten zwingen, den vollen Marktwert der Arbeitskraft den Arbeitern zuzubilligen.“ (Engels, ebenda, S. 10)

Daran hat sich bis heute, trotz des jahrzehntelangen gewerkschaftlichen Kampfes, nichts geändert.

„Zwar hat die allgemeine Anhebung des Lebensstandards, die vor allem der Schaffenskraft und dem Fleiß der Arbeitnehmer und nicht zuletzt dem ständigen Drängen der Gewerkschaften zu verdanken ist, vielen Arbeitnehmern neue Möglichkeiten der Lebensgestaltung eröffnet“, heißt es im **DGB-Grundsatzprogramm**. Aber darin heißt es genau so zutreffend: „Die Arbeitnehmer, d.h. die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

(Ebenda, in: „Handbuch für die Vertrauensleute der IG Metall“, 1964, S. 492/3)

Bekanntmachung.

Nachdem am 26. und 27. dts. Mts. hier öffentliche Zusammenrettungen stattgefunden haben, bei welchen den Executivbeamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes mit vereinten Kräften durch Gewalt Widerstand geleistet ist, und da weitere dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorliegt, so wird auf Antrag des Herrn Regierungs-Präsidenten von Pilgrim hiermit der

Belagerungszustand

für den Stadtkreis Bielefeld und die Amts-Gemeinde Gadderbaum-Sandbagen auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1851 provisorisch erklärt.

Mit dieser Bekanntmachung geht die vollziehende Gewalt an mich, den Militär-Befehlshaber, über; ich setze die Artikel 29 und 30 der Verfassungsurkunde für die genannten Bezirke bis auf Weiteres außer Kraft, und ordne auf Grund des § 9 des bezeichneten Gesetzes zunächst Folgendes an:

1. Jede Ansammlung von mehr als 6 Personen auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist verboten.
2. Die Fenster an denjenigen Straßen, auf welchen trotz jenes Verbotes Ansammlungen von Menschen stattfinden sollten, sind von eintretender Dunkelheit ab zu erleuchten.
3. Alle öffentlichen Wirthshäuser sind um 9 Uhr Abends für einheimische Gäste zu schließen.
4. Das Tragen von Waffen und gefährlichen Werkzeugen ist verboten.

Zugleich wird auf die in den §§ 8 und 9 des Gesetzes vom 4. Juni 1851 angedrohten schweren Strafen hiermit nachdrücklich aufmerksam gemacht.

Bielefeld, den 28. März 1885.

Köppen,

Oberst und Garnison-Veltester.

Die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes der Gewerkschaften

Der Kampf der Gewerkschaften, das kapitalistische Lohngesetz einzuschränken, stellt noch keinen Kampf gegen den Kapitalismus selbst, gegen die Ausbeutung selbst dar. Er nimmt Einfluß auf die Bedingungen, unter denen die Arbeiter und Angestellten ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, also Lohnhöhe, Arbeitszeit, Urlaub usw. Aber er beseitigt nicht die Tatsache dieses Verkaufs der Arbeitskraft selbst und damit der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Der rein wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften richtet sich gegen Wirkungen des bestehenden kapitalistischen Systems, nicht jedoch gegen dieses System selbst.

Das darf indessen nicht dazu verleiten, den rein wirtschaftlichen Kampf der Gewerkschaften gering zu schätzen. Ohne diesen Kampf erhalten die Arbeiter noch nicht einmal das als Lohn, was ihnen nach den Gesetzen des kapitalistischen Austauschs von Ware gegen Ware, von Arbeitskraft gegen Arbeitslohn, zusteht. Der wirtschaftliche Kampf der Gewerkschaften ist also notwendig, damit sich die Lage der Arbeiter im Kapitalismus nicht dem Existenzminimum nähert, sondern so günstig gestaltet wird, wie das unter kapitalistischen Bedingungen möglich ist.

Ein zweiter Gesichtspunkt kommt hinzu: Arbeiter, die noch nicht an der Arbeiterbewegung teilnehmen, verstehen am leichtesten den Kampf für Lohn- und Arbeitsbedingungen, für die unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Tagesinteressen. Der gewerkschaftliche Kampf ist also auch notwendig, um auf diesem Wege immer größere Teile der Arbeiterschaft in die Arbeiterbewegung einzubeziehen. Der gewerkschaftliche Kampf ist eine Bedingung für das Wachstum der Arbeiterbewegung, für die Sammlung, Organisierung und Schulung von Arbeitern zum gemeinsamen Kampf für ihre nächsten persönlichen und darüber hinaus für die weitergehenden Interessen ihrer Klasse.

Zwei Richtungen in der Geschichte der Gewerkschaften

Die nur-gewerkschaftliche, sozialreformistische Richtung

Hier ist der Ausgangspunkt grundlegend verschiedener Auffassungen über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaft im Kapitalismus.

Die Unternehmer haben anfangs mit allen Mitteln versucht, die Bildung von Gewerkschaften zu verhindern: sie arbeiteten mit wirtschaftlichem Druck (Entlassungen, Aussperrungen). Die dem Kapital hörigen Regierungen sprachen Verbote aus, sperrten Gewerkschafter ein, deportierten sie auf Strafinseln. Sie ließen auf Gewerkschafter schießen, Gewerkschafter hängen!

Aber das alles erwies sich – infolge des Anwachsens der Arbeiterklasse und damit ihres organisierten Kampfes um mehr Lohn und bessere Arbeitsbe-

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER

Gewerkschaft	Arbeiter	Angest.	Beamte	Gesamt	in %
IG Metall	1 773 773	162 903	—	1 936 676	29,8
Gewerksch. ÖTV	592 543	287 613	92 341	972 497	15,0
IG Chemie, Papier, Keramik	477 807	55 892	—	533 699	8,2
IG Bau, Steine, Erden	483 606	19 312	—	502 918	7,8
IG Bergbau u. Energie	425 109	44 882	98	470 089	7,2
GdED	251 104	8 542	176 047	435 693	6,7
Gew. Textil, Bekleidung	317 569	14 729	—	332 298	5,1
Deutsche Post-Gewerkschaft	99 306	18 587	205 932	323 825	5,0
Gewerkschaft NGG	249 156	32 304	—	281 460	4,3
Gewerkschaft Holz	139 762	3 498	—	143 260	2,2
IG Druck u. Papier	136 136	8 424	—	144 560	2,2
Gewerkschaft HBV	27 329	99 641	—	126 970	2,0
Gew. Erziehung. u. Wissensch.	—	2 396	91 918	94 314	1,7
Gew. Gartenb., Land- u. Forstw.	72 500	1 780	3 199	77 479	1,2
Gewerkschaft Leder	78 044	2 049	—	80 093	1,2
Gewerkschaft Kunst	2 329	27 277	34	29 640	0,4
DGB gesamt	5 126 073	789 829	569 569	6 485 471	100,0
Mitglieder anderer Angestelltenorganisationen:					
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)			479 457		
Deutscher Handels- u. Industrieang.-Verband			61 051		
Deutscher Beamtenbund			680 742		
Deutsches Beamtenkartell			158 777		

(DGB-Mitteilungen, Stand vom 31. 12. 1964)

(Statistisches Jahrbuch 1964 S. 166, Stand 30. 9. 1963)

Die internationale Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftsmitglieder in der Welt:	1913	15.000.000
	1963	200.000.000

Sie waren 1963 organisiert:

WGB (Weltgewerkschaftsbund)	120.000.000
IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften)	57.000.000
IBCH G (Internatioaler Bund Christlicher Gewerkschaften)	6.000.000

Autonome Gewerkschaften, die den genannten Organisationen nicht angeschlossen sind: 17.000.000

dingungen – als vergeblich. Die klügsten Vertreter der Kapitalinteressen änderten nun ihre Taktik: sie erkannten, daß die Gewerkschaft – bei einer Begrenzung ihrer Tätigkeit auf das Aushandeln der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen – zwar lästig sein würde. Aber sie würde dennoch nur Verhandlungs-, „Sozialpartner“ des Kapitals sein, die Kapitalmacht selbst aber nicht gefährden.

In dieser Richtung suchten sie die Gewerkschaften zu beeinflussen. Sie gründeten sogar eigene Gewerkschaften, (z.B. die **Hirsch-Dunckersche** Gewerkschaft) die mit den Arbeitergewerkschaften „konkurrierten“. Die Arbeiter nannten diese Organisationen „gelbe Gewerkschaften“.

Es gab und gibt jedoch auch in den von Sozialisten gegründeten Gewerkschaften Führer, die aus der Gewerkschaft eine Organisation machten, von der keine Gefahr für die Ausbeutung selbst ausging. Diese Führer wollten ihre gute Gewerkschaftsposition oder ihre Posten in Organen der Zusammenarbeit mit dem Großkapital und seines Staates nicht gefährden. Ihr Denken war an die Vorstellungen der bürgerlichen Welt gekettet, sie hatten sich nicht wirklich auf die Höhe sozialistischer Erkenntnis emporgearbeitet. Aus diesen Gründen empfanden sie Angst vor der sozialistischen Umwälzung, gaben sie der Idee von Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems gegenüber der Idee von der Abschaffung dieses Systems selbst den Vorzug, beschränkten sie den Kampf der Arbeiterbewegung auf das Aushandeln besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, drängten sie die Arbeiterbewegung in den entscheidenden politischen Fragen auf „Neutralität“. In der Praxis bedeutete das, den großkapitalistischen Kräften den Weg zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele freizuhalten.

Das waren Männer wie **Carl Legien**, **Theodor Leipart** und andere. Sie wurden in den Arbeitergewerkschaften zu Vertretern der „Sozialpartnerschaft“, der Arbeitsgemeinschaft von Kapitalisten und Arbeitern.

Wohin es führte, daß diese reformistischen Kräfte die Gewerkschaften immer mehr auf die Linie des Verzichts einer eigenen Haltung in den großen politischen Klassenfragen drängten, das zeigte sich, als 1914 das deutsche Großkapital den ersten Weltkrieg auslöste. Damals antwortete Legien auf besorgte Fragen seiner belgischen Genossen, wie sich die deutschen Gewerkschaften verhalten würden: man werde sich schlagen. „Die Genossen waren entsetzt darüber, sie hatten erwartet, daß ich den Massenstreik empfehlen würde.“ (Th. Leipart, „Karl Legien“, Berlin 1929, S. 101)

Mehr noch: sie riefen zum „Burgfrieden“ im Kampf gegen die „eigenen“ Kapitalisten auf und traten für die Bewilligung der Kriegskredite ein. Sie unterstützten also diesen Krieg.

Es zeigte sich auch, als es 1918 in Deutschland zur Revolution gegen den Krieg und die Monarchie kam. Damals traf sich **Legien** mit den führenden Vertretern des Großkapitals, **Stinnes**, **Rathenau** und anderen. Gegen deren durch die Revolution ohnehin erzwungene Zustimmung zum Achtstundentag erklärte sich Legien bereit, ernsthaften Streiks entgegenzuwirken und

auf Sozialisierungsforderungen zu verzichten. Das Ergebnis dieses Abkommens war die Beibehaltung der alten Besitz- und Machtverhältnisse und damit der gesellschaftlichen Grundlagen, auf denen später Faschismus und Krieg erwachsen konnten. Selbstkritisch bekannte die Führung der SPD 1934:

„Die Sozialdemokratie als einzig intakt gebliebene organisierte Macht übernahm ohne Widerstand die Staatsführung... Daß sie den alten Staatsapparat fast unverändert übernahm, war der schwere historische Fehler“, den sie beging. („Sozialistische Aktion“, Karlsbad, 28. Januar 1934)

In der Weimarer Republik standen solche Kräfte an der Spitze der Gewerkschaft, deren Kampf immer mehr auf die rein wirtschaftlichen und sozialen Tagesfragen beschränkt wurde. Ihre Neutralität in politischen Fragen ging so weit, daß die Gewerkschaftsführung nicht bereit war, gegen Hitlers Machtantritt zu streiken. Mehr noch: sie beschloß, sich an der Feier der Nazis am 1. Mai 1933 zu beteiligen. Nachdem sie sich so weit selbst erniedrigt hatte, erhielt sie am 2. Mai 1933 die Quittung: die Gewerkschaft wurde verboten. Im Klassenkampf zwischen Arbeiterschaft und Großkapital kann man eben nur Hammer oder Amboß sein, ein Drittes gibt es nicht.

Öffentliche Bekanntmachung.

In Bremen sind in den letzten Tagen unter der Bevölkerung Flugblätter verteilt worden, in denen zu einem Generalstreik aufgefördert ist.

Jeder, der an einem solchen Streik teilnimmt, ihn begünstigt, oder zum Streik auffordert, insbesondere durch Verteilung von Flugblättern, läßt eine unfähbare Schuld am Vaterland, vor allem an unseren treuaußharrenden Brüdern an der Front auf sich.

Auch legt er sich den schwersten Strafen aus, und kann wegen Landesverrats und Aufruhrs mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft werden.

Nur verblendete, verführte oder bestochene Menschen können in dieser Zeit zu einem Generalstreik auffordern.

Kein deutscher Arbeiter wird jetzt das Vaterland im Stiche lassen wollen.

Ich werde gegen alle diejenigen, die sich in irgend einer Weise an einem solchen Streik beteiligen, rücksichtslos mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln einschreiten.

Der itello. kommandierende General

v. Falk.

Offizier der Reserve.

Astona, den 14. August 1917.

Die klassenkämpferische, sozialistische Richtung

Es gab jedoch von Anfang an auch eine andere Richtung in der Gewerkschaft. Die Vertreter dieser Richtung waren sich darüber klar, daß der Kampf nicht nur zu führen ist um günstige Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, sondern auch um die Aufhebung einer Gesellschaftsordnung, die die Besitzlosen zwingt, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Dazu war und ist der ökonomische Kampf der Arbeiter unerlässlich. Aber dazu war und ist auch die Einsicht unerlässlich, nicht daß dieser Kampf nur die Bedingungen der Ausbeutung regelt, nicht jedoch die Ausbeutung selbst abschafft. Notwendig war und ist die Schulung und Organisation der Arbeiter und Angestellten für den Kampf um weitergehende Ziele: da die Grundlage der Ausbeutung das kapitalistische Privateigentum ist, muß der Kampf um dessen Aufhebung, um dessen Ersetzung durch das sozialistische Eigentum des Volkes geführt werden. Hierbei stellt sich die Macht-, die Staatsfrage, denn eine solche grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist nicht möglich in einem Staat, dessen Aufgabe es letzten Endes ist, die bestehende kapitalistische Ordnung mit allen Mitteln zu erhalten.



Revolution in Berlin

So stehen sich Arbeiter und Kapitalisten nicht nur auf dem wirtschaftlichen, sondern auch auf dem politischen Kampfplatz gegenüber, muß die Arbeiterschaft nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Klassenkampf führen. Die Gewerkschaft ist die Arbeiterorganisation zur Führung des wirtschaftlichen Klassenkampfes. Diesen Kampf wird sie nur dann wirklich im Interesse der Arbeiter führen, wenn ihr dieser unüberbrückbare Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten, ihre Grundinteressen klar sind und sich darum die Gewerkschaft zum sozialistischen Ziel bekennt. Das erfordert die Bejahung einer Arbeiterorganisation durch die

Gewerkschaft, die diesem wirtschaftlichen Kampf seine weitergehenden Ziele weist, die diesen defensiven Kampf gegen die Wirkungen zu einem offensiven Kampf gegen das Ausbeutungssystem selbst weiterführen hilft. Das ist eine Organisation, die die hierfür nötige politische Erziehungs- und Organisierungstätigkeit unter den Arbeitern leistet. Es ist eine Organisation, die aus ihrer wissenschaftlich-sozialistischen Gesamtsicht auf das System und die Geschichte des Kapitalismus imstande ist, alle Formen des Klassenkampfes der Arbeiter zu koordinieren und zu leiten: die wirtschaftlichen, politischen und ideologischen.

Das ist eine Organisation, der natürlich nur jene Arbeiter angehören, die gegenüber dem Kapitalismus nicht nur Lohnforderungen anmelden, sondern viel tiefer- und weitergehende Einsichten gewonnen und darum begriffen haben: wenn das Volk frei sein soll, muß die Ausbeutung überhaupt verschwinden. Es handelt sich hier um die höchste Form der Arbeiterorganisation, um die marxistische Arbeiterpartei, die die Gesamtinteressen vertritt und damit die politische Form der Arbeiterbewegung ist. Wie der Teil dem Ganzen, so ist jede Arbeiterorganisation zur Führung des Kampfes auf einem Teilgebiet, – hinsichtlich der Gewerkschaft also auf dem wirtschaftlichen Teilgebiet – der Organisation zur Führung aller Formen des Klassenkampfes der Arbeiter, also der Arbeiterpartei, untergeordnet.

Das war die Auffassung von **Karl Marx**, **Friedrich Engels**, von **August Bebel** und den anderen Schülern von Marx in der deutschen Arbeiterbewegung.

Die neue Rolle der Gewerkschaften

Die Gesellschaft entwickelt sich weiter. Der heutige Kapitalismus hat zwar sein Wesen nicht verändert, von der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu existieren, aber er hat ein anderes Gesicht, als jener des vergangenen Jahrhunderts. Aus dem Konkurrenzkampf der vielen Kapitalisten ging eine kleine Gruppe von kapitalistischen Riesen, produktions- und marktbeherrschenden Firmen, Monopolen hervor. Deren Macht verband sich immer mehr und direkter mit der Macht des kapitalistischen Staates. Darum wird der heutige Kapitalismus staatsmonopolistischer Kapitalismus genannt.

Dieser heutige Kapitalismus schafft neue Probleme für die Arbeiterbewegung, auch für die Gewerkschaften: Wenn die Wirtschaftsmacht des Monopolkapitals mit der politischen Macht des Staates verfilzt ist, so muß auch der Kampf der Arbeiter und Angestellten um ihre wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse enger mit dem politischen Ringen um die Sicherung und den Ausbau der Demokratie verzahnt werden.

Die Monopole wirken direkt über den Staat, über dessen gesetzgeberische und ökonomische Maßnahmen (durch Preis-, Steuer-, Kredit- und andere Manipulationen) auf die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Arbeiter, wie die Höhe des Reallohnes, ein. Also gewinnt der Kampf an Bedeutung, der geführt wird für eine Regierungspolitik, die sich allmählich aus den Fesseln der Monopole löst; die Schwächung der Macht der Mono-

pole durch aktive Lohnpolitik, Ausdehnung der Mitbestimmung der arbeitenden Volksschichten und durch Verstaatlichung von Monopolbetrieben erstrebt. War es schon in früherer Zeit unzureichend, den Kampf der Gewerkschaft ausschließlich auf der wirtschaftlichen Ebene zu führen, wie das die nur-gewerkschaftliche Richtung anstrebte, so ist heute die Vertretung selbst der unmittelbaren sozialen Interessen der Arbeiterklasse ohne politischen Kampf der Gewerkschaften nicht mehr möglich.

Unter den Bedingungen des heutigen Kapitalismus, ist der wirtschaftliche Klassenkampf unmittelbar verbunden mit dem Kampf um die Erhaltung und die Erweiterung der Demokratie. Er richtet sich gegen die Allmacht von einigen Dutzend Riesenkonzernen.

Damit ändert sich auch die Beziehung der Gewerkschaften gegenüber anderen Schichten der Bevölkerung. Die Macht der Konzerne ist im kapitalistischen Deutschland heute größer als je. Soll diese Macht zurückgedrängt werden, sind starke Gegenkräfte nötig. Die Gewerkschaft muß sich bemühen, auch mit den anderen vom Großkapital ausgebeuteten und bedrängten Schichten zusammenzugehen. Sie darf sich nicht in die alte, falsche Frontstellung der Arbeiter gegen die Bauern, der Stadt gegen das Land hineinziehen lassen: Stadt und Land werden von den gleichen Großkonzernen, ihrer Preis-, Kredit- und Steuerpolitik ausgebeutet. Andererseits können sich alle demokratischen Kräfte unseres Volkes gerade auf die Gewerkschaft, auf diese größte Arbeiterorganisation stützen, wenn es um die Sicherung des Friedens und der Demokratie geht. Je stärker die Gewerkschaft, je entschiedener die in ihr wirkenden Kräfte für die Verteidigung der Demokratie, ihrer Erweiterung sind, desto leichter können wir alle unsere Lebensinteressen verteidigen.

Diese neue Rolle der Gewerkschaften ergibt sich bei uns um so mehr, als die Führung der Sozialdemokratie erklärt, nicht mehr die Interessen der Arbeiterklasse zur Leitlinie ihres Handelns machen zu wollen.

Neue Gefahren für die Gewerkschaften

Unter diesen Umständen verstärkt sich jedoch auch der Druck der großkapitalistischen Unternehmerverbände gegen die Gewerkschaften.

Sie behaupten:

Die Gewerkschaft vertritt nur 30 Prozent der Beschäftigten. Aber Brenner und andere „rote Gewerkschaftsführer“ maßen sich an, für alle Arbeitnehmer zu sprechen.

– Ausgerechnet die Herren der Unternehmerverbände, die nur sich selbst repräsentieren, reden von Mehrheitsrechten! Als ob sie nicht wüßten, daß bei Betriebsratswahlen 75 bis 80 Prozent aller Arbeiter und Angestellten, organisierte und nichtorganisierte, die Gewerkschaftslisten wählen.

Sie behaupten:

Die Gewerkschaft ist nicht einsichtsvoll. Sie hält nicht Maß. Sie achtet nicht auf das Gesamtinteresse. Wer war es denn, der nach 1945 wirklich das Gesamtinteresse achtete und die Betriebe wieder in Gang setzte, als die Abs, Flick und andere als Kriegsverbrecher inhaftiert oder angeklagt waren? Das waren die Arbeiter und Angestellten. Wer aber hat die Früchte dieser Arbeit geerntet? Die Tausende Millionäre und Multimillionäre der Bundesrepublik, die sich Luxusvillen bauen, Traumreisen unternehmen, sich als Playboys vergnügen und den anderen Maßhalten predigen!

Sie erklären:

Die Gewerkschaftsforderungen gefährden die Konjunktur!

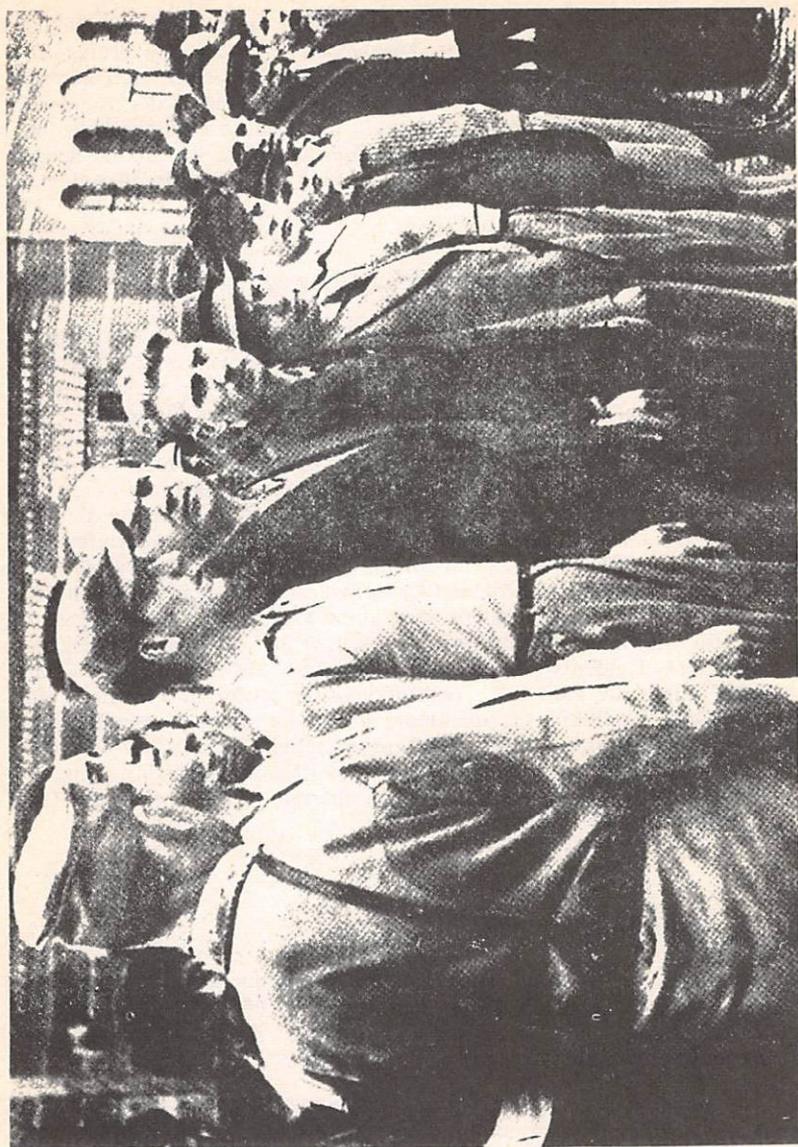
– Die Gewerkschaftsforderungen, nicht die Gewinnexplosion der Konzerne und nicht die Rüstungsmilliarden!

Sie sagen:

Die gewerkschaftliche Forderung nach Mitbestimmung und Vergesellschaftung von Konzernbetrieben gefährden unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. – Aber es steht gerichtsnotorisch fest, daß die deutsche Großindustrie und die Großbanken das Hitlerregime finanzierten, also die Demokratie vernichteten. Manche Gewerkschaftsführer haben zwar 1933 politisch versagt, aber die Gewerkschaft hat 1920, im Kampf gegen den Kapp-Putsch, die Demokratie verteidigt. Die entscheidende Kraft des Widerstandes gegen den Faschismus, das waren die kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschafter. Tausende und Abertausende von ihnen wurden von Nazis ermordet. Ausgerechnet jene Kreise, die Hitlers diktatorisches Kriegsregime organisiert und schon einige Male das Grundgesetz „ergänzt“ haben, die es durch Notstandsgesetze gänzlich aufhebbar gemacht haben, werfen jenen Gewerkschaftern antidemokratische Gesinnung vor, die gegen Hitler mutigen Widerstand leisteten und heute – gegen die einstigen Wehrwirtschaftsführer, Politiker und Generäle, gegen deren politische Pläne gewandt – ausrufen: Davon geht die Gefahr für Frieden und Demokratie aus.

So soll durch die Konzernpresse, durch „Bild“ usw. der DGB in der Öffentlichkeit abgewertet, Mißtrauen gerade gegen jene Organisation gesät werden, die am besten dazu befähigt ist, Diktatur und Krieg von uns fern zu halten. Diese ganze Hetze gegen die Gewerkschaften dient in Wahrheit nur einem Ziel, den Milliardären die möglichst ungehinderte Verfolgung ihrer Profit- und Machtziele zu ermöglichen.

Dieser systematische Verleumdungsfeldzug gegen die Gewerkschaften soll den Eindruck hervorrufen, es wäre das Beste, es gäbe gar keine Verbände und Funktionäre. Dann hat man auch erreicht, daß man glaubt, es wäre besser, es gäbe auch gar keine Parteien und keine Parteifunktionäre und es käme endlich wieder einer mit dem „eisernen Besen“ und was dazu gehört.



Inhaftierte Arbeiter, Gewerkschaftler in KZ-Oranienburg

Wohin diese Kuren mit dem „eisernen Besen“ in Deutschland geführt haben, ist doch nur zu bekannt. Die besten unter unseren Professoren haben sehr wohl erkannt: Nur starke, einheitliche, entschlossen handelnde Gewerkschaften können den reaktionären Tendenzen in der Bundesrepublik Widerstand entgegenzusetzen und eine erneute katastrophale Entwicklung in Deutschland verhindern. Darum haben sie sich immer wieder an die Gewerkschaft mit mahnenden Appellen gewandt, um alles zu tun, die Freiheit zu verteidigen.

Gefahren inmitten der Gewerkschaftsbewegung selbst

Es gibt jedoch auch Gewerkschaftsführer, die aus den tragischen Ereignissen 1914 – 1918 und 1933 – 1945 nichts gelernt haben. Sie predigen der Gewerkschaft Neutralität in politischen Lebensfragen oder wollten sie sogar zur Bejahung der Notstandsgesetze (früher des „Wehrbeitrages“) veranlassen. Sie fordern auch – ganz wie die Unternehmerverbände – man müsse Lohnforderungen an den Produktivitätsfortschritt binden. Sie reden, ganz wie die Konzerne, von der Berücksichtigung des „Gesamtinteresses“. Als ob es bei der Teilung des Netto-Sozialproduktes in Profit für die Ausbeuter und Lohn für die Ausgebeuteten ein solches „Gesamtinteresse“ geben könnte! Sie verstoßen mit ihrem Verhalten gegen die Aufgabe der Gewerkschaft, im **wirtschaftlichen Kampf** zu erreichen, daß der Lohn dem Wert der Arbeitskraft wenigstens nahe kommt. Denn die Ausrichtung von Lohnforderungen am Produktivitätsfortschritt bei Außerachtlassung der fortgesetzten Geldentwertung, der steigenden Anforderungen an den Arbeiter durch die moderne Technik usw. bedeutet in Wahrheit, eine Senkung des Reallohns hinzunehmen, gegen die aktive Lohnpolitik der Gewerkschaft Front zu machen. Außerdem stellen sich manche von ihnen, ebenso wie Minister Schiller, gegen die Mitbestimmungsforderung der Arbeiter, sehen sie – wie auch die Konzernherren – darin einen Eingriff in die Freiheit der Unternehmer.

Die Ziele des DGB

1963 hat sich der DGB ein neues Grundsatzprogramm und 1965 ein neues Aktionsprogramm gegeben. Dabei kam der DGB 1963 zu folgender grundsätzlicher Einschätzung der gesellschaftlichen Bedingungen und der Situation der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik:

„Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmen sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort. Die Kleinunternehmen werden zurückgedrängt oder den Großunternehmen wirtschaftlich untergeordnet. Die Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle.“

Es ist deshalb natürlich, daß sich die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften gegen die „alten Besitz- und Machtverhältnisse“ und alle daraus resultierenden politischen und sozialen Folgen richten. Die Gewerkschaften der Bundesrepublik kämpfen für eine Gesellschaftsordnung, in der die Arbeiter und Angestellten wirklich Einfluß besitzen, für eine Ordnung, die dem sozialen Fortschritt, der Demokratie und dem Frieden verpflichtet ist.

Das Aktionsprogramm des DGB stellt dazu die Forderung nach dem **Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens** in den Vordergrund. Eine politische Demokratie ohne eine demokratische Wirtschaftspolitik ist nicht denkbar. Voraussetzung ist aber, daß die Arbeitnehmer wirklich Einfluß in den Konzernbetrieben, in Wirtschaft und Staat erlangen. Die qualifizierte Mitbestimmung in allen Großbetrieben kann den rücksichtslosen Machtanspruch einer kleinen Oberschicht eindämmen und die sozialen Gefahren, die unter den Bedingungen der Allmacht der Milliardäre mit der technischen Revolution heraufbeschworen werden, verringern. Gerade die Automatisierung führt zu einer abermals beschleunigten Machtkonzentration der großen Konzerne und Banken.

Mit Recht hat **Otto Brenner** auf der **II. Automationskonferenz der IG Metall** in Oberhausen darauf hingewiesen, daß die Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 ein typisches Beispiel war, „wie unkontrollierte Mächte Schicksal spielen und ein ganzes Volk und schließlich die ganze Welt ins Verderben stürzen können. Ohne die massive finanzielle Unterstützung durch einige deutsche Konzerne wäre Hitler kaum an die Macht gekommen.“¹⁾

Streik in der hessischen Metallindustrie 1951



Vor dem Tor der Opel-Werke in Rüsselsheim

Die Mitbestimmung der Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften kann die eigensüchtigen und gefährlichen Absichten der großen Monopole kontrollieren und einschränken. Um die Mitbestimmung wirksam werden zu lassen, fordern die Gewerkschaften eine Änderung des bisherigen Betriebsverfassungsgesetzes, das in wesentlichen Teilen den Interessen der Arbeitnehmer widerspricht.

Untrennbar mit der Forderung nach Mitbestimmung ist der Kampf der Gewerkschaften gegen die zunehmenden reaktionären Tendenzen und den Abbau der Demokratie in der Bundesrepublik verbunden. Dies ergibt sich eben aus den Erfahrungen mit den undemokratischen Instrumenten der Weimarer Republik, wie dem damaligen Notstandsgesetz, das schließlich zu den brutalen Diktaturgesetzen des Nazi-Staates führte.

Die Gewerkschaften müssen die in der Verfassung garantierten Rechte und demokratischen Freiheiten verteidigen. Gegen wen sich die Notstandsgesetze richten, haben die Übungen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes in verschiedenen Teilen des Landes deutlich gemacht. Da wurde gegen angenommene Streiks der Arbeiter die Notstandsdictatur praktiziert.

Der DGB wendet sich gegen eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Stattdessen fordert der DGB, daß die Bundesregierung einen konkreten Beitrag zur Entspannung, zur Sicherung des Friedens und zur Abrüstung leistet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß nur eine aktive Lohnpolitik die Arbeitnehmer vor den härtesten Folgen der ständigen Preistreiberei bewahren und ihren Anteil am Sozialprodukt erhöhen kann. Sie wenden sich gegen alle Bestrebungen, die die Tarifautonomie einengen, an ihre Stelle eine staatliche „Schlichtung“ setzen wollen und lehnen die einseitigen Maßhalteappelle ab. Der DGB fordert eine Verkürzung der Arbeitszeit.

Das Zeitalter der technischen Revolution wirft in unsere Gesellschaft neue, noch ungelöste Probleme auf. Dabei wird die Sicherung der Arbeitsplätze zu einer vordringlichen Aufgabe. Schon heute werden jährlich 1,5 Millionen Arbeitnehmer aus ihren bisherigen Arbeitsplätzen verdrängt. Noch bietet ihnen die Konjunktur zwar die Möglichkeit, in anderen Bereichen wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Aber schon jetzt kann nicht verhindert werden, daß die Arbeitnehmer materielle Einbußen durch die Umsetzungen an einen anderen Arbeitsplatz erleiden. Die Gewerkschaften verlangen deshalb eine langfristige Planung und rechtzeitige Hilfe zur Sicherung der Vollbeschäftigung.

Die technische Revolution wirft gleichzeitig die Frage nach dem Bildungsniveau unseres Volkes auf. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften fordern die Gewerkschaften eine Reform unseres Bildungswesens.

Die Schulpflicht soll auf 10 Jahre ausgedehnt, die ein- und zweiklassigen Zwergschulen müssen beseitigt und die Lehrmittel- und Schulgeldfreiheit gesichert werden. Der DGB verlangt, daß endlich die Begabungen in allen



Baden-Württemberg 1963, Streilokal in Mannheim

Volksschichten gleichmäßig gefördert werden und junge Menschen aus Arbeiterfamilien auf die Universitäten und Hochschulen gelangen. Seit Jahren fordert der DGB ein einheitliches und fortschrittliches Berufsausbildungsgesetz.

Der DGB verlangt die Verbesserung der Altersrenten, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Rentenversicherung auf 60 Jahre und die Einführung einer vorbeugenden Gesundheitsfürsorge. Die Gewerkschaften warnen vor Manipulationen und neuen Schuldverschreibungen der Sozialversicherung. Ähnlich wurde bereits im ersten und zweiten Weltkrieg zur Finanzierung der Kriegsausgaben verfahren.

Die hier genannten Forderungen der Gewerkschaften beschränken sich auf die wichtigsten und aktuellsten Aufgaben. Sie beweisen, daß die Gewerkschaften in der Bundesrepublik umfassend die sozialen und politischen Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Allerdings hängt alles davon ab, daß diese Forderungen nicht auf geduldigem Papier stehen bleiben, sondern der Kampf dafür organisiert wird.

Warum Gewerkschaftsmitglied?

Dennoch gibt es unter Arbeitern und Angestellten Stimmen gegen die Gewerkschaft. Die einen sagen: Gewerkschaften sind schon gut, aber warum soll gerade ich Mitglied sein, Geld für die Beiträge aufbringen und mich in meiner Freizeit durch Versammlungen belasten?

Andere haben sich durch die Unternehmerpropaganda anstecken lassen und meinen: Auch wenn es keine Gewerkschaften gäbe, wären die genannten Errungenschaften der Gewerkschaften von anderen Einrichtungen, also auf gesetzlichem Wege, durchgesetzt worden.

Wieder andere sagen: die Lohnerhöhung, die die Gewerkschaft erreicht, kriege ich auch so! Bei manchem gibt es eine ablehnende Haltung zum DGB, die aus Verärgerung über den Kurs dieser oder jener Funktionäre in den Gewerkschaften entspringt. Der DGB wird dann abgelehnt, weil er nicht ganz oder nicht gründlich genug die Interessen der Arbeitenden wahrnimmt. Mancher hat sich von dem Argument einfangen lassen, die Gewerkschaften hätten schon Geld genug, seien kapitalistische Mächte usw. usf.

Schauen wir uns diese Argumente an.

Was die zuerst genannte Auffassung anbelangt, die darauf hinausläuft, die Vorteile der Gewerkschaft zu nutzen, ohne sich selbst festzulegen, so hält sie keinem Nachdenken stand. Es soll hier gar nicht auf die moralische Seite eingegangen werden. Der geringe Vorteil einer Beitragsersparnis kann das Risiko dieser Haltung nicht aufwiegen. Es liegt doch auf der Hand, daß die Bedeutung der Gewerkschaft nicht zuletzt durch ihre organisatorische Stärke bestimmt wird. Wenn heute ein Drittel der Arbeiter und Angestellten der Bundesrepublik im DGB organisiert ist, so ist das nicht wenig, noch dazu wenn man bedenkt, daß der DGB in der Großindustrie des Metall- und Chemiebereiches und im Bergbau besonders konzentriert ist.

Welche Möglichkeiten aber hätte der DGB, wenn in seinen Reihen nicht 6,5 sondern 10 oder 12 Millionen Arbeiter und Angestellte organisiert wären! Die Überlegung sollten sich auch jene machen, die irrtümlich glauben, daß die sozialen Gesetze und demokratischen Rechte vom Staat auch ohne den Druck und die Kampfentschlossenheit der Gewerkschaften angenommen werden. Die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt genau das Gegenteil. Es gibt zwar Ausnahmebedingungen, wie unsere Konjunktur und der Arbeitskräftemangel in der Bundesrepublik. Das macht es in manchen Fällen möglich, daß einzelne Arbeiter über den Meister oder über Kündigungsdrohungen gewisse Verbesserungen durchsetzen können. Das schafft sicher Illusionen, führt zur Unterschätzung der Bedeutung der Gewerkschaften. Dennoch wird die Schwäche des einzelnen in dem Maße wieder deutlich sichtbar werden, wie die Konjunktur sich abschwächt, der Arbeitskräftemangel abnimmt, Probleme wie im Bergbau oder der Stahlindustrie auftreten. Darüber hinaus profitiert der einzelne, auch der Unorganisierte, aus dem bloßen Vorhandensein der Gewerkschaft. Möge sich jeder nur einmal fragen, was geschähe, wenn er, allein auf sich gestellt, seine

Wünsche und Forderungen an die Unternehmer und an den Staat stellen müßte? Man würde ihn mit Hohn und Spott abweisen! Wer fragt schon danach, ob Herr Müller oder Herr Schulze mehr Lohn, Gehalt, mehr Freizeit und soziale Sicherheit haben will, wenn er allein an die Tür der Mächtigen klopft? !

Erst wenn die Gewerkschaft, die Organisation der Millionen Arbeiter, die Forderungen anmeldet, ändert sich das!

Die **Solidarität** der in ähnlichen Verhältnissen lebenden Arbeitskameraden, die **Organisation** der Vielen in den Gewerkschaften und ihre **Entschlossenheit**, notfalls auch durch Kampf die Forderungen und Ziele der Arbeitnehmer durchzusetzen, kann für den einzelnen etwas erreichen!

Kein Arbeiter sollte sich durch Einzelbeispiele eines individuellen Erfolgs „ohne Gewerkschaft“ in Ausnahmehedingungen täuschen lassen. Erstens kommen auch andere Zeiten. Zweitens steht hinter diesem Einzelbeispiel die Existenz der Gewerkschaft. Drittens sind solche Erfolge ohne jegliche Absicherung durch Betriebsrat oder Gewerkschaft jederzeit wieder rückgängig zu machen. Schließlich wäre die Lohnerhöhung erheblich größer, wenn hinter den Gewerkschaften noch mehr Mitglieder ständen.

Die Gewerkschaften besitzen Millionen? Gut so! Die Arbeiter sind nicht mehr ohne finanziellen Rückhalt. Sie können mit ganz anderer Kraft den Unternehmern entgentreten. Diese wissen genau, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften mit ihrer Finanzkraft wächst, insofern sie von Arbeitervertretern geführt wird. Die Konzerngewaltigen fürchten die Gewerkschaften heute mehr als früher, weil sie nicht mehr auf ein „Aushungern“ der Gewerkschaften spekulieren können. Es ist möglich, durch den Einsatz der gewerkschaftlichen Kraft Zugeständnisse des Großkapitals an die Arbeiter zu erringen.

Gewiß, es wäre „mehr drin“. Zumal die Konzerngewaltigen auch deshalb den Forderungen leichter als früher nachgeben, weil an der Elbe eine andere Ordnung beginnt, eine Ordnung ohne kapitalistisches Großeigentum. Die „Bosse“ befürchten ansteckende Wirkungen von dort im Falle großer Arbeitskämpfe. Zwar entspringt daraus manche Kritik an ungenügenden gewerkschaftlichen Maßnahmen. Aber müßten nicht gerade jene, die der Gewerkschaft mangelnde Konsequenz vorwerfen, Mitglied der Gewerkschaft sein, um zu versuchen, dort ihre Kritik anzubringen, wo sie einzig und allein fruchten kann?

Wer in seinem eigenen Interesse und damit im Interesse der Millionen arbeitenden Menschen in einem friedlichen und demokratischen Land leben will, wer seinen eigenen Lebensstandard sichern und den sozialen Fortschritt will, wer in einer Gesellschaft leben will, in der Gerechtigkeit und Demokratie herrschen und nicht einseitiger Macht- und Vermögenseinfluß bestimmend ist, der muß Mitglied einer Gewerkschaft des DGB sein!

Anhang

1) „Automation – Risiko – Chance“, Oberhausen 16. bis 19. März 1965, Materialien der 2. internationalen Arbeits-Tagung der IG Metall im DGB, Doc, P. 19, Otto Brenner „Mitbestimmung und technischer Fortschritt“, Seite 1216.

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit**
Zur Kritik des Gothaer Programms
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft**
Ursprung der Familie
- W.I. Lenin: **Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus**
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx**
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung**
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?**
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft**
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

3



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?	Seite
I. Was ist Kapitalismus?	1
1. Wodurch unterscheidet sich der Kapitalismus von den anderen Ausbeuterordnungen?	1
2. Hat sich daran in der Bundesrepublik etwas geändert?	3
3. Der Reichtum des Landes entsteht in der Produktion!	4
4. Die Arbeitskraft ist die entscheidende Quelle des Reichtums jedes Landes	5
5. Was ist die Arbeitskraft wert?	6
6. Was ist Ausbeutung und worauf beruht sie?	9
7. Der Arbeitslohn verschleiert die Ausbeutung	10
II. Der heutige Kapitalismus	10
1. Der monopolistische Kapitalismus	10
2. Der staatsmonopolistische Kapitalismus	14
Fassen wir zusammen	15
Anhang	18

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Gibt es noch Kapitalismus in der Bundesrepublik?

Schafft der Arbeiter, der im eigenen Auto zur Arbeit fährt, keinen Profit mehr für seinen Unternehmer? Sind Kapitalisten und Arbeiter, Ausbeuter und Ausgebeutete aus unserer bundesdeutschen Wirklichkeit verschwunden? Die offizielle Propaganda will uns das glauben machen, weil vieles bei uns heute anders ist als zur Zeit unserer Großeltern. Moderne Maschinen in oft hellen Werkhallen erleichtern das harte Arbeitsleben der Menschen. Die durchschnittliche Arbeitszeit ist im jahrzehntelangen Ringen der Gewerkschaften von wöchentlich 60 und mehr Stunden auf 45 Stunden gesunken. Fernsehapparat, ausreichender Wohnraum, zumeist auch der Kühlschrank gehören zum Leben der Arbeiter. Nicht wenige Arbeiter und Angestellte fahren mit dem eigenen Auto zum Betrieb. Gerade das Auto war aber doch früher ein sicheres Zeichen von Besitz. Zwar zeigt die hart umkämpfte Forderung der Arbeiter um Mitbestimmung, daß die „anderen“, die Konzernchefs, die Herren sind. Und jeder Lohnkampf, daß die Arbeiter um jeden Pfennig kämpfen müssen. Die Konzernherren können dabei die Arbeiter, aber diese nicht ihre Chefs aussperren. Halten wir uns also nicht bei bloßen Behauptungen auf, sondern gehen wir der Sache auf den Grund.

I. Was ist Kapitalismus?

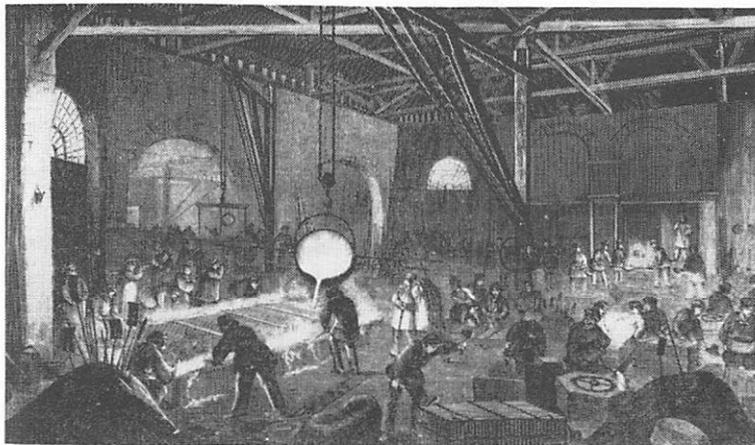
Weit verbreitet ist die Meinung, Kapitalismus sei die Macht der Reichen. Das ist zwar insofern nicht falsch, als im Kapitalismus der Reichtum der Gesellschaft in den Händen der Kapitalisten – im heutigen Kapitalismus vor allem der Großkonzerne – zusammengeballt ist. Aber es ist dennoch nicht genau, weil der Gegensatz von Arm und Reich älter ist als der Kapitalismus: Arme und Reiche gab es schon Jahrtausende vor dem Kapitalismus, in der Sklavenhaltergesellschaft Ägyptens, Griechenlands oder Roms, in der Feudalgesellschaft des Mittelalters. Kapitalismus ist also eine besondere Form des Gegensatzes zwischen Armen und Reichen.

I. Wodurch unterscheidet sich der Kapitalismus von den anderen Ausbeuterordnungen?

Um welchen besonderen Gegensatz es sich hier handelt, das hat Karl Marx aufgedeckt. Er ging dabei von der Erkenntnis aus, die vor ihm bereits französische Geschichtsschreiber und Politiker gewonnen hatten: daß es in der menschlichen Gesellschaft Klassen gibt. Marx entdeckte, worin der Grund für die Spaltung der Gesellschaft in Klassen liegt: In der Stellung zu den Produktionsmitteln, im Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln. Die Sklavenhalter besaßen den Grund und Boden, waren Eigentümer des unmittelbaren Produzenten, der Sklaven. Diese Sklaven dagegen waren besitz- und rechtlos. Die feudalen Adligen besaßen Grund und Boden, den die leibeigenen, fast völlig recht- und besitzlosen Bauern bearbeiten mußten.

Auch der Kapitalismus beruht auf einem solchen Gegensatz von Besitzern

und Nichtbesitzern der Produktionsmittel, auf einem solchen Gegensatz von Klassen. Marx zeigte aber: für die Herausbildung des Kapitalismus genügt es nicht, daß es – wie in jeder auf Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaftsordnung – eine Klasse gibt, die die hauptsächlichsten Produktionsmittel, wie Grund, Boden, Maschinen usw. besitzt. Es genügt auch nicht, daß dieser Klasse eine andere gegenübersteht, die keine Produktionsmittel ihr eigen nennt. Das für den Kapitalismus besondere ist: Diese Menschen, die nichts haben als ihre Arbeitshände und Arbeitskenntnisse, müssen sich, um nicht Hungers zu sterben, als Lohnarbeiter in die Betriebe des Kapitalisten verdingen. Damit sie das können, müssen sie persönlich frei, also weder Sklaven noch Leibeigene sein. Nur unter solchen Bedingungen konnten und können die Arbeiter ihre Arbeitskraft gegen Lohn verkaufen. Praktisch



Arbeiter in der Gießhalle der Borsigschen Fabrik in Berlin, 1848



Kinderarbeit

Um 1848 arbeiteten in den Fabriken Preußens 32000 Kinder unter 14 Jahren bis zu 15 Stunden täglich

wird damit die Arbeitskraft zur Ware. Kapitalismus ist also jene besondere Form des Gegensatzes von Arm und Reich, von Produktionsmittelbesitzern und Nichtbesitzern von Produktionsmitteln, in der die Arbeitskraft des unmittelbaren Produzenten zur Ware geworden ist.

Die Besitzer der Produktionsmittel trachten danach, ihren Reichtum auf Kosten der Arbeiter zu vermehren. Die Arbeiter und Angestellten trachten danach, die geschaffenen Werte gerechter zu verteilen, mehr Lohn oder Gehalt zu bekommen, was nur auf Kosten der Profite der Kapitalisten möglich ist. Die Besitzer der Produktionsmittel wollen die Ausbeutung aufrechterhalten, die Arbeiter wollen sie abschaffen. Bei der Verfolgung dieser entgegengesetzten Interessen müssen die beiden Klassen zwangsläufig feindlich aufeinanderstoßen.

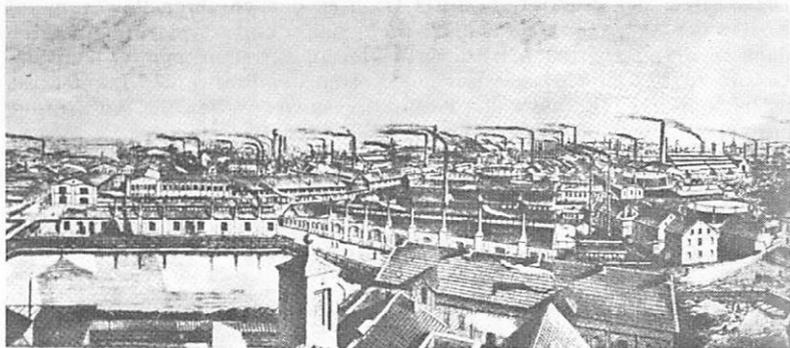
2. Hat sich daran in der Bundesrepublik etwas geändert?

Unter Hinweis auf die schon erwähnten Kühlschränke und Fernsehgeräte beantworten manche die Frage mit „Ja“. Sie unterliegen einer Verwechslung (oder begehen diese absichtlich). Marx und ihm folgend der ganze Marxismus haben stets zwischen Eigentum an Konsumgütern und Eigentum an Produktionsmitteln unterschieden. Das grundlegende Unterscheidungsmerkmal ist und bleibt der Besitz oder Nichtbesitz von Produktionsmitteln, nicht von Konsumgütern. Wie viel Konsumgüter jemand erlangt, das ist abhängig von seiner Stellung zu den Produktionsmitteln. Flick kann anders leben als der Arbeiter aus dem Flick-Imperium. Wenn Arbeiter heute Fernsehgeräte besitzen (die es zur Zeit von Marx ohnehin noch nicht gab), wenn sie heute einen höheren Lebensstandard erreicht haben, als zur Zeit von Marx, so liegt das vor allem am Kampf der Arbeiter, ihrer Gewerkschaften und Parteien. Aber hat sich an den Grundlagen des Kapitalismus etwas geändert? Wem gehören denn heute die hauptsächlichsten Produktionsmittel? Ist etwa die Arbeitskraft des Arbeiters und Angestellten keine Ware mehr?

Während die großen Konzerne mit mehr als hundert Millionen Mark Aktienkapital 1953 über 34 Prozent des ganzen bundesdeutschen Aktienkapitals verfügten, waren es 1965 schon 57 Prozent. Es ist damit zu rechnen, daß es im Verlaufe des nächsten Jahrzehnts 75 bis 80 Prozent sein werden. Die kleinen und mittleren Eigentümer in Stadt und Land fallen dagegen kaum noch ins Gewicht. Aber über 22 Millionen Männer und Frauen müssen in der Bundesrepublik ihre Arbeitskraft als Arbeiter, Angestellte oder Beamte an die Klasse der Produktionsmittelbesitzer und deren Staat verkaufen, weil sie keine Produktionsmittel besitzen. (Siehe hierzu auch den Lehrbrief Serie B: Arbeit und Wirtschaft, Nr. 1/Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik?)

Wir sehen also, daß sich die hauptsächlichlichen Produktionsmittel heute noch mehr als früher in den Händen einer Klasse, der Kapitalistenklasse, besonders der obersten Schicht dieser Kapitalistenklasse, befindet. Und der Teil des Volkes, der ohne Produktionsmittel ist und seine Arbeitskraft verkau-

fen muß, ist heute noch größer als früher. Der Reichtum der Nation ist – trotz eines durch den Kampf der Arbeiter angestiegenen Lebensstandards auch der unteren Volksschichten – noch mehr als früher bei einer kleinen Schicht von Rieseneigentümern zusammengeballt.



Die Krupp-Werke, 1887

Wie geht das zu? Woher stammen diese riesigen Reichtümer eines Krupp, der Baronin von Thyssen, des Bankiers Abs, der Flick, Horten, Henkel und der anderen großen Kapitalisten?

Manche sagen, das käme von deren Sparsamkeit, Fleiß und Klugheit. Da wären also Sparsamkeit, Fleiß und Klugheit unseres Volkes konzentriert in der kleinen Schicht der Multimillionäre, Playboys und Traumvillenbesitzer, während der Arbeiter Fritz Müller oder Karl Schmidt nur zu faul ist, mehr zu arbeiten und zu verdienen, zu verschwenderisch, mehr zu sparen, und außerdem zu dumm dazu, Millionär zu sein. Jedes dieser Argumente ist eine Beleidigung der arbeitenden Menschen. In Wahrheit gibt es weit weniger märchenhafte, sehr reale Quellen des Reichtums der Konzernherren und der Besitzlosigkeit der Volksmassen. Karl Marx legte diese Quellen bloß.

3. Der Reichtum des Landes entsteht in der Produktion!

Zur Aufnahme der Produktion kaufen die Kapitalisten auf dem Markt die notwendigen Produktionsbedingungen wie Maschinen, Rohstoffe, Energie ein und lassen diese von den Arbeitern verarbeiten, deren Arbeitskraft sie ebenfalls auf dem Markt, auf dem „Arbeitsmarkt“, gekauft haben. Die Erzeugnisse ihres Betriebes verkaufen die Kapitalisten dann für mehr Geld, als sie selbst für die Produktionsfaktoren ausgegeben haben. Woher kommt aber dieser Gewinn? Lassen wir kurz den Vorgang der Produktion und des Verkaufs an unseren Augen vorüberziehen.

Nehmen wir einmal an, ein Maschinenschlosser arbeitet 8 Stunden täglich

und erhält dafür vom Unternehmer 24 Mark. Er hat in diesen 8 Stunden ein bestimmtes Stück einer Maschine anzufertigen. Der Rohstoff für dieses Maschinenstück kostet in der notwendigen vorbereiteten Form 60 Mark. Die Kosten für Verbrauch an Energie, den Verschleiß der Drehbank, die Abnutzung der übrigen Werkzeuge betragen 2 Mark. Die Ausgaben des Kapitalisten erreichen nunmehr eine Höhe von 62 plus 24, d.h. 86 Mark. Der Unternehmer verkauft dieses Maschinenstück aber für 110 Mark. Er macht also 24 Mark gut.

Woher kommen diese 24 Mark? Sind sie das Ergebnis eines besonderen Verkaufsgeschickes des Kapitalisten? Hat er gar jemanden „übers Ohr gehauen“, also betrogen?

Natürlich gibt es Profite, deren Quelle der Betrug ist. Aber bei solchen Betrügereien kommt es nur zu einer unterschiedlichen Verteilung bereits vorhandener Werte. Was der eine Kapitalist „gut“ macht, verliert der andere. Auf die Gesamtheit des Wirtschaftslebens übertragen, bewirkt dieser Betrug keine Wertveränderung, keine Neuschöpfung von Wert. Im Kapitalismus häufen sich aber immer größere Werte auf der Seite der Kapitalisten an. Einen Überschuß (in unserem Beispiel sind es 24 Mark) erzielt die Kapitalistenklasse als Ganzes auf jeden Fall. Und da dieser Überschuß, dieser Mehrwert, nicht im Warenaustausch entstehen kann, muß er im Produktionsprozeß entstehen. Der Reichtum eines Landes entsteht also im Produktionsprozeß.

4. Die Arbeitskraft ist die entscheidende Quelle des Reichtums jedes Landes.

Fragen wir weiter: Welcher Produktionsfaktor schafft diesen neuen Wert? Ist es der sachliche, der aus Maschinen, Rohstoffen, Energie usw. besteht – oder ist es der menschliche, die Arbeitskraft? Jeder weiß, daß der Wert des sachlichen Produktionsfaktors im Produktionsprozeß durch die Tätigkeit des lebendigen Produktionsfaktors, des Menschen, nur auf das neue Produkt übertragen wird, also nicht selbst neuen Wert schafft. Darum bleibt als Quelle des neuen Wertes nur die menschliche Arbeitskraft übrig.

Aber wie geht das zu? Schauen wir das wieder im einzelnen an. Der Kapitalist kauft also auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitskraft. Nehmen wir an, daß er dafür den genauen Wert der Ware Arbeitskraft in Form von Lohn und Gehalt zahlt. Wie gelingt es dem Kapitalisten dennoch, daraus Gewinn zu schlagen, ohne daß er Betrug begeht?

Zum Verständnis dessen muß ein wesentlicher Unterschied beachtet werden:

„Es ist doch klar“, sagt Friedrich Engels, „was ein Arbeiter leistet und was er kostet, sind ebenso verschiedene Dinge, wie was eine Maschine leistet und was sie kostet. Der Wert, den ein Arbeiter in einem Arbeitstage . . . schafft, hat gar nichts gemein mit dem Wert der Lebensmittel, die

er in diesem Arbeitstage und der dazu gehörenden Ruhepause verzehrt.“
(Friedrich Engels, „Antidüfung“, S. 237)

Wir haben es hier also mit zwei Werten zu tun: erstens mit dem Wert, den die Arbeitskraft selbst besitzt, zweitens mit dem Wert, den die Dinge haben, die von der Arbeitskraft erzeugt werden. Beide Werte sind verschiedenen. Auf diesem Unterschied beruht im Grunde genommen der Fortschritt der menschlichen Geschichte:

„Alle Entwicklung der menschlichen Gesellschaft über die Stufe tierischer Wildheit hinaus fängt an von dem Tage, wo die Arbeit . . . mehr Produkte schuf, als zu ihrem Unterhalt notwendig waren . . .“ (ebenda, S. 237)

Der springende Punkt ist gerade, daß die Arbeitskraft die Ware mit der besonderen Eigenschaft ist, mehr Wert hervorzubringen, als sie selbst hat, daß sie wertschaffende Kraft, Quelle neuen Wertes ist. Und gerade wegen dieser Eigenschaft kauft die Kapitalistenklasse die Arbeitskraft der Arbeiterklasse.

5. Was ist die Arbeitskraft wert?

Wie der Wert jeder anderen Ware, so bestimmt sich auch derjenige der Ware Arbeitskraft durch die Arbeit, die für die Herstellung dieser Ware erforderlich ist. Praktisch verkörpert sich dieser Wert in einer bestimmten Menge von Gütern, die der Arbeiter braucht, um seine Arbeitskraft erhalten und erneuern zu können. Um welche Güter handelt es sich dabei? Marx schreibt dazu:

„Die Arbeitskraft eines Menschen existiert nur in seiner lebendigen Leiblichkeit. Eine gewisse Masse Lebensmittel muß ein Mensch konsumieren, um aufzuwachsen und sich am Leben zu erhalten. Der Mensch unterliegt jedoch, wie die Maschine, der Abnutzung und muß durch einen anderen Menschen ersetzt werden. Außer der zu seiner eigenen Erhaltung erheischten Lebensmittelmasse bedarf er einer anderen Lebensmittelmenge, um eine gewisse Zahl Kinder aufzuziehen, die ihn auf dem Arbeitsmarkt ersetzen und das Geschlecht der Arbeiter zu verewigen haben. Mehr noch, um seine Arbeitskraft zu entwickeln und ein gegebenes Geschick zu erwerben, muß eine weitere Menge von Werten verausgabt werden.“¹⁾

Demnach bestimmen drei Größen den Wert der Arbeitskraft:

- die für die Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel (natürlich im weitesten Sinne, also auch Kleidung, Heizung, Wohnung usw. einbegriffen),
- die für den Unterhalt der Angehörigen notwendigen Lebensmittel,

– die Ausgaben für die Ausbildung der Arbeitskraft.

Bei der Bestimmung des Inhalts des Warenkorbs, der diesen drei Faktoren entspricht, wirken gewisse natürlich-geografische und gesellschaftlich-historische Besonderheiten mit. So ist die Menge der zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendigen Lebensmittel in den einzelnen Ländern ungleich. Die Menschen in der tropischen Zone verbrauchen im Gegensatz zu uns andere Lebensmittel und könnten sie – betrachtet man nur die Naturumstände, läßt man die gesellschaftliche Tatsache der Ausbeutung durch Kolonialisten, einheimische Großgrundbesitzer usw. außer acht – bisweilen leichter erlangen. Aber auch die Lebensansprüche und -gewohnheiten, die Organisiertheit der Arbeiter im Kampf um ihre Rechte – der Marxismus nennt das den moralischen Faktor – spielen bei der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft eine wichtige Rolle (siehe den Lehrbrief: „Wozu braucht die Arbeiterschaft starke Gewerkschaften?“ Serie B: Arbeit und Wirtschaft, Nr. 2). Die Arbeiterbewegung unseres Landes erkämpfte beispielsweise im harten Ringen gegen die Unternehmer den heute vorhandenen Lebensstandard.

Die Höhe der Existenzmittel ist also in den einzelnen Ländern verschieden. So gehören zu den: Existenzmitteln heute in der Bundesrepublik mindestens einigermaßen ausreichender Wohnraum, genügend Nahrung und Kleidung, ein notwendiges Maß an Ausbildung, technische Einrichtungen für den Haushalt und nicht zuletzt solche tarifliche oder manteltarifliche Festlegungen wie Länge der wöchentlichen Arbeitszeit, ein bestimmter Urlaub usw.

Wir wissen, daß das bei weitem nicht immer so war, daß die Arbeiterklasse früher einen niedrigeren Lebensstandard hatte. Es gab schreckliche Arbeitsbedingungen. Die Arbeitermassen lebten in elenden Mietskasernen. Es bedurfte der Novemberrevolution von 1918, die der herrschenden Klasse einen tüchtigen Schrecken einjagte, um in Deutschland den Achtstundentag durchzusetzen. Auch Betriebsräte gibt es erst seit dieser Revolution: das heißt, es bedurfte des jahrzehntelangen, opferreichen Kampfes, ehe die Arbeiter und Angestellten solche doch noch recht bescheidenen Rechte erlangten. Ebenso ist der Urlaub eine recht neue Errungenschaft. Und die Geißel der Arbeitslosigkeit plagt auch gegenwärtig noch die arbeitenden Schichten vieler kapitalistischer Länder.

Demgegenüber lebt der Arbeiter heute besser. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß insgesamt heute, dank des Fleißes der arbeitenden Volksschichten und dank der modernen Technik, weit mehr Güter als früher und diese auch viel billiger erzeugt werden, daß der Kuchen – das Gesamtprodukt – viel schneller gewachsen ist als der Anteil, den die Arbeiter davon erhalten.

Das zu sehen ist noch weit wichtiger, als sich an der unbestreitbaren Tatsache zu erfreuen, daß wir Arbeiter und Angestellten heute besser als unsere Großväter leben. Übrigens gilt das nicht so absolut, wie man auf den ersten Blick glauben möchte. Denn die vom Kapitalismus erzeugten



Streikposten vor den Daimler-Benz-Werken in Mannheim während des großen Metallarbeiterstreiks in Baden-Württemberg, April/Mai 1963



Demonstration von Mitgliedern und Funktionären der IG Metall in Rheinhausen, Sommer 1963

Kriege und Krisen waren allein in unserem Jahrhundert verbunden mit dem furchtbarsten Elend und millionenfacher Vernichtung arbeitender Menschen.

6. Was ist Ausbeutung und worauf beruht sie?

Kapitalist und Arbeiter vollziehen untereinander also einen Austausch von Arbeitskraft gegen Lohn bzw. Gehalt. 2)

„Der Arbeiter erhält im Austausch gegen seine Arbeitskraft Lebensmittel, aber der Kapitalist erhält im Austausch gegen seine Lebensmittel Arbeiter, die produktive Tätigkeit des Arbeiters, die schöpferische Kraft, wodurch der Arbeiter nicht nur ersetzt, was er verzehrt,“ (die 24 Mark unseres Beispiels) „sondern der aufgehäuften Arbeit einen größeren Wert gibt, als sie vorher besaß.“ (Die 24 Mark Gewinn aus unserem Beispiel) (Marx/Engels, 2 Bände, Band 1, S. 79)

Die Arbeitskraft erzeugt nun – wie wir schon sagten – in Wirklichkeit in einem Teil des Arbeitstages jene Wertsumme, die für die Erhaltung der Arbeitskraft nötig ist. Aber der Arbeiter hat seine Arbeitskraft dem Kapitalisten nicht nur für diese notwendige Arbeitszeit verkauft, sondern auch für die darüber hinausgehende Mehrarbeitszeit, bis zum Ende des Arbeitstages. Was in dieser Mehrarbeitszeit an Wert erzeugt wird, dieser neue oder Mehrwert, das eignet sich der Kapitalist an, weil jedermann sich die Früchte aneignet, die aus der Nutzung einer Ware während der Zeit entspringen, während der ihm diese Ware gehört. Der Kapitalist eignet sich also diesen neuen Wert an.

Der Marxismus nennt diesen neuen Wert, den der Kapitalist sich in die Tasche steckt, Mehrwert und die Tatsache seiner unbezahlten Aneignung durch den Unternehmer Ausbeutung.

Mehrwert ist also nichts anderes als unbezahlte Arbeit des Arbeiters, in unserem Falle des Maschinenschlossers, die der Kapitalist sich aneignen kann, weil er Produktionsmittel besitzt und damit in seinem Betrieb mit Hilfe der Arbeitskraft bestimmte Erzeugnisse herstellen läßt. Das ist das „Geheimnis“ der Ausbeutung. Es ist die Entschleierung des Geheimnisses, wer den Reichtum des Landes erzeugt und wer ihn sich aneignet.

Die Kapitalistenklasse kann sich den von der Arbeiterklasse erzeugten Mehrwert unbezahlt aneignen, also die Arbeiterklasse ausbeuten einzig und allein wegen einer Tatsache: weil die Kapitalistenklasse über jene Produktionsmittel verfügt, die für das Leben nicht nur der Kapitalistenklasse, sondern des ganzen Volkes erforderlich sind. Die Kapitalistenklasse besitzt eben weit mehr als ihre Arbeitskraft. Sie kann kaufen, was sie braucht – auch Liebe, Ehre, Gewissen, Abgeordnete, Parteien, Journalisten usw. Die Arbeiterklasse ist ohne Produktionsmitteleigentum, sie besitzt zunächst keine Mittel, um etwas auf dem Markt zu kaufen. Sie kauft zunächst nicht, sondern sie verkauft zuerst einmal, nämlich ihre Arbeitskraft, um aus dem

Erlös dieses Verkaufs wenigstens leben zu können.

Daraus folgt: wenn sich hier etwas verändern soll, so müssen die **Eigentumsverhältnisse** geändert werden. Wir werden (in anderen Lehrbriefen) noch genauer zu zeigen haben, daß eine solche Änderung der Eigentumsverhältnisse, soll sie die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wirklich abschaffen, nicht nur abschwächen, mehr erfordert als **Kleineigentumslösungen, Volksaktien, „Miteigentum“** u.ä. Dazu ist letzten Endes die Überführung der für das Leben des ganzen Volkes wesentlichen Produktionsmittel in das allgemeine Eigentum des Volkes notwendig.

7. Der Arbeitslohn verschleiert die Ausbeutung

Aber, so hört man oft, der Arbeiter erhält seinen Lohn erst, nachdem er gearbeitet hat. Also wird seine Arbeit bezahlt. Angenommen, er arbeitet in der Woche 45 Stunden und verdient pro Stunde 3 Mark, so erhält er am Zahltag 135 Mark. Diese Tatsache kann er auf seinem Lohnzettel schwarz auf weiß nachlesen. Ausbeutung kann es doch nur geben, denkt mancher, wenn der Kapitalist übermäßige Überstunden verlangt oder ganz schlechte Arbeitsverhältnisse im Betrieb herrschen, der Meister ein Antreiber ist usw.

Tatsächlich verschleiert die Art, wie der Lohn gezahlt wird, – nämlich nach Ableistung der Arbeit und für jede Stunde oder für jedes fertige Stück gibt es Lohn (oder Gehalt) – die Ausbeutung. Die Kapitalistenklasse läßt sich von der Arbeiterklasse sogar noch die Nutzung der Arbeitskraft vorschießen!

Aber der Unternehmer zahlt dem Arbeiter höchstens den Wert seiner Arbeitskraft, das heißt, so viel Geld, damit der Arbeiter sich und seine Angehörigen ernähren, kleiden, ausbilden, also die Arbeitskraft reproduzieren kann. Würde der Unternehmer mehr bezahlen, würde seine Stellung im Konkurrenzkampf so geschwächt, daß er bald schließen müßte. Der Wert der Arbeitskraft, den der Unternehmer dem Arbeiter als Lohn zahlt, wird auf die Anzahl der täglich gearbeiteten Stunden verteilt – so kommt der Stundenlohn zustande – oder er wird auf die Anzahl der Stücke umgelegt, die der Arbeiter an einem Tag herstellt. So entsteht der Stücklohn, der zum Akkordlohn führt. Tatsächlich aber leistet der Arbeiter mehr, als der Wert seiner Arbeitskraft ausmacht. Nur darum kauft der Kapitalist diese Ware. Und diese unbezahlte Arbeit ist es, die die Reichen immer reicher macht.

Hierin lagen früher und liegen auch heute die Quellen der Riesensummen, die in die Taschen der Kapitalistenklasse, heute vor allem des Großkapitals, fließen.

AUFRUF **des Deutschen Gewerkschaftsbundes!**

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

1945 lag die deutsche Wirtschaft in Trümmern. Während Ihr in Fabriken, Kontoren und Verwaltungen am Wiederaufbau Deutschlands unter größten Entbehrungen gearbeitet habt, waren diejenigen, die den Zusammenbruch Deutschlands verschuldeten, von der Bildfläche verschwunden.

Ihr allein habt das vollbracht, was andere als das „deutsche Wirtschaftswunder“ bezeichnen.

Eure Leistung wurde damals anerkannt und in höchsten Tönen gepriesen. Maßgebliche Unternehmer, Vertreter der Verwaltungen und aller politischen Parteien bekamen sich einmütig zu einer neuen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage der völligen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Aus dieser Erkenntnis geschäftlicher Notwendigkeiten entstanden neben den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes das Ahlener Programm, zustimmende Erklärungen der Regierungen und verantwortlicher Persönlichkeiten in Wirtschaft und Staat.

Was aber geschieht heute?

Man sperrt sich immer mehr dagegen, diese Versprechen einzulösen! In der Montanindustrie konnte das Mitbestimmungsrecht nur unter größten Schwierigkeiten durchgesetzt werden. Seitdem ist der Widerstand noch mehr gewachsen.

Die echte Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in der übrigen Wirtschaft und in der Verwaltung soll verhindert werden.

Das zeigt besonders das beabsichtigte Betriebsverfassungsgesetz. Es beweist die klare Absicht, ein wirkliches Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmerschaft zu vereiteln. Es belächelt die überlebten Vorrechte der Arbeitgeber.

Es belächelt die Arbeitnehmer in ihrer Stellung als Wirtschaftsuntertan! Darüber hinaus nimmt der Entwurf des Betriebsverfassungsgesetzes Euch Rechte, die Ihr vor 1933 gehabt habt, die Euch nach 1945 durch Länderverfassungen, Ländergesetze oder betriebliche Vereinbarungen gesichert waren und in der schwierigen Zeit des Wiederaufbaues ihre Bewährungsprobe bestanden haben.

Dazu kommt die Absicht, die gewerkschaftliche Einheit von Arbeitern, Angestellten und Beamten zu untergraben und durch ein Ausnahmerecht für den öffentlichen Dienst die verschiedenen Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund vermag die Verantwortung für diese Entwicklung nicht mehr zu tragen!

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften rufen Euch auf zum Kampf für ein fortschrittliches Betriebsverfassungsrecht als Grundlage der demokratischen Ordnung in Wirtschaft und Verwaltung.

- Es geht hier nicht um gewerkschaftliches „Machtstreben“.
- Es geht um eine gerechte Ordnung.
- Es geht um den Bestand der Demokratie.
- Es geht um die Stabilität der Wirtschaft.
- Es geht um die Sicherung Deines Arbeitsplatzes.
- Es geht um das Wohl der gesamten Nation.

Halte Euch bereit! Übt Disziplin!
Folgt den Weisungen Eurer Gewerkschaften!

**DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
DER BUNDESVORSTAND**

Christian Fette, Vorsitzender

Düsseldorf, den 12. Mai 1952

II. Der heutige Kapitalismus

1. Der monopolistische Kapitalismus

Der Kapitalismus bleibt Kapitalismus, so lange seine Wesensmerkmale bestehen: das Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, die „Freiheit“ der Arbeiterklasse von den Produktionsmitteln, so daß sie ihre Arbeitskraft als Ware auf dem Markt an die Kapitalistenklasse verkaufen muß und die „Freiheit“ dieser Arbeiterklasse von feudalen und ähnlichen Fesseln, so daß sie ihre Arbeitskraft verkaufen kann. Das war so, als Marx das „Kapital“ schrieb und das ist auch heute so.

Aber der heutige Kapitalismus hat zweifellos einige neue Merkmale herausgebildet.

Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts kam es infolge des Konkurrenzkampfes und der technischen Entwicklung zu einer raschen Steigerung der Zahl der Großbetriebe und ihres Anteils an der Gesamtproduktion. Ein immer größer werdender Teil der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen sind seit dieser Zeit in solchen Großbetrieben zusammengefaßt. Der Marxismus nennt diese Entwicklung Konzentration der Produktion. Die so entstehenden kapitalistischen Großbetriebe müssen danach streben, den Markt zu beherrschen, damit sie den Absatz ihrer Produktion sichern und die Höhe der Preise unter möglichst weitgehender Ausschaltung des Drucks der Konkurrenz diktieren können. Darum wollen sie ihre Konkurrenten entweder ruinieren oder mit ihnen zu Vereinbarungen über Produktion und Absatz kommen. So bildeten sich um die Jahrhundertwende in den entscheidenden Bereichen der Industrie – Kohle, Stahl, Eisen, Elektroenergie und -industrie sowie Chemie, aber auch im Bankwesen – kapitalistische Riesenunternehmen heraus, die in ihrem Bereich Produktion und Markt- bzw. das Finanzwesen ganz oder fast vollständig beherrschen: Monopole. Solche Monopole waren bzw. sind Krupp, Mannesmann, Thyssen, IG-Farben, Deutsche Bank, Commerzbank. Dabei verschmelzen die Monopole der Industrie und des Finanzwesens, also der Banken, ihre Kapitalien immer mehr; denn einerseits haben die Industriemonopole bei den Bankmonopolen gewaltige Einlagen, andererseits entwickeln die Industriemonopole einen Riesenhunger nach Kapital, den sie nur über die Großbanken stillen können. Dieser Verschmelzungsprozeß erzeugt eine Kapitalform, die der Marxismus Finanzkapital nennt.

Ein kleiner Kreis von Finanzgewaltigen – bei uns wären heute etwa zu nennen Abs, Flick, Krupp, Horten, die Baronin Thyssen –, eine Gruppe von Industrie- und Bankmonopolen beherrscht seitdem nahezu das gesamte Wirtschaftsleben eines Landes. Der Marxismus nennt darum diesen Kapitalismus, dessen wichtigstes Merkmal die monopolistische Form kapitalistischen Eigentums ist, monopolistischen oder Monopolkapitalismus.

Der Begriff Monopolkapitalismus ist auch durch den Begriff Imperialismus ersetzbar. Die Monopole, die rasch Produktion und Markt des eigenen Landes erobern, drängen danach, sich über die Grenzen dieses eigenen Landes

auszudehnen, fremde Märkte, billigere Rohstoffmärkte zu „erschließen“. Zugleich streben sie danach, in den noch unterentwickelten aber rohstoffreichen Gebieten Kapital anzulegen, weil die dortigen Arbeitskräfte weit billiger arbeiten, der aus ihnen herausgewirtschaftete Mehrwert also weit höher als im „Mutterland“ ist. Zum „Schutz“ dieser neuen Ausbeutungszentren verlangten die Monopole die Ausdehnung der politischen Macht des eigenen, des Mutterlandes, auf die sich so herausbildenden Kolonien. Beim Drängen nach solchen Kolonien, bei der Aufteilung der Welt, bei

Nr.	Familie	Firma	Umsatz = Milliarden	Branche	Familienumsätze (in Mio. DM)	Gruppenumsätze (in Mio. DM)	Beschäftigte
1	Flick	Daimler-Benz, Feldmühle		Metalverarbeitung, Chemie	9 000	-	112 029
2	Krupp	Fried. Krupp		Montan, Metallverarbeitung	3 007	2 007	8 000
3	Haniel	Haniel & Co. KHD, Klöpper AG		Handel, Montan, Metallverarbeitung	1 800	1 800	5 000
4	Haniel	Haniel & Co. GHH, KNOAG		Handel, Montan, Metallverarbeitung	3 830	6 618	-
5	Reinstra	H. F. & Ph. F. Reinstra		Zigaretten, Getreide	3 400	3 400	7 182
6	de Zichy	Lugert-Thyssen-Hütte AG		Montan	3 242	6 899	17 153
7	Wolff	Otto Wolff AG		Handel, Montan	3 000	3 000	30 000
8	Bosch	Robert Bosch GmbH		Elektro	2 915	89 700	29 150
9	Schickendantz	Quelle-Vorwand		Versandhandel, Papier, Brauerei	2 800	2 800	26 000
10	Quandt	VARTA AG, WVK, Winterhall AG		Metallverarb., Elektro, Bergbau, Erdöl	1 900	1 700	20 000
11	Haniel	Haniel & Co. GmbH, Peissl GmbH		Chemie	1 800	1 800	20 000
12	Vöron	Waldmüller AG		Metallverarb., Elektro, Bergbau, Erdöl	1 700	1 700	20 000
13	Wolff	Wolff & Löhne		Elektro	1 250	4 171	28 038
14	Gundig	Chemische Werke		Chemie, Warenhaus	1 200	1 200	28 000
15	Springer	Ar. Springe, Veritas GmbH		Verlag	1 100	1 100	13 000
16	Stumm	Gabriel Stumm GmbH		Montan, Handel	1 040	1 040	25 000
17	Oetiker	Rez. Aug. Oetiker		Nahrungsmittel, Brauerei, Schifffahrt	1 000	-	15 000
18	Weinhan	Wth. Weinhahn OHG		Handel, Industrie	1 000	-	9 000
Umsatz 500 - 916 Millionen							
19	Ritter	Martin Richmann AG (75%)		Zigaretten	976	1 315	5 000
20	Schmitt-Schoell, Seifert	Wissel OHG, Typograph, Kaffee-imp.		Nahrungsmittel	850	850	8 000
21	Klaus	Wolff & Co. Metzler AG		Reisen, Chemie	719	718	18 000
22	Rebling	Rechling'sche Eisen- u. Stahlw. GmbH		Montan, Handel	672	672	16 815
23	Terfloth, Smoek	Terfloth & Smoek		Großhandel	622	622	1 800
24	Spaeter, v. Oswald	Carl Spaeter & W. v. Oswald GmbH		Stahlhandel	600	600	3 000
25	Neckermann	Neckermann Versand KGaA (60%)		Versandhandel	582	1 155	13 890
26	Freudenberg	Freudenberg & Co. KG		Leder, Kunststoff	500	500	11 000
27	Herr	Techno-Fabrikationsfirma Max. Herz		Nahrungsmittel	500	500	3 600
28	Rein	Rein & Co. KG		Druck, Verlag, Film	500	500	15 000
29	Dietl	Dietl KG, Jungmann GmbH		Feinmechanik	500	500	15 000
30	Seibt	Fichtel & Seibt		Maschinenbau	500	500	13 300
Umsatz 300 - 490 Millionen							
31	Spaesshofer, Braun	Triumpf-Gruppe		Bekleidung	490	490	17 500
32	Schweislurth	Schweislurth KG		Nahrungsmittel	470	470	5 000
33	Voith	J. M. Voith GmbH, Conti-Gas (25%)		Maschinenbau	464	916	13 200
34	Auer	Heinr. Auer Mühlenw. KGaA		Nahrungsmittel	410	411	8 500
35	Staudt	Staudt		Metallverarb.	400	400	9 500
36	Engelhorn	Geb. Chas. Marchenfabrik GmbH		Chemie	400	2 800	5 260
37	Jacobs	C. F. Boehringer & Söhne GmbH		Chemie	400	400	2 800
38	Lübbert	Jacobs KG		Nahrungsmittel	400	400	1 500
39	Stauff	Dyckerhoff & Widmann		Bau	400	400	1 200
40	Schäffer	Kegelfleischer OHG		Metallverarbeitung	400	400	25 000
41	Siemens	Siemens AG (6%)		Elektro	359	7 179	207 000
42	Tausend, Toyes	ATE Alfred Toyes KG		Maschinen	348	348	10 000
43	Kühne	Kühne & Nagel (25%)		Spezialien	340	400	3 200
44	Budde, Jahn, Buesenue	Budde, Jahn, Buesenue		Druck, Verlag, Holz	320	320	4 000
45	Budde	Budde Druck- u. Verlag GmbH		Druck, Verlag	320	320	4 000
46	Lindner	Lindner		Metallverarbeitung	315	315	5 811
47	Schultz	Schulte & Dieckhoff (73%)		Bekleidung	315	418	6 700

diesem imperialistischen Vorgehen, prallten und prallen die imperialistischen Gegensätze der vom Monopolkapital beherrschten Staaten aufeinander. Hier liegen die Quellen der von großkapitalistischen Staaten wie Deutschland, England, Frankreich, Italien, den USA u.a. in diesem Jahrhundert geführten Kriege, insbesondere des ersten und auch des zweiten Weltkrieges.

Aber der monopolistische oder imperialistische Kapitalismus ist nicht nur aggressiv gegen andere Völker, sondern auch reaktionär gegenüber dem eigenen Volk. Ursprünglich ist der Kapitalismus im Kampf gegen den Feudalismus mit der Losung „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ ins Leben getreten. Er setzte an die Stelle der absoluten Monarchie eine Staatsform größerer politischer Freiheit, die bürgerliche Demokratie. Im Imperialismus ändert sich das. Die Herausbildung der Monopole ist begleitet von der Beschneidung der freien Konkurrenz, vom Streben nach Vorherrschaft und der damit verbundenen Gewalt. Die Monopole, die Herren der Wirtschaft, wollen auch die politische Herrschaft an sich reißen, sich den Staat dienstbar machen. Nachdem ihnen das gelungen ist, ersetzen sie zumeist die Methoden der bürgerlichen Demokratie durch solche der politischen Reaktion. Das zeigt der Faschismus, der als Wirklichkeit oder als Tendenz in allen imperialistischen Staaten anzutreffen ist.

Dieser Übergang zum monopolistischen Kapitalismus vollzog sich etwa um die Jahrhundertwende. In Deutschland verlief er im raschen Tempo, begann sofort auf der Basis der modernsten Technik. So wurde Deutschland kurz nach der Jahrhundertwende das führende monopolkapitalistische Land Europas. Aber sein ökonomischer und politischer Einfluß in der Welt entsprach nicht seinem materiellen Gewicht innerhalb des Kreises der großen kapitalistischen Mächte. Darum drängte das vom Monopolkapital beherrschte Deutschland am meisten nach einer imperialistischen Neuaufteilung der bereits aufgeteilten Welt. Das war nur gewaltsam möglich. Darum der starke Drang nach Rüstung und Militarisierung, die Verherrlichung des Krieges im damaligen Deutschland; darum trug das imperialistische Deutsche Reich Wilhelms II. auch bereits die größte Schuld am Ausbruch des ersten Weltkrieges.

2. Der staatsmonopolistische Kapitalismus

Aber der Kapitalismus hat sich auch danach weiter verändert. Zwar war der Staat, der ganze Apparat zur Zwangsanwendung nach innen und außen in Gestalt von Polizei, Justiz, Gesetzgebungsmaschine, Beamtenapparat, Armee auch früher ein Instrument des Großkapitals und des Großgrundbesitzes. Aber es bildeten sich mit der Zeit dennoch innerhalb des monopolistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus besondere Beziehungen zwischen den Monopolen und ihrem Staat heraus, die die Marxisten dazu veranlassen, den heutigen Kapitalismus staatsmonopolistischen Kapitalismus zu nennen.

Worum handelt es sich?

Die modernen Produktionsanlagen und -methoden, die in den Riesenbetrieben tätigen Arbeitermassen haben ein solches Ausmaß angenommen³⁾, daß der grundlegende Widerspruch des Kapitalismus immer deutlicher sichtbar wird: die Arbeit wird gesellschaftlich verrichtet, ihre Früchte werden privat angeeignet. Die Wirtschaftsprozesse werden immer vielgestaltiger und komplizierter. Sie machen den Übergang zur gesamtgesellschaftlichen Planung notwendig, die nur auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums möglich ist. Die modernen Produktivkräfte, vor allem Wissenschaft und Technik, drängen zum gesellschaftlichen Eigentum, zur gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsergebnisse, zum Sozialismus. Der Sozialismus existiert heute bereits in nicht wenigen Ländern und hat sich in dem halben Jahrhundert seiner Existenz sprunghaft entwickelt. Er beweist, daß die Volksmassen ohne Monopolherren ihre Probleme besser, ohne Kriege, Krisen und soziale Ungerechtigkeiten lösen können. Mit diesem System stehen die großen kapitalistischen Monopole im Wettbewerb. Ihn zu verlieren heißt für sie, ihre Ordnung nicht mehr aufrechterhalten zu können. Aber der Wettbewerb erfordert die Meisterung der Probleme modernster Produktion. Die Neuanlage moderner Produktionsstätten und -verfahren der Atomenergie, der Chemie, der Elektroindustrie, die Erneuerung der Stahlwerke, die Modernisierung der Energiebasis (Kohle und Öl) stellen wiederum gewaltige, breiteste Gesellschaftsschichten (Kohlenkrise!) erfassende Prozesse dar. Sie erfordern riesige Mittel. Es ist in den alten kapitalistischen Formen nicht möglich, diese Probleme zu lösen.

Darum kommt es immer mehr zum Einsatz des Staates unmittelbar selbst auf wirtschaftlichem Gebiet, mit unmittelbar ökonomischen Mitteln, um die herangereiften Aufgaben im Interesse der Großkonzerne, des Fortbestandes ihrer Macht, unter Vermeidung des notwendigen Übergangs zum Sozialismus zu „lösen“. So wird zum Beispiel der Staatshaushalt immer mehr unmittelbar zum Haushalt der größten Monopolunternehmen. Das zeigt sich besonders in der Steuer- und Investitions-, in der staatlichen Finanzpolitik. Die wirtschaftliche Aktivität des Staates erhält dabei gegenüber früheren Formen staatlicher Wirtschaftsmaßnahmen ein ganz anderes Gewicht: Sie erfaßt nicht mehr Teilbereiche, sondern das ganze Wirtschaftsleben. Der Staat selbst wird zu einem wirtschaftlichen Instrument. Es ist ein umfangreicher Steuerungsapparat entstanden, der zugunsten des Großkapitals in alle Wirtschaftsprozesse, in Markt- und Kreditprobleme, Investitionsmaßnahmen, Lohn- und Arbeitszeitfragen usw. regulierend eingreift. Die Monopole und dieser Staat verschmelzen zu einem einheitlichen auf die Zentralisation aller Kräfte ausgerichteten Machtorganismus.

Grundursache des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist also die Notwendigkeit, den zum Sozialismus drängenden neuen Produktivkräften noch im Kapitalismus bestimmte Möglichkeiten der Entfaltung zu verschaffen, dadurch neue Profitquellen zu erschließen, die Macht der Monopole zu erhalten. Dieser staatsmonopolistische Kapitalismus ist für die Bundesrepublik typisch. Die Großkonzerne haben den entscheidenden Einfluß im Herrschaftsapparat (siehe hierzu den Lehrbrief: „Wer beherrscht die

375 Milliarden Mark hat die deutsche Industrie im vorigen Jahr umgesetzt, und nur 200 Familien haben mehr als 20 Prozent Anteil: rund 85 Milliarden Mark. In dieser kleinen Umsatz-Oberschicht gibt es wiederum einen exklusiven Klub. Ganze 18 Milliardäre setzen mehr um als die übrigen 182 Familien der Umsatz-High Society: 46 Milliarden Mark, mithin mehr als 10 Prozent des ganzen deutschen Industrieumsatzes.

Die Flicks sind die größten. Zwar produzieren sie selber überhaupt nichts, aber die Friedrich Flick KG besitzt das wertvollste Portefeuille in Deutschland.

Quandt: Geheim-Holding. Von derlei Publizität kann im Hause Quandt, der zweitgrößten Holding-Familie Deutschlands, keine Rede sein. „Lieber soll die Presse falsche Angaben bringen, als daß wir die tatsächlichen Zahlen publizieren“, lautet die Quandt-Parole. Die Beteiligungen sind Familiengeheimnis, es gibt kein einziges Unternehmen, das den Namen Quandt trägt. Die Folge: Immer wieder seltsame Widersprüche.

58 Werhahns & Freunde. Schweigsamer noch als die Quandts, die lieber etwas Falsches lesen als etwas Wahres sagen, sind die Werhahns in Neuß, 58 an der Zahl

Fassen wir zusammen

1. Der Kapitalismus ist eine Gesellschaftsordnung, die auf dem Privateigentum einer Klasse – der Kapitalistenklasse oder Bourgeoisie – an den hauptsächlichsten Produktionsmitteln und damit auf der Ausbeutung einer anderen, nichtbesitzenden Klasse – der Arbeiterklasse oder dem Proletariat – beruht. Die Besonderheit für den Kapitalismus besteht darin, daß das Proletariat frei ist von Produktionsmitteln und persönlichen Fesseln, so daß es genötigt und fähig ist, seine Arbeitskraft als Ware gegen Lohn (Gehalt) an die Kapitalistenklasse zu verkaufen.

Dabei beuten die Monopole die Arbeitnehmer nicht nur im Produktionsprozeß aus, vielmehr setzen sie – unter Ausschaltung der freien Konkurrenz (die „freie Marktwirtschaft“ ist eine unfrome Legende) – Monopolpreise fest, die von den Arbeitermassen bezahlt werden müssen. Über die Steuerpolitik des Staates werden die breiten Volksschichten dann weiter zugunsten der Großkonzerne ausgeplündert. Die Kredit- und Investitionspolitik des staatsmonopolistischen Kapitalismus tut ein übriges.

Von diesen letztgenannten Maßnahmen sind auch die kleinen und mittleren Eigentümer in Stadt und Land betroffen. Auch sie sind Opfer der Monopole, ihrer Wirtschaftspolitik, der Maßnahmen ihres Staates. Das hat große Bedeutung für das politische Verhalten der Arbeitnehmer im Kampf gegen die Großkonzerne: diese kleinen und mittleren Eigentümer können nicht selten zum Zusammengehen gewonnen werden.

2. Die Ausbeutung beruht auf dem Unterschied zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft und dem Wert der Waren, die sie erzeugt. Letzterer Wert ist größer. Das Kapital zahlt den Wert der Arbeitskraft und eignet sich dafür ohne Zahlung den Mehrwert an, der aus der Nutzung der Ware Arbeitskraft entspringt.

3. Der technische Fortschritt und der Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten führt zur Herausbildung produktions- und marktbeherrschender Unternehmen, der großen kapitalistischen Monopole, und danach zur Verschmelzung der Macht der Monopole mit der des Staates zu einem einheitlichen Mechanismus im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Heutiger Kapitalismus ist staatsmonopolistischer Kapitalismus. Die Grundlagen des Kapitalismus, Eigentum der Kapitalistenklasse – genau genommen ihrer monopolistischen Oberschicht – an den entscheidenden Produktionsmitteln und Verwandlung der Arbeitskraft der tatsächlichen Produzenten – der Arbeiter und Angestellten – in eine Ware, bestehen unverändert, sogar zugespitzt fort.

4. Der heutige Kapitalismus beutet die Arbeitermassen nicht minder aus wie der frühere; er hat auch die kleineren und mittleren Eigentümer in

Stadt und Land seinem System staatsmonopolistischer Ausbeutung und Ausplünderung unterworfen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit eines breiten, antimonopolistischen Volksbündnisses mit der Arbeiterklasse als Führungskraft. Denn sie ist am meisten ausgebeutet und unterdrückt, ist die zahlreichste Klasse, ist mit der unmittelbaren Produktion am stärksten verbunden und zwar mit deren höchster Form, mit der Industrieproduktion, die – der Sozialismus beweist es – ohne Kapitalisten, aber nicht ohne Arbeiter möglich ist. Der Kapitalismus, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, von Karl Marx entschleiert, ist in der Bundesrepublik nicht aufgehoben. Der Arbeiter, auch wenn er mit seinem Auto zur Arbeit fährt, schafft nach wie vor Mehrwert und Gewinn für den Unternehmer. Noch so viele Argumente, die das Gegenteil beweisen sollen – das haben wir in dieser kleinen Schrift gezeigt – sind falsch. Noch immer existiert der Kapitalismus in der Bundesrepublik!

Anhang

1 Karl Marx, Lohn, Preis und Profit; in: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band 1, Berlin 1952, S. 400.

2 Hier wird deutlich, daß der landläufige Gebrauch der Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer falsch ist: in Wahrheit gibt der Arbeiter und Angestellte dem Kapitalisten gegen Lohn oder Gehalt seine Arbeit.

3 Bei den drei chemischen Großkonzernen (den IG-Farben Nachfolgern) gibt es 300 000, bei Siemens 240 000, bei Flick 180 000, bei Thyssen 172 000, bei der AEG 140 000, bei Krupp 130 000 Beschäftigte.

Textausgaben zur frühen sozialistischen Literatur in Deutschland

Die Bände dieser Reihe vermitteln Kenntnisse über ein Gebiet deutscher Literaturentwicklung, das noch fast völlig unerforscht ist und dessen nur schwer zugängliche Quellen nicht oder kaum bekannt sind. Es handelt sich um die Herausgabe von lyrischen, epischen und dramatischen Dichtungen, die den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung etwa von der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und von der Zeit der Pariser Kommune an bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unterstützten oder begleiteten.

Die Schöpfer der frühen sozialistischen Literatur sind vielfach Dichter von Rang, denen die herkömmliche Literaturgeschichtsschreibung bewußt die Anerkennung versagte.

Der Apparat bringt ausführliche bibliographische Angaben sowie Kommentare und Anmerkungen, soweit sie für das Verständnis notwendig erscheinen.

Bisher liegen vor:

Minna Kautsky — Auswahl aus ihrem Werk

187 Seiten, DM 19,50

Rudolf Lavant — Gedichte

161 Seiten, DM 17,50

Aus dem Schaffen früher sozialistischer Schriftstellerinnen

Herausgegeben von Cäcilia Friedrich

226 Seiten, DM 12,50

Weitere Veröffentlichung aus unserem Verlagsprogramm

Die USA und Westeuropa

Ihre ökonomischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg

Von A. W. Kirsanow (Aus dem Russischen)

297 Seiten, 25 Tabellen, Leinen, DM 12,-

Bestellungen einzelner Bände oder zur Fortsetzung durch eine Buchhandlung erbeten



AKADEMIE-VERLAG — BERLIN

108 Berlin, Leipziger Straße 3-4

Deutsche Demokratische Republik

Auslieferung für die Bundesrepublik KUNST UND WISSEN.

Erich Bieber, 7 Stuttgart, Wilhelmstraße 4-6

Der Verlag gibt Interessenten bei Bekanntgabe der Fachgebiete und der Anschrift unverbindlich Informationen über lieferbare und kommende Veröffentlichungen.

Marxistische Taschenbücher

In der Reihe

Sozialistische Klassiker

Karl Marx

Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit

Paperback · 144 Seiten

W. I. Lenin

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

Paperback · 168 Seiten

In der Reihe

Marxismus aktuell

Walter Schellenberg

Wie lese ich „Das Kapital“?

Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx

Paperback · ca. 130 Seiten

Lenin über Trotzki

Mit einem Vorwort von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler

Paperback · ca. 140 Seiten

Die DDR — Entwicklung, Aufbau und Zukunft

Beiträge u. a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Günter Wirth und Kurt Wünsche

Paperback · ca. 160 Seiten

Juri N. Dawydow

Freiheit und Entfremdung

Paperback · ca. 140 Seiten

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Hrsgb.: Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus

Band I: SÜDVIETNAM

Band II: NORDVIETNAM

Paperback · ca. 120 bis 130 Seiten



Verlag Marxistische Blätter

6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf I.
Was lehrt der Marxismus über den Staat?
Die Entstehung des Kapitalismus
Der utopische Sozialismus
Wie Lenin den Marxismus weiterentwickelte
Materielle Wurzeln, geistige Quellen und Bestandteile des Marxismus
Der wissenschaftliche Sozialismus

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Warum brauchen die Arbeiter und Angestellten starke Gewerkschaften?
Gibt es noch Kapitalismus in der BRD?
Automation – Freund oder Feind?
Die Wirtschaft in der DDR
Die Industrie der Sowjetunion
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?
Probleme des Kampfes um die Mitbestimmung
Das neue ökonomische System der DDR

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Reformation und Bauernkrieg (1517 – 1525)
Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert
Das politische Erwachen des deutschen Bürgertums
Die Große Französische Revolution von 1789 und ihre Auswirkungen
Wie die deutsche Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848
Die Pariser Kommune 1871
Die deutsche Arbeiterbewegung 1849 – 1863
Roter Oktober 1917
Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
Der Untergang der Weimarer Republik
Die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Friedrich Engels, Leben und Werk

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Die Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse in Deutschland (1945 – 1949)
Von Potsdam nach Bonn – wie Deutschland gespalten wurde (1945 – 1949)
Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Militarisierung (1949 – 1955)
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Die Grundfrage der Philosophie
Die marxistische Auffassung der Erkenntnis (Erkenntnistheorie)
Freiheit in marxistischer Sicht I – Freiheit im Kapitalismus
Freiheit in marxistischer Sicht II – Freiheit im Sozialismus
Einführung in die marxistische Dialektik I – III

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Reihe: Sozialistische Klassiker

- K. Marx:** Kritik des Gothaer Programms
F. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie
F. Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
F. Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
W.I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus
W.I. Lenin: Staat und Revolution
W.I. Lenin: Marx / Engels / Marxismus
W.I. Lenin: Was tun?
W.I. Lenin/
K.Liebke: Militarismus – Antimilitarismus

Reihe: Marxismus aktuell

- H. Schäfer:** Lohn, Preis und Profit heute
W. Schellenberg: Wie lese ich das Kapital?
F. Schuster: Die September-Streiks. Auf den Arbeiter kommt es an!
Autorenkollektiv: Lenin und die Arbeiterbewegung heute
F. Krause: Arbeitereinheit rettet die Republik (Kapp-Putsch 1920)
Autorenkollektiv: Spätkapitalismus ohne Perspektive
Heiseler/
Schleifstein: Lenin über Trotzki
L. Salini: Frankreichs Arbeiter – Mai 1968
Heiseler/Schleifstein/Die „Frankfurter Schule“ im Lichte des
Steigerwald: Marxismus
W. Hollitscher: Aggression im Menschenbild
M. Conforth: Marxistische Wissenschaft – Antimarxistisches Dogma
H. Adamo: Antileninismus in der BRD
Autorenkollektiv: Leninismus und die Gegenwart
Scheringer/Sprenger: Arbeiter und Bauern gegen Bosse und Banken
Bartel u.a.: Revolutionäre Sozialdemokratie und Reichsgründung 1871
F. Krause: Antimilitaristische Opposition in der BRD (1949-55)



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Automation - Freund oder Feind?

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

4



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Automation — Freund oder Feind	Seite
1) Was ist Automation?	1
2) Was ermöglicht die Automation?	3
3) Automation ist objektiv notwendig	3
4) Wer erntet im Kapitalismus die Früchte der Automation?	5
Kapitalistische Automation stärkt die Großkonzerne	5
Kapitalistische Automation verstärkt die ungerechte Einkommensverteilung	6
Automation bewirkt Arbeitsplatzverlust	6
Kapitalistische Automation erzeugt Arbeitslosigkeit	8
Automation bewirkt „Leistungsverdichtung“	10
5) Automation im Sozialismus	12
6) Was kann in der Bundesrepublik getan werden?	13
Anhang	17
Diskussionsfragen	19
Bemerkungen	19

Preis DM **1.-**

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Automation – Freund oder Feind?

„Elektronengehirne regieren Maschinen“, „Roboter im Vormarsch“. Immer öfter finden wir solche Schlagzeilen in der Presse oder populärwissenschaftlichen Literatur. Gelehrte schreiben dicke Bücher über die Automatisierung. Ganze Betriebe werden auf die Automation vorbereitet. Diese erregende Neuerscheinung unserer Zeit ist auch für die Gewerkschaften zum brennenden Problem geworden. Die Arbeiter und Angestellten wollen wissen, ob „das, was Menschengestalt erfand, Segen oder Fluch“ ist, ob „das, was die Technik vollbringt, der Befreiung oder Versklavung des Menschen“ dient, wie Ludwig Rosenberg auf einer internationalen Arbeitstagung über Automation der IG Metall sagte.¹⁾

Wir wollen die Frage beantworten, ob – und unter welchen Bedingungen – die Automation der Freund oder Feind der arbeitenden Menschen ist. Zunächst aber müssen wir wissen:

1) Was ist Automation?

Die Automation ist ein Hauptbestandteil des technischen Fortschritts unserer Zeit. Sie ist mit anderen technischen Entwicklungen eng verschmolzen. Aber sie steht auch im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entwicklung der Wissenschaft. Es waren und sind gerade die bedeutendsten wissenschaftlichen Fortschritte, es ist vor allem die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf vielen Gebieten unseres Lebens, die die neueste technische Umwälzung einleiteten und einleiten. Vor allem zieht die Naturwissenschaft stärker als früher unmittelbar in industrielle Unternehmen ein.

Ganze Abteilungen großer Konzerne betreiben heute wissenschaftliche Forschungsarbeit. So ergab eine Untersuchung, daß in einigen Maschinenbau- und Elektrowerken der Bundesrepublik 38 Prozent der Ingenieure, Techniker und Meister in Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsabteilungen wirken. Dabei diente ein großer Teil dieser Forschung der technischen Weiterentwicklung der eigenen Betriebe.

In technischer Hinsicht besteht die Automation darin, herkömmliche Maschinen, die Arbeiter und Angestellte mit der Hand bedienen, durch Maschinen zu ersetzen, die selbst wieder von Maschinen und Geräten gelenkt und überwacht werden.

Automaten spielen im täglichen Leben bereits heute eine große Rolle. Jedem von uns sind sie schon begegnet, entweder in Gestalt von Zigaretten- und Getränkeautomaten, aber auch im Gewande eines selbstfahrenden Lifts, als automatisch gesteuerte Rolltreppe, als Grüne Welle im Großstadtverkehr. Die Automation ist auch schon in manchen industriellen Unternehmen zu Hause. Da gibt es Schrauben- und Gewindeautomaten, Maschinenstraßen, an denen der Werkstücktransport – und immer mehr auch das Ein- und Ausspannen der Werkstücke sowie deren Bearbeitung – automa-

tisch erfolgen. Es gibt Walzstraßen, die von Steuerpulten aus überwacht werden.

Heute stehen wir am Beginn einer neuen Stufe: von der Verwendung einzelner Automaten gehen wir zum Einsatz vollautomatischer Anlagen über.

Eine vollautomatische Anlage ist ein geschlossenes Ganzes (System) von Maschinen und Geräten, das die Ausgangsstoffe oder Werkstücke selbsttätig aufnimmt, sie selbsttätig von Maschine zu Maschine befördert, die Arbeitsgänge der Maschinen ohne Eingreifen des Menschen steuert, selbständig Kontrollen an den bearbeiteten Werkstücken vornimmt und sogar Korrekturen am Gang der Maschinerie durchführt (wenn Abweichungen von den vorgegebenen Werten auftreten) und am Ende des Arbeitsprozesses fertige, auf ihre Eigenschaften geprüfte und verpackte Erzeugnisse ausspeit.

Dabei müssen elektronische Geräte und Rechner (Computer – sprich: „Kompjuter“ – auch Elektronengehirne genannt) die Steuerung und Überwachung des Arbeitsprozesses anstelle des Menschen übernehmen. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für das Wirken eines vollautomatischen Systems. Gerade hier wird die Anwendung der Wissenschaft in der betrieblichen Praxis voll sichtbar.

Diese Entwicklung, die Anwendung der Elektronik in der Produktion, erzeugte wiederum ganz neue Wissenszweige, wie die Kybernetik, ohne die es keine Automation gäbe. Das Wort Kybernetik ist abgeleitet von dem griechischen Wort für Steuermann. Kybernetik ist die Wissenschaft von den Steuerungs- und Regelvorgängen in der Natur (auch in der lebenden Natur) und in der Technik.

Diese Wissenschaft ist bestrebt, die Steuerungsprozesse in der Natur, auch in unserem Gehirn genau zu erforschen und sie dann maschinell so nachzuahmen, daß sich selbst regelnde und steuernde Maschinen das Ergebnis sind.

Heute vermag der Mensch bereits mit Hilfe solcher „Elektronengehirne“ den Ablauf der Produktion weitgehend nach einem im voraus erarbeiteten Programm zu steuern. Die Kybernetik wurde so im Verlauf weniger Jahre zentraler Bestandteil der modernen Automation.

Die Automation durchdringt immer stärker alle sozialen und ökonomischen Bereiche unseres Lebens und schafft zugleich grundlegend gewandelte Verhältnisse, vor allem im Arbeitsleben. Sie ist – so gesehen – „die größte Herausforderung, der die Menschheit je gegenüberstand“, um mit den Worten von Walter P. Reuther, Präsident der amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft, zu sprechen, die uns zwar große Probleme schafft, „die wir aber lösen müssen“.2)

2) Was ermöglicht die Automation?

Die Automation ermöglicht:

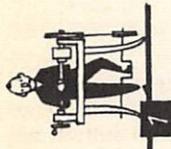
- a. die Verringerung der vom Menschen selbst zu verrichtenden Arbeit, indem immer mehr Maschinen, sich selbst oder andere Produktionsprozesse steuernde Maschinen an die Stelle menschlicher Arbeit treten;
- b. die allmähliche Übertragung monotoner, mechanischer, körperlich schwerer Arbeit an Maschinen, die Freisetzung unserer Fähigkeiten für wirklich schöpferische Arbeiten. Bereits heute nehmen Automaten und andere Technik dem Menschen oft körperlich anstrengende und andere schwere Arbeiten ab. Gerade auf diesem Gebiet steht die Menschheit vor weiteren großen und erfreulichen Umwälzungen. Die Automation wird immer mehr die Handarbeit verdrängen und auch, rascher als früher, größtenteils niedere, mechanische Formen der geistigen Arbeit übernehmen. (Dies alles ist mit gewaltigen Umschichtungen in der Arbeit verbunden) So kann der Gegensatz zwischen Hand- und Kopfarbeit verringert, schließlich sogar überwunden werden;
- c. die gewaltige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Bereits von 1960 bis 1965 erhöhte sich in der Mineralölverarbeitung Jahr für Jahr das Produktionsergebnis pro Stunde um durchschnittlich 16,5 Prozent. In der Erdöl- und Erdgasgewinnung waren es sogar 23 Prozent. Ähnlich war es im Bergbau, in der Textil-, in der Holz- und auch in der Glasindustrie. Dort stieg die Arbeitsproduktivität weitaus schneller an, als das im Durchschnitt der Gesamtindustrie geschah. Die Menschen können also mit Hilfe der Automatisierung, bei gleichem Aufwand an Arbeit, viel mehr Waren erzeugen.

Die moderne Technik schafft auf diese Art und Weise eine solide Grundlage für das Wachstum des Wohlstandes jedes einzelnen Menschen und der ganzen Gesellschaft. Der arbeitende Mensch erhält durch die moderne Technik die Chance, besser zu leben, wohlfeilere und billigere Waren zu erhalten, mehr Freizeit für sich zu haben, aber auch stärker als bisher an den Errungenschaften des menschlichen Geistes teilzunehmen.

Die Automation ermöglicht also „ein besseres Leben durch: steigendes Sozialprodukt, höhere Löhne und Gehälter, wachsenden Wohlstand, kürzere Arbeitszeit, längeren Urlaub, Entlastung von körperlicher Arbeit.“³⁾

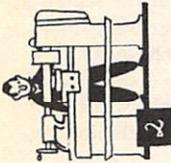
3) Automation ist objektiv notwendig

Die Zerlegung zahlreicher Produktionsprozesse in ihre einzelnen, einfachsten, mechanischen, am Fließband zu vollziehenden Einzelakte hat eine solche Stufe der Entwicklung erreicht, daß es möglich und notwendig geworden ist, solche monoton-mechanischen Prozesse durch sich selbst steuernde Maschinen (Automaten) verrichten zu lassen. Es ist eine Stufe erreicht, wo die Automation gesetzmäßig vollzogen werden muß, ob wir



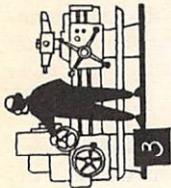
1. Drehbank mit Fußbetrieb

Der Mensch ist Antriebskraft und führt das Werkzeug



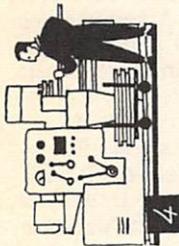
2. Drehmaschine mit Motorantrieb

Der Mensch bedient die Maschine, die das Werkzeug führt



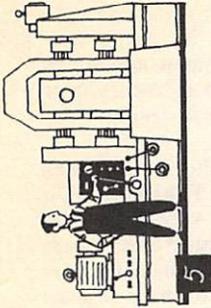
3. Halbautomat

Die Maschine führt mehrere Werkzeuge. Der Mensch richtet die Maschine ein und bedient sie



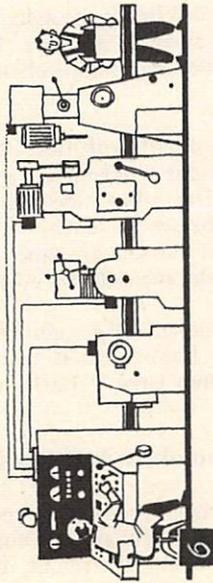
4. Automat

Die Maschine führt mehrere Werkzeuge und verrichtet gleichzeitig oder nacheinander verschiedene Arbeitsfunktionen. Der Mensch richtet die Maschine ein, sorgt für Materialzufuß und überwacht den Arbeitsablauf der Maschine



5. Vollautomat

Die Maschine führt selbständig verschiedene Arbeitsfunktionen aus und führt Material selbst aus einem Magazin zu. Der Mensch richtet die Maschine ein und übt technische Kontrolle über die Maschine aus

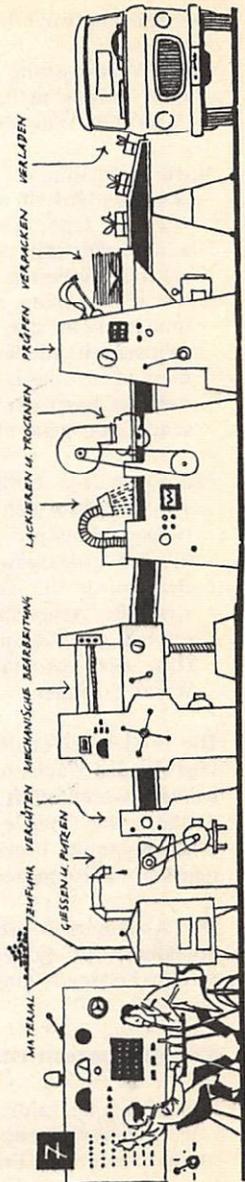


6. Automatische Taktstraße (Transferstraße)

Mehrere Sondermaschinen sind zu einer Fertigungsstraße verkettelt. Bearbeitung und Transport von Einzelmaschine zu Einzelmaschine erfolgt automatisch in genau festgelegten Arbeitsaktien. Der Mensch sorgt für Materialzufuß und überwacht den Arbeitsablauf an der gesamten Anlage von einem Steuerpult aus

7. Automatische Fabrik

Automatische Fertigung vom Rohmaterial bis zur Verpackung und zum Versand des fertigen Produkts. Der Mensch überwacht von einer zentralen Überwachungs- und Steuerungsanlage aus die gesamte Fertigung



7. Automatische Fabrik

Automatische Fertigung vom Rohmaterial bis zur Verpackung und zum Versand des fertigen Produkts. Der Mensch überwacht von einer zentralen Überwachungs- und Steuerungsanlage aus die gesamte Fertigung

wollen oder nicht, ob es sich um kapitalistische oder sozialistische Länder handelt. Darum sagen wir: **Die Automation, die ganze wissenschaftlich-technische Umwälzung unserer Zeit, ist eine objektive Notwendigkeit geworden.** Sie ist, wie Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, es ausdrückte, „ein notwendiges Instrument zur Erhöhung des Wohlstandes und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Darum haben wir“, so fuhr er fort, „keine Angst vor der Technik.“⁴⁾

4) Wer erntet im Kapitalismus die Früchte der Automation?

Die Technik allgemein ist weder gut noch schlecht, weder Helfer noch Dämon der Menschen, als solche auch nicht angsterregend. Die Atomenergie, zur Erzeugung von elektrischem Strom eingesetzt, ist etwas Segensreiches. Aber dieselbe Energie, zur Bombe geballt und gegen Menschen angewandt, ist die Teufelei unserer Zeit.

Genau so kann die Automation entweder Freund oder Feind der Menschheit sein. Deshalb wandte sich die IG Metall zu Recht „entschieden gegen jene, die sorglos und unüberlegt mit ihr hantieren und dabei den Menschen außer acht lassen.“⁵⁾

Diese mahnenden Worte treffen ins Schwarze. Weil die Konzernherren bei uns die Vorteile der Automation hauptsächlich für sich allein beanspruchen, zur Mehrung ihres Profits nutzen. Weil technischer Fortschritt nicht gleich sozialer Fortschritt ist. Weil „der technische Fortschritt zu immer größerem Gewinn, zur größeren Unternehmerkonzentration und einer verstärkten Machtstellung der Arbeitgeber führt.“⁶⁾

Kapitalistische Automation stärkt die Großkonzerne

Tatsächlich verstärkt die Automation die Macht weniger Konzernriesen gewaltig. Die Automation der Betriebe kostet viel Geld. Heute werden für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes in der Industrie etwa 20 000 DM ausgegeben. Automatisierte Arbeitsplätze verschlingen rund 100 000 DM bis zu 2 Millionen DM. Die Kosten für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes in einem Forschungslabor betragen oft Millionen Mark. Klein- und Mittelbetriebe, aber auch schon recht große Unternehmen, verfügen jedoch nur selten über solche Summen und können deshalb mit der technischen Entwicklung nicht Schritt halten. Oft müssen gerade solche Betriebe unter dem Zwang der neuen Konkurrenzbedingungen ihre Pforten schließen. Die Automation verstärkt auf diese Art und Weise letztlich die wirtschaftliche und damit auch die politische Macht der Großkonzerne.

Eines der Hauptmotive für die Anwendung der Automation und anderer Formen des technischen Fortschritts in den kapitalistischen Ländern ist das Streben nach höherem Profit durch Senkung vor allem der Lohnkosten. Ein Wissenschaftler errechnete, um nur ein prägnantes Beispiel zu erwähnen: eine Kilowattstunde Energie aus dem menschlichen Muskel

kostet 50 bis 100 Mark. Dieselbe Energiemenge wird bei der Anwendung von Druckluft bereits für 1 DM erzeugt. Eine Kilowattstunde Energie aus der Steckdose kostet aber nur 0,10 DM.⁷⁾ Die Kosten der „reinen“ Arbeit stehen also untereinander im Verhältnis von 1 : 10 : 500 bis 1000. Der Unternehmer kann demnach – selbst bei gegebenenfalls sinkenden Preisen – durch verringerte Lohnkosten mehr Profit in seine Tasche stecken.

Kapitalistische Automation verstärkt die ungerechte Einkommensverteilung

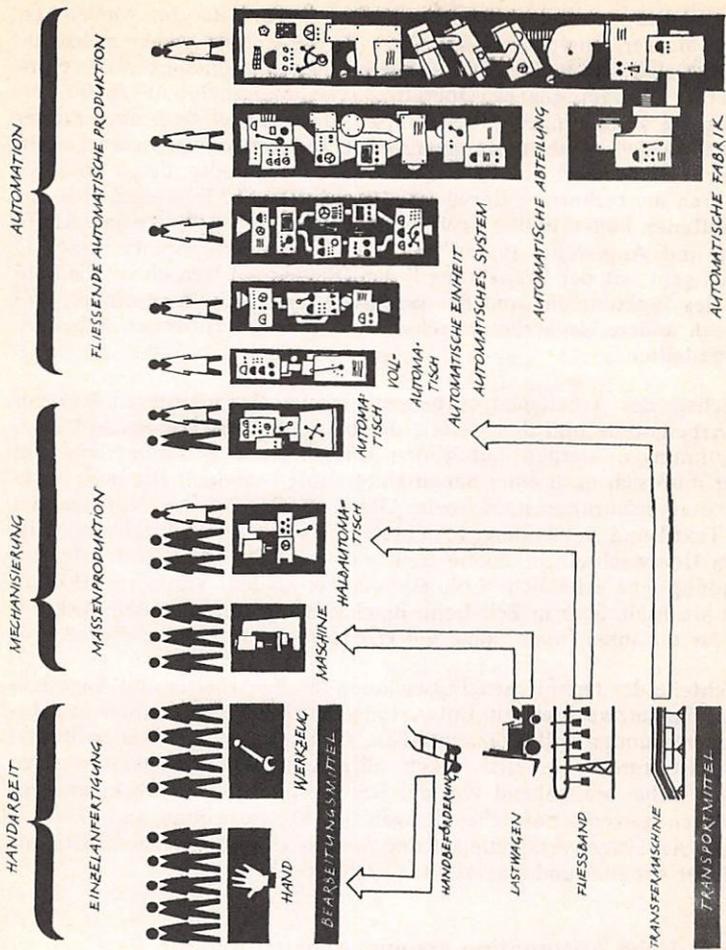
Der Unternehmer vermag durch Automation bei geringeren Lohnkosten, trotz höherem Gewinn, seine Erzeugnisse zugleich billiger zu produzieren. Diese Tatsache stärkt seine Konkurrenzfähigkeit im Handel und in der Wirtschaft. Es gelten also noch immer Marx' Feststellungen, vor mehr als hundert Jahren in seiner Schrift „Lohnarbeit und Kapital“ getroffen: „... dieser Krieg (gemeint ist der Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten – d. Verf.) hat das Eigentümliche, daß die Schlachten in ihm gewonnen werden weniger durch Anwerben als durch Abdanken der Arbeiterarmee. Die Feldherren, die Kapitalisten, wetteifern untereinander, wer am meisten Industriesoldaten entlassen kann.“⁸⁾

Der Lohn- und Gehaltsanteil ist, gemessen am Umsatz dieser Betriebe, in den technisch führenden Industriezweigen (im Durchschnitt 18,8 Prozent) niedriger als in der gesamten Industrie (im Durchschnitt 21,1 Prozent). Gleichzeitig ist in den technisch führenden Betrieben der Profit der Unternehmer höher. Die Automation bewirkt also unter kapitalistischen Bedingungen eine noch ungerechtere Verteilung des Vermögens und des Einkommens. Die Reichen werden noch reicher und mächtiger.

Automation bewirkt Arbeitsplatzverlust

„Die Automatisierung und andere Formen der modernen Technik treffen die Arbeitnehmer., wie Otto Brenner darlegte, vor allem „in zweifacher Weise. Erstens werden Arbeitskräfte eingespart. Zweitens verändert die moderne Technik die Art der menschlichen Arbeit und damit die beruflichen Anforderungen.“⁹⁾ Tatsächlich wechseln bereits heute nach Schätzungen wissenschaftlicher Institute und auch nach Ansicht des Leiters des Referats Automation und Kernenergie der IG Metall, Dr. Günter Friedrichs, bisher 6 bis 7 Prozent aller in der Volkswirtschaft beschäftigten Menschen, das sind rund 1,5 Millionen Arbeitnehmer, ihren Arbeitsplatz.¹⁰⁾ Schon jeder zweite Arbeiter ist bei uns in der Bundesrepublik nicht mehr in seinem ursprünglichen Beruf tätig. Diese Entwicklung geht weiter. So sollen nach Angaben des Internationalen Arbeitsamtes in Genf bis 1970 rund 6 bis 8 Millionen Arbeiter und Angestellte mit ihrer beruflichen Ausbildung nichts mehr anfangen können.

Welche Arbeiter und Angestellten trifft dieser harte Schlag zuerst?



Je weiter die Produktion von der Handarbeit zur Automation fortschreitet, um so mehr tritt die direkte Bearbeitung des Arbeitsgegenstandes (schwarze Figuren) hinter der indirekten (weiße Figuren) zurück, bei gleichzeitiger Abnahme des Anteils lebendiger Arbeit überhaupt.

Meistens sind es Arbeiter und Angestellte mit solchen Berufen wie Dreher, Schleifer, Maurer, Buchhalter usw. Diese Berufe sterben immer mehr aus. Neue bilden sich heraus. Die Nachfrage nach Automationspezialisten (Programmierer, Programmplaner, Operator, Systembetreuer und -analytiker, Cordierer usw.) sowie nach Arbeitskräften, die geeignet sind, nach kurzer Anlernzeit in den weiter rasch wachsenden Industriezweigen zu arbeiten, hält aber unvermindert an. Facharbeiter und Angestellte, deren erlernter Beruf durch die technische Entwicklung entwertet wurde, steigen aber nur in den seltenen Fällen in den Kreis der gesuchten Arbeitskräfte auf. Ältere Arbeiter und Angestellte finden sogar oft keinen Arbeitsplatz mehr.¹¹⁾ „Vielfach geht mit der Freisetzung“ der arbeitenden Menschen „die Minderung des Einkommens und der gesellschaftlichen Stellung einher.“¹²⁾ Aber noch andere Nachteile erwachsen daraus den betroffenen Arbeitern und Angestellten.

Ein Wechsel des Arbeitsplatzes bedeutet meist einen längeren Weg zur neuen Arbeitsstelle und den Verlust der betrieblichen Pensionsansprüche. Werkwohnungen werden durch den Unternehmer gekündigt und der Arbeiter muß sich nach einer neuen Unterkunft umsehen. Die neue Wohnung kostet erfahrungsgemäß mehr Miete. K. Buschmann, Vorsitzender der IG Textil und Bekleidung, berichtete: „Nach unseren Erfahrungen ist mit dem Überwechseln in andere Berufe in der Regel auch nach erfolgter Umschulung eine erhebliche Lohneinbuße verbunden. Trainierte Akkordarbeiter wechseln über in Zeit-Lohn-Beschäftigung oder in andere Akkordarbeit, für die ihnen noch lange die erforderliche Erfahrung abgeht.“¹³⁾

Die Nachteile der technischen Entwicklung für die Arbeiter und Angestellten (Arbeitsplatzwechsel mit Entwertung beruflicher Kenntnisse und Erfahrung, verbunden mit Lohneinbußen, Gefährdung des sozialen Besitzstandes, struktureller Arbeitslosigkeit, allgemeine Arbeitslosigkeit) wurden allerdings bisher weitgehend von der Hochkonjunktur überdeckt und vor allem durch gewerkschaftliches Ringen um höhere Löhne und Gehälter sowie um Arbeitszeitverkürzungen und Weiter- sowie Wiederbeschäftigung betroffener Arbeiter und Angestellten verringert.¹⁴⁾

Kapitalistische Automation erzeugt Arbeitslosigkeit

Angst vor der Zukunft im kapitalistischen Arbeitsleben ist durchaus berechtigt. Weil sich „die Situation gegenüber früheren Zeiten grundlegend veränderte. Einstellungen, Entlassungen, Abstufungen und Versetzungen sind“, wie Alois Wöhrle schrieb, „nahezu die Regel. Das Arbeitstempo wird verschärft. Der Umgangston gegenüber den Arbeitnehmern wird härter. Es gibt schon wieder massiven Druck von oben und ernste Drohungen.“¹⁵⁾ Die Textilindustrie verringerte zum Beispiel ihre Belegschaftszahlen von Januar bis Juni 1966, verglichen zur Vorjahreszeit, trotz einer fünfprozentigen Steigerung der Produktion um 3 300 Menschen. Die Zahl der Arbeiter in der Metallindustrie nahm nach Angaben der IG Metall von September 1965 bis August 1966 um 73 000 ab.¹⁶⁾ Im Bergbau verloren im ersten Halbjahr 1966 gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1965 rund

29 000 Kumpels ihren Arbeitsplatz. Gleichfalls mußten 110 000 Bergleute im Zeitraum von März bis August 1966 noch 600 000 Feierschichten einlegen. Dieser Arbeitsausfall verringerte den Lohn der Bergarbeiter um insgesamt 21 Millionen D-Mark.

Wirtschaftsfachleute führten damals diese Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen weitgehend auf einen Strukturwandel und auf die Abschwächung der konjunkturellen Lage in der Wirtschaft zurück. Tatsächlich bestand hier ein innerer Zusammenhang. Man darf allerdings die Ursachen für den spürbaren Rückgang der Belegschaftszahlen in den angeführten industriellen Bereichen nicht allein in der geschwächten konjunkturellen Situation suchen. Wissenschaftliche Analysen haben ergeben, daß sich in der bundesdeutschen Industrie grundlegende Strukturveränderungen vollziehen, die sich auch auf dem Gebiet der Arbeitskräfte auswirken. Diese Strukturveränderung, die vor allem in Perioden langsamen industriellen Wachstums stärker an die Oberfläche treten, sind weitgehend Auswirkungen der Automation und anderer Technik. 1963 beschäftigten 21 Industriezweige, bei gleichzeitig erhöhter Produktion, weniger Arbeiter als 1958.¹⁷⁾ 1962 stagnierte die Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter mit gewissen Schwankungen bei gleichzeitig stark ansteigender Produktion. Danach sank wiederum die Zahl der arbeitenden Menschen.¹⁸⁾

Zunächst erfolgte die Freisetzung der Arbeitskräfte vornehmlich in den Industriezweigen, die an volkswirtschaftlichem Gewicht verloren hatten und in jenen wirtschaftlichen Bereichen, die in besonders starkem Ausmaß ihre Produktion automatisierten oder in großem Umfang technische Neuerungen einführten. Diese Erscheinung hält gegenwärtig unvermindert an, ja nimmt sogar von Jahr zu Jahr noch zu. Ein Vergleich der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie 1960 bis 1964 – zwei Höhepunkte der konjunkturellen Bewegung – zeigt, daß während dieser Jahre in 19 Industriezweigen eine absolute Verminderung der Arbeiterzahlen eintrat. Es wurden insgesamt in diesen Bereichen 262 200 Arbeiter entlassen. Dazu gehörten neben dem Kohlenbergbau (98,5 Tsd.), den anderen Branchen des Bergbaus (12,7 Tsd.), der Eisen- und Stahlindustrie (20,8 Tsd.) und dem Schiffsbau (16,9 Tsd.), also Zweige, deren Produktionsentwicklung stark gehemmt ist, auch durchschnittlich sich ausdehnende Zweige wie die Textilindustrie (59,3 Tsd.), die Holzverarbeitungsindustrie (13,9 Tsd.), die Papiererzeugung (3,4 Tsd.), die Feinmechanik (7,5 Tsd.) und die Tabakindustrie (13,7 Tsd.). Trotz außergewöhnlich starker Produktionssteigerungen, in denen sich die wachsende Bedeutung dieser Zweige für eine moderne Volkswirtschaft ausdrückt, sanken sogar die Arbeiterzahlen in der Erdöl- und Erdgasgewinnung (2,3 Tsd.) sowie in der Mineralölverarbeitung (0,6 Tsd.).

Die Automation breitet sich aber nicht nur in den Produktionsabteilungen der Betriebe aus. Sie erfaßt gleichzeitig den Transport und auch immer stärker die Verwaltung der Unternehmen. Viele Banken betreiben heute die Kontenführung und Kostenabrechnung automatisch. Gerade in den letzten Jahren nahm die Automatisierung der Büros rapide zu. Es wurden

vor allem elektronische Geräte und Anlagen eingesetzt. Wie sah der Vormarsch dieser Maschinen in Zahlen ausgedrückt aus?

1958 gab es insgesamt erst etwa 10 solcher Anlagen in der Verwaltung. 1959 waren es schon 90. Ende 1961 zählten Statistiker schon 390. Mitte 1965 waren es bereits 2000. Ein Jahr später gab es schließlich schon 2556 elektronische Geräte in den Büros. Der Vormarsch dieser automatischen Anlagen geht unaufhaltsam weiter. Mitte 1966 hatten Unternehmen aller Art insgesamt weitere 2340 elektronische Anlagen für ihre Büros bestellt.¹⁹⁾ Eine Umfrage der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft ergab, 65 Prozent aller männlichen und 56 Prozent aller weiblichen Angestellten arbeiten heute schon in Unternehmen, die mit modernen Datenverarbeitungsanlagen ausgerüstet sind. 300 000 Angestellte verloren wegen der Automation ihre alten Arbeitsplätze oder mußten einen völlig neuen Beruf ergreifen. Mehr als zwei Drittel der Befragten befürchteten für die Zukunft eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch den technischen Fortschritt.²⁰⁾

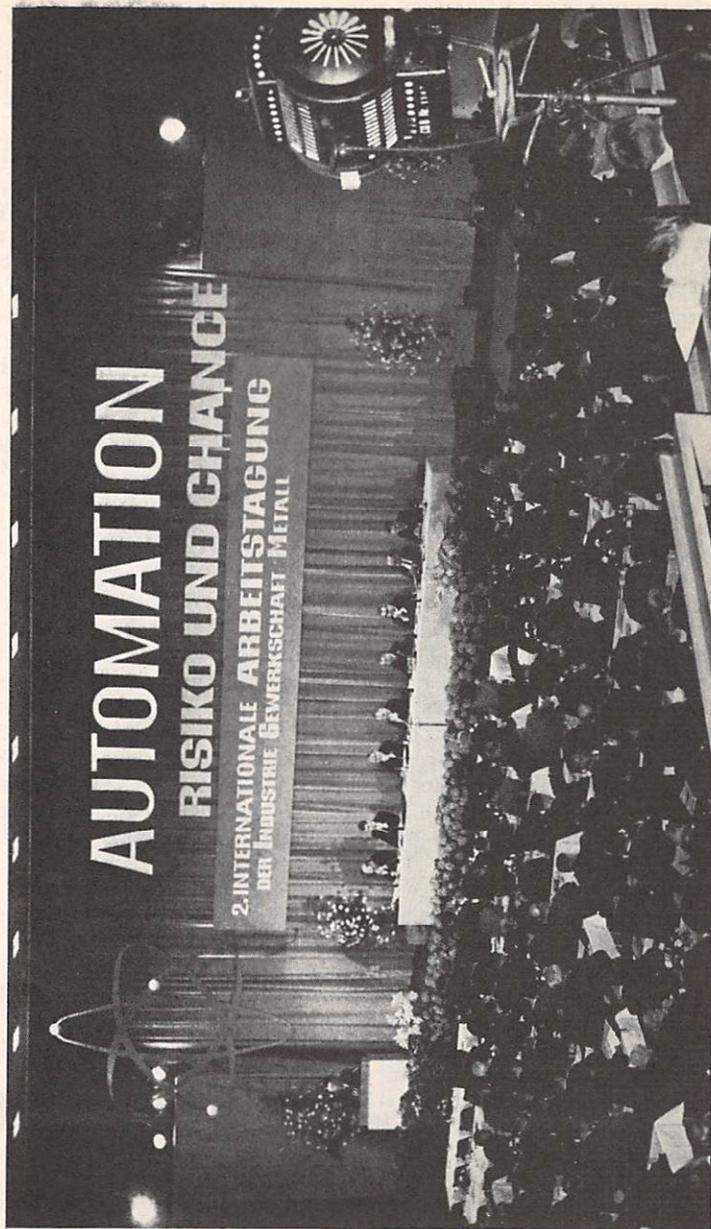
Automation bewirkt „Leistungsverdichtung“

Die Automation führt, neben der Dequalifizierung der Arbeit und Freisetzung von Arbeitskräften, oft auch zur weiteren Arbeitszergliederung und -teilung. Dabei wird die Arbeit anhand von Arbeitsplatz- und Arbeitsablaufuntersuchungen durchleuchtet. Leerlauf- und Pausenzeiten werden ermittelt und beseitigt. Der Fachmann bezeichnet diese Vorgänge als „Leistungsverdichtung“.

Aber wie wirkt sich diese „Leistungsverdichtung“ auf die Arbeiter und Angestellten aus? Es wächst für sie der Grad der nervlichen Anstrengungen. Kurze Zwischenzeiten fallen weg. Der Arbeiter oder Angestellte wird noch stärker als vorher an seinen Arbeitsplatz gebunden und von der Maschine „herausgefordert“. „Die Arbeitsmediziner und Gewerbeärzte glauben, daß dem ständigen Zeitdruck bei der Arbeit zahlreiche Krankheiten unserer Zeit wie Kreislaufstörung, Erkrankungen des Nervensystems, ja auch der Herzinfarkt zuzuschreiben sind.“²¹⁾

Die Automation ruft also viele Gefahren hervor und kann, wenn sie nur als Mittel zum Zwecke wachsender kapitalistischer Gewinne genutzt wird, „Millionen von Arbeitsplätzen zerstören, Elend und Not über Millionen von Familien bringen und wahrscheinlich Wirtschaft und Gesellschaft ungeheuren Spannungen aussetzen.“²²⁾

Dennoch sagen wir: Die Automation ist an und für sich kein Feind der arbeitenden Menschen. Sie schafft, richtig vollzogen, die materiellen Grundlagen für die Weiterentwicklung jedes einzelnen Menschen und der gesamten Gesellschaft. Sie vermag, klug genutzt, das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen, Unwissenheit zu beseitigen, den Hunger in der Welt zum Aussterben zu verurteilen, sozialen Wohlstand und Sicherheit in Fülle zu erzeugen.



2. internationale Arbeitstagung der IG Metall vom 16. bis 19. März 1965 in Oberhausen

Unterschätzen wir die Gefahren der Automation? Oder worauf beruht unser Optimismus?

5) Automation im Sozialismus

Die Automation ist eine weltweite objektive Erscheinung und überspringt, wie wir schon weiter oben ausführten, die Schranken der Gesellschaftssysteme. Automatisierung gibt es im Spätkapitalismus und Sozialismus. Bei uns – in der spätkapitalistischen Bundesrepublik – macht sie, wie wir sahen, die Reichen immer reicher und mächtiger zum Schaden der arbeitenden Volksschichten. Wie wirkt aber die Automation in sozialistischen Ländern?

Die Zergliederung der Arbeit in ihre mechanischen Bestandteile, „ihre Rationalisierung“, das Fließbandsystem, von da aus der Übergang zur Automatisierung sind auch im Sozialismus notwendige Prozesse. Die moderne Technik erzeugt dabei auch in den sozialistischen Ländern eine Reihe von Problemen (die Freisetzung von Arbeitskräften und auch Dequalifizierung der Arbeit usw.). Diesen Erscheinungen kann in diesen Ländern aber gezielt entgegengewirkt werden. Hier kann die Automation **bewußt und geplant** als Mittel zur Verbesserung des Lebens aller Menschen und zur Erleichterung der Arbeitsbedingungen betrieben werden, weil das Leitmotiv nicht der Profit einer kleinen besitzenden Oberschicht ist. Es gibt keine großkapitalistischen Privateigentümer, für die der Mensch nur „Rohstoff“ ist, der, wie die Technik, zur Erzielung von Höchstprofiten verschlissen werden kann. Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ermöglicht es, die Ergebnisse der Automation im Interesse der Gesamtgesellschaft zu nutzen. Diese Ergebnisse der Automation werden allerdings heute noch durch Erscheinungen, die sich aus den viel schwierigeren Ausgangsbedingungen der sozialistischen Länder ergeben (ehemals Agrarländer, gering entwickelte, veraltete Technik, noch nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte und Wirtschaftsleiter u.a.m.), im gewissen Ausmaß verdeckt.

Wie reagieren die sozialistischen Länder auf die „Freisetzung“ von Arbeitskraft und die anderen Auswirkungen der Automation?

Politiker, Wirtschaftsfachleute, Betriebsleiter und Arbeiter rücken **Hand in Hand** diesen Erscheinungen auf den Leib. Arbeiter und Angestellte, die durch die Automation oder andere moderne Technik freigesetzt werden, **erhalten nach Absprache und mit ihrem Einverständnis einen anderen Arbeitsplatz, weitgehende Hilfe bei ihrer Umschulung oder Weiterbildung und sogar für einen gesetzlich festgelegten Zeitraum einen finanziellen Ausgleich.** So erhält zum Beispiel in der Sowjetunion ein Arbeiter, der infolge der Automatisierung eine andere Arbeit ausführt, für die Zeit seiner dreimonatigen Umqualifizierung seinen alten Lohn weiter ausgezahlt. Diese Zeitspanne kann von der Betriebsleitung auf sechs Monate und – bei Einverständnis des Staatlichen Komitees für Arbeit und Löhne – sogar über

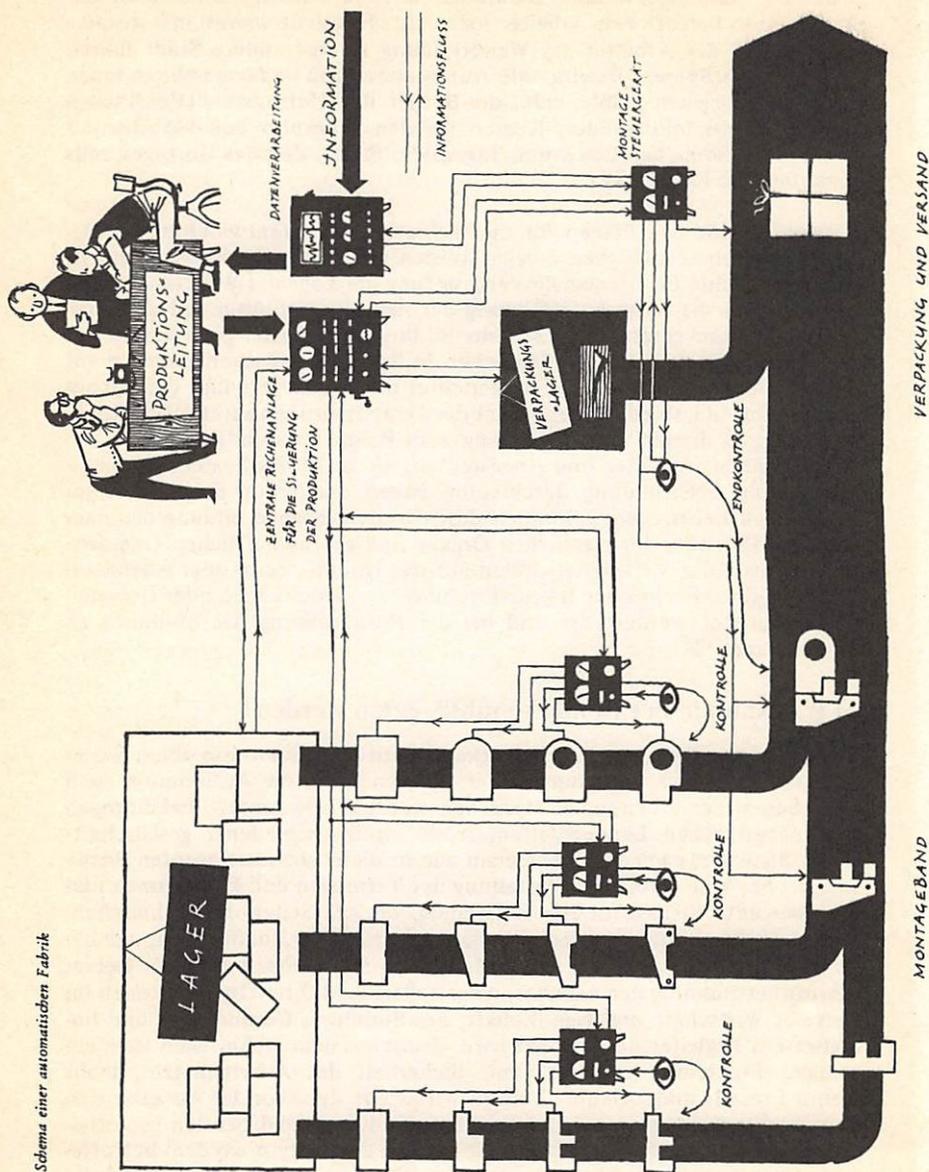
sechs Monate hinaus währen. Damit hört aber die Fürsorge um den von der Automation betroffenen Arbeiter nicht auf. Er erhält weiterhin – vorausgesetzt, daß der Arbeiter zur Weiterbildung in eine andere Stadt fahren muß – noch Spesen. Bewirkt die Automation, daß er für immer in einen anderen Ort ziehen müßte, zahlt der Betrieb ihm Umzugsgeld (Fahrkosten für sich, Frau und Kinder, Kosten für den Transport von Möbeln und anderem persönlichen Eigentum, Tagegelder für die Zeit des Umzuges, teils sogar für eine Woche).²³⁾

Zusammen mit den Plänen für die technische Weiterentwicklung der Betriebe und wirtschaftlichen Zweige werden in den sozialistischen Ländern regelrecht Pläne für die soziale Verbesserung der Lage der Werktätigen und vor allem für die weitere Ausbildung der Arbeiter und Angestellten aufgestellt und durchgesetzt. Das Tor zur Bildung ist allen Bürgern weit geöffnet. Heute sitzen Millionen Menschen in den sozialistischen Ländern auf der Schulbank und erweitern zielgerichtet ihr allgemeines und berufliches Wissen. Das „Gesetzbuch der Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik“ legt in diesem Zusammenhang zum Beispiel verbindlich fest: „Alle Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten, die nicht das System der polytechnischen Schulbildung durchlaufen haben und schon lange Jahre im beruflichen Leben stehen, können durch weiterführende Bildungsmaßnahmen der Betriebe, der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen sowie der Volkshochschulen auf das Direkt-, Fern- oder Abendstudium an einer Fach- oder Ingenieurschule bzw. Hochschule oder Universität vorbereitet werden. Sie sind bei der Durchführung des Studiums zu unterstützen.“²⁴⁾

6) Was kann in der Bundesrepublik getan werden?

Und wie kann bei uns, in der spätkapitalistischen Bundesrepublik, wo es kein sozialistisches Eigentum in der Industrie gibt, die Automation auch zum Segen der arbeitenden Menschen werden? Bestimmte Erfahrungen der sozialistischen Länder gelten, trotz grundverschiedener gesellschaftlicher Struktur, auch für uns. Genau wie in diesen Ländern werden Bemühungen um eine **gerechtere Verteilung der Vermögen und Einkommen** und eine **bewußte Strukturpolitik notwendig**, die alle Seiten der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erfafat und dafür sorgt, daß die Umgestaltung der Technik von umfassenden Maßnahmen auf dem **Gebiet der Mitbestimmung** der Arbeiter, Angestellten und ihrer Organisationen im Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft, des **Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens** begleitet und ergänzt wird, damit aus dem technischen auch ein sozialer Fortschritt erwächst, mit **Sicherheit des Arbeitsplatzes, mehr Lohn, Freizeit und Urlaub**. „Unsere Wirtschaft steht vor der Aufgabe, den Umschichtungsprozess in Landwirtschaft, Industrie und bei den Dienstleistungen so zu steuern, daß weder Störungen auftreten noch dem betroffenen Arbeitnehmer Nachteile entstehen. Die Bundesregierung ist auf die Aufgabe **überhaupt nicht vorbereitet**. Es gibt weder Planung noch systematische Vorausschau“²⁵⁾ und – so ergänzen wir – keinerlei Anstrengungen, die drohenden Gefahren der Automation für die Arbeiter und Angestellten zu bannen.

Schema einer automatisierten Fabrik



Zu Recht mißbilligten die Gewerkschaften, als Organisation der Arbeitnehmer, das Verhalten der damaligen Regierung und forderten von ihr ausreichende und umfassende Taten wie: „**Eine geplante und auf die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft sorgfältig abgestimmte Struktur- und Regionalpolitik.** Eine Arbeitsmarktpolitik, die den Erfordernissen des schnellen technischen Wandels angepaßt ist. Die Neufassung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, vor allem die Erhöhung der Versicherungsleistungen und die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf alle Arbeitnehmer. Schutz für ältere Arbeitnehmer, durch vorzeitigen Anspruch auf eine ungeminderte Altersrente, wenn gleichwertige Arbeitsplätze nicht vorhanden sind. Die **völlige Neugestaltung unseres Bildungswesens** und die Mobilisierung der Begabtenreserven. **Tarifliche Bestimmungen zum Schutze der Arbeitnehmer,** bei technischen und organisatorischen Veränderungen, im besonderen: die Erarbeitung von sozialen Anpassungsplänen in den Betrieben unter **Mitbestimmung der Arbeitnehmer,** Lohngarantien und Entschädigungszahlungen für benachteiligte Arbeitnehmer, Mitbestimmung in der betrieblichen Arbeitsorganisation“.²⁶⁾ Diese Forderungen richten wir auch an die SPD/FDP-Koalition.

Die Verwirklichung dieser gewerkschaftlichen Forderungen würde sicherlich die nachteiligen Auswirkungen der Automation einschränken. Reichen aber diese Maßnahmen schon aus, um die Automation zu einem wirklichen Freund der arbeitenden Menschen zu entwickeln, oder was ist dazu noch erforderlich?

Notwendig ist vor allem die Demokratisierung der bundesdeutschen Wirtschaft. Was verstehen wir darunter?

Kern einer solchen Wirtschaft ist die **Mitbestimmung** und „**gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in allen Bereichen des Gesellschaftslebens**“.²⁷⁾ Bereits im betrieblichen Rahmen kann eine bedeutende Erweiterung der Rechte der Belegschaftsvertretungen weitgehend nachteilige Auswirkungen der Automation von den Arbeitern und Angestellten abwenden. Deshalb müssen sie mitbestimmen dürfen über die Arbeitsbedingungen im Betrieb, die die moderne Technik hervorruft, über die Erhaltung und Gestaltung der Arbeitsplätze und des Arbeitstempos sowie berufliche Weiterbildung oder Umschulung der Arbeiter, müssen sie Einfluß erhalten auf die Arbeitsmethoden, die Verteilung des Gewinns, schließlich auf die Lenkung und wirtschaftliche Planung des Unternehmens. Die Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaften in den Betrieben brauchen echte Rechte, die eine wirkliche Mitbestimmung sichern, um schon im Stadium der Planung, der Festlegung der Investitionen, der Produktionsprogramme, der Arbeitsorganisation und in allen personellen Fragen die Interessen der Arbeiter wahrnehmen zu können. Diesem Willen steht aber das Betriebsverfassungsgesetz im Wege. Zu Recht hieß es in der Entschließung zur Mitbestimmung des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB dazu: „Das Betriebsverfassungsgesetz war schon unzureichend, als der Bundestag es im Jahre 1952 gegen den Widerstand der Gewerkschaften beschloß. Die Praxis hat gezeigt, daß es noch unzulänglicher ist, als es zunächst schien. Das Gesetz verwehrt dem Betriebsrat

in den wichtigsten betrieblichen Fragen die Mitbestimmung. Von einem personellen und wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht kann überhaupt nicht gesprochen werden. Daher fordert der 7. Bundeskongreß des DGB eine Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes. Hierbei sind insbesondere die wirtschaftliche Entwicklung und die technische Umstellung und neue Arbeitsmethoden eines Betriebes in die Mitbestimmung einzubeziehen."28)

Eine weitere Säule dieses demokratischen Wirtschaftsgebäudes ist eine **öffentliche Planung**. Nur mit Hilfe einer „planmäßigen und vorausschauenden Wirtschaftspolitik“ 29) ist das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit und des Abbaus der sozialen Sicherheit zu bannen. Nur auf diese Art und Weise lassen sich bereits herangereifte und auf uns zukommende strukturelle Krisen vermeiden und strukturelle Probleme lösen.

Schließlich erfordert eine demokratische Wirtschaftspolitik die **Einschränkung der wirtschaftlichen Macht der wenigen Multimillionäre und Milliardenäre auf dem Wege der Umwandlung der einflußreichsten und marktbeherrschenden Unternehmen in das Eigentum der öffentlichen Hand**. Gerade eine solche Maßnahme würde zweifelsohne, zusammen mit dem bereits in staatlichem Besitz sich befindenden und unter kommunaler Verwaltung stehenden Betriebe, eine günstige Grundlage für eine demokratisch gelenkte Wirtschaft schaffen.

Erst die Verwirklichung dieser Vorstellungen ebnet den Weg zur Ausnutzung der großen technischen Möglichkeiten unserer Zeit zum Wohle auch der Arbeiter und Angestellten. Gewinner wären Millionen arbeitender Menschen. Verlierer wären eine Handvoll Industriemagnaten. Die Automation würde so auch in der Bundesrepublik zu einem wahren Freund des Menschen.

Anhang

Aus dem Beschluß des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB vom 9. bis 14. Mai 1966 in Berlin:

Technische Entwicklung, Automation und soziale Sicherheit

Der Bundeskongreß des DGB fordert von der Bundesregierung und von den Länderregierungen:

- a. systematische Förderung der wissenschaftlichen Forschung über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der modernen Technik;
- b. Einrichtung einer Bundesstelle für Automation und technische Entwicklung zur Koordinierung aller ministeriellen, wissenschaftlichen und privaten Aktivitäten unter Beteiligung der Gewerkschaften;
- c. Planung einer mit den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft sorgfältig abgestimmten Regional- und Strukturpolitik;
- d. Entwicklung einer beweglichen und anpassungsfähigen Arbeitsmarktpolitik. Hierzu gehört insbesondere die Errichtung eines Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung;
- e. Überprüfung der Arbeitslosenversicherung insbesondere
 - Erhöhung der allgemeinen und besonderen Versicherungsleistungen,
 - Ausdehnung des Versicherungsschutzes für alle Arbeitnehmer;
- f. Anpassung der Gesundheits- und Arbeitssicherheitsvorschriften an den technisch und organisatorisch veränderten Arbeitsablauf in den Betrieben und Verwaltungen, um die Arbeitnehmer vor einseitigen Belastungen und Überbelastungen zu bewahren;
- g. Verbesserung und Erweiterung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmer;
- h. besonderen Schutz für ältere Arbeitnehmer durch vorzeitigen Anspruch auf eine ungeminderte Altersrente, wenn gleichwertige Arbeitsplätze nicht vorhanden sind;
- i. Einführung neuer Schul-, Ausbildungs-, Weiterbildungs- und Umschulungssysteme, die eine hohe individuelle Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer an veränderte Arbeitsbedingungen sichern, insbesondere
 - Beseitigung einklassiger oder wenigklassiger Schulen,
 - Einführung der zehnjährigen Pflichtschulzeit,
 - Einführung von betrieblichen und überbetrieblichen Weiter- und Um-

schulungsmöglichkeiten für Erwachsene ohne Einkommensminderung sowie ein gesetzlicher Kündigungsschutz für die Dauer dieser Umschulung,

- Überprüfung aller Berufsbilder und betrieblichen Ausbildungssysteme auf ihre Brauchbarkeit für die Zukunft,
 - Ermittlung des qualitativen und quantitativen Berufsbedarfs der Zukunft;
- j. Einrichtung eines überbetrieblichen Sozialfonds, der an den im Zusammenhang mit der technischen Entwicklung entstehenden zusätzlichen Kosten, insbesondere für Umschulung, wirtschaftliche Sicherung der Arbeitnehmer, sowie den Beitragsausfällen und den erhöhten Rentenausgaben infolge vorzeitiger Rentenauszahlungen maßgeblich beteiligt wird;
- k. Unterrichtung der Arbeitnehmervertretungen und der für die Durchführung beruflicher Bildungsmaßnahmen zuständigen Stellen durch die Unternehmungen und Verwaltungen, wenn technische und organisatorische Veränderungen erheblichen Ausmaßes beabsichtigt sind.

Der Bundeskongreß des DGB fordert von den Unternehmern:

- a. betriebsnahe Tarifverträge zur Sicherung der Effektivverdienste und zur wirksamen Kontrolle von Lohnfindung und Arbeitsbedingungen;
- b. tarifliche Bestimmungen zum Schutz der Arbeitnehmer bei technischen und organisatorischen Änderungen, insbesondere
- Erarbeitung von sozialen Anpassungsplänen unter Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen,
 - Lohn- und Gehaltsgarantien bei Umsetzungen oder Veränderungen am Arbeitsplatz,
 - Umschulung während der Arbeitszeit mit Lohn- und Gehaltsausgleich,
 - Ausgleichszahlungen bei unvermeidbaren Entlassungen oder langfristigen, nicht korrigierbaren Abgruppierungen;
- c. tarifliche Mitbestimmung in der Arbeitsorganisation;
- d. Berücksichtigung des Menschen bei der Gestaltung neuer Arbeitsplätze und bei der Konstruktion neuer Maschinen.

Diskussionsfragen

1. Was verstehen wir unter Automatisierung?
2. Was wird durch die Automatisierung notwendig?
3. Warum ist nicht die Automatisierung, sondern das Verhältnis der Gesellschaftsordnung zur Technik und zum Menschen das eigentliche Problem?
4. Welche Maßnahmen wären jetzt in der Bundesrepublik nötig, um die unsozialen Auswirkungen kapitalistischer Automatisierung abzuwenden?

Bemerkungen

- 1) Ludwig Rosenberg, ehem. Vorsitzender des DGB, in: Automation – Risiko und Chance, Frankfurt/M. 1965, S. 13
- 2) W.P.Reuther, in: Automation – Risiko und Chance, a.a.O., S. 1100
- 3) 8. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, . 6. bis 11. September 1965 in Bremen, Tagesprotokoll, S. 257
- 4) ebenda
- 5) ebenda
- 6) Metall, Nr. 24, 1964
- 7) Die Automation – unsere Aufgabe, Köln, 1965, S. 32
- 8) Marx/Engels, Ausgewählte Werke, Bd. 1, Berlin 1953, S. 90
- 9) 8. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, a.a.O., S. 257
- 10) Welt der Arbeit, vom 9.12.1966
- 11) vgl. ebenda
- 12) ebenda vom 11.6.1965
- 13) Vorwärts vom 3.12.1965
- 14) vgl. Automation – Risiko und Chance, a.a.O., S. 1113
- 15) Gewerkschafter, Funktionärorgan der IG Metall, November 1966
- 16) Handelsblatt vom 24.11.1966
- 17) vgl. 8. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Tagesprotokolle, a.a.O., S. 258
- 18) ebenda, S. 259
- 19) vgl. Welt der Arbeit vom 9.12.1966
- 20) vgl. Die Zeit vom 9.12.1966, S. 39
- 21) Welt der Arbeit vom 9.12.1966
- 22) W. P. Reuther, Automation – Risiko und Chance, a.a.O., S. 1100
- 23) Sworykin, Arbeit und Automation in der Sowjetunion, in: „Marxistische Blätter“, Frankfurt a.M., Heft 5/1965, Seite 15
- 24) Gesetzbuch der Arbeit der DDR, vom 12. April 1961, Berlin 1961, S. 45
- 25) 8. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, Tagesprotokolle, a.a.O., S. 259
- 26) ebenda

vgl. auch die detaillierten Forderungen des DGB im Anhang „Aus dem Beschluß des 7. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB vom 9. bis 14. Mai 1966 in Berlin ‚Technische Entwicklung, Automation und soziale Sicherheit‘ ”

27) Entschließung über Mitbestimmung des 7. Ordentlichen Gewerkschaftskongresses des DGB vom 3. bis 14. Mai 1966 in Berlin

28) ebenda

29) ebenda

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Die Wirtschaft der DDR

Teil I: Industrie

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

5



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Die Wirtschaft der DDR**Teil I: Industrie**

Hauptzweige – Standorte – Perspektiven	1
Was sind jetzt die Hauptzweige der Industrie in der DDR	2
Welche Bedeutung hat die Kohle- und Energiewirtschaft der DDR?	3
Wie ist der Stand der Energieerzeugung?	5
Warum nimmt die chemische Industrie immer mehr einen hervorragenden Platz in der DDR-Wirtschaft ein?	6
Was geschieht in der Metallurgie?	8
Warum ist der Maschinenbau ein entscheidender Wirtschaftsfaktor der DDR?	10
Elektrotechnik/Elektronik – entscheidende Grundlagen der wissenschaftlich-technischen Revolution	12
Leichtindustrie und Erhöhung des Lebensstandards	13

Anhang

Grafische Darstellungen	
Verteilung der Industrieproduktion Deutschlands 1936	15
Kraftwerke der DDR	16
Wichtige Standorte der chemischen Industrie	17
Standorte der Eisenmetallurgie	18
Wichtige Standorte des Maschinenbau	19
Standorte der Elektrotechnik	20

Preis DM**1.-**

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Hauptzweige – Standorte – Perspektiven

Seit einiger Zeit wird in der Bundesrepublik den wirtschaftlichen Leistungen der DDR größere Achtung gezollt. Die Zeit ist längst zu Ende, da man täglich lesen konnte, „Ulbrichts Wirtschaft“ sei am Zusammenbrechen. Jetzt auf einmal „rauchen auch dort die Schlote“. Es heißt allerdings: sie rauchen – „trotz Ulbricht“, trotz der „Staatsplanung“

Tatsächlich rauchen auch in der DDR die Schlote, und sie rauchen nicht schlecht. Auch dort wird rationalisiert, wird die neue Technik eingeführt, auch dort wird seit einigen Jahren automatisiert. So wurden z.B. im Jahre 1969 nahezu 100 automatisierte Produktionssysteme in Betrieb genommen. Allerdings geht das ohne Kurzarbeit, Feierschichten und Entlassungen. „Trotz Ulbricht“? Trotz „Planwirtschaft“? Es geht den Leuten, die Ulbricht angreifen, natürlich in Wirklichkeit nicht um eine Person, sondern um das völlig andere, entgegengesetzte wirtschaftliche und soziale System, um den Sozialismus. Untersuchen wir also, wo der Sozialismus in der DDR, im 20. Jahre ihres Bestehens, bei der Meisterung der wirtschaftlichen Probleme steht.

Im Osten Deutschlands rauchen die Schlote gut, obwohl man es dort weit schwerer hatte und noch hat als bei uns im Westen:

- Durch die Spaltung Deutschlands im Interesse der in- und ausländischen Monopole und Politiker wurde das einheitliche Wirtschaftsgefüge Deutschlands 1948/49 zerrissen. Das gilt sowohl für die Wirtschaft als Ganzes als auch für jeden einzelnen Industriezweig. Betrachtet man aber, wie sich die einzelnen Zweige auf die Territorien der beiden heutigen Staaten 1936 verteilten (Abb. 1), dann kann man sagen: Im heutigen Gebiet der Bundesrepublik waren Steinkohle und Stahl, im heutigen Gebiet der DDR Wirkwaren und Strümpfe konzentriert. Es ist aber wesentlich leichter, auf einer starken, nahezu intakten schwerindustriellen Basis die Leichtindustrie zu ergänzen, als auf einer veralteten, für das Gebiet der damaligen DDR überdimensionierten Leichtindustrie eine Schwerindustrie aus dem Boden zu stampfen.
- Im Osten Deutschlands wurde 1945 durch die Kriegshandlungen mehr zerstört, wurde durch die anglo-amerikanischen Bomberverbände erbarmungsloser zerbombt als im Westen.
- Der Neuaufbau konnte nicht mit den Führungskräften des Nazireiches erfolgen. Die für den Wiederaufbau eingesetzten Kräfte mußten sich ihre Erfahrungen und Kenntnisse erst während des Aufbaus der Wirtschaft aneignen. Das führte zu vielen Schwierigkeiten.
- Während Westdeutschland von den USA, die aus dem Krieg riesige Profite gezogen hatten, sehr hohe Kredite aufnahm, vollzog die DDR nicht nur ihren Aufbau aus eigener Kraft, sie leistete darüber hinaus auch noch für ganz Deutschland Reparationen.
- Erinnert sei auch daran, daß von westlicher Seite her kräftig Sand in das Wirtschaftsgetriebe des Ostens gestreut wurde. So wurde der Handel zwischen beiden Staaten jahrelang als Erpressungsmittel ausgenutzt. Durch skrupellose Propaganda und geschickte Abwerbung, günstige Angebote und Versprechungen, wurden viele Bewohner der DDR, dabei

zahlreiche Angehörige der Intelligenz, nach dem Westen gelockt. Insgesamt beläuft sich der der DDR durch die Bundesrepublik zugefügte Schaden, ohne die Schulden z.B. auf dem Gebiet des Postwesens, auf etwa 100 Mrd. Mark. Das entspricht der Summe der Investitionen, die von 1950 bis 1961 in der DDR getätigt wurden. Das entspricht der Summe des Nationaleinkommens der Jahre 1956 und 1957 bzw. dem Nationaleinkommen des Jahres 1969.

Aber all diese Schwierigkeiten vermochten nicht zu verhindern, daß drüben die Schloten rauchen. Sollte man da nicht zu ganz anderen Schlußfolgerungen als die offizielle Bonner Propaganda kommen? Erkennt man daran nicht, zu welch großen Leistungen ein sozialistisches System, in dem im Prinzip die Interessen des einzelnen mit den Interessen des Ganzen übereinstimmen, auch unter schweren Bedingungen fähig ist? Die DDR beweist, daß es ohne Kapitalisten geht, sogar sehr gut geht. Es mehren sich die Stimmen, und zwar auch die Zahl gewichtiger Stimmen bei uns, die feststellen, daß das eigentliche Wirtschaftswunder in Deutschland im Osten vollzogen wurde.

Die Wirtschaft verzeichnet ein ständiges, ab 1962 stärker steigendes Wachstum. So stieg die Industrieproduktion von 1955 bis 1968 auf das 2 1/2-fache. Gleichfalls stieg das Nationaleinkommen. Sein Zuwachs entwickelte sich in effektiven Preisen wie folgt:

	Prozent		Prozent
1959	4,2	1963	5,0
1960	3,8	1964	3,5
1961	2,2	1965	5,8
1962	3,0	1966	6,0

Untersuchen wir nun etwas genauer, was die DDR heute wirtschaftlich aufzuweisen hat.

Was sind jetzt die Hauptzweige der Industrie in der DDR?

Auch die Industrie der DDR und ihre Rohstoffgrundlagen sind, wie in allen modernen Industriestaaten, mehr denn je einer schnellen und tiefgreifenden Veränderung unterworfen. In den sechziger Jahren entstanden neue Industriezweige, und zwar speziell solche, die für die Rekonstruktion der Volkswirtschaft und die Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Zweigen von entscheidender Bedeutung sind. Die Durchsetzung der Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution ist in voller Aktion!

Diese Veränderungen finden im unterschiedlichen Wachstum der Zweige der Industrie ihren sichtbaren Ausdruck. Die folgende Tabelle soll das beweisen:

Index der Industrieproduktion der DDR für das Jahr 1968
(1955 = 100)

Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau	406
Maschinen- und Fahrzeugbau	309
Chemische Industrie	280
Baumaterialienindustrie	280
Industrie, insgesamt	249
Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)	211
Metallurgie	207
Lebensmittelindustrie	186
Textilindustrie	180
Energie- und Brennstoffindustrie	170

Das differenzierte Wachstum einzelner Zweige weist auf Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung hin. An der Spitze stehen die Zweige, die für die Mechanisierung und Systemautomatisierung in der Volkswirtschaft die entscheidende Bedeutung haben. Dazu gehören als Basis die Produkte der Metallurgie, die aber im Zuge der engen sozialistischen Zusammenarbeit mit der UdSSR in zunehmendem Maße von dort bezogen werden.

Es folgen dann die Zweige, die für die Revolutionierung der Stoffwirtschaft entscheidende Bedeutung haben, nämlich die chemische und Baumaterialienindustrie.

Aus dem relativ niedrigen Wachstumstempo der Energie- und Brennstoffindustrie darf nicht der Schluß gezogen werden, daß dieser Zweig geringere Bedeutung hat. Man bezeichnet ja oft die Energie als das Brot der Industrie. Sie ist ja auch eine wichtige Voraussetzung für die Produktion und das Leben der Bevölkerung. Das niedrige Entwicklungstempo dieses Zweiges resultiert aus der einseitigen Primärenergiebasis der DDR, die zu ihrer Ergänzung sehr erheblicher Importe, und zwar wiederum aus der UdSSR, bedarf. Die genannten Zweige sind die Hauptzweige der Industrie der DDR. Auf ihrer Entwicklung als Basis kann stetig und auf die Dauer erst die Leichtindustrie entwickelt werden, deren absolutes Wachstum eine von Jahr zu Jahr bessere Versorgung der Bevölkerung gestattet.

Welche Bedeutung hat die Kohle- und Energiewirtschaft der DDR?

Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu den braunkohlenreichsten Staaten der Erde. 1968 förderte sie mit moderner Technik 247 Mill. t Rohbraunkohle (gegenüber 101 Mill. t 1936 im Gebiet der DDR und 137 Mill. t 1950). Das sind 30 Prozent der Weltförderung. In dieser hohen Förderungszahl wird die wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle für die DDR deutlich. Und es ist nicht zu viel gesagt, daß eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den bisher erreichten Stand und die rasche wirtschaftliche Entwicklung der großzügige Ausbau der Kohlewirtschaft sowie der Energiewirtschaft war. Diese starke Nutzung der Braunkohlevorräte war

und ist notwendig, da die DDR nur ganz geringe und schwer abbaubare Steinkohle sowie wenig Erdöl besitzt.

Die Braunkohlenvorräte werden auf etwa 40 Milliarden t geschätzt, wovon nach dem gegenwärtigen Stand der Abbautechnik etwa 25 Milliarden t wirtschaftlich gewinnbar sind. Mit 92 Prozent kann der ganz überwiegende Teil im Tagebau gewonnen werden. Der größere Teil der Vorräte, etwa 15 Milliarden t, liegt in der Nieder- und Oberlausitz. Die Förderung dagegen erfolgt jedoch noch überwiegend in den westelbischen Gebieten, so besonders um Halle und Leipzig (von Altenburg und Zeitz im Süden bis Bitterfeld, Wittenberg und Köthen im Norden).

In der Braunkohlenindustrie gab es während des Zweiten Weltkrieges schwere Zerstörungen. Wie die Förderzahlen und auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bergarbeiter zeigen, ging es unter der Arbeiter- und Bauernmacht schnell vorwärts. Die Bodenschätze und damit auch die Tagebaue, die den verschiedenen Konzernen gehörten, wurden in Volkseigentum überführt und zentral geplant und geleitet, womit ein planmäßiger Aufbau dieses Industriezweiges gesichert wurde.

Die Braunkohlenförderung mußte schnell gesteigert werden, um den planmäßigen Aufbau der übrigen Industriezweige zu sichern. Hinzu kam, daß mit der Spaltung Deutschlands und den imperialistischen Störmanövern die Steinkohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet weitgehend ausfielen. All dies stellte hohe Anforderungen an die Arbeiter, Techniker, Konstrukteure und an die Volkswirtschaftsplanung. Denn es ging ja nicht nur um die Förderung der Kohle mit hochproduktiven Abraumförderbrücken, Fördergeräten und leistungsfähigen Bahnanlagen, sondern auch um die Weiterverarbeitung der Rohbraunkohle als Primärenergieträger zu Briketts, hüttenfähigem Koks, zu Gas und Elektroenergie.

In der Nähe der modernen Großtagebaue entstanden Zentren der Kohleveredlung. Zuerst wurde die Großkokerei Lauchhammer im Bezirk Cottbus errichtet. Dieses Werk liefert auf der Grundlage einer Entwicklung der beiden Wissenschaftler Bilkenroth und Rammler aus Braunkohle hüttenfähigen Koks. Dadurch gelang es der DDR, mit hüttenfähigem Braunkohlenkoks Roheisen zu schmelzen. Dieser Koks wurde in dem ebenfalls neu errichteten Eisenhüttenwerk in Calbe verwandt. In der weiteren Perspektive wird jedoch auf Grund der internationalen Spezialisierung in der DDR die Produktion von hüttenfähigem Koks zurückgehen und die Erzeugung wird an diesem Standort in der Zukunft eingestellt werden. Größere Bedeutung wird jedoch das Gas gewinnen, das in die Ferngasleitung eingespeist wird, sowie eine Reihe von weiteren chemischen Erzeugnissen.

Bei Spremberg im Bezirk Cottbus entstand seit 1955, und wird noch weiter ausgebaut, ein bedeutendes Braunkohlenwerk. Es ist unter dem Namen „Schwarze Pumpe“ weithin bekannt. Es ist das bisher bedeutendste Neubauprojekt der Braunkohlen- und Energiewirtschaft in der DDR. Die benachbarten Großtagebaue, in denen Koks-, Brikett- und Kesselkohle gefördert wird, bilden die Rohstoffgrundlage. Hier in diesem Kombinat wird die

Kohle brikettiert, verkocht, vergast (mittels Druckvergasung), und es werden viele chemische Grundstoffe gewonnen sowie Elektroenergie in drei Kraftwerken erzeugt. Insbesondere wird das Kombinat für die komplexe Nutzung der Gasindustrie entwickelt. Anfang der 70er Jahre wird das Kombinat seine Endausbaustufe erreicht haben. In diesem Kombinat werden dann jährlich 35 bis 40 Millionen t Rohbraunkohle verarbeitet werden. Dann werden über 3 Milliarden m³ Gas jährlich erzeugt werden (1967 waren es 760 Millionen m³ Gas).

Auf der Grundlage von Braunkohle hatten sich bereits im Kapitalismus im Gebiet der heutigen beiden Bezirke Halle und Leipzig großchemische Werke, von denen die Leuna- und Bunaerwerke die größten sind, herausgebildet. Hier gewinnt aber immer mehr das Erdöl als entscheidender Rohstoff das Übergewicht. Die Steinkohlenförderung ist mit 1,8 Mill. t (1967) sehr gering. Die Förderung wird auf Grund der Vorratslage noch weiter zurückgehen. Abgebaut werden nur noch die Lagerstätten am Rande des Erzgebirges, und zwar bei Zwickau, Lugau und Oelsnitz (Bezirk Karl-Marx-Stadt).

Mit der wissenschaftlich-technischen Revolution ergeben sich in allen Bereichen der Wirtschaft große Strukturveränderungen. Für die Braunkohle bedeutet dies, daß sie in der Zukunft ganz vorwiegend als Primärenergieträger in der Energiewirtschaft eingesetzt wird, nicht jedoch in dem bisherigen Umfang als Rohstoff in der chemischen Industrie. In der Energiewirtschaft hat die Braunkohle den wirtschaftlichsten Anwendungsbereich. Für die Energiewirtschaft wird die Braunkohle künftig auch bei einer stärkeren Verwendung von Erdöl, Erdgas und Kernenergie ihre Bedeutung behalten.

Wie ist der Stand der Energieerzeugung?

Die Energiewirtschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für den Leistungsstand der Volkswirtschaft und damit für den Lebensstandard der Bevölkerung. Sie ist geradezu ein Gradmesser für den wissenschaftlich-technischen Stand der Wirtschaft.

Es sei mit der Elektroenergie begonnen

Das Gebiet der heutigen DDR gehörte schon vor 1945 zu den Teilen Deutschlands, die verhältnismäßig gut elektrifiziert waren. Im Norden gab es jedoch nur kleine Kraftwerke und auch Dörfer, die noch nicht an das Energienetz angeschlossen waren. Der Krieg hatte am Energienetz große Schäden angerichtet. So waren mehr als die Hälfte der Kraftwerkskapazität ausgefallen. Schließlich waren die noch verbliebenen Anlagen veraltet. Es mußten neue Kraftwerke, Verbundleitungen, Umspannstationen gebaut werden, um den ständig wachsenden Verbrauch der wieder in Gang gesetzten Industrie, der Landwirtschaft sowie der Haushalte zu gewährleisten. Erschwert wurde der Wiederaufbau der Elektroenergiewirtschaft dadurch, daß fast der ganze Energiemaschinenbau in Westdeutschland konzentriert

war. Es war also auch der Aufbau eines eigenen Energiemaschinenbaus erforderlich. Über die Hälfte der gegenwärtigen Kraftwerkskapazität (von etwa 11000 MW) wurde nach 1955 neu errichtet.

Mit einer Elektroenergieerzeugung von etwa 60 Milliarden kWh (1967) und einem jährlichen Prokopfverbrauch von 3500 kWh gehört die DDR zu den führenden Ländern der Welt. Die Elektroenergie wird vor allem in der Industrie (zu 70 Prozent) verbraucht, wovon die chemische und die metallurgische Industrie einen erheblichen Anteil benötigt.

So erhält der Bau großer Kraftwerke erstrangige Bedeutung. Die wichtigsten Kraftwerksneubauten sind Lübbenau (1300 MW), das benachbarte Vetschau (1100 MW), Trattendorf (450 MW), die Kraftwerke im Kombinat Schwarze Pumpe (alle bisher genannten Kraftwerke im Bezirk Cottbus), Vockerode (Kraftwerk Elbe) sowie weitere kleinere Kraftwerke, so in Eisenhüttenstadt, in Rheinsberg im Norden des Bezirkes Potsdam (es ist dies die Großversuchsanlage eines Atomkraftwerkes mit 70 MW). Gegenwärtig wird das Atomkraftwerk Nord bei Lubmin am Greifswalder Bodden gebaut. Im Bau begriffen ist das größte und modernste Wärmekraftwerk in Boxberg bei Niesky, ebenfalls im Bezirk Cottbus. Mit 3000 MW wird es 1975 das bedeutendste Wärmekraftwerk der DDR sein. Mit der Fertigstellung dieses Energiegiganten wird der Bezirk Cottbus etwa die Hälfte der gesamten Elektroenergieerzeugung bringen.

Es wurden auch einige Wasserkraftwerke bzw. Pumpspeicherwerke erbaut, so in Wendefurt im Harz (60 MW) und in Hohenwarte (Amalienhöhe) an der oberen Saale in Thüringen (320 MW). 1968 gab es in der DDR sechs Pumpspeicherwerke mit einer installierten Kapazität von 600 MW.

Die Gaswirtschaft als wesentlicher Bestandteil der Energiewirtschaft dient insbesondere dazu, den Wärmebedarf der Industrie und der Haushalte zu decken. Gegenüber 1936 ist die Gaserzeugung auf etwa das Vierfache angestiegen (1968: 3,9 Milliarden m³). Auch in der Gaserzeugung gehört die DDR mit einem Prokopfverbrauch von über 200 m³ zu den führenden Ländern. Der Bezirk Cottbus mit den neu errichteten Gaserzeugungsanlagen in Lauchhammer und Schwarze Pumpe sowie der Bezirk Leipzig mit Böhlen sind Zentren der Gaswirtschaft der DDR geworden. Auf der Grundlage der Steinkohle arbeitet die Großgaserei Magdeburg.

Zunehmend wird eigenes sowie aus der Sowjetunion eingeführtes Erdgas an Bedeutung für die Gaswirtschaft gewinnen. Zusammen mit der Errichtung eines großen Verbundnetzes wird es dadurch möglich, die vielen kleinen und veralteten Gaswerke in den Klein- und Mittelstädten stillzulegen.

Warum nimmt die chemische Industrie immer mehr einen hervorragenden Platz in der DDR-Wirtschaft ein?

Die chemische Industrie, insbesondere die Petrochemie nimmt eine Schlüsselstellung in der Volkswirtschaft ein. Sie revolutioniert die gesamte

Stoffwirtschaft aller Zweige und Bereiche. Sie ermöglicht von dieser Seite eine dynamische Entwicklung der Produktion. Kein Zweig der Volkswirtschaft kann heute ohne die Erzeugnisse der chemischen Industrie existieren. Wenn diese uns heute nicht zur Verfügung stünden, würde der Lebensstandard der Bevölkerung in jedem beliebigen Industrieland auf den vor 150 – 200 Jahren zurückgeworfen werden. Die Erträge der Landwirtschaft würden um mehr als die Hälfte sinken, weil die Agrochemikalien fehlten. Ein schneller, nicht an Schienen gebundener Verkehr auf dem Lande wäre unmöglich, weil es keine Treibstoffe und Luftbereifungen gäbe. Der Elektrotechnik/Elektronik würden Isolationsmittel, Plaste und die Reinstoffe fehlen. Der Mangel an Textilfasern auf der ganzen Welt würde ohne Kunstseide, Synthefasern und Zellwolle wesentlich drückender sein.

Dazu kommt, daß chemische Prozesse mit hoher Produktivität ablaufen und die Werkstoffe aus der Retorte sich mit geringem Aufwand weiter verarbeiten lassen.

Aus diesen Gründen wurde auch in der DDR, wie in allen Industrieländern, der Entwicklung der chemischen Industrie große Aufmerksamkeit geschenkt. So beträgt heute ihr Anteil an der Industrieproduktion der DDR ca. 14 Prozent. Sie liegt damit an der 3. Stelle nach dem Maschinen- und Fahrzeugbau sowie der Lebensmittelindustrie. Seit 1936 stieg die Produktion chemischer Erzeugnisse auf mehr als das 9-fache, seit 1955 auf das beinahe 3-fache an. Dabei ist nicht nur das schnelle Wachstumstempo beachtlich, es begann ja 1945 mit einer weitgehend zerstörten Industrie, sondern auch die während der schnellen Entwicklung vollzogenen Wandlungen in der Struktur der chemischen Industrie nach zwei Richtungen:

- Einmal wurde der Anteil der modernsten Grundstoffe der Volkswirtschaft, nämlich der Plaste und Synthefasern rasch erhöht.
- Zum zweiten wurde die Rohstoffbasis der chemischen Industrie grundlegend umgestaltet, indem die Kohle durch das Erdöl verdrängt wurde.

Diese Entwicklung findet ihren Niederschlag im unterschiedlichen Wachstumstempo der Erzeugnisse der chemischen Industrie.

Produktion wichtiger chemischer Erzeugnisse in der DDR (1955 = 100)

	1960	1968 (x 1967)
Schwefelsäure	124	178 x
Stickstoffdüngemittel	114	120
Phosphordüngemittel	195	410
Vergaserkraftstoff	122	222
Dieselmkraftstoff	186	430
Heizöle	306	2380
Rohfilm	148	184 x
Plaste	160	386 x
Synthefasern	257	720 x
Kraftfahrzeugdecken	204	324

Um diese für die ganze Volkswirtschaft bedeutende Entwicklung zu erreichen, mußten zahlreiche chemische Betriebe erweitert bzw. neu errichtet werden. Zunächst mußte als Basis die Produktion der Grundchemikalien ausgebaut werden. Dazu wurden u.a. Anlagen für die Produktion von Schwefelsäure aus dem einheimischen Anhydrit in der Farbenfabrik Wolfen und in Coswig errichtet. Um die Produktion von Ätznatron und Salzsäure zu steigern, wurden in Bitterfeld entsprechende Anlagen, und um die von Soda zu erhöhen, Anlagen in Staßfurt und Bernburg in Betrieb genommen.

Um die Produktion von Plasten und Synthesefasern rasch steigern zu können, wurden Produktionsanlagen u.a. in Leuna I, im Bunawerk, Bitterfeld, Wolfen, Schwarza neu errichtet bzw. erweitert, Betriebe umgestellt wie Gölzau und neue Werke gebaut wie z.B. Leuna II und ein Großbetrieb in der Wilhelm-Pieck-Stadt Guben.

Die Umstellung der chemischen Industrie von der Kohle- auf die Erdölverarbeitung findet ihren äußeren Ausdruck in der Errichtung des Erdölverarbeitungswerkes in Schwedt, das den größten Teil der Treibstoffe der DDR produziert und darüber hinaus in steigendem Maße Petrochemikalien an andere Werke in der DDR abgibt.

Dieses Werk ist mit der Erdölleitung „Freundschaft“, der längsten der Welt, wie auch die Volksrepubliken Polen und Ungarn sowie die CSSR an die reichen Erdölvorkommen der UdSSR angeschlossen. Weitere Erdölleitungen verbinden Schwedt mit dem Ölhafen in Rostock, Schwedt mit Leuna und Schwedt mit Berlin, der Hauptstadt der DDR. Die Verarbeitung von Erdöl in der DDR hat sich von 1955 bis 1967 mehr als verzehnfacht und wird im Jahre 1970 auf das 15-fache ansteigen. Diese Entwicklung wird weitergehen, denn z.Z. ist der zweite Strang der Erdölleitung „Freundschaft“ im Bau und eine Erdölleitung von der UdSSR in die DDR sowie zu ihren Nachbarn vorgesehen. Diese Entwicklung wird zu einem weiteren erheblichen Aufschwung der chemischen Industrie der DDR führen.

Was geschieht in der Metallurgie?

Zum sozialistischen Aufbau braucht man eine leistungsfähige Eisenmetallurgie. Der Auf- und Ausbau der Metallurgie war eine der größten Leistungen der Werktätigen in der DDR. Damit überwandene sie die geschichtlich entstandene, durch die Spaltung Deutschlands verstärkte Abhängigkeit von den metallurgischen Zentren im Westen, in der Bundesrepublik. Im östlichen Teil Deutschlands gab es 1945, als Folge der kapitalistischen Standortverteilung, nur ein Hüttenwerk in Unterwellenborn, das mit seinen veralteten Hochöfen nur geringe Mengen Roheisen aus heimischen Erzen und Ruhrkoks erzeugte. Dagegen gab es auf Grund des Schrottanfalls der starken metallverarbeitenden Industrie eine Reihe Stahl- und Walzwerke, so in Riesa und Gröditz in Sachsen, in Unterwellenborn (Thüringen) und bei Berlin (Hennigsdorf, Brandenburg). Diese Werke ge-

hörten einst alle zum Flick-Konzern. Infolge des Drucks der Ruhrmonopole fristeten diese Betriebe nur ein bescheidenes Dasein. Mit 1,5 Prozent des Roheisens und etwa 7 Prozent des Rohstahls war der Anteil an der metallurgischen Produktion Vorkriegsdeutschlands nur von geringer Bedeutung.

So stand die Wirtschaft nach dem Krieg vor einer schwierigen Aufgabe. Die alten Betriebe mußten aufgebaut und neue errichtet werden. Gestützt auf die sozialistischen Länder entstand das größte metallurgische Werk der DDR an der Oder, das Eisenhüttenkombinat Ost. Gleichzeitig entstand hier das neue Eisenhüttenstadt. Hier werden überwiegend Eisenerze aus der Sowjetunion (Kriwoi-Rog) verarbeitet. Den Koks liefert die Volksrepublik Polen. Das Eisenhüttenkombinat ist jetzt der wichtigste Roheisenproduzent der DDR. Es erzeugt jährlich etwa 1,6 Millionen t Roheisen. Die anfallenden Gichtgase werden in einem Kraftwerk verwertet, und die Schlacke wird zu Hüttenbims und zu Betonfertigteilen verarbeitet. Jetzt ist dem Kombinat ein modernes Kaltwalzwerk (2. Verarbeitungsstufe) angegliedert. Seit 1968 wird hier aus der Sowjetunion importiertes Warmband zu Kaltband verarbeitet. Dieses wird im Maschinenbau, in den Automobilwerken in Eisenach und Zwickau, für die Herstellung von Kühlschränken und Waschmaschinen benötigt.

Das zweite Hüttenwerk entstand 1950 – 1953 bei Calbe an der Saale. Sie wurden damals als Eisenwerke West bezeichnet. Bei den hier erstmals in der Welt gebauten Niederschachtöfen ging es darum, sowohl die eisenarmen und sauren einheimischen Erze als auch die reichlich vorhandene Braunkohle als Brennstoff zu verwenden. Die hier eingesetzten Erze wurden vor allem in den Gruben des Harzes und des Harzvorlandes gewonnen. Aus der näheren Umgebung von Calbe (Bernburg, Staßfurt) wurden die notwendigen Flußmittel herbeigeschafft. Als Koks wird der Braunkohlenskoks aus der Großkokerei Lauchhammer benutzt. Die Wasserversorgung erfolgt durch die Saale. Hauptprodukt ist Gießereirohisen. Infolge verstärkter Importe von Roheisen wird diese Produktion künftig eingestellt werden. Es ist vorgesehen, hier Leichtmetallprofile zu erzeugen.

Das einzige Stahlwerk, das gleich nach 1945 die Produktion aufnahm, war das Stahlwerk in der Maxhütte in Unterwellenborn. 1948 begannen die Stahl- und Walzwerke Hennigsdorf und Riesa zu arbeiten; 1950 nahm das Stahl- und Walzwerk Gröditz die Produktion auf. Um diese Zeit wurde auch das moderne Stahl- und Walzwerk Brandenburg errichtet.

Von großer Bedeutung, besonders für den Maschinenbau, ist das neuerschaffene Edelstahlwerk „8. Mai 1945“ in Freital bei Dresden. Dieses Werk erzeugt u.a. mit seinem Vakuumstahl Reinstähle. Dieser Vakuumofen ist ein 1200-KV-Elektronenstrahl-Mehrkommerofen, der die Produktion von Stählen höchster Reinheit ermöglicht. Es ist eine Entwicklung aus dem Institut von Professor Manfred von Ardenne. Die Rohstoffbasis der Stahlerzeugung ist neben eigenem und importiertem Roheisen überwiegend Schrott.

Die Produktion ausgewählter metallurgischer Erzeugnisse entwickelte sich folgendermaßen (in Millionen t):

Jahr	Roheisen	Rohstahl	Walzstahl (warmgewalzt)
1950	0,34	1,00	0,78
1960	1,99	2,34	2,61
1967	2,53	4,24	3,08

Auf Grund der Rohstofflage und der Möglichkeiten des Imports an Rohstahl und Massenstählen aus der Sowjetunion und anderen Ländern wird sich die eigene Roheisen- und Stahlerzeugung gegenwärtig nicht wesentlich erhöhen. Massenstähle werden stärker importiert werden; dagegen werden hochwertige Erzeugnisse der 2. Verarbeitungsstufe selbst erzeugt werden. Dies geschieht dann in den Walzwerken. Die Stahlwerke haben zugleich meist auch Walzwerke. Es gibt aber auch eine Reihe von selbständigen Walzwerken, so in Finow nordöstlich von Berlin, Kirchmöser bei Brandenburg, Burg, Ilsenburg (Harz), Oelsnitz (Erzgebirge), Zeithain bei Riesa (Rohre). Entsprechend den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen sind diese Warmwalzwerke sowie auch die Kaltwalzwerke (Eisenhüttenstadt, Oranienburg, Bad Salzungen, Brotterode) spezialisiert. So erzeugen Eisenhüttenstadt und Burg Feinbleche, Brandenburg und Hennigsdorf produzieren Stabstahl, Maschinenbaustahl, Kugellagerstahl. Diese zweite Verarbeitungsstufe umfaßt alle Kaltwalzerzeugnisse, kaltgewalzte Bleche, gezogene und gepreßte Profile, sämtliche Rohre sowie alle stranggepreßten Erzeugnisse. Bereits 1962 konnte die DDR zu 70 Prozent den Bedarf an diesen Erzeugnissen decken.

Im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe bestehen langfristige Handelsabkommen, die Steinkohle, Eisenerz, vor allem Roheisen und Stahleinfuhren sichern.

Warum ist der Maschinenbau ein entscheidender Wirtschaftsfaktor der DDR?

Auch die Produktionsstätten des Maschinenbaus wurden im Kriege stark zerstört. Hinzu kam, daß die imperialistische Spaltung Deutschlands sich insofern ungünstig für die DDR auswirkte, als hier zwar ein entwickelter Maschinenbau vorhanden war, jedoch der Schwermaschinenbau weitgehend fehlte. Der Maschinenbau ist einer der stärksten Zweige, der nicht unerheblich auf die industrielle Entwicklung der sozialistischen Länder einwirkt; denn der Maschinenbau liefert nicht nur für die eigene Industrie und die eigene Landwirtschaft Maschinen und Ausrüstungen, sondern hat auch den größten Anteil von allen Industriezweigen am Export. Auf den Maschinenbau entfielen im Jahre 1967 zusammen mit den anderen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie 54 Prozent der Warenausfuhr der DDR. Besonders bedeutsam ist der Export von Erzeugnissen des Maschinenbaus für die internationale sozialistische Arbeitsteilung. (1966 erfolgte die Ausfuhr zu 88 Prozent in die sozialistischen Länder.)

Die Hauptaufgabe des Maschinenbaus ist es, modernste Maschinen, Ausrüstungen und Apparate für alle Zweige der Volkswirtschaft bereitzustellen.

len. Dabei geht es vor allem um die Entwicklung und Produktion von automatischen und verkettbaren Ausrüstungen. Sie sind für die komplexe sozialistische Rationalisierung und die Chemisierung der Volkswirtschaft notwendig.

Die großen Aufgaben des Maschinenbaus werden weniger durch Neubauten, sondern durch Rationalisierung und Verbesserung der Technologie und Organisation gelöst.

Nach den Beschäftigungszahlen des Maschinenbaus stehen die drei sächsischen Bezirke Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig an vorderster Stelle; es folgen die Bezirke Halle, Magdeburg und Erfurt. Auch die Hauptstadt der DDR, Berlin, und die thüringischen Bezirke Gera und Suhl treten hervor.

Der Schwermaschinenbau, der im wesentlichen erst entwickelt werden mußte, hat für viele Zweige größte Bedeutung. Er ist besonders in den Bezirken Magdeburg und Halle vertreten. Zum Schwermaschinenbau gehört auch der Chemieranlagenbau, der seine Zentren in den Bezirken Leipzig, Magdeburg und Erfurt hat. Im Bereich des Schwermaschinenbaus ist weiter die Produktion von Ausrüstungen für die Kohleindustrie und Walzwerk-ausrüstungen wichtig. Diese Produktion ist in den Städten Magdeburg, Leipzig, Lauchhammer und Zeitz konzentriert. In Dessau werden komplette Zementwerke hergestellt. Des weiteren gibt es Werke für den Energiemaschinenbau und für das Transportwesen. Waggons werden in Halle-Ammendorf, Gotha, Dessau, Bautzen, Görlitz und Niesky hergestellt. Dazu kommt das Karl-Marx-Werk in Potsdam-Babelsberg, das Diesellokomotiven produziert, und in Hennigsdorf bei Berlin ein Werk für Elektrolokomotivbau.

Große Bedeutung hat der Werkzeugmaschinenbau. Dieser Zweig ist entscheidend für die wissenschaftlich-technische Entwicklung im Maschinenbau. Ein Schwerpunkt ist dabei die Produktion von Maschinen für die spanlose Verformung, von Ergänzungs- und Automatisierungseinrichtungen. Die Zentren hierfür sind Karl-Marx-Stadt, Berlin, Dresden, Leipzig, Erfurt, Gera und andere.

Nach 1963 wurden in der DDR etwa 90 Prozent der in der Welt bekannten Werkzeugmaschinentypen hergestellt. Neuerdings wird aber auf diejenigen Erzeugnisse orientiert, deren Produktion den Bedingungen der DDR entspricht, wobei der Bau größerer Serien angestrebt wird. Es handelt sich vor allem um Automaten und Halbautomaten, die mit moderner Steuerungs- und Regeltechnik versehen sind.

Der Landmaschinenbau ging vom Bau von Einzelmaschinen zur Herstellung kompletter Maschinensysteme über: zum Beispiel Kartoffel- und Zuckerrübenkombines, Maschinensysteme, die mehrere Arbeitsgänge komplex durchführen. In Weimar ist das Zentrum der Fertigung von Maschinensystemen für den Hackfruchtbau, in Neustadt (Bezirk Dresden) das von Maschinen für den Getreidebau. Die Produktion von Motoren und

Zugmitteln (Traktoren) erfolgt in Brandenburg, Nordhausen und Schönebeck/Elbe.

Gab es bis 1945 auf dem Gebiete der DDR nur einige wenige kleine Werften, so sind heute große leistungsfähige Werften entstanden. Die modernste davon ist die nach 1945 errichtete Warnowwerft in Rostock-Warnemünde. Dazu kommen noch die „Mathias-Thesen-Werft“ in Wismar, die „Neptun-Werft“ in Rostock, die Volkswerft „Ernst-Thälmann“ in Stralsund.

Hauptaufgabe des Schiffbaus ist die Fertigung moderner Fracht- und Passagierschiffe sowie von Fischereifahrzeugen, die in Qualität und Kosten jedem internationalen Vergleich standhalten. Die Hochseewerften sind auf bestimmte Schiffstypen spezialisiert; so werden in Wismar Passagierschiffe, in Rostock Frachtschiffe und in Stralsund Fischereifahrzeuge („Atlantik-Serie“) gebaut. Frachtschiffe werden bis etwa 12000 tdw gebaut.

Neben den Hochseewerften gibt es eine Reihe von Binnenwerften, so in Roßlau, Magdeburg, Boitzenburg, Eisenhüttenstadt, die teilweise den Hochseewerften zuliefern.

Abschließend sei noch einmal die Entwicklung des Maschinenbaus im Verhältnis zur gesamten Industrie aufgezeigt:

Index der industriellen Bruttoproduktion

	der Industrie	des Maschinenbaus
1950	100	100
1960	190	209
1967	443	572

Elektrotechnik/Elektronik – entscheidende Grundlagen der wissenschaftlich-technischen Revolution

Die Bedeutung dieses Industriezweiges steigt von Jahr zu Jahr. Er gibt die technische Basis für die Entwicklung des „Nervensystems“ der Volkswirtschaft ab. Prozeßrechner und andere Informationsverarbeitungsanlagen, Meß- und Prüfgeräte, Signal- und Sicherungsanlagen auf elektronischer Basis sind unabdingbare Voraussetzungen für die komplexe Mechanisierung und Systemautomatisierung der Produktion und des Transports. Deshalb wurde der Entwicklung gerade dieses Zweiges in der DDR große Beachtung geschenkt. Das findet auch darin seinen Ausdruck, daß er das höchste Wachstumstempo von allen Zweigen aufweist. Seine Produktion hat sich seit 1955 vervierfacht. Das ist die eine Seite.

Innerhalb des Zweiges haben darüber hinaus wesentliche Strukturveränderungen stattgefunden. So hat die Produktion der elektronischen Bauelemente das höchste Tempo vorgelegt und in dieser wiederum die von Halb-

leiterbauelementen. Dem Wertumfang nach hat die Produktion der letztgenannten die der Elektronenröhren schon 1967 weit überholt. Die Grundlage für diese rasche Entwicklung wurde mit dem Neubau bzw. Ausbau des Halbleiterwerkes in Frankfurt/Oder und der Keramischen Werke Hermsdorf gelegt. Darüber hinaus wurden z.B. das Funkwerk Erfurt und die Röhrenwerke in Neuhaus am Rennweg auf die Produktion von Halbleiterdioden bzw. thermoelektrische Kühlelemente auf Halbleiterbasis umgestellt. Dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen und wird mit der Entwicklung der Mikroelektronik fortgeführt. Neben den traditionellen Zentren des Baues von informationsverarbeitenden Anlagen aller Art und des wissenschaftlichen Gerätebaus wie Jena, Sömmerda, Karl-Marx-Stadt, Berlin entstand durch Umstellung eines früher Fernsehempfänger bauenden Werkes im Raum Dresden ein moderner Großbetrieb, in dem der Robotron 300, eine elektronische Datenverarbeitungsanlage der 2. Generation, seit 1967 produziert wird. Er ist volltransistorisiert und nach dem Baukastensystem aufgebaut.

Bis 1980 sind allein für die Forschung auf dem Gebiet der elektronischen Industrie soviel Mittel vorgesehen, wie der Aufbau des Erdölverarbeitungswerkes in Schwedt und Leuna II benötigt hat.

Leichtindustrie und Erhöhung des Lebensstandards

Die Entwicklung der Schwerindustrie der DDR war die unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der Leichtindustrie sowie ihre Modernisierung. Das findet seinen sichtbaren Ausdruck im Angebot und in der Ausgestaltung der Läden und Schaufenster, wovon sich jeder, der von uns nach „drüben“ fährt, leicht selbst überzeugen kann.

Der bedeutendste Zweig der Leichtindustrie ist die Textilindustrie. Sie hatte 1968 einen Anteil an der Produktion der Leichtindustrie von ca. 40 Prozent. Das Zentrum dieser Industrie ist der Bezirk Karl-Marx-Stadt, der mehr als 50 Prozent aller textilen Erzeugnisse liefert. Weitere Konzentrationszentren dieses Zweiges liegen in den östlichen Teilen der Bezirke Dresden und Cottbus sowie in den Bezirken Gera und Erfurt. Die Entwicklung dieses Zweiges bis 1968 (1967) zeigt die folgende Tabelle:

Industrielle Produktion ausgewählter Erzeugnisse der Textilindustrie (1955 = 100)

	1960	1968 (x 1967)
Baumwollgewebe	127	125
Dederongewebe	570	1750 x
Kunstseidengewebe	108	123
Dederonstrümpfe	179	326 x
Damen- und Herrenoberbekleidung	141	236
Kinderoberbekleidung	352	450

Daß auch die übrigen Zweige der Leichtindustrie nicht vergessen wurden, zeigt die Fortsetzung der Tabelle:

Lederwaren	170	265
Schuhe	138	165
Pelz- und Lederbekleidung	148	188 x
Möbel	178	266

Zentren der Lederwaren- und Schuhindustrie sind Leipzig, Weißenfels, Erfurt, Berlin und der Möbelindustrie die Bezirke Gera, Dresden, Berlin und Leipzig.

Auf Grund der Entwicklung der Produktion aller Zweige der Leichtindustrie sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, der Konsumgüter erzeugenden Zweige der metallverarbeitenden Industrie usw. erhöhte sich der Einzelhandelsumsatz in der DDR beträchtlich, wie die folgende Tabelle zeigt:

Einzelhandelsumsatz der DDR (1950 = 100)

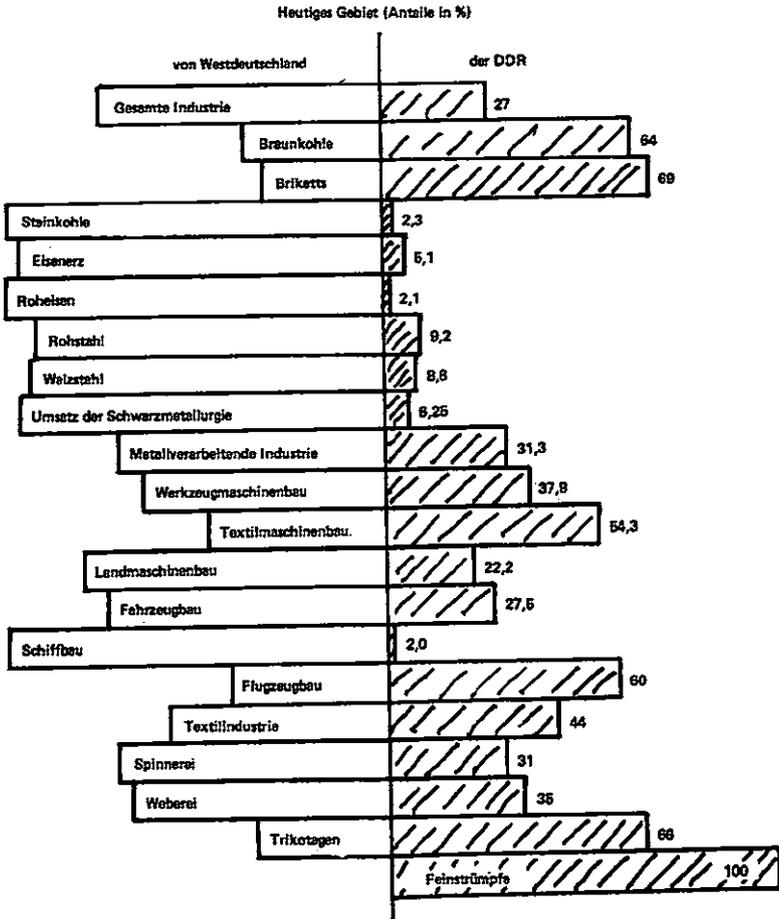
	1960	1965	1968
Industriewaren (ohne Textilien, Bekleidung und Schuhe)	335	385	440
Industriewaren (gesamt)	299	331	366
Einzelhandelsumsatz	261	296	336
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	236	274	312

Wer allerdings aus der relativ langsameren Entwicklung des Einzelhandels bei Nahrungs- und Genußmitteln das so oft zitierte Bild der „hungernden Brüder und Schwestern in der Zone“ ableiten möchte, kann seine Vorstellungen an der Entwicklung des Bestandes an langlebigen technischen Haushaltsgütern leicht revidieren:

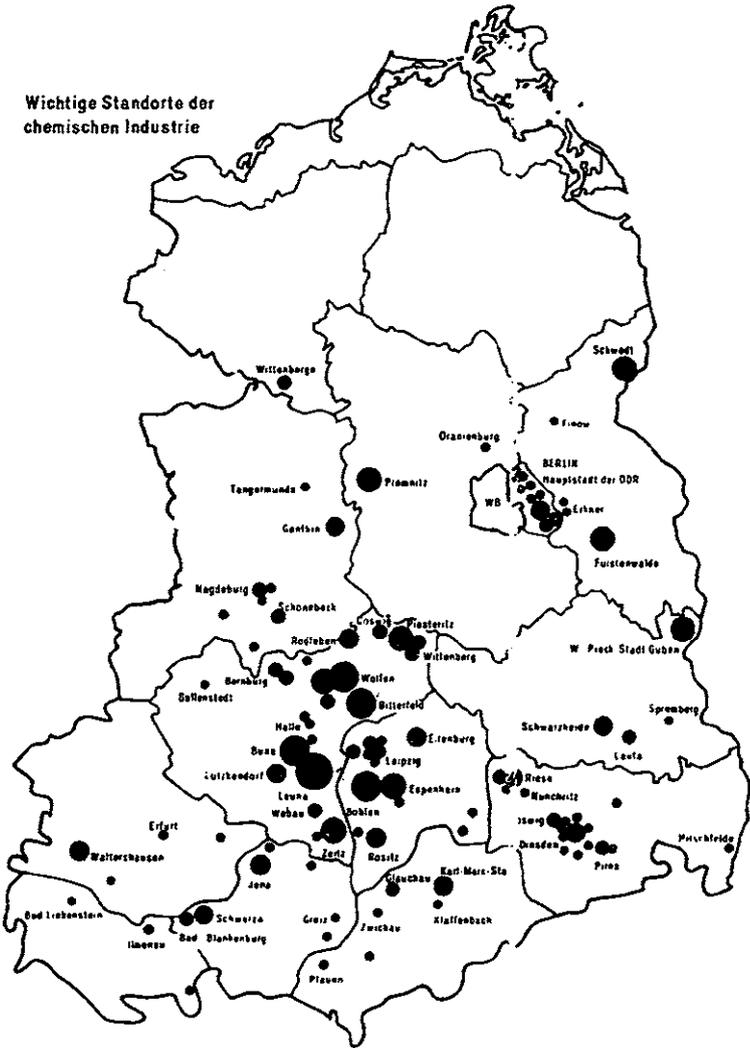
Bestand pro 100 Haushalte	1960	1963	1968
Fernsehgeräte	17	36	64
Kühlschränke	6	15	44
Waschmaschinen	6	17	44

Die hier wiedergegebenen Tatsachen über die Industrie der DDR geben natürlich noch kein vollständiges Bild von der Wirtschaftskraft der Deutschen Demokratischen Republik, die zu den ersten zehn Industrieländern der Erde gezählt wird. Dazu müssen auch die anderen Zweige der Volkswirtschaft, wie die Landwirtschaft, der Handel und das Gewerbe einer eingehenden Betrachtung unterworfen werden. Das wird in anderen Lehrbriefen nachgeholt werden.

Verteilung der Industrieproduktion Deutschlands
1938



Wichtige Standorte der chemischen Industrie



MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Die Industrie der Sowjetunion

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

6



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt	Seite
Die Industrie der Sowjetunion	
Die Ausgangsbasis	1
Territorium, Grenzen, Bevölkerung	2
Standortverteilung und Struktur der Industrie	4
Stellung der Industrie in der Volkswirtschaft	5
Die Energiewirtschaft	8
Die Brennstoffindustrie	10
Die Metallurgie	11
Der Maschinenbau	12
Die Chemieindustrie	13
Die Leicht- und Nahrungsgüterindustrie	15
Bildung, Wissenschaft und sozialer Fortschritt	19
Quellen	20

Preis DM 1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Die Ausgangsbasis

Um ein objektives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion zu erhalten, sind drei Faktoren zueinander in Beziehung zu setzen: die Ausgangsbasis der Entwicklung, die Bedingungen, unter denen sie verlaufen ist und die Resultate des wirtschaftlichen Aufbaus.

Das zaristische Rußland war ein rückständiges Agrarland. Gegenüber einem Anteil von 9 Prozent der Weltbevölkerung im Jahre 1913 lag die Industrieproduktion nur bei etwas über 4 Prozent der Weltindustrieproduktion. 1913 betrug der Umfang der Industrieproduktion Rußlands nur 12,5 Prozent des Produktionsumfangs der USA. Die Ausrüstung mit Maschinen war in England viermal, in Deutschland fünfmal und in den USA zehnmal größer als in Rußland.

Von diesem Besitzstand ging jedoch nur ein geringer Teil in die Hände der Rätemacht über; ein großer Teil der Produktivkräfte wurde während des ersten Weltkriegs vernichtet oder geraubt. Ein weiterer Teil ging im Bürgerkrieg der Jahre 1918 bis 1920 verloren. 1920 erzeugte die sowjetische Industrie nur ein Siebentel der Produktion des Jahres 1913.

War schon die Ausgangsbasis für den sozialistischen Aufbau äußerst ungünstig, so erfolgte auch die Entwicklung der nachfolgenden Jahre unter schwierigsten Umständen:

Fast 20 Jahre ihrer sozialistischen Existenz vergeudete die Sowjetunion für die ihr aufgezwungenen Kriege und die Beseitigung der Kriegsfolgen; allein der Zweite Weltkrieg warf sie in ihrer Entwicklung um etwa 10 Jahre zurück.

Die Wiederherstellung der in zwei Weltkriegen und einem Bürgerkrieg zerstörten Volkswirtschaft erfolgte unter Bedingungen des ökonomischen und politischen Boykotts.

Der industrielle Aufbau mußte unter den Bedingungen einer feindlichen kapitalistischen Umkreisung beschleunigt, aus eigener Kraft und bei gleichzeitiger Aufbürdung gewaltiger Verteidigungslasten bewältigt werden.

Erhebliche Investitionsmittel wurden als Hilfsleistungen für antikolonialistische Befreiungsbewegungen und solche Länder aufgebracht, deren Unabhängigkeit durch Imperialismus und Neokolonialismus bedroht ist.

Während der Zweite Weltkrieg für die USA eine Zeit der Hochkonjunktur einleitete, vernichtete er in der Sowjetunion 20 Millionen Menschenleben, 32 000 Betriebe und die Hälfte des Wohnungsbestandes in den besetzten Gebieten.

Territorium, Grenzen, Bevölkerung

Die Sowjetunion ist mit 22,4 Millionen km² das größte Land der Erde. Auf ihrem Gebiet haben die USA dreimal, Indien siebenmal und Japan sechzigmal Platz. Das Land erstreckt sich in west-östlicher Richtung in einer Länge von 10 000 km. Der westlichste Punkt des Festlandes befindet sich an der Ostseeküste bei Kaliningrad (früher Königsberg), während der östlichste Punkt bei Kap Deschnew an der Behringstraße liegt. Die Nord-Süd-Ausdehnung reicht über 5 000 km vom Kap Tscheljuskin im nördlichen Eismeer bis zum Grenzort Kuschka an der afghanischen Grenze.

Tafel 1

Territorium und Bevölkerung der UdSSR

	Territorium (1 000 km ²)	Bevölkerung (in Mill.)			Hauptstädte Einwohner in 1000	
		1913	1966	1968		
UdSSR	22 402,2	159,2	231,8	237,8	Moskau	6 464
RSFSR	17 075,4	89,9	126,6	128,2	Moskau	
Ukrainische SSR	601,0	35,2	45,5	46,6	Kiew	1 371
Bjelorussische SSR	207,6	6,9	8,6	8,9	Minsk	739
Usbekische SSR	449,6	4,4	10,6	11,5	Taschkent	1 127
Kasachische SSR	2 715,1	5,6	12,1	12,8	Alma Ata	636
Grusinische SSR	69,7	2,6	4,5	4,7	Tbilissi	823
Aserbaidshanische SSR	86,6	2,3	4,7	5,0	Baku	1 164
Litauische SSR	65,2	2,8	3,0	3,0	Vilnius	305
Moldauische SSR	33,7	2,1	3,4	3,5	Kischinkow	289
Lettische SSR	63,7	2,5	2,3	2,3	Riga	666
Kirgisische SSR	198,5	0,9	2,7	2,9	Frunse	370
Tadschikische SSR	143,1	1,0	2,6	2,8	Duschanbe	323
Armenische SSR	29,8	1,0	2,2	2,3	Jerewan	643
Turkmenische SSR	488,1	1,0	1,9	2,0	Aschchabad	230
Estnische SSR	45,1	0,9	1,3	1,3	Tallin	335

Die Staatsgrenze ist mit 60 000 km eineinhalbmal so lang wie der Äquator. Die Sowjetunion hat gemeinsame Grenzen mit folgenden Staaten:
 Sozialistische Länder: Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien, China, Mongolische Volksrepublik und Koreanische Volksrepublik
 Nichtsozialistische Länder: Finnland, Norwegen, Afghanistan, Türkei, Japan, Persien, Pakistan.

Die Sowjetunion ist ein Nationalitätenstaat. Ihr gehören 15 Republiken an, innerhalb deren es noch 20 autonome Republiken, 8 autonome Gebiete, 6 Regionen, 108 Gebiete und 10 nationale Kreise gibt.

Die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung stieg von 42,0

(Männer) und 47,0 (Frauen) Jahren im Zeitraum von 1926/1927 auf 66,0 (Männer) und 73,0 (Frauen) Jahre im Zeitraum von 1963/1964, und dieser Prozeß der Verlängerung setzt sich auch gegenwärtig fort.

Tafel 2

Lebendgeborene, Gestorbene und Geburtenüberschuß je 1000 der Bevölkerung

Land	Lebendgeborene			Gestorbene			Geburtenüberschuß		
	1955	1966	1967	1955	1966	1967	1955	1966	1967
UdSSR	25,7	18,2	17,4	8,2	7,3	7,6	17,5	10,9	9,8
BRD	16,0	17,9	17,2	11,0	11,3	11,2	5,0	6,6	6,0
USA	24,7	18,4	17,9	9,3	9,5	9,4	15,4	8,9	8,5
Schweden	14,8	15,8	15,4	9,5	10,0	10,1	5,3	5,8	5,3

Diese Angaben gewinnen an Gewicht, wenn man bedenkt, daß die Lage des Landes (europäischer Teil 5,6 Mill. km², asiatischer 16,8 Mill km²), seine Ausdehnung, die klimatischen und vor allem die historischen Bedingungen eigentlich einen Vergleich mit den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern der Welt aufdrängen. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, daß unter sozialistischen Bedingungen die „Unterentwicklung“ ganzer Völkerschaften in der UdSSR beseitigt wurde.

Charakteristisch für die Entwicklung der Sowjetunion zu einem entwickelten Industrieland ist auch die Veränderung der Klassenstruktur (Tafel 3).

Tafel 3

Klassenmäßige Gliederung der Bevölkerung der UdSSR (in Prozent)

	1913	1928	1959	1966	1967
Gesamtbevölkerung	100	100	100	100	100
Arbeiter- und Angestellte	17,0	17,6	68,3	76,4	77,34
Kolchosbauern und Mitglieder von Handwerker-genossenschaften		2,9	31,4	23,6	22,63
Einzelbauern und Handwerker	66,7	74,9	0,3	—	0,03
Bourgeoisie, Gutsbesitzer, Händler und Großbauern	16,3	4,6	—	—	—

Standortverteilung und Struktur der Industrie

Natürliche Reichtümer, Arbeitskräfte

Den Hauptteil der Sowjetunion bildet die gewaltige Kontinentalfläche von Eurasien. Etwa ein Viertel des Territoriums liegt in Europa, etwa drei Viertel liegen in Asien. Zwischen den westlichen Gebieten und Ostsibirien, das ebenfalls zum größten Teil noch zu dieser Zone zählt, bestehen bedeutende Unterschiede (vor allem in den jährlichen Temperaturschwankungen, die in Ostsibirien 60 Grad betragen).

Die Sowjetunion verfügt über ausreichende natürliche Ressourcen. Das sind zum Beispiel über 40 Prozent der Weltvorräte an Eisenerz, über 80 Prozent an Mangan, 60 Prozent der Weltvorräte an Kohle und Torf. Die Sowjetunion steht nach ihren erforschten Eisen-, Blei-, Zink-, Wolfram-, Quecksilber-, Schwefel-, Kali- und Phosphatvorräten an erster Stelle in der Welt. Das gilt auch für Erdöl und Erdgas und andere Rohstoffe.

Zu Beginn des Jahres 1966 hatten sich die prospektierten Vorräte im Vergleich zu 1958 bei folgenden Bodenschätzen verdoppelt: Erdgas, Brillanten, Molybdän, Titan, Kalisalze, Phosphorite. Auf das anderthalbfache erhöhten sie sich bei Erdöl, Gold, Zinn, Kupfer, Quecksilber, Kobalt, Blei usw.

Allerdings liegen nicht selten diese Bodenschätze in weit entfernten, schwer zugänglichen Gebieten. Die Bevölkerungsdichte ist häufig dort sehr gering, das Klima rau. Während gegenwärtig $\frac{3}{4}$ des sowjetischen Industriepotentials auf dem europäischen Kontinent liegen, sind im asiatischen Teil der UdSSR $\frac{9}{10}$ der Gesamtenergie- und Brennstoffressourcen konzentriert, $\frac{4}{5}$ der prospektierten Vorräte an Eisenerzen von gesamtnationaler Bedeutung, ein bedeutender Teil der Lagerstätten an Buntmetallerzen, seltenen Metallen und Spurenelementen usw. Die Erschließung dieser Reichtümer erfordert große Mittel der Volkswirtschaft.

Die Sowjetunion ist außerordentlich reich an Wasserkraftressourcen. Die potentiellen Energiereserven dieser Art, die industriell erschließbar sind, betragen 1 721 Mrd. Kwh pro Jahr. Auch hier ist die Lage ähnlich wie bei den Bodenschätzen: 80 Prozent der hydroenergetischen Ressourcen entfallen auf Sibirien und den Fernen Osten, 15 Prozent auf Mittelasien und nur ganze 5 Prozent auf den europäischen Teil der UdSSR.

Zu den Reichtümern des Landes gehören gewaltige Waldflächen. Fast ein Drittel des Landes ist von Wald bedeckt. Die Gesamtvorräte an Holz belaufen sich auf über 75 Mrd. m^3 , darunter an Nadelholz 64 Mrd. m^3 .

Die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten erreichte 1969 fast 87,9 Millionen. 1970 werden in der Volkswirtschaft der Sowjetunion rund 90 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt sein. Etwa 85 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung sind berufstätig oder in der Ausbildung. Allerdings ist der Anteil der nur im Haushalt tätigen Frauen noch beträchtlich

(wie auch in der Hauswirtschaft in den bäuerlichen Wirtschaften). Ein Problem ist die Nutzung der Arbeitskräftereserven während des Winters auf dem Lande sowie in den kleineren Städten. Dagegen herrscht in den Gebieten des Osten, jenseits des Urals, Mangel an Arbeitskräften.

Allerdings haben sich in der geographischen Verteilung der Bevölkerung schon bedeutende Veränderungen vollzogen. In den Jahren 1939 bis 1961 nahm die Bevölkerung Westsibiriens um 29 Prozent zu, Ostsibiriens um 40 Prozent, im Fernen Osten um 95 Prozent, in Kasachstan und Mittelasien um 56 Prozent.

Stellung der Industrie in der Volkswirtschaft

Gegenwärtig nehmen, im Gegensatz zu früher, Industrie und Bauwesen innerhalb der Volkswirtschaft der UdSSR den ersten Platz ein.

Tafel 4

Zweigstruktur des Nationaleinkommens der UdSSR (in Prozent)

	1929	1940	1965
Gesamtes Nationaleinkommen	100	100	100
davon:			
Industrie und Bauwesen	49	57,7	61,4
Landwirtschaft	36	30,9	22
Verkehrs-, Post,- und Fernmeldewesen	4,7	3,6	5,6
Handel und Versorgung usw.	10,3	7,8	11,0

Tafel 5

Nationaleinkommen nach Volkswirtschaftszweigen 1967

	Mrd. Rubel
Gesamtes Nationaleinkommen	224,6
Industrie	115,5
Bauwesen	21,2
Landwirtschaft	50,4
Verkehrs- und Verbindungswesen	13,3
Handel und Versorgung usw.	24,2

Nach dem Umfang der Industrieproduktion steht die Sowjetunion an erster Stelle in Europa und an zweiter in der Welt. Die UdSSR stellt mehr Industriegüter her als Großbritannien, Frankreich und die Bundesrepublik zusammengenommen.

Den ersten Platz in der Welt nimmt die Sowjetunion bei der Erzeugung von (bzw. der Förderung von) Steinkohle und Eisenerz, Koks, Zement, Holz, Diesel- und Elektrolokomotiven, Traktoren, Getreidekombines, spanabhebenden Werkzeugmaschinen, Woll- und Leinenstoffen, Zucker und tierischen Fetten ein.

Tafel 6

Produktion wichtiger Erzeugnisse

Erzeugnis	Maßeinheit	1928	1940	Sowjetunion			1969	USA	BRD
				1945	1966	1967		1967	
							In () 1968		
Elektroenergie	Mrd.kWh	5,0	48,3	43,3	545	689	1 316,9 (1 475)	184,7 (190)	
Stahl	Mill. t	4,3	18,3	12,3	96,9	110	115,4 (119)	36,7 (41)	
Erdöl	Mill. t	11,6	31,1	19,4	265	328	502,819 (526,0)	7,926 (8)	
Erdgas	Mrd. m ³	0,3	3,4	3,4	145	183	514,6 (530)	3,7	
Kohle	Mill. t	35,5	165,9	149,3	585	608	508,4 (497)	112,0 (112)	
Zement	Mill. t	1,8	5,7	1,8	80	89,8	65 (71)	32 (33)	
Spanabh. Werkzeugm.	Taus. Stück	2,0	58,4	38,4	191	206			
Kraftfahrzeuge	Taus. Stück	0,8	145,4	74,7	675	844,3	9 000 (10 700)	2 482 (3 107)	
Traktoren, landwirtschaftl.	Taus. Stück	1,3	31,6	7,7	382	442	290 (275)	105 (110)	

Tafel 7

Länder, die mehr erzeugten als auf dem heutigen Territorium der UdSSR

	1913	1967
Gesamte Industrieproduktion	USA, Deutschland, England, Frankreich	USA
Elektroenergie	USA, Deutschland, England, Kanada, Italien, Frankreich, Norwegen	USA
Erdöl/Erdgas	USA	USA
Kohle	USA, England, Deutschland, Territorium des heutigen Polens, Frankreich	—
Roheisen/Stahl	USA, Deutschland, England, Frankreich	USA
Chemische Erzeugnisse		USA
Maschinenbauerzeugnisse	USA, Deutschland, England	USA
Zucker (aus eigenen Rohstoffen)	Kuba, Deutschland, Indien	—
Zement	USA, Deutschland, England, Frankreich	—

Tafel 8

Vergleich von Grundkennziffern UdSSR – USA

	UdSSR in Prozent zu USA	
Gesamtgesellschaftliches Produkt 1967		63 %
Nationaleinkommen 1967		63 %
Industrieproduktion		
1913 (Territorium des ehemaligen Russischen Reiches)		12,5 %
1950	weniger als	30 %
1967	über zwei Drittel	
Investitionen (Umfang)		
1950		30 %
1967	über	90 %
Arbeitsproduktivität in der Industrie		
1913 (Territorium des ehemaligen Russischen Reiches)	etwa	11 %
1967		45 – 50 %
Arbeitsproduktivität im Bauwesen		
1967	über	60 %

Wenden wir uns nun den einzelnen Industriezweigen näher zu.

Die Energiewirtschaft

Die ständige Steigerung der Produktion von Elektroenergie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Entwicklung moderner Volkswirtschaften.

Im vorrevolutionären Rußland lag die Gesamtkapazität der E-Werke bei 1,9 Mrd. KWh. Die Kraftwerke hatten meist eine Leistung von 5 000 bis 7 000 kw. Die Länge der Hochspannungsleitungen (mit 22 bis 30 kV Spannung) betrug nur 320 km. Als 1920 im Moskauer Bolschoi-Theater ein Zehnjahresplan zur Elektrifizierung Rußlands beraten wurde, mußte man, um die Landkarte auf der Bühne beleuchten zu können, den Strom für die ganze Stadt abschalten.

Die ungeheure Ausdehnung des Landes, die geringe Dichte der Besiede-

lung, rauhe klimatische Bedingungen und ein Mangel an Fachkräften warfen zusätzliche Probleme auf.

Dennoch konnte die Sowjetunion ihre Energieerzeugung erheblich steigern. Sämtliche Ausrüstungen der E-Werke werden jetzt im Land selbst hergestellt. Die Leistungen der einzelnen Aggregate stiegen von 24 bis 50 Megawatt (MW) auf 200 bis 800 MW. Das Hauptgewicht der Energieerzeugung liegt bei den Wärmekraftwerken auf der Grundlage von Braun- und Steinkohle, bei Atomkraftwerken und bei der Nutzung von Erdöl und Erdgas in Verbindung mit Gasturbinen. In Bjelogarsk und Nowo-Woronesch entstanden Kernkraftwerke mit einer projektierten Leistung von 400 bzw. 800 MW.

Die Sowjetunion hat nicht nur die größten Atom- und Wärmekraftwerke der Welt, sondern auch die größten Wasserkraftwerke. Das Bratsker Werk in Sibirien erzeugte 1966 mit 4 050 MW doppelt soviel Strom wie das größte der kapitalistischen Welt, Grand Coule, in den USA. Im März 1970 erreichte das Wasserkraftwerk von Krasnojarsk seine projektierte Leistung von 5 000 MW.

1970 verfügt die Sowjetunion über 10 Hochspannungsleitungen mit einer Spannung von 500 kV. Anfang 1971 sollen Vorbereitungsarbeiten für den Bau einer Hochspannungsleitung von 1500 kV über eine Entfernung von 2 000 km aus Sibirien in die Zentralgebiete des europäischen Teils der UdSSR begonnen werden. Es ist vorgesehen, das Verbundsystem Mittelasiens an die Verbundsysteme des europäischen Teils und Mittelsibiriens anzuschließen und so ein einheitliches Verbundsystem für die gesamte Sowjetunion – und darüber hinaus für die Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe – zu schaffen. Bereits gegenwärtig ist das Energiesystem der Westukraine und Bjelorußlands mit dem RGW-Verbundsystem mit Dispatcherzentrale in Prag verbunden.

Die Produktion von Elektroenergie stieg in der Sowjetunion von 1,9 Mrd. KWh im Jahre 1913 über 5 Mrd. 1928, 48,3 Mrd. 1940, 43,3 Mrd. 1945, 91,2 Mrd. 1950, 233 Mrd. 1958, 507 Mrd. 1965 auf 589 Mrd. KWh im Jahre 1967.

Trotzdem bleibt die weitere Beschleunigung des Zuwachses an Elektroenergie eine dringende Aufgabe. Tafel 7 zeigt sowohl das Tempo des Zuwachses in der Sowjetunion als auch die Größe der noch vor ihr stehenden Aufgaben.

Tafel 9

Elektroenergie-Erzeugung

	1950	1955	1960 KWh	1965	1967	Pro Kopf der Bevölkerung (1967 in KWh)
Sowjet- union	991 226	170 225	292 274	506 672	589 000	2 505
USA	388 674	629 010	844 188	1 157 583	1 314 300	6 601
BRD	44 466	76 542	116 418	168 765	181 346	3 143

Die Brennstoffindustrie

Kohle: Obwohl gerade in den letzten Jahren bedeutende Anstrengungen unternommen wurden, die Brennstoffbilanz durch die forcierte Entwicklung anderer Energieträger den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution anzupassen, behält die Kohle nach wie vor einen wichtigen Platz in der Wirtschaft.

Tafel 10

Die Förderung von Kohle (umgerechnet in Steinkohle), Erdöl und Erdgas (in Mill. t, Erdgas in Mill. m³)

	1950	1955	1960	1965	1969
Kohle	224,5	335,6	444,3	505,1	608
Erdöl	37,9		147,9	242,9	328
Erdgas	5,8		45,3	127,7	183

1955 hatte die Kohle noch einen Anteil von 77 Prozent am gesamten Brennstoffverbrauch des Landes, 1965 war er schon auf 48 Prozent gesunken.

Erdöl: Während die Sowjetunion 1950 den Stand der USA von 1913 in der Erdölförderung aufzuweisen hatte, benötigte sie nur 19 Jahre, um auf 328 Mill. t zu kommen.

1965 wurden etwa 190 Mill. t, d.h. etwa 3/4 der gesamten Erdölgewinnung im Wolga-Uralgebiet gefördert. Dieses Gebiet bildet auch weiterhin den Schwerpunkt. Zunehmende Bedeutung erhalten aber Kasachstan und Sibirien.

1963 wurde die größte Erdölleitung der Welt, die 5000 km lange Leitung „Freundschaft“ ihrer Bestimmung übergeben. Zum Vergleich sei hier daran erinnert, daß die amerikanische Pipeline „Big inch“ 2190 km und die Transarabische Ölleitung 1720 km lang sind. Die Erdölleitung „Freundschaft“ liefert Erdöl nach Polen, der DDR, der CSSR und Ungarn.

Erdgas: In Zukunft gewinnt das Erdgas sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch außerhalb, für den Export, immer größere Bedeutung. Vorhanden, bzw. vorgesehen, sind Leitungen nach Polen, der DDR, der CSSR, Ungarn, Bulgarien, Österreich und der Bundesrepublik.

In der Sowjetunion sind schon Gasleitungen von Gasli nach dem Ural (2500 km), von Mittelasien über Moskau nach Leningrad (3500 km) und von Sibirien nach dem Ural usw. in Betrieb.

Die umfassende Verwendung von Erdgas in der Industrie führt zu tiefgehenden Veränderungen in der Technologie und der Ökonomik. In der Eisenmetallurgie werden bereits 70 Prozent des Roheisens mit Gas erschmolzen, in den SM-Öfen beträgt der Anteil des Erdgases an der Stahlherzeugung schon 50 Prozent. Über 60 Prozent des Ammoniakdüngers werden aus Gas gewonnen, wodurch sich die Selbstkosten der Düngemittel um 25 bis 30 Prozent verringert haben. Aus Gas gewonnener Äthylalkohol ist um 60 Prozent billiger als Spiritus, der aus Lebensmittelrohstoffen gewonnen wird.

Die Metallurgie

Neben der Energieerzeugung und der Chemieindustrie ist die Metallurgie Grundlage der gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklung; ihr ständiger Ausbau ist die Voraussetzung für die Produktion von Maschinen, Ausrüstungen und Produktionsmitteln aller Art.

Im Zweiten Weltkrieg erlitt besonders die sowjetische Metallurgie schwere Verluste. 37 Hüttenwerke wurden schwer beschädigt, 62 Hochöfen vernichtet, 213 Martinöfen und 288 Walzstraßen zerstört oder beschädigt. Trotzdem erreichte die Sowjetunion 1970 annähernd den Stand der amerikanischen Stahlproduktion. Die Sowjetunion besitzt die modernsten und größten Hochöfen der Welt; ihre tägliche Kapazität liegt zwischen 3 000 und 5 000 t Roheisen.

Die Erschließung der sowjetischen Ostgebiete zeigt sich eindrucksvoll in der Verlagerung der Metallurgie nach Osten. 1965 wurden bereits 43 Prozent des Roheisens, 47 Prozent des Stahls und 48 Prozent des Walzgutes in den östlichen Gebieten der Sowjetunion produziert. Tafel 11 gibt Aufschluß über die sowjetische Metallurgie-Entwicklung und ermöglicht zugleich einen Vergleich mit den USA.

Tafel 11

Eisenerz-Förderung (in 1 000 t)

	Roheisenerzeugung (in Mill. t)					
	1940	1950	1960	1965	1969	1967 Pro Kopf (kg)
Sowjetunion	14,9	19,2	46,8	66,2	81,6	318
USA	38 (1937)	60,2	62,2	82,5	83 (1968)	399
	Stahlerzeugung					
Sowjetunion	18,3	27,3	65,3	91,0	110	434
USA (Rohstahl in Blöcken und flüssig)	51 (1937)	87,8	90,1	119,3	119 (1968)	593
Bundesrepublik (Rohstahl wie oben)		12,1	34,1	36,8	41 (1968)	637

Nach den Erfolgen in der Mengenproduktion verlagert sich jetzt das Schwergewicht der sowjetischen Wirtschaftspolitik auf die Verbesserung der technischen und ökonomischen Parameter. Nach der Leistung der Einzelaggregate an Hochöfen und SM-Öfen sowie in der Anwendung des Stranggußverfahrens hat die Sowjetunion die führenden kapitalistischen Staaten übertroffen.

Ähnlich entwickelt sich die Nichteisenmetallurgie. Die Sowjetunion nimmt in der Gewinnung von Kupfer, Aluminium, Blei, Zink, Nickel, Titan, Platin, Gold und anderen seltenen Metallen einen führenden Platz in der Welt ein.

Der Maschinenbau

Für die Volkswirtschaft der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder hat der Maschinenbau große Bedeutung. Im Unterschied zu den entwickelten kapitalistischen Ländern wie Großbritannien, Westdeutschland, den USA und anderen begann die Entwicklung des Maschinenbaus in der Sowjetunion praktisch erst in den zwanziger Jahren nach der Oktoberrevolution. 1913 hatte die russische Maschinenbauproduktion, die zudem noch weitgehend von ausländischem Kapital beherrscht wurde, nur einen Anteil von 7,3 Prozent an der gesamten Industrieproduktion.

Der sowjetische Maschinenbau folgt internationalen Tendenzen und bestimmt in einzelnen Produkten bereits den Welthöchststand (z.B. im Energiemaschinenbau, bei vollautomatischen Fließsystemen und elektronischen

Bauelementen). Das Wachstumstempo des Maschinenbaus ist seit der Revolution außerordentlich hoch. Die folgende Übersicht ermöglicht einen Vergleich mit den USA:

Tafel 12

Wachstumstempo der Produktion des Maschinenbaus
(1950 = 100)

	1957	1958	1960	1964	1965
UdSSR	280	318	421	690	756
USA	155	135	165	203	229

Auch im Maschinenbau liegt der Schwerpunkt neben der mengenmäßigen Erweiterung auf der Verbesserung der qualitativen Parameter. Der Prozeß der Erneuerung und Erweiterung des Sortiments wird beschleunigt. Die Produktion von Werkzeugmaschinen mit Programmsteuerung zum Beispiel wird 1970 das 2,8-fache des Jahres 1965 betragen, die von automatischen und halbautomatischen Taktstraßen das Doppelte der des Jahres 1965. Das gleiche gilt für die Produktion von Strangußanlagen.

Eine Rationalisierung der Standortverteilung erfolgt sowohl durch die Weiterentwicklung der alten Maschinenbauzentren im europäischen Teil der Sowjetunion als auch durch die Bildung neuer Zentren des Maschinenbaus im Osten, in den Gebieten billiger Energie, reicher Rohstoffvorkommen und der Großabnehmer dieser Erzeugnisse.

Besonders große Aufgaben löst der Energiemaschinenbau. Es werden vollautomatisierte energetische Blockeinheiten (Kessel und Turbine) mit 500 bis 800 Megawatt Leistung hergestellt, Wasserturbinen mit Generator für 500 bis 550 MW Leistung. Die Erdölverarbeitungsindustrie erhält Anlagen für Fördertiefen bis 7000 m sowie Bohraggregate bis zu 15 000 m Tiefe, um die Bildung und Verteilung der Bodenschätze zu untersuchen.

Abschließend sei als Beispiel nur noch auf die Erfolge der sowjetischen Flugzeugindustrie verwiesen, die sich auch zunehmend in das internationale Exportgeschäft einschaltet.

Die Chemieindustrie

Die Chemie gehört in der Sowjetunion zu den dynamischsten Industriezweigen, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß ihr gegenwärtiger Stand hinter den Erfordernissen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre wurde hauptsächlich die anorganische Chemie weiterentwickelt, die beträchtliche Steigerungsraten erreichte.

Danach rückte die organische Chemie mehr in den Mittelpunkt und wird jetzt besonders forciert entwickelt.

Während die Sowjetunion nach der absoluten Produktion bei einem großen Teil der chemischen Erzeugnisse nach den USA den zweiten Platz in der Welt einnimmt, liegt die Pro-Kopf-Produktion noch verhältnismäßig niedrig.

Tafel 13

Pro-Kopf-Produktion wichtiger Chemieerzeugnisse (in kg)

		1950	1963	1967
Schwefelsäure	UdSSR	11,8	30,6	41,4
	USA	77,6	98,0	128,5
	BRD	30,2	59,0	65,0
	DDR	16,3	53,6	57,8
Kalzin. Soda	UdSSR	3,9	10,8	12,8
	USA	23,8	22,2	22,0
	BRD	15,4	18,5 (1962)	19,0 (1963)
	DDR	5,6	39,6	36,5
Ätznatron	UdSSR	1,7	4,3	6,0
	USA	15,0	27,9	36,0
	BRD	7,0	22,0	18,9 (1963)
	DDR	8,2	20,8	22,8
Stickstoffdünger	UdSSR	2,2	7,8	
	USA	6,9	16,7	
	BRD	9,0	22,0	
	DDR	12,6	19,8	
Plaste u. Kunstharze	UdSSR	2,9	6,6	
	USA	12,7	28,8
	BRD	7,3	25,9 (1963)
	DDR	1,3	11,4	16,3
Phosphordünger	UdSSR	0,4	2,4	
	USA	6,7	21,5	
	BRD	2,3	25,8	
	DDR	2,1	10,8	
Chemiefasern	UdSSR	0,1	1,4	2,2
	USA	4,1	6,0	8,5
	BRD	3,4	7,1	7,9
	DDR	5,1	9,8	—
davon synth. Fasern	UdSSR	0	0,2	0,49
	USA	0,4	2,7	5,3
	BRD	0,02	1,9	2,2 (1963)
	DDR	0	1,1	1,4

Diese Angaben zeigen sowohl die außerordentlich großen Fortschritte, die im Entwicklungstempo der chemischen Erzeugung in den letzten Jahren in der Sowjetunion erreicht wurden, als auch die großen Aufgaben, die noch vor der Volkswirtschaft der UdSSR stehen. Die Petrochemie entwickelt sich gegenwärtig sehr schnell. Es entstehen große Erdölverarbeitungswerke, die den Ausgangspunkt einer modernen Petrochemie bilden. Dabei ist immer zu bedenken, daß bereits der jetzige Produktionsstand beträchtliche Produktionsmengen enthält. So wurden z.B. 1969 10,664 Mill. t Schwefelsäure (Steigerung gegenüber 1968 5 Prozent) Pflanzenschutzmittel (gerechnet in 100 Prozent Wirkstoffe) 157 000 t (Steigerung zu 1968 15 Prozent); Chemiefasern 583 000 t (Steigerung zu 1968 5 Prozent) hergestellt. Bei Plasten und synthetischen Harzen waren es 1969 1 452 000 t (Steigerung zu 1968 12 Prozent).

Die Leicht- und Nahrungsgüterindustrie

Die Leichtindustrie stellt mit 3 741 000 Beschäftigten (1965) einen bedeutenden Industriezweig dar. Auskunft über die Entwicklung der Produktion einiger Erzeugnisse gibt die folgende Übersicht (Tafel 14).

Tafel 14

Produktionssteigerung wichtiger Erzeugnisse der Leichtindustrie

	1913	1940	1950	1960	1967	1969
Stoffe (in Mill. laufenden Metern)	3006	4522	4522	8226	9589	
davon Baumwollstoffe						6210 (Mill. m ²)
Wollstoffe						617 (Mill. m ²)
Leinenstoffe						674 (Mill. m ²)
Seidenstoffe						1026 (Mill. m ²)
Ober- und Untertrikotagen (in Mill. Stck.)	...	183	197	594	1066	
davon Obertrikotagen						363
Untertrikotagen						820
Lederschuhe (Mill. Paar)	68	211	203	419	561	635

In den nächsten Jahren wird sich der Ausrüstungsstand wesentlich verbessern. Bereits in den letzten 15 Jahren erhöhte sich der Bestand an automatischen und automatisierten Webstühlen in der Trikotagenindustrie auf 176 200 Stück. Ende 1965 betrug der Anteil der automatischen Maschinen am gesamten Maschinenbestand dieses Industriezweiges 67,9 Prozent.

Die Nahrungsgüterindustrie bestreitet gegenwärtig etwa ein Fünftel der

gesamten Industrieproduktion des Landes. Während das vorrevolutionäre Rußland z.B. über keine nennenswerte Fischereiflotte verfügte, zählte 1966 die sowjetische Fischereiflotte rund 20 000 Schiffe, einschließlich Walfangflottillen, schwimmenden Verarbeitungsfabriken usw.

Die traditionellen Zweige der Lebensmittelindustrie wie Fleischverarbeitungswerke, die Zuckerindustrie, die Konservenindustrie sind in den letzten Jahren größtenteils mit neuen Anlagen ausgerüstet worden, bzw. werden rekonstruiert.

Als ein Kriterium für den Stand der Nahrungsgüterindustrie sei hier der Pro-Kopf-Verbrauch an wichtigen Nahrungsmitteln angeführt. (Tafel 15)

Tafel 15

Lebensmittelverbrauch (Pro Kopf der Bevölkerung, jährlich, in kg)

	1950	1960	1966
Fleisch und Speck (einschließlich Geflügel und Nebenprodukten in natura)	26	40	43
Fisch und Fischprodukte	7,0	9,9	12,9
Milch und Milchprodukte	172	240	259
Eier (Stück)	60	118	130
Getreideerzeugnisse	172	164	154
Kartoffeln	241	143	136
Gemüse und Melonen	51	70	72
Zucker	11,6	28,0	35,3

Industrie und Außenhandel

Trotz der anhaltenden Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes gewinnt der Export von Industrieerzeugnissen immer größere Bedeutung für die sowjetische Industrie.

Die Beteiligung der Sowjetunion am Welthandel wird durch einige Besonderheiten charakterisiert, die sich aus der Struktur der sowjetischen Wirtschaft, aus der Größe des ökonomischen Potentials und der räumlichen Ausdehnung der Sowjetunion ergeben. Dazu gehören in erster Linie die Vielfalt der Warennomenklatur im Export und Import, der hohe Anteil von Rohstoffen an der Ausfuhr und von Industriegütern an der Einfuhr, die Zweckmäßigkeit, aus den einen Gebieten Waren auszuführen, die in andere importiert werden müssen (Es ist z.B. günstiger, im sowjetischen Fernen Osten bestimmte Waren aus Japan einzuführen, als sie aus dem europäischen Teil der Sowjetunion bis dorthin zu transportieren).

Die sozialistischen Länder nehmen den ersten Platz im sowjetischen Außenhandel ein. Auf sie entfallen über zwei Drittel des Außenhandelsumsatzes des Landes. Besonders intensiv entwickeln sich die Handelsbeziehungen mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (DDR, Polen, Tschechoslowakei, Rumänien, Ungarn, Bulgarien).

In den letzten Jahren entwickelt sich auch der Handel mit den kapitalistischen Industrieländern besser. Im Vordergrund stehen hier Finnland, Frankreich, Westdeutschland, Großbritannien, Japan, Italien und Österreich. Eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den USA, die für beide Seiten vorteilhaft sein könnte, scheitert vorläufig an politischen Hindernissen, die von seiten der USA-Regierung den Wirtschaftsbeziehungen in den Weg gelegt werden.

Tafel 16

Umfang des Außenhandels der UdSSR nach Ländergruppen (in Mill. Rubel)

Länder		1967	1968
Insgesamt	Umsatz	16 370,1	18 039,9
	Export	8 687,1	9 570,9
	Import	7 683,0	8 469,0
Sozialistische Länder	Umsatz	11 090,4	12 151,1
	Export	5 739,4	6 420,7
	Import	5 351,0	5 730,4
davon RGW-Länder	Umsatz	9 341,0	10 374,1
	Export	4 702,7	5 247,0
	Import	4 639,2	5 127,1
Kapitalistische Länder	Umsatz	5 279,7	5 888,8
	Export	2 947,7	3 150,2
	Import	2 332,0	2 738,6
Industrieländer	Umsatz	3 374,4	3 851,7
	Export	1 740,7	1 887,1
	Import	1 633,7	1 964,6
Entwicklungsländer	Umsatz	1 905,3	2 037,1
	Export	1 207,0	1 263,1
	Import	698,3	774,0

Tafel 17

Struktur des Exports der UdSSR (in Prozent)

Ware	1967	1968	Ware	1967	1968
Insgesamt	100	100		100	100
davon					
Maschinen und Ausrüstungen	21,1	21,6	Textilrohstoffe und -halbfabrikate, Pelze und Rohfelle	4,7	4,5
Brennstoffe und Elektroenergie	16,1	16,1	(außer Pelzfertigerzeugnisse)	0,6	0,5
Erze und Erzkonzentrate, Metalle und Erzeugnisse daraus, Kabel und Drähte	18,7	18,5	Nahrungsmittel und Rohstoffe für ihre Herstellung	11,8	10,3
Chemische Erze, Dünger, Kautschuk	4,0	4,1	Industrielle Konsumgüter	2,6	2,7
Holzwaren und Zellulose- und Papiererzeugnisse	6,5	6,4			

Tafel 18

Struktur des Imports der UdSSR (in Prozent)

	100	100		100	100
Insgesamt	100	100		100	100
davon					
Maschinen und Ausrüstungen	34,2	36,9	Holzwaren und Zellulose- und Papiererzeugnisse	2,2	2,1
Brennstoffe und Elektroenergie	2,2	2,0	Textilrohstoffe und -halbfabrikate	4,0	3,9
Erze und Erzkonzentrate, Metalle und Erzeugnisse daraus, Kabel und Drähte	8,8	9,2	Nahrungsmittel und Rohstoffe für ihre Herstellung	15,8	13,6
Chemische Erzeugnisse, Dünger, Kautschuk	6,1	6,0	Industrielle Konsumgüter	19,6	19,9

Dem Außenhandel der Sowjetunion ist die Aufgabe gestellt, den technischen Fortschritt vor allem in der Industrie zu beschleunigen. Dies wird mit dem Import hochwertiger Ausrüstungen angestrebt. Die stärkere Einschaltung der sowjetischen Industrie in den Welthandel soll aber ebenfalls diesem Ziel dienen. So erklärte der sowjetische Außenhandelsminister Patolitschew auf der Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR im Juli 1969: „Gleichzeitig fördert auch der Export sowjetischer Waren die Lö-

sung dieser Zielsetzung, weil auf dem Weltmarkt eine sehr ernste Prüfung ihrer Qualität, Produktivität, Präzision, der Originalität ihrer konstruktiven Lösungen – alles dessen, was die Konkurrenzfähigkeit einer Ware ausmacht – ... erfolgt.“

Bildung, Wissenschaft und sozialer Fortschritt

Das zaristische Rußland war noch ein Land mit verbreitetem Analphabetentum. 1900 konnten in Rußland etwa 21 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, der Anteil bei den Frauen betrug nur 7 Prozent. Noch schlimmer sah es bei den unterdrückten Nationalitäten aus. Von den Kirgisen, Jakuten und Turkmenen konnten nur weniger als 1 Prozent lesen und schreiben. Etwa vier Fünftel der Kinder im schulpflichtigen Alter waren von der Volksbildung ausgeschlossen. Diese Situation wurde durch die sozialistische Revolution grundlegend verändert. 1966 zählte die UdSSR 7 Millionen Lehrer und andere Mitarbeiter des Bildungswesens. Gegenwärtig läuft die Einführung der obligatorischen 10-Klassen-Schule für alle Kinder. In der Wirtschaft der UdSSR waren 1967 über 5 Millionen Hochschul- und mehr als 8 Millionen Fachschulabsolventen tätig. 1969 gab es in der Sowjetunion 4,5 Millionen Studenten an den Hochschulen und 4,3 Millionen Studenten an technischen und anderen Fachschulen.

Im Jahre 1966 zählte die UdSSR über 4 Millionen Ärzte und andere Angestellte des Gesundheitswesens. Auf je 10 000 der Bevölkerung kommen Ärzte:

1913	1,8	1965	23,9
1950	14,6	1966	24,6
1960	20,0	1967	25,3

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern der Erde liegt das Rentenalter in der Sowjetunion bei Männern bei 60 Jahren und bei Frauen schon bei 55 Jahren. Für einige Gruppen von Berufstätigen liegt es noch niedriger, wobei selbstverständlich jeder, der den Wunsch hat, weiter seine Arbeit ausüben kann.

Ein von der Vergangenheit und vor allem aus dem letzten Krieg überkommenes schweres Problem ist die Versorgung mit Wohnungen. Um es in den nächsten Jahren zu lösen, baut die Sowjetunion gegenwärtig die meisten Wohnungen pro Tausend Einwohner in der Welt. Sie liegt mit 9,8 Wohnungen (1967) über solchen Ländern wie der Bundesrepublik (9,6). Allein in der Zeit von 1957 bis 1966 haben fast 112 Millionen Menschen, etwa die Hälfte der Bevölkerung, neue Wohnungen bezogen oder ihre Wohnverhältnisse verbessern können. Hohe staatliche Zuschüsse sichern dabei ein außerordentlich niedriges Niveau der Mieten.

Auf dieser fortschrittlichen sozialen Grundlage, mit einem Viertel aller Wissenschaftler der Welt (711 500), mit gewaltigen Natur- und Bodenschätzen wird die sowjetische Industrie ihre Leistungen in noch schnellerem Tempo steigern.

Zahl der Studenten

	Studien- jahr	in Tausend	pro 10 000 Bevölkerung
UdSSR insgesamt	1967/68	4 311	182
davon Ingenieur- ausbildung		2 061	87
USA insgesamt	1966/67	4 136	210
davon Ingenieur- ausbildung		290	15
DDR	1967/68	107	62
Bundesrepublik	1966/67	282	49

Quellen:

1. Autorenkollektiv, Das sozialistische Weltwirtschaftssystem, Übersetzung aus dem Russischen, Band III, Arbeitsteilung und Standortverteilung der Produktion, Berlin 1968
2. Gleicher Titel wie oben, Band IV, russisch, Der gegenwärtige Zustand und die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder, Moskau 1967
3. Über die Erfüllung des Staatsplans der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR im Jahre 1968, russisch, Wirtschaftszeitung, Moskau Nr. 5/1970
4. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, 1969, Internationale Übersichten
5. Die Wirtschaftslage der kapitalistischen und Entwicklungsländer, Beilage zur Zeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Moskau, russisch, 8/1969
6. Der Außenhandel, russ. Moskau, Nr. 7 und 8
7. Volkswirtschaft der UdSSR, APN-Verlag, Moskau, deutsch

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

**Warum gibt es auch im heutigen
Kapitalismus Wirtschaftskrisen?**

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

7



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt	Seite
Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?	1
Warum kommt es im Kapitalismus periodisch zu Überproduktionskrisen?	1
Marx über die Ursachen kapitalistischer Überproduktionskrisen	2
Warum gab es in der Bundesrepublik eine lange krisenfreie Periode?	5
Krisenhafte Erscheinungen in der Bundesrepublik	9
Was tun gegen die Krise?	11
Anhang	14

Thälmann-Bibliothek und Archiv
Tarpenbekstr. 64
2000 Hamburg 20

Preis DM 0,80

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Warum gibt es auch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Ironisch schrieb die amerikanische Zeitschrift "Times" am 9. November 1953 in einem Artikel unter der Überschrift „Was ist ein Rückgang der Wirtschaft? “: „Mag es auch seltsam sein, aber niemand weiß genau, was ein Rückgang der Wirtschaft ist. Dies Wort ist genau so schwierig zu definieren wie die Liebe.“

Das war in den Tagen, als der damalige Bundeswirtschaftsminister Erhard stolz verkündete: „Die Konjunktur wird so, wie man sie haben will. Ich habe genügend Mittel in der Hand, um sie zu gestalten.“

Solche und ähnliche Worte bürgerlicher Wissenschaftler und Politiker verstummen jedesmal, wenn auf die Hochstimmung des „Wirtschaftswunders“ der Aschermittwoch des Produktionsrückganges und größere Arbeitslosenziffern folgen.

Es gibt rund 250 bürgerliche Krisentheorien. Jede entwickelt ihr Rezept gegen Krisen. Diese Rezepte sollen zwei grundsätzliche Aufgaben erfüllen. Erstens soll mit ihrer Hilfe das durch die Krisenerscheinungen in seiner Existenz jedesmal mehr bedrohte imperialistische System stabilisiert werden. Es werden Vorschläge ausgearbeitet, wie insbesondere mit Hilfe des Staates günstige Verwertungs- bzw. Profitbedingungen der Monopole auch in der Krise garantiert werden können.

Zweitens sollen diese Rezepte die Arbeiter vom Kampf gegen die eigentlichen Ursachen der Krise abhalten. Deshalb haben alle diese Rezepte eins gemeinsam: Im Gegensatz zum Marxismus behaupten sie, daß die Krisen innerhalb des Kapitalismus überwunden werden können.

Zur Verbreitung ihrer „Theorien“ wurden den bürgerlichen Theoretikern große Institute und staatliche Instrumente zur Verfügung gestellt. Sie hatten genug Gelegenheit, ihre Ideen und ihre Rezepte auszuprobieren. Doch welches Ergebnis haben sie erzielt? Nichts hat verhindern können, daß sich bei uns 1966/67 wiederum alle inneren Bedingungen einer echten kapitalistischen Überproduktionskrise entwickelten und schwerwiegende Verluste an gesellschaftlicher Arbeit entstanden.

Die Praxis widerlegte also das bürgerliche Denken über die Krise. Um so mehr ist es nötig, sich mit der Marx'schen Krisentheorie zu befassen.

Warum kommt es im Kapitalismus periodisch zu Überproduktionskrisen?

Manche meinen, Krisen träten durch eine falsche Wirtschaftspolitik auf, könnten also durch eine richtige Politik verhindert werden.

Andere meinen, es läge an Naturkatastrophen wie Trockenheit, Überschwemmungen usw., daß es zu solchen Krisen komme. Die bürgerlichen Krisentheorien nähren diese Meinungen, weil sie vom Kampf gegen das kapitalistische System selbst abhalten.

Sicher haben Naturfaktoren, grobe wirtschaftspolitische Fehler oder Talent auf diesem Gebiet negative oder positive Wirkungen. Aber diese Faktoren gab und gibt es in jedem System und zu allen Zeiten. Die Geschichte beweist jedoch, daß die zyklischen Überproduktionskrisen mit dem Kapitalismus entstanden und seinen Lebensweg ständig begleiten. Diese Überproduktionskrisen gab es 1825, 1836, 1847, 1857, 1866, 1873, 1882, 1891/92, um 1900, 1913, 1921/22, 1929 - 1933, 1937/38. Mehr als einmal waren Krise und Krieg die entscheidenden Ereignisse im Leben ganzer Generationen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sank die Produktion in den USA mehr als viermal unter das Vorkriegsniveau.

Auch bei uns vollzog sich die Nachkriegsentwicklung außerordentlich ungleichmäßig. Nach 1945 waren bis Ende 1965 vier Zeitabschnitte mit schnellerem Produktionsanstieg festzustellen: 1948/49, 1954/55, 1960 und 1964/65. (Der fünfte 1968).

Seit 1950 traten jedoch gleichzeitig Krisenerscheinungen 1952/53, 1957/58 und 1962/63 auf, die sich von Mal zu Mal verschärften und in der zyklischen Überproduktionskrise von 1966/67 ihren vorläufigen Höhepunkt fanden.

So zeigt sich, daß die Überproduktionskrisen erstens im Kapitalismus auftreten. Sie treten zweitens nur im Kapitalismus und drittens in allen kapitalistischen Ländern auf. Viertens entwickeln sie sich mit einer gewissen Regelmäßigkeit.

Für diese Krisen muß es tiefere als die genannten Ursachen geben. Diese Ursachen sind offenbar vom Können, vom Willen und Bewußtsein der Menschen weitgehend unabhängig. Sie entspringen dem Wesen des Kapitalismus. Marx war es, der die Ursachen der Wirtschaftskrisen entdeckte.

Marx über die Ursachen kapitalistischer Überproduktionskrisen

1. In unserer Wirtschaft ist jedes der hochmodernen Produkte, das Auto, der Kühlschrank, die numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen usw. usf. das Resultat der Arbeit vieler Tausender Arbeiter. Die Produktion trägt gesellschaftlichen Charakter. Keiner kann jetzt mehr sagen: das ist mein Produkt, das habe ich allein gemacht: Aber wem gehören die Produkte? Wer eignet sie sich an? Die Aneignung der Ergebnisse der Arbeit vieler Tausender Menschen erfolgt privat. Und warum? Weil die Produktionsmittel nicht denen gehören, die sie bedienen und herstellen. Der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der kapitalistischen Aneignung der Ergebnisse dieser Produktion – das ist der Grundwiderspruch des Kapitalismus.

Die Folge der privaten Aneignung ist, daß die Profitmacherei die Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft ist. Was bedeutet das konkret? Wenn die Kapitalisten ihre Profite erhöhen wollen, so müssen sie den Umfang der Produktion und die Ausbeutung der Arbeitermassen ständig steigern. Der Profit jedoch fließt erst mit dem Verkauf der Produkte auf dem Markt in

die Taschen der Kapitalisten. Das Kapital will die Löhne so gering wie möglich halten. Eine niedrige Bezahlung der Arbeiter bringt höhere Gewinne. Aber was bei der Produktion der Waren günstig für die Profitproduktion ist, wird beim Verkauf der Waren zur Schwierigkeit. Die Volksmassen stellen ja gleichzeitig den größten Teil der Käufer dar. Je stärker sie ausgebeutet werden, desto kleiner ist die Massenkauftkraft im Verhältnis zum Warenangebot. So erzeugt die Profitjagd des Kapitals eine Schranke: die begrenzte kaufkräftige Nachfrage der Massen. So tritt periodisch ein Widerspruch zwischen Produktion und Markt auf, und zwar in Gestalt von Unverkäuflichkeit riesiger Warenmassen und Überproduktion von Kapital, von periodischen Überproduktionskrisen.

2. Diese Entwicklung wird durch die Investitionstätigkeit stark beeinflusst. In der Periode des Aufschwungs der Produktion werden vorhandene Betriebe ausgebaut, modernisiert, neu errichtet. Diese Investitionstätigkeit bewirkt Nachfragen nach Maschinen, Baustoffen, Arbeitskräften. Das treibt die Konjunktur stark voran, weil die Profitbedingungen günstig sind.

Die Investitionstätigkeit bewirkt, daß zwar neue Produktionskräfte geschaffen werden, was die Produktion anheizt, aber die Produktionsstätten beginnen erst nach einiger Zeit mit der eigenen Produktion. Hier liegt die Möglichkeit, daß ein sich herausbildender Widerspruch zwischen Produktionskapazität und Markt erst nach einiger Zeit sichtbar wird. Es ist sogar möglich, daß – während der Errichtung neuer Anlagen, die sich erst nach ihrer Fertigstellung als Überkapazitäten erweisen können – die Nachfrage noch steigt. Stellt sich nun heraus, daß es solche Überkapazitäten gibt, läßt die Investitionstätigkeit schlagartig nach.

3. Dieser Widerspruch zwischen Produktion und Markt wird nun durch eine kapitalistische Überproduktionskrise ausgeglichen. Es kommt zu Produktionseinstellungen, zur Stilllegung und Vernichtung von Kapital, so leeren sich allmählich die Warenlager, so daß nach einer bestimmten Periode der Stagnation die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung entstanden sind.

Die Krise selbst zeigt sich im Zusammenbruch des Betriebes der kapitalistischen Warenproduktion und Zirkulation (Austausch und Verkauf der Waren). Folgende Erscheinungen sind charakteristisch: Unverkäuflichkeit der Waren, Senkung des Warenverkehrs, Überfüllung der Märkte, massenhafte Stauung der produzierten Waren, starker Mangel an Zahlungsmitteln, Störungen der Kreditbeziehungen, Stilllegung der Produktion, Nichtauslastung von Produktionskapazitäten und damit verbundenen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, im Gefolge der zyklischen Krise Verschärfung des Klassenkampfes und Erschütterungen des politischen Herrschaftssystems.

Dieser Widerspruch, den jeder von uns in verschiedenster Weise schon kennengelernt hat, entspringt der Herrschaft des Kapitals. Vom Standpunkt der Arbeiter sind die riesigen Warenlager und die brachliegenden Kapitalmengen keineswegs überflüssig.

Die Überproduktion ist durchaus nicht absolut. Im Verhältnis zu den Lebensbedürfnissen der arbeitenden Menschen ist keineswegs zuviel erzeugt worden. Die Überproduktion ist vielmehr relativ. Im Verhältnis zu den Verwertungsbedürfnissen der Kapitalisten ist zuviel erzeugt worden. Die Kapitalisten können die Güter nicht profitabel genug verkaufen. Deshalb halten sie sie zurück oder vernichten sie, legen wertvolle Produktionsanlagen still und wollen die Arbeiter entlassen.

Es ist also in der Tat so, wie es Marx formulierte: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“¹⁾

Das beschwor auch jene Weltwirtschaftskrise 1929/32 herauf, die (einschließlich der folgenden Depression) nach bürgerlichen Schätzungen für die USA zu einem Produktionsausfall von 300 Milliarden Dollar führte.

Die kapitalistischen Widersprüche sind die tiefste Ursache für jene Entwicklung, über die der bürgerliche Wirtschaftswissenschaftler Robert Friedlaender-Precht in seiner 1931 erschienenen Arbeit „Die Wirtschaftswende“ über die Krise jener Jahre schreiben mußte: „Solange in Argentinien Weizen verbrannt wird und in Europa Menschen Hungers sterben; solange in Brasilien Kaffee in den Valosierungskellern verfault und in Irland und Sachsen die Massen Gerstenbrühe trinken; solange Hochöfen gedämpft werden, Drehbänke stillstehen, Ziegelgruben ersaufen, und demgegenüber Bürger von Europa und Amerika in ungesunden Wohnkarnern zusammengepfercht leben müssen; solange die Farmer Süd-Carolinas nicht wissen, wohin mit dem Baumwollseggen und anderswo Leute einen Tag zu Hause bleiben müssen, weil ihr einziges Hemd gewaschen wird: solange muß die zweibeinige Tiergattung Homo darauf verzichten, sich in den Naturgeschichtsbüchern ‚sapiens‘ titulieren zu lassen!“²⁾

Heute kommt der Widerspruch zwischen Produktion und Markt auf vielen Gebieten vor allem in einer Überproduktion von produziertem Kapital, in einer Nichtauslastung riesiger Produktionskapazitäten zum Ausdruck. Dadurch entstehen uns ungeheure Verluste. Die Fordwerke in Köln sind heute soweit, daß sie bei einer Ausnutzung der Kapazitäten von nur 50 % noch existieren können, bei 60 % „gut verdienen“ und bei ab 70 % noch erhebliche Reserven für die Profiterhöhung bilden können. Produktionsdrosselungen sind in den kapitalistischen Staaten an der Tagesordnung. So sank z.B. in der Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik am Jahresende 1966 die Auslastung der Produktionskapazität auf weniger als 70 %. Des weiteren werden Prämien für die Einschränkung landwirtschaftlicher Nutzfläche gezahlt, werden Industriebetriebe stillgelegt, Nahrungsmittel vernichtet usw., obgleich zum Beispiel in vielen Entwicklungsländern ein großer Bedarf danach besteht. Aber dieser Widersinn entspringt keinem Zufall, er gehört zum kapitalistischen System. In der Krise erfolgt die zeitweilige Lösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt vor

allem durch Einschränkung der Produktion, Entlassung von Arbeitern, Vernichtung von Waren, von Kapital usw. Wurde dadurch wieder Übereinstimmung zwischen Produktion und Markt erzielt, beginnt ein neuer Aufschwung.

Gleichzeitig wirkt das Krisengesetz heute noch umfassender als früher. Durch die staatsmonopolistischen Maßnahmen kann die Krise ihrer ursprünglichen Funktion, die gewaltsame Wiederherstellung der gestörten volkswirtschaftlichen Proportionen, nicht mehr entsprechend nachkommen. Zwar gelang es den Kapitalisten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, den explosionsartigen Ausbruch der Krisen einzuschränken. Aber das Hineingleiten in die Krisen hat dazu geführt, daß die zeitweilige Lösung des Widerspruchs zwischen Produktion und Markt nun nicht nur in der Krise und durch sie erfolgt, sondern auch in den anderen Phasen des Krisenzyklus. Dadurch aber wird bei uns die Wirtschaft nie mehr ganz frei von Elementen der Überproduktionskrise. So erklären sich auch die uns allen zur Genüge bekannten langwährenden Störungen, z.B. die fortlaufende Geldentwertung, die chronische Agrarkrise, die Krise des Steinkohlenbergbaus, die langandauernden Schwierigkeiten im Schiffsbau, in Teilen der Textilindustrie, im Maschinenbau usw. Alle diese Prozesse wirken sich durch die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution immer spürbarer auf die Gesamtlage unserer Wirtschaft aus.

Solange der Profit und nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen Ziel der Produktion ist, solange wirkt auch das Krisengesetz.

Warum gab es in der Bundesrepublik eine lange krisenfreie Periode?

Wie bereits ausgeführt, verlief die Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik äußerst ungleichmäßig. Das Entwicklungstempo der wirtschaftlichen Expansion verringerte sich insgesamt. Ein absoluter Rückgang wichtiger ökonomischer Kennziffern (z.B. Industrieproduktion, Bruttoprodukt, Investitionen, Beschäftigung, Außenhandelsumsatz, Nationaleinkommen) trat jedoch erstmals in größerem Maßstab ab etwa Mitte der 60er Jahre auf (z.B. Industrieproduktion). Absolute Rückgänge in einzelnen Zweigen und Bereichen wurden bis zu diesem Zeitpunkt durch die Entwicklung in anderen ausgeglichen. Wie erklärt sich das?

- 1) Die Existenz von zwei Weltsystemen und der Wettbewerb zwischen ihnen. Inwiefern ist das ein die Existenz des heutigen Kapitalismus entscheidend prägender Faktor? Weil das Kapital heute eine Krise, wie die von 1929 bis 1932, mit vielen Millionen Arbeitslosen, angesichts der Existenz des sozialistischen Weltsystems nicht mehr überleben würde. Hier geht es nicht mehr um Profitprozente, sondern um Fortexistenz des Profitsystems selbst.

Friedrich Pollock zitiert in seinem Buch „Automation, Materialien zur

Beurteilung der ökonomischen Folgen“³⁾ auf S. 351 folgende bemerkenswerte Einsicht von H.C. Sonne: „In der Vergangenheit hat man geglaubt, daß Wirtschaftskrisen zwar unangenehm seien, aber als eine periodische Generalreinigung unvermeidlich wären. Heute wissen wir aus bitterer Erfahrung, daß unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur viele solcher Generalreinigungen nicht überleben würde.“

- 2) Um jedoch auf diesem Gebiet wirksam werden zu können, bedarf der Kapitalismus bestimmter Instrumente. Diese erhielt der heutige Kapitalismus durch die Herausbildung des staatsmonopolistischen Systems. Dies wäre der zweite wesentliche Faktor.

Was heißt das konkret, staatsmonopolistischer Kapitalismus? Die modernen Produktionsanlagen und -methoden, die in den Riesenbetrieben tätigen Arbeitermassen haben ein solches Ausmaß angenommen, daß sie die ökonomische Kraft selbst großer Konzerne (Beispiel Krupp) überfordern. Müller-Armack, der frühere Staatssekretär Erhards, schrieb z.B.: „Die wirklich neuen Produktionseinrichtungen wie Flugzeugbau, Kerntechnik, Datenverarbeitung setzen einen exceptionellen Kapitalaufwand voraus... ohne eine wesentliche Beteiligung des Staates ist auf privatwirtschaftlicher Grundlage in der gegenwärtigen Situation hier nichts zu erreichen.“ Wer hier die Lösung „dem Wettbewerb überlassen möchte, übersieht, daß es sich bei den strukturell gefährdeten Bereichen um einen erheblichen Teil der deutschen Großkonzerne handelt...“ („Die Welt“, 11. Mai 1967).

Die Produktionsprozesse selbst sind so kompliziert und vielgestaltig, daß gesamtgesellschaftliche Planung und Leitung der Volkswirtschaft zwingend notwendig werden. Der ökonomische Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus, aber auch der Wettbewerb zwischen den kapitalistischen Nationen selbst stellt auf wirtschaftlichem, technischem, wissenschaftlichem und sozialem Gebiet Anforderungen, die auf privater, kapitalistischer Basis nicht mehr gelöst werden können. Der Kapitalismus wird immer mehr zum Anachronismus.

Im Grunde genommen haben wir hier in zugespitzter Form den Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und dem kapitalistischen Charakter der Aneignung der Produktionsergebnisse vor uns: die privaten Unternehmer werden mit den Problemen nicht mehr fertig. Sie sind ihnen über den Kopf gewachsen. Sie verlangen nach dem Staat, womit sie beweisen, daß die Zeit der Ablösung der privaten Kommandeure der Wirtschaft durch den gesamtgesellschaftlichen „Kommandeur“ gekommen ist. Aber dieser Konsequenz, der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes, dem Sozialismus, wollen sie naturgemäß ausweichen. Mit kapitalistischen Methoden, kapitalistischen Zielen wird der Staat eingesetzt. So bildet sich eine neue Beziehung zwischen Staat und Monopolen heraus. Ihre Macht verschmilzt zu einem einheitlichen aber widersprüchlichen Mechanismus. Der Staat, bisher ein primär politisches Instrument, wird nunmehr in immer umfassenderem Maße auch auf wirtschaftlichem, technischem, sozialem und ideologischem, kurzum: auf gesamtgesellschaftlichem Gebiet zugunsten der Großkonzerne und zwecks

umfassender Manipulierung der Menschen eingesetzt. Der Staat wird zu diesem Zweck in den Produktionsprozeß integriert. Das ist es, was wir Marxisten „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ nennen.

Für das Krisenproblem wichtig ist nun u.a. die wirtschaftssteuernde Tätigkeit dieses staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Während der Kapitalismus der freien Konkurrenz dadurch gekennzeichnet ist, daß Hunderttausende unabhängiger, einander entgegengesetzter Betriebe zersplittert produzieren und nur über den Markt im heftigen Konkurrenzkampf erfahren, ob sie ihre Produkte absetzen können, während also hier das spontane, anarchische Wirken der ökonomischen Gesetze typisch ist, ändert sich mit zunehmender Monopolisierung der Produktion und des Absatzes hier einiges: In den entscheidenden Wirtschaftszweigen haben wir keine atomisierten Produzenten mehr. Hier nehmen Monopole und Staatsbetriebe die beherrschende Stellung ein. Damit werden größere Teile des Marktes übersehbar, wächst die Tendenz zur Planmäßigkeit auch im Kapitalismus. Dazu kommen die besonderen Möglichkeiten des staatsmonopolistischen Systems.

In der Bundesrepublik belaufen sich die Staatsausgaben auf über 40 % des Nationaleinkommens. (Es gibt ja neben dem Bundesetat auch solche der Länder und Gemeinden). Der Staat kann mit dieser Riesensumme natürlich ganz erheblich auf das Verhältnis von Produktion und Markt einwirken.

Zu diesen weit über 150 Milliarden DM gehören über 20 Milliarden DM für die Rüstung. 66 % aller Bauten werden staatlich finanziert. Es gibt ein umfangreiches System zur Finanzierung der Investitionen, des Waren- und Kapitalexports usw.

Das alles bewirkt, daß die Monopole und ihr Staat es nicht mehr mit einem völlig unbekanntem Markt zu tun haben, daß es nicht immer erst nach Abschluß der Produktion klar wird, ob zu viel oder zu wenig erzeugt worden ist. Mit vielen Dutzend Milliarden DM kann man den Markt nicht unwesentlich beeinflussen. Zugleich bedeuten die staatlich finanzierten Investitionen eine Regulierung der Produktion von Produktionsmitteln.

So wird also versucht, unter Ausnutzung der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Profite planmäßig zu erhöhen, das System der Ausbeutung weiter zu straffen und einen explosionsartigen Ausbruch der Marktprobleme zu vermeiden. Wie das geschieht, zeigt zum Beispiel das Kohleproblem, der Einsatz gewaltiger Staatsmittel dafür, daß Kohle nicht gefördert wird.

Oder nehmen wir das Problem der Investitionen selbst. Vor allem angesichts des Wettbewerbs zwischen Kapitalismus und Sozialismus, aber auch zwischen den kapitalistischen Ländern selbst sind technische Erneuerungen, ist die technische Revolution unabwendbar. Selbst dann sind neue Werke zu bauen, wenn vorhandene alte nicht oder nicht voll ausgelastet sind. Beispiele hierfür gibt es in der Eisen- und Stahlindustrie der USA und der BRD. Obgleich es hier lange Auslastungsschwierigkeiten gab und gibt,

werden ständig neue Anlagen geschaffen. Oder wenn die chemische Industrie nicht ständig ihre Tätigkeit verbesserte, wäre sie rasch im schlimmsten Rückstand.

Aber diese Investitionspolitik ist bei dem heute nötigen Kapitalaufwand nur durch Integration des Staates möglich. Von 1950 - 1963 wurden 200 Milliarden DM Staatshilfen an die Monopole zu Investitionszwecken gewährt. Richtlinien des Staates gestatten den Konzernen, Abschreibungen von Produktionsmitteln, die zehn Jahre und mehr fungieren können, in 3 - 5 Jahren vorzunehmen.

Unter den Bedingungen rascher technischer Veränderungen ist bei uns von 1950 - 1963 die Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde um 121 % gestiegen. Die Preise stiegen dazu um 30 %. Das ist eine wahre Profitexplosion, die wiederum die Investitionsneigung förderte.

Alles das begünstigt auf Kosten der Gesamtgesellschaft selbst in Krisenzeiten ein hohes Niveau der Investitionen.

3. Zu diesen Merkmalen, die für alle hochentwickelten kapitalistischen Länder typisch sind, kamen für die Bundesrepublik noch einige Besonderheiten hinzu:

- Die ökonomische, technische, politische und militärische Hilfe durch die USA.
- Die Notwendigkeit einer umfassenden Erneuerung des Produktionsapparates (seit 1929 wurden fast nur Rüstungsbetriebe ausgebaut; hinzu kamen Kriegszerstörungen und Demontagen) erzeugte einen gewaltigen Nachholbedarf.
Darum hatten wir lange Zeit eine weit höhere Investitionsrate als in anderen kapitalistischen Staaten.
- Dies wurde ermöglicht durch einen hohen Ausbeutungsgrad der Arbeiter. Der Anteil der Arbeiterklasse am Nettosozialprodukt (bezogen auf die Kopfzahl der Arbeiterklasse), betrug 1950 = 39,8 und 1965 nur noch 35,9 %.
- Der Millionen Menschen zählende Umsiedlerstrom brachte billige, zusätzliche Arbeitskräfte, die außerdem das Lohnniveau drückten.
- Da die Produktionsstruktur der Bundesrepublik zahlreiche Güter umfaßt, die für die Mitte der 50er Jahre verstärkt einsetzende technische Revolution nötig sind, hatte die BRD eine sehr günstige Welthandelsposition.
- Dies um so mehr, als die BRD lange Zeit keine direkten Rüstungsausgaben größeren Umfanges aufzubringen hatte, was der technischen Erneuerung und der Exportoffensive zugute kam (Korea-Boom).

- Es war der BRD möglich, auf vielfältige Art und Weise aus der DDR Werte von etwa 100 Milliarden DM herauszuholen.

10/10/67

Krisenhafte Erscheinungen in der Bundesrepublik

Regelmäßig entstanden seit 1945/46 etwa alle 5 Jahre Situationen, die durch absolutes Sinken und Stagnation der Produktion, der Investitionen usw. in einzelnen Wirtschaftsbereichen und 1966 insgesamt charakterisiert waren. Das „magische Viereck“ der Volkswirtschaft, Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichene Zahlungsbilanz, blieb stets eine unerreichte Zielvorstellung.

Es sind vor allem drei große Ursachengruppen, die die zunehmend krisenhafte Situation in der Bundesrepublik seit Beginn der 60er Jahre bewirken. Die besonders günstigen Wachstumsbedingungen der Nachkriegszeit hörten auf zu wirken. Die Erscheinungen zyklischer Überproduktion verbinden sich zunehmend mit den strukturellen Krisen, die infolge der kapitalistischen Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution auftreten. Der Widerspruch zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und den Kosten der von bestimmten Kreisen forcierten Aggressionspolitik verschärft sich erheblich. (Rüstungslasten, Auswirkungen der dadurch entstehenden inflationären Tendenzen). Die Krise 1966/67 muß als erste allgemeine Überproduktionskrise unter den Bedingungen des vollentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik bezeichnet werden.

Erstmalig seit 1949 lag die Industrieproduktion der Bundesrepublik für den Zeitraum eines ganzen Jahres unter der des Vorjahres (1965/66: 1966/67); und zwar um ca. 3 %. Im ersten Vierteljahr 1967 betrug der Rückgang sogar beinahe 5, im III. Quartal 6 Prozent. Die damit verbundene Nichtauslastung von Kapazitäten betrug etwa 30 % (25 - 30 Milliarden DM). 4) Auch Handel und Verkehr wiesen Minuszahlen auf. Die Situation hätte noch weitaus schlimmer ausgesehen, wären nicht, wie schon 1958 und 1963, besonders hohe Außenhandelsüberschüsse erzielt worden. Durch die Verflechtung von Überproduktions- und Strukturkrise wurden besonders Bereiche wie der Kohlebergbau und der Eisen- und Stahlindustrie betroffen. Ihre Produktion sank gegenüber der von 1964 um 15 - 18 Prozent. 5) Bedeutend sank auch die Investitionstätigkeit. Die Ausrüstungsinvestitionen, d.h. die Investitionen in Maschinen und anderen Arbeitsmitteln sanken um 12,8 Prozent.

In den Jahren 1958 bis 1965 konnte Arbeitslosigkeit noch im wesentlichen verhindert werden, weil freiwerdende Arbeitskräfte von den Wachstumsindustrien aufgenommen wurden. Auch hier zeichnete sich im 2. Halbjahr 1966 eine neue Lage ab. Nur noch Chemie, kunststoff- und mineralölverarbeitende Industrie konnten ein stärkeres Wachstum aufweisen. Allerdings waren sie nicht in der Lage, die freigesetzten Arbeitskräfte aufzunehmen, da in fast allen anderen Zweigen ein Rückgang der Beschäftigten erfolgte.

Der Personalbestand sank von April 1966 zu April 1967 wie folgt:

Kohle und Bergbau	- 13 % = 52 900 Beschäftigte
Steine und Erden	- 12 % = 31 400 Beschäftigte
Textilindustrie	- 8 % = 45 100 Beschäftigte
Elektrotechnik	- 8 % = 72 700 Beschäftigte
Bekleidungsindustrie	- 7 % = 28 800 Beschäftigte
Autoindustrie	- 6 % = 31 100 Beschäftigte
Stahl und Eisen	- 5 % = 19 400 Beschäftigte
Maschinenbau	- 4 % = 45 900 Beschäftigte
Nahrung/Genuß	- 3 % = 16 100 Beschäftigte

(Quelle: Industriekurier vom 24.6.1967)

Die Zahl der Beschäftigten ging 1967 um rund 3 %, d.h. um fast eine Million zurück. Die Zahl der Vollarbeitslosen stieg zeitweilig bis auf etwa 700 000. Die Arbeitslosigkeit schwoll ab Oktober 1966 enorm an. Das DIW schrieb über diese Situation in der Bundesrepublik: „Ein Jahr Rezession – eine Million verwaister Arbeitsplätze.“⁶⁾ Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war verbunden mit einem verschärften Druck der Monopole, um die Lasten auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen. Noch ehe überhaupt diese Krisenerscheinungen akut geworden waren, hatte der CDU-Abgeordnete Missbach die Unternehmer in seinen „Vertraulichen Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft“ vom 11. Juni 1966 aufmerksam gemacht: „Machen Sie sich bereit, Ihren Betrieb in der bevorstehenden Konjunkturabschwächung von zahlreichem Sozialklimbim zu befreien. Was Ihnen der Boom abgetrotzt hat, kann jetzt allmählich wieder verschwinden bzw. gesenkt werden (Beihilfen, Fahrgelder, Zuschüsse zum Kantinenessen usw.)“

Lohnsenkungen, Änderungskündigungen, Reduzierung sozialer Errungenschaften und anderes mehr sind seit Ausbruch jener krisenhaften Entwicklung an der Tagesordnung.

Im Krisenjahr 1967 konnten die 100 größten Aktiengesellschaften unserer Industrie die erreichbaren Profite um rund 2 Milliarden DM erhöhen (+ 15 %). Die Summe der Bruttolöhne und Gehälter jedoch verringerte sich um etwa 0,5 Milliarden DM (um etwas mehr als 2 %).⁷⁾ Die zyklische Krise 1967 ist im Prinzip überwunden. Die Ursachen der Krise (siehe weiter vorn) nicht. Insbesondere der Grundwiderspruch und der Widerspruch zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit und den aggressiven Plänen gewisser Regierungs- und Kapitalkreise bei uns verschärft sich weiter. Deutlichster Ausdruck dessen ist, daß die Inflation gerade gegenwärtig ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Nach offiziellen Statistiken haben sich in der Bundesrepublik die Kosten für die Lebenshaltung einer Durchschnittsfamilie von 1950 bis Ende 1968 um wenigstens 48,5 % erhöht. Die heutige Mark hat nur noch eine Kaufkraft von 67 Pfennig gegenüber 1950.⁸⁾ Die Staatsverschuldung wird weiter wachsen. Allein zwischen 1968 und 1972 sollen zusätzlich 66 Milliarden DM an Verpflichtungen, insbesondere zur Deckung der wachsenden Ausgaben für Rüstung, aufgenommen werden.⁹⁾

Daß so weder zyklische Krisen noch die damit verbundenen Währungskrisen verhütet werden können, zeigt sich gerade jetzt erneut. Die Bundesre-

gierung hat die Diskontrate erhöht. Im April 1970 sind die Lebenshaltungskosten allein gegenüber Dezember 1969 um 3 % gestiegen.

Allerdings wirkt außer unseren eigenen Gegenmaßnahmen folgender Faktor den Krisenerscheinungen entgegen: Während vor dem Zweiten Weltkrieg die kapitalistischen Hauptländer mehr oder weniger gleichzeitig von Wirtschaftskrisen erfaßt wurden, ist dies heute nicht mehr der Fall. Die Wirtschaft der einzelnen Länder entwickelt sich ungleichmäßig. So wird, im Gegensatz zum Rückgang der Industrieproduktion in der Bundesrepublik, das Wirtschaftswachstum 1967 (in Prozent zum Vorjahr) in Japan auf 10,0 %, in Frankreich auf 4,5 % und in den USA auf 3,5 % geschätzt. Das ermöglicht der westdeutschen Wirtschaft, durch verstärkten Export den Krisenauswirkungen teilweise zu begegnen. Das Ergebnis im ersten Vierteljahr 1967 ist ein Exportüberschuß der Bundesrepublik von 6,2 Milliarden DM. Allerdings führt das wiederum zu Gegenmaßnahmen der betroffenen Partnerstaaten der Bundesrepublik. Weder große Exportüberschüsse noch andere Maßnahmen konnten verhindern, daß sich erstmals in der Nachkriegszeit im Herbst 1966 in der Bundesrepublik eine echte krisenhafte Entwicklung zeigte. Überfüllung der Warenlager, Rückgang der Industrieproduktion unter das Niveau des Vorjahres, Stagnation der Investitionen, steigende Zahl der Konkurse von Unternehmen und Zunahme der Arbeitslosigkeit kennzeichnen diesen Prozeß.

Was tun gegen die Krise?

Die Monopolbourgeoisie, unterstützt von sozialdemokratischen Ministern wie Schiller, hat ihr Programm. Es sieht neue Investitionsanreize für Unternehmer vor. Staatsmonopolistisch organisierte erhöhte Gewinnerwartungen sollen ihre Bereitschaft zu Investitionen wecken und so die Wirtschaft ankurbeln. Dazu gehören nicht nur Sonderabschreibungen und Aufträge aus dem Eventualhaushalt, sondern auch Beschwörungen der Unternehmer, doch endlich Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu haben und stärker zu investieren. Bürgerliche Ökonomen wollen durch bewußte staatliche Regulierung des Diskontsatzes den Wirtschaftsablauf beeinflussen. Während der Hochkonjunktur soll die Erhöhung des Diskontsatzes als Konjunkturbremse und während der Krise seine Senkung der Ankurbelung der Wirtschaft dienen.

Die Monopole versuchen weiter, durch Lohnsenkungen ihre Positionen im Konkurrenzkampf zu stärken und ihre Profite zu erhöhen. Das Kapital sieht im Lohn nur einen Kostenbestandteil und ist daran interessiert, den Lohn als Kostenfaktor niedrig zu halten. Jede Lohnsenkung aber führt zu einer Verringerung der Massenkaukraft und damit zu einer Einschränkung des Marktes. Es ist eben nicht möglich, den Verbrauch der Bevölkerung durch Lohnsenkung und Verringerung der Sozialsausgaben zu drosseln und gleichzeitig die Wirtschaft beleben zu wollen.

Das Ziel der Bonner Wirtschaftspolitik ist eine „stabile Wirtschaft“. Also müßte Bonn dafür sorgen, daß die Kaufkraft der Massen nicht weiter ge-

senkt wird, ein Anstieg der Verbrauchsgüterindustrie erfolgt. Eine Steuer-senkung der kleinen und mittleren Einkommen würde wesentlich zu diesem Ziel beitragen. Gleichzeitig würde die Erhöhung der Ausgaben des Staates für die Infrastruktur (Straßenbau, Bildungs-Investitionen usw.) die Investitionstätigkeit stabiler halten.

Bonn will die Wirtschaftskrise auch mit Hilfe einer „Globalsteuerung“ überwinden. Als die Wachstumsraten sanken und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich steigerten, mehrten sich die Auffassungen, daß der Staat weitaus stärker als bisher lenkend in den Reproduktionsprozeß eingreifen und durch staatliche Macht durchsetzen soll, wozu der Marktmechanismus nicht selbständig in der Lage ist. Nach Schillers Auffassung soll die „Globalsteuerung“ eine Art Planung sein, in welcher der Staat die Aufgabe hat, die wahrscheinliche wirtschaftliche Entwicklung in den wichtigsten Bereichen im Sinne einer „mittelfristigen“ Wirtschaftspolitik abzustecken. Es sollen besonders die sich aus der technischen Revolution ergebenden Strukturveränderungen berücksichtigt werden. Die Globalsteuerung soll den Unternehmern „Orientierungsdaten“ geben, die unverbindlich sind und den Monopolen helfen, ihren Profit zu erhöhen. Damit erfolgt der Versuch des Übergangs zu Formen der Planmäßigkeit der Entwicklung der Wirtschaft, wenn auch nur im Interesse der Monopole.

Es gibt keine klassenneutrale Lösung unserer Probleme. Die konzertierte Aktion von Schiller ist der Versuch, das zu verschleiern. Eine durch die Demokratisierung der Verhältnisse bewirkte Erhöhung der Löhne und Renten um eine Summe, die in der Nähe der unproduktiven Ausgaben für die Rüstung liegt, würde die Massenkaufkraft erheblich verbessern. (Das würde auch den ausdrücklichen Verzicht auf jede Beteiligung an der atomaren Aufrüstung und die Beseitigung der Notstandsverfassung einschließen.) Die höchsten Einkommen müssen am stärksten zum Ausgleich der Krisenlasten herangezogen werden. Eine höhere Besteuerung des Profits und eine Offenlegung der Bilanzen würde der Wirtschaft der Bundesrepublik echte Stabilität verleihen.

Trotzdem würden auch diese Maßnahmen nicht die eigentlichen Ursachen der zyklischen Krisen beseitigen.

Sie können daher auch nicht die inneren Widersprüche dieses Systems aus der Welt schaffen, die u.a. immer wieder eine krisenhafte Entwicklung der Wirtschaft hervorrufen. Das wäre nur dadurch möglich, daß der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte auch mit gesellschaftlicher Aneignung der geschaffenen Werte verbunden würde. Dazu müßten an die Stelle kapitalistischer Produktionsverhältnisse sozialistische treten.

Allerdings – auch ohne daß Sozialismus als nächstes Ziel in der Bundesrepublik angestrebt wird, wäre es möglich, mit wirksameren Maßnahmen der krisenhaften Entwicklung im bestimmten Rahmen zu begegnen. Das müßten Maßnahmen sein, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung und nicht einer kleinen Monopolschicht liegen.

In diesem Zusammenhang wäre die Durchsetzung einer echten Mitbestimmung der arbeitenden Bevölkerung auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens erforderlich. Diese echte Mitbestimmung könnte dazu beitragen, daß Fehlinvestitionen vermieden werden, wie es zum Beispiel im Bergbau geschehen ist. Die Ergebnisse der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik, die ohne Einfluß der Gewerkschaften abliefen, zeigen, wie dringend qualifizierte Mitbestimmung erforderlich ist.

Demokratische Wirtschaftsplanung statt staatsmonopolistischer Regulierung wäre eine weitere Zielstellung. Eine demokratische Wirtschaftspolitik muß vorausschauen und planen. Gegenwärtig erfolgen alle Lenkungsmaßnahmen der Wirtschaft im Interesse der Monopole. Eine demokratische Planung setzt aber voraus, daß der Einfluß des Großkapitals zurückgedrängt wird, daß die Gewerkschaften Einfluß auf das staatliche und wirtschaftliche Leben erlangen. Gäbe es eine demokratische Planung in der Bundesrepublik, könnte auch der Strukturkrise entgegengewirkt werden.

Aufhebung der Diskriminierung des Handels mit der sozialistischen Welt, vor allem des Handels mit der DDR, wäre eine weitere Zielstellung, denn die sozialistischen Länder mit ihrer gesunden Wirtschaft wären für die Bundesrepublik ein aufnahmefähiger und sicherer Markt.

Auch zyklischen Wirtschaftskrisen kann unter den heutigen Bedingungen nur dadurch begegnet werden, daß die Demokratie allseitig entfaltet, die Macht der Monopole beschnitten und zurückgedrängt wird. Nur auf diesem Weg ist es möglich, das Wirken der kapitalistischen Gesetze mit all ihren verhängnisvollen Auswirkungen für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung einzuschränken.

Anhang

- 1) Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, (Marx/Engels, Werke, Bd. 25, S. 501)
- 2) Robert Friedlaender-Prechtl, Die Wirtschaftswende. Die Ursachen der Arbeitslosen-Krise und deren Bekämpfung, Leipzig 1931, S. 17
- 3) Vgl. F. Pollock, Automation, Materialien zur Beurteilung der ökonomischen Folgen, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1964
- 4) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Wochenbericht Nr. 24 vom 16.6.1967
- 5) Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.
- 6) Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin Wochenbericht Nr. 28 vom 14.7.1967
- 7) Wirtschaft und Statistik, Stuttgart-Mainz, Heft 9/1968, S. 431
- 8) Statistischer Wochendienst, Stuttgart-Mainz, Heft 49 vom 13.12.1968, S. 1
- 9) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 111 vom 6.9.1968

Zum 150. Geburtstag von F. Engels

Engels und die ökonomische Lehre des Marxismus

Von L. A. Leontjew

Etwa 440 S., Ganzleinen, etwa 14,- DM

Das Buch enthält eine historisch-ökonomische Darstellung der Tätigkeit und der Arbeiten von Engels. Es verfolgt an Hand der Entwicklung zahlreicher Kategorien der marxistischen Ökonomie den komplizierten Gang der Erkenntnis der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und vermittelt den Eindruck von dem Umfang entsagungsvoller und harter wissenschaftlicher Arbeit von Marx und Engels. Es ist ein wertvolles Hilfsmittel zum Studium der marxistischen politischen Ökonomie und ergänzt die Marx-Engels-Forschung. Der Leser erhält durch den guten und flüssigen Stil sowie zahlreiche persönliche Daten aus dem Leben von Engels ein abgerundetes Bild des großen Sozialisten und Forschers.



Akademie-Verlag Berlin

108 Berlin · Leipziger Straße 3-4

Deutsche Demokratische Republik

Neu bei Dietz!

Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in Deutschland

Hrsg.: Matthäus Klein / Erhard Lange / Friedrich Richter
Bd. I, 1. und 2. Halbband
625/571 S., Ganzleinen, je Bd. 18,50 DM

Der 1. Band, der in zwei Hälften erscheint, umfaßt die Periode bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, ist also im wesentlichen dem Wirken von Marx und Engels gewidmet.

Nach der Darlegung der historischen Voraussetzungen für die Entstehung der marxistischen Weltanschauung und der Darstellung der geistigen Entwicklung des jungen Marx und des jungen Engels wird die Entdeckung und philosophisch-theoretische Begründung der welthistorischen Rolle des Proletariats gewürdigt.



Dietz Verlag Berlin

1025 Berlin - Wallstraße 76-79
Deutsche Demokratische Republik

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG

MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH

6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrgb. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Probleme des Kampfes um Mitbestimmung

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

8



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Das Herrschaftssystem ist staatsmonopolistischer Kapitalismus	1
Die gewerkschaftlichen Forderungen und die etablierten Parteien	3
Die Gesetzentwürfe von SPD und DGB	4
Die Position der DKP	6
Wie muß eine wirksame Mitbestimmung im Betrieb aussehen?	10
Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung	13
Überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung notwendig	14
Anhang	16

Preis DM 1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28.04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Das Herrschaftssystem ist staatsmonopolistischer Kapitalismus

Über die gesellschaftlichen Grundlagen der Bundesrepublik wird im Grundsatzzprogramm des DGB von 1963 richtig gesagt, daß die Entwicklung „zu einer Wiederherstellung der alten Besitz- und Machtverhältnisse geführt“ hat. In der Wirtschaft der Bundesrepublik herrschen die Wehrwirtschaftsführer Hitlers, die Konzernherren von gestern, die Abs, Flick und Thyssen, die Herren von Siemens und IG-Farben. Sie haben ihre Macht nicht nur wiederhergestellt, sondern neue Macht hinzugewonnen. 1)

Niemals zuvor hat die Konzentration des Kapitals und der Produktion in Deutschland solche Ausmaße erreicht, wie heute in der Bundesrepublik. Gab es 1938 in ganz Deutschland 25 Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von mehr als 100 Mill. Mark, so gab es 1967 in der Bundesrepublik bereits 94 AGs dieser Größenordnung. Sie machen der Zahl nach weniger als 4 Prozent der Aktiengesellschaften aus, verfügen jedoch über 60 Prozent des Grundkapitals aller AGs.

Ein kleines Häuflein von Bank- und Industrieführern kommandiert in seinen Wirtschaftsdynastien über nach Hunderttausenden zählende Armeen von Arbeitern und Angestellten. So waren 1966 allein bei drei größten Konzernen – Flick, Siemens und IG-Farben Gruppe – fast 800.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Rechnet man die Familienangehörigen dazu, so sind rund 2,5 bis 3 Millionen Menschen direkt von den Herrschern dieser drei Mammutkonzerne abhängig.

Darüber hinaus erstreckt sich die Herrschaft der Konzerne über ein weiteres Netz formell selbständiger Unternehmen, die als Zulieferer mehr oder weniger an sie gebunden sind. So hat Siemens z.B. etwa 30.000 solcher Zulieferer. Durch den Zusammenschluß von Riesenkonzernen erleben wir gegenwärtig eine neue Stufe großkapitalistischer Machtkonzentration. Mit seiner größeren Wirtschaftsmacht erweitert das Großkapital auch seine politische Macht.

Neben der wachsenden Konzentration des Großkapitals ist die Nachkriegsentwicklung in Deutschland durch ein weiteres Anwachsen der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben gekennzeichnet. Ohne ständige und weitgehende Eingriffe des Staates in den Wirtschaftsprozess kann die kapitalistische Wirtschaft heute nicht mehr funktionieren.

Nicht zuletzt ist der Staat, der mehr als 20 Prozent der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Bundesrepublik beschäftigt, selbst zum größten Unternehmer geworden. Er spielt eine entscheidende Rolle in so wichtigen Bereichen wie der Stromerzeugung, dem Banksystem, der Forschung, dem Verkehrs- und Nachrichtenwesen.

Das wichtigste Instrument staatlicher Wirtschaftspolitik ist der Staatshaushalt. Mehr als 40 Prozent des Nationaleinkommens, d.h. des neugeschaffenen Wertes, fließen heute in Gestalt von Steuern und Abgaben in die verschiedenen Kassen des Staates und werden zu einem entscheidenden

Teil über Investitionen und Subventionen, Kredite und Staatsaufträge für wirtschaftliche Zwecke eingesetzt, wobei die Interessen der Großkonzerne und Großbanken diese Wirtschaftspolitik bestimmen.

Mit Hilfe des Stabilitätsgesetzes, der mittelfristigen Finanzplanung und der konzertierten Aktion soll zu Gunsten des Großkapitals die regulierende Tätigkeit des Staates noch wirkungsvoller gestaltet werden.

Die gewachsene Kraft des Großkapitals, der Monopole, und die gewaltige wirtschaftliche und politische Macht des Staates fließen zusammen in ein einheitliches, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassendes Herrschaftssystem, das wir staatsmonopolistischen Kapitalismus nennen.

Die Formen der Machtvereinigung von Großkapital und Staat sind sehr vielfältig. Eine besonders bedeutsame Rolle spielen dabei in der Bundesrepublik zweifellos die Unternehmerverbände. Sie verfügen über 5000 Büros mit etwa 30 000 Angestellten.

Ihre Einflußnahme geschieht über Kontaktstellen zu Ministerien und Ämtern, über die direkte Beratung der Verbandsspitzen mit den entsprechenden Ministern und Staatssekretären und nicht zuletzt über die Ausarbeitung von Vorschlägen, Denkschriften und Gesetzentwürfen. Es gibt kein einziges wesentliches Gesetz, das nicht von den Unternehmerverbänden entworfen oder zumindest vorher mit ihnen abgesprochen wäre.

Eine andere Form der Machtvereinigung ist die schon von Lenin beschriebene Personalunion zwischen Monopolen und Staat: Das Großkapital entsendet seine Vertreter in das Parlament und die Regierung. Andererseits sitzen führende Politiker in den Vorständen und Aufsichtsräten der Konzerne.

Die Vereinigung der größer gewordenen Macht der Monopole mit der erweiterten Macht des Staates hat in der Bundesrepublik zu einer Machtkonzentration von nie dagewesenen Ausmaßen geführt. Über die Gefahren der Machtzusammenballung heißt es im Beschluß 216 des VI. Ordentlichen DGB-Kongresses:

„Die wachsende Konzentration wirtschaftlicher Macht gefährdet im Innern die Demokratie und nach außen den Frieden. Ihr unheilvoller Einfluß auf die Sozial-, Innen- und Außenpolitik macht sich immer stärker bemerkbar.“

Die Hauptgefahr für den sozialen Standard der arbeitenden Menschen geht von der kapitalistischen Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution aus. Die unheilvolle Ehe von Monopolen und Staat führt dazu, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Profit- und Machtinteresse des Großkapitals genutzt wird. Das beschwört für die Arbeiter und Angestellten die reale Gefahr der Arbeitslosigkeit, der beruflichen Degradation und des Verlustes errungener sozialer Positionen herauf.

Die aus der Machtzusammenballung von Großkapital und Staat erwachsenden Gefahren machen zunächst den Kampf um die Kontrolle und Einschränkung dieser Macht durch eine wirksame Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften zu einer der vordringlichsten Aufgaben im Ringen um Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik.

Die gewerkschaftlichen Forderungen und die etablierten Parteien

Über das Ziel der Mitbestimmung heißt es im DGB-Grundsatzprogramm von 1963: „Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.“

Die Gewerkschaften fordern: „Die paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer muß bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen gesichert sein. Sie muß in privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen gelten.

Zu ihrer Sicherung sind die betrieblichen Mitbestimmungsrechte auszubauen, sind bei allen Großunternehmen – unabhängig von ihrer Rechtsform – Aufsichtsräte zu bilden, die paritätisch aus Vertretern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, ist in die Vorstände und Geschäftsführungen aller Großunternehmen mindestens ein Mitglied zu berufen, das nicht gegen die Mehrheit der Stimmen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt werden kann.

Die überbetriebliche Mitbestimmung muß in paritätisch von Arbeitnehmervertretern und Unternehmervertretern besetzten Organen verwirklicht werden.“

Die Haltung sowohl der alten Bundesregierung der Großen Koalition als auch der neuen Regierung und der im Bundestag vertretenen Parteien zu den 1967 bzw. 1968 vorgelegten Gesetzentwürfen des DGB über die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und zur Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung zeigt, daß die Gewerkschaften in ihrem Kampf auf diese Parteien nicht rechnen können. Das gilt eindeutig für die CDU und FDP, mit gewissen Einschränkungen auch für die SPD.

Die CDU hat in ihrem im November 1968 in Westberlin beschlossenen Aktionsprogramm erklärt: „Bei einer Neuordnung des Unternehmerrechts darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten von organisierten Interessen nicht zugelassen . . . werden.“ Damit sind nicht die Einflüsse der Unternehmerverbände, sondern der Gewerkschaft gemeint! Die CDU wendet sich gegen eine weitere Ausdehnung sogar der Montan-Mitbestimmung. Allenfalls möchte sie das Thema „sorgfältig geprüft“ wissen. Sie spricht

von der Ausnutzung und Verbesserung des BVG, wobei allerdings keinerlei wirkliche Mitbestimmungsrechte für die betriebliche Ebene angestrebt werden. Die Haltung der von Franz Josef Strauß geführten CSU ist noch offener mitbestimmungsfeindlich.

Die FDP ist seit eh und je ein erklärter Gegner der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, sie versucht jedoch, ihre Position geschickter zu verpacken. So erklärte etwa Walter Scheel die ablehnende Haltung zur Ausweitung der Mitbestimmung damit, sie hätte sich auf die soziale Situation der Beschäftigten „eher negativ als positiv“ ausgewirkt. In Wirklichkeit geht es der FDP, wie der CDU/CSU darum, auf keinen Fall eine Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften zuzulassen. Das wird deutlich, aus ihrer Forderung, daß nur die mitbestimmen sollen, die in einem Unternehmen mitarbeiten, (also die Gewerkschaften nicht) wobei über die Entscheidungsrechte solcher Nicht-Arbeiter, wie der Großaktionäre, kein Wort gesagt wird.

Daß die NPD gegen die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen Sturm läuft, ist wohl selbstverständlich. Ihr Ziel ist das Verhältnis von Betriebsführer und Gefolgschaft und damit die Festigung des Herr-im-Hause-Standpunktes der Unternehmer in den Betrieben. Dabei ist die NPD bestrebt, diese Position durch Losungen über die Beendigung des Klassenkampfes und die harmonische Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern zu verbrämen.

Die Gesetzentwürfe von SPD und DGB

Die SPD-Führung hat den gewerkschaftlichen Forderungen nur teilweise und unter Druck entsprochen. Zwei Jahre hat sie in der Regierung der Großen Koalition nichts zur Verwirklichung dieser Forderungen getan, dafür jedoch die Annahme der Notstandsgesetze gegen den erklärten Willen der Gewerkschaften ermöglicht.

Auch in der SPD/FDP-Regierung hat sie die Mitbestimmung im Grunde auf Eis gelegt.

Was den Inhalt der Gesetzentwürfe der SPD zur Mitbestimmungsfrage angeht, so kommen diese zwar den gewerkschaftlichen Vorstellungen in einigen Punkten entgegen, bei entscheidenden Fragen wenden sie sich jedoch von den gewerkschaftlichen Positionen ab.

So sieht zum Beispiel § 27 Abs. 2 des SPD-Entwurfes zur Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes vor, daß eine im Betriebsrat vertretene Minderheitsgruppe (in der Regel die Angestelltenvertreter) den eigenen Gruppenvertreter als Stellvertreter des Betriebsratsvorsitzenden wählen kann, wenn die Gruppe mehr als ein Drittel der Betriebsratssitze besitzt. Auch § 29 Abs. 3 gibt den Minderheiten größere Rechte, Betriebsratssitzungen einzuberufen oder Tagesordnungspunkte festzusetzen.

Diese Punkte des SPD-Entwurfes widersprechen dem gewerkschaftlichen Standpunkt, der davon ausgeht, daß die Position der Einheitsgewerkschaft nicht zugunsten von Splittergruppen geschwächt werden darf. Diese Gefahr bestände jedoch zweifellos, wenn die SPD-Vorschläge verwirklicht würden, da die Angestelltenvertreter in vielen Betriebsräten leider in ihrer Mehrheit nicht in einer DGB-Gewerkschaft organisiert sind. § 29 Abs. 3 des SPD-Entwurfes, der einer Minderheit von einem Viertel der Betriebsräte das Recht gibt, Betriebsratssitzungen und Tagesordnungspunkte gegen den Willen der Mehrheit durchzusetzen, beschwört sogar die Gefahr herauf, daß z.B. neonazistische Betriebsorganisationen, über ihre Vertreter im Betriebsrat, selbst dann, wenn diese nur eine Minderheit darstellen, zum Schaden der Gewerkschaft und der Belegschaften wesentlichen Einfluß auf die Betriebsratstätigkeit nehmen können. Dabei soll hier keineswegs unterstellt werden, daß es der SPD-Führung darum gehe, die Position der Neonazis zu stärken. Es soll nur deutlich gemacht werden, zu welchen gefährlichen Konsequenzen die Unterordnung der SPD unter die Politik der CDU/CSU führt, die seit langem einen sogenannten „Minderheitenschutz“ fordert und damit die Position der DGB-Gewerkschaften schwächen will.

Von besonderer Bedeutung ist zweifellos der SPD-Gesetzesentwurf zur „Unternehmerverfassung in Großunternehmen und Großkonzernen“, nicht nur, weil der DGB auf die Ausweitung der Mitbestimmung auf alle Großunternehmen das größte Gewicht legt, sondern auch wegen des unterschiedlichen Widerstandes der Unternehmer und ihrer Verbände. Die Vorschläge der SPD-Fraktion zu diesen Fragen unterscheiden sich wesentlich von denen des DGB. Das beginnt praktisch bereits beim Namen des Entwurfs der SPD, der bezeichnenderweise auf das Wort Mitbestimmung verzichtet.

Als Merkmale für die Bewertung als Großunternehmen sieht der SPD-Entwurf, wie der des DGB, zwei von den folgenden drei vor: Mindestens 2000 Beschäftigte, mindestens 75 Mio DM Bilanzsumme oder mindestens 150 Mio DM Umsatz. Allerdings hat die Führung der SPD schon ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, über diese Merkmale, unter die ohnehin nur etwa 400 Großunternehmen fallen, noch mit sich reden zu lassen.

Die Hälfte der Arbeitnehmervertreter in den paritätisch zu besetzenden Aufsichtsräten dieser Großunternehmen soll nach dem SPD-Entwurf im Unternehmen beschäftigt sein, wobei das Vorschlagsrecht der Gewerkschaften im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Vorstellungen und der bisherigen Praxis in der Montanindustrie diese nicht betreffen und nur auf die nicht im Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmervertreter beschränkt werden soll. Das bedeutet aber eine direkte Schwächung der Position der Gewerkschaften.

Im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Forderungen wird im SPD-Entwurf auf die besondere Funktion des Arbeitsdirektors, der nicht gegen den Willen der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat bestellt werden kann, verzichtet. Der SPD-Entwurf sieht keine Mitbestimmung in den Vorständen vor.

Völlig neu, dabei problematisch, ist der Vorschlag einer Unternehmensversammlung der im Betrieb Tätigen. Je nach Größe des Unternehmens soll auf je 100 oder 200 Beschäftigte ein Vertreter in dieses Gremium gewählt werden. Die Unternehmensversammlung soll die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat wählen und das Recht haben, über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens informiert zu werden. Es handelt sich also nicht um ein Mitbestimmungsorgan. Dennoch sieht dieser Vorschlag nach einem Fortschritt aus. Aber auch hier trägt der Schein. Der Pferdefuß der Unternehmensversammlung besteht darin, daß hier ein neues nichtgewerkschaftliches Organ geschaffen und zwischen Belegschaft und Gewerkschaft gestellt würde. Die Bedeutung der Belegschaftsversammlungen, an denen, im Gegensatz zur Unternehmensversammlung, die Gewerkschaften teilnehmen können, würde herabgesetzt. Das alles kann aber nur dazu führen, den Einfluß und die Rolle der Gewerkschaft im Betrieb weiter herabzumindern.

Die Vorstellungen der SPD unterscheiden sich also z.T. erheblich, und dabei negativ, von den Gewerkschaftsentwürfen. Sie sind in vielen Punkten mit dem Bemühen, den Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben zu stärken, unvereinbar.

Insgesamt gesehen muß man feststellen, daß die SPD-Entwürfe die **Machtpositionen des Großkapitals völlig unangetastet lassen**. Sie sind darum als Plattform für den Kampf um echte Mitbestimmung in keiner Weise geeignet.

Die Position der DKP

Im Gegensatz zu den im Bundestag vertretenen Parteien unterstützt die DKP konsequent die in den Gewerkschaften des DGB formulierten Forderungen nach Ausdehnung der Mitbestimmung, ohne zu verschweigen, daß ihre Vorstellungen weitergehen und die Verwirklichung der in den gewerkschaftlichen Entwürfen enthaltenen Forderungen nur ein erster Schritt zu einer wirksamen Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Gewerkschaften sein kann.

Marxisten sind sich darüber im klaren, daß die Mitbestimmung, wie jede Reform unter den Bedingungen des Kapitalismus, zwei Seiten hat. Sie kann sowohl der Bindung der Arbeiterklasse an das großkapitalistische Herrschaftssystem und damit der Stabilisierung dieses Systems dienen, als auch zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals, zur Einflußnahme auf Wirtschaft und Gesellschaft im Klasseninteresse der Arbeiterklasse und damit zur Schaffung günstigerer Ausgangspositionen für die Durchsetzung weitergehender Reformen im Interesse der Untergrabung und schließlichen Überwindung der Monopolherrschaft genutzt werden. Welche dieser beiden möglichen Seiten durchgesetzt wird, hängt von der **klassenmäßigen Orientierung der Mitbestimmungskonzeption, vom Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und ihrer Aktivität im Kampf um die Mitbestimmung ab**.

Die Kommunisten verbinden eine klare klassenmäßige Zielsetzung mit der Mitbestimmung. In der vom Essener Parteitag beschlossenen Grundsatzklärung wird eindeutig gesagt: „Die Mitbestimmung darf nicht Mittel einer illusionären ‚Sozialpartnerschaft‘ oder ‚Klassenharmonie‘ sein, sondern muß zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Verbesserung der Lebensbedingungen, als Waffe zur Einschränkung der Macht des Großkapitals benutzt werden.“

Die Kommunisten wollen mit der Mitbestimmung den Gefahren, die von der Machtkonzentration des Großkapitals ausgehen, einen wirksamen Damm entgegenstellen. Die Mitbestimmung muß dazu beitragen, Positionen der Gegenmacht gegen die Alleinherrschaft der Bank- und Konzernherren zu schaffen und so die demokratische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik einleiten.

Es darf bei der Mitbestimmung nicht um irgendeine sozialpartnerschaftliche Mitverantwortung für den reibungslosen Ablauf des Profitsystems gehen, sondern um die demokratische Kontrolle der Wirtschaft im Interesse der Arbeiterklasse. Eine solche Mitbestimmung, eine solche demokratische Kontrolle, der Aufbau einer solchen Gegenmacht gegen die Macht des Großkapitals hilft die elementaren sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen. Sie kann nur im permanenten Klassenkampf verwirklicht werden und wird dazu beitragen, daß die Arbeiter und Angestellten die Grenzen des kapitalistischen Systems und die Notwendigkeit des Vorwärtsschreitens zum Sozialismus erkennen. Die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen können Ausgangspunkte, ein erster Schritt im Kampf um eine solche Mitbestimmung sein.

Eine antimonopolistisch orientierte Mitbestimmung wird der Arbeiterklasse weder von den Monopolen noch vom monopolistischen Staat geschenkt werden. Sie kann nur das Ergebnis des entschlossenen Kampfes, der machtvollen Aktionen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften sein. Um die Masse der Arbeiterklasse im Kampf um eine wirksame Mitbestimmung zu mobilisieren, bedarf es klarer und konkreter Mitbestimmungsvorstellungen, die für jeden Arbeiter und Angestellten verständlich sind und begreifliche Zusammenhänge zu den ihn bewegenden Sorgen und Nöten erkennen lassen.

Hierzu entwickelt die DKP folgende Vorschläge: Eine wirksame Mitbestimmung muß alle Ebenen des Wirtschaftsgeschehens erfassen und vom Arbeitsplatz, über den Betrieb und das Unternehmen bis zur staatlichen Wirtschaftspolitik, ja bis zur echten Mitentscheidung der Vertreter der Arbeiterklasse in den internationalen Institutionen reichen. Erst in einem solchen Gesamtsystem wird eine effektive Mitbestimmung überhaupt möglich, da jede Mitbestimmung auf der einen Ebene durch Maßnahmen auf der anderen Ebene unwirksam werden kann, wenn dort nicht ebenfalls mitbestimmt wird.

Die Basis für eine wirksame Mitbestimmung ist die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb.

Konkrete Probleme der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, in Betrieb und Gesellschaft: Während für die betriebliche Mitbestimmung schon recht detaillierte gewerkschaftliche Vorstellungen zur Novellierung der Betriebsverfassungsgesetze vorliegen, steckt die Diskussion um die Mitbestimmung am Arbeitsplatz bis heute noch in den ersten Ansätzen. Von den bisher zu diesem Komplex entwickelten Vorschlägen verdienen die des SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Matthöfer unsere besondere Aufmerksamkeit, da diese nicht nur von der SPD unterstützt, sondern auch von vielen Gewerkschaften übernommen werden.

- In Betrieben mit mehr als 500 Beschäftigten sollen Arbeitsgruppen nach Produktions- und Arbeitsbereichen gebildet werden. Diese Arbeitsgruppen wählen einen Arbeitsgruppensprecher zur Vertretung der Gruppe nach außen. Der Arbeitsgruppensprecher soll jederzeit abberufbar sein.

Auf Antrag muß eine Arbeitsgruppenbesprechung einberufen werden, die z.B.

- die Einführung neuer Produktionsverfahren
- Änderungen des Arbeitsplatzes und des Arbeitsverlaufes
- Materialanlieferung
- und die Lohnfindung bespricht.

Die Arbeitsgruppe kann aber keine Entscheidung fällen.

- Nur wenn die Vorgesetzten mit dem Beschluß der Arbeitsgruppe übereinstimmen, kommt eine in der Praxis verbindliche Regelung zustande.
- Wird zwischen Arbeitsgruppensprecher und dem untersten Vorgesetzten keine Einigung erzielt, muß der Betriebsrat hinzugezogen werden.

Soweit der Kern der Vorschläge von Hans Matthöfer. Sie haben zweifellos dazu beigetragen, die Diskussion um die Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Gang zu bringen, stellen jedoch keine Grundlage für eine wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz dar.

Dies bestätigen auch die zustimmenden Stellungnahmen der Unternehmer zu diesen Vorschlägen bzw. ähnliche Vorschläge der Unternehmer über die Wahl von Arbeitsgruppensprechern oder sogenannten Betriebsvertrauensleuten.

Selbst der „Industriekurier“, das Organ der Großindustrie, begrüßte am 15. August 1968 die Vorschläge Matthöfers. Dieter Fertsch-Röver, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, schlug in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 21. März 1969 ebenfalls vor, in Betrieben mit mehr als 1500 Beschäftigten, zusammen mit dem Betriebsrat, Arbeitsgruppensprecher zu wählen, die sich um 50-100 Beschäftigte kümmern und die Verbindung zum Betriebsrat intensivieren sollen.

Die Arbeitgeberverbände schlagen in ihrem Organ „Der Arbeitgeber“ die Einrichtung von sogenannten „betrieblichen Vertrauensleuten“ vor, um den Kontakt zwischen Betriebsrat und Belegschaft zu verbessern.

Stellen wir die Frage, wo die schwachen Punkte des Vorschlages liegen, Arbeitsgruppensprecher zu wählen?

1. Zunächst wollen die Unternehmer mit solchen Vorschlägen von den gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung in den Gremien ablenken, wo die wirklichen Entscheidungen getroffen werden.
2. Vor allem geht es den Unternehmern darum, die Position der Gewerkschaften in den Betrieben zu schwächen. Arbeitsgruppensprecher oder Betriebsvertrauensleute sind nämlich keine gewerkschaftlichen Organe. Wenn sie die unterste Vertretung der Arbeiter und Angestellten sind, dann untergräbt das die Position der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und damit der Gewerkschaften.
3. Mit Arbeitsgruppensprechern, die im Unterschied zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten nicht Gewerkschaftsorgane sind und nicht die Kraft der gewerkschaftlichen Organisation hinter sich haben, können die Unternehmer natürlich schneller fertig werden, zumal die Arbeitsgruppensprecher auch dem Unternehmer sozusagen als Einzelkämpfer gegenüberstehen.
4. Arbeitsgruppensprecher oder Betriebsvertrauensleute sollen Unterglieder des Betriebsrats sein. Sie würden damit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz mit seinen Auflagen zur sog. Friedenspflicht, zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Unternehmer „im Interesse des Betriebes“ usw. unterliegen.
5. Dies alles soll vor allem die Voraussetzungen schaffen für die Steigerung der Produktivität und der Profite. Es ist nicht zufällig, daß von der Unternehmenseite das Beispiel der Autofabriken der Standard Motor Company in Coventry (England) hervorgehoben wird.

Bei Standard Motor wurden durch Firmenverträge sämtliche Betriebe in Arbeitsgruppen organisiert, die ohne direkte Kontrolle von seiten der Direktion den Arbeitsablauf selbst entscheiden. Jede Arbeitsgruppe bezieht einen Gesamtlohn, der aus einem Grundbetrag und einer vom Produktionsausschuß abhängigen Prämie besteht. Diesen Lohn teilen die Arbeitsgruppen selbständig nach den kollektivvertraglich festgelegten Lohngruppen unter sich auf.

Dieses System erspart den Aktionären und Managern teure Arbeitsaufsicht. Es führt dazu, daß die Arbeiter sich gegenseitig antreiben und so der Profit gesteigert wird. Gleichzeitig werden die Auseinandersetzungen der Arbeiter mit dem Arbeitsgruppenleitern geführt und nicht unmittelbar gegen die Aktionäre und Manager gerichtet.

Wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz erfordert vor allem, die für die erfolgreiche Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute notwendigen Rechte zu schaffen und gesetzlich zu sichern. Auf diese Weise würde der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben, die wichtigste Voraussetzung für jede effektive Mitbestimmung, nicht geschwächt, sondern gestärkt. Grundbedingung dafür, daß die gewerkschaftlichen Vertrauensleute zu einem wirksamen Mitbestimmungsorgan werden können, ist allerdings ihre Selbständigkeit als kämpferische Gewerkschaftsorgane. Sie dürfen darum unter keinen Umständen durch das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz gebunden werden.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind das wichtigste Bindeglied der Gewerkschaften zu den gewerkschaftlich organisierten Kollegen und darüber hinaus zu den Arbeitern und Angestellten im Betrieb überhaupt. Sie stehen den Sorgen und Nöten, den Forderungen der Arbeiter und Angestellten am nächsten. Je mehr Rechte die Vertrauensleute haben, umso größer ist die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb. Die Vertrauensleute müssen in engem Zusammenwirken mit dem Betriebsrat bei allen Entscheidungen mitbestimmen, die den Arbeitsplatz, das berufliche Fortkommen, die Arbeitssicherheit, die Lohn-, Urlaubs- und Arbeitszeitregelung und das Arbeitstempo der in ihrem Bereich tätigen Kollegen betreffen. Sie müssen das gesetzlich gesicherte Recht zur Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Aufgaben im Betrieb erhalten, das Recht zur gewerkschaftlichen Betreuung der Kollegen während der Arbeitszeit.

Zu diesem Zweck sollte jedem Vertrauensmann wöchentlich eine bestimmte Zahl von bezahlten Arbeitsstunden zur Verfügung stehen. Diesen Rechten kommt angesichts der mit dem technischen Fortschritt verbundenen festeren Bindung an den Arbeitsplatz und der Tatsache, daß die Arbeiter und Angestellten häufig in großer räumlicher Distanz voneinander arbeiten, eine große Bedeutung zu. Die Vertrauensleute sollten das Recht erhalten, ihre Sitzungen während der Arbeitszeit und bei vollem Lohnausgleich abzuhalten und in ihren Arbeitsbereichen Kurzversammlungen mit den Kollegen durchzuführen. Zur uneingeschränkten Wahrnehmung ihrer Aufgaben muß den Vertrauensleuten ein gesetzlicher Kündigungsschutz gewährt werden.

Wie muß eine wirksame Mitbestimmung im Betrieb aussehen?

Hier gibt es bereits detaillierte Vorschläge des DGB im Gesetzentwurf zur Novellierung des BVG. In einigen Fragen sollten diese Vorschläge erweitert werden. Eine wirksame betriebliche Mitbestimmung erfordert Mitentscheidung der Betriebs- und Personalräte in allen personellen Fragen, also bei Einstellungen und Entlassungen, Umbesetzungen und Umschulungen, bei der Berufsausbildung usw. Sie verlangt Mitbestimmung bei Lohn und Akkord, Arbeitszeit, Arbeitstempo und bei allen anderen sozialen Fragen. Sie erfordert vor allem aber auch eine wirksame Mitbestimmung über die Investitionen, die Gewinnverteilung, die Gestaltung der Produktionsprogramme und alle anderen wirtschaftlichen Fragen. Werden doch gerade

durch Entscheidungen in diesem Bereich letztlich die Weichen für die Entwicklung des Betriebes gestellt, darunter auch für die personellen und sozialen Veränderungen.

Der Kampf um die betriebliche Mitbestimmung beginnt bereits mit dem Kampf um die volle Ausnutzung der bestehenden Rechte und Möglichkeiten. Bei Gewerkschaftern besteht kein Zweifel darüber, daß die im Betriebsverfassungsgesetz gegebenen Rechte äußerst unzureichend sind und an einer wirksamen Regelung der betrieblichen Mitbestimmung völlig vorbeigehen. Dennoch werden in vielen Betrieben selbst diese minimalen Rechte nicht einmal voll ausgenutzt.

Für eine wirksame Mitbestimmung reicht das BVG jedoch in keiner Weise aus. Darum gilt es vor allem, den Kampf um eine verbesserte Regelung der betrieblichen Mitbestimmung zu führen. Es geht dabei in erster Linie darum, die im BVG enthaltenen Rechte zweiter Ordnung, die sog. Mitwirkungs-, Informations- und Anhörrechte in echte Mitbestimmungsrechte zu verwandeln. So sollten vor allem auch die Arbeitnehmervertreter im Wirtschaftsausschuß und hier über die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Novellierung des BVG hinaus, das Recht erhalten, in allen wirtschaftlichen Fragen des Betriebes nicht nur informiert zu werden, sondern mitzuentcheiden.

Eine echte Mitbestimmung, in allen Fragen, die mit dem technischen Fortschritt zusammenhängen, ist für jeden Arbeiter und Angestellten zu einem erstrangigen Anliegen geworden, das von unmittelbarer Bedeutung für seine Beschäftigung, seine berufliche Entwicklung und seinen Lebensstandard ist. Das Fehlen einer wirksamen Mitbestimmung stellt angesichts der Probleme, die mit der technischen Entwicklung auf die Arbeiter und Angestellten zukommen, eine große Gefahr dar. Es ist einfach haarsträubend, daß das geltende BVG in § 72 festlegt, der Betriebsrat brauche bei Umstellungen des Betriebes und der Arbeitsmethoden nicht hinzugezogen zu werden, wenn diese „dem technischen Fortschritt entsprechen“ oder auf „einer offensichtlichen Veränderung der Marktlage beruhen“. Es ist dringend notwendig, eine Regelung durchzusetzen, die vorschreibt, daß keine Veränderung des Betriebes und der Arbeitsmethoden ohne die wirksame Mitbestimmung der Vertreter der Arbeiter und Angestellten zulässig ist.

Es gilt, in diesem Zusammenhang auch den Kampf um eine solche gesetzlich fixierte Bestimmung zu führen, daß bei technischen Umstellungen ein vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft gebilligter Sozialplan vorliegen muß, der gewährleistet, daß jedem Kollegen ein Arbeitsplatz gesichert wird bzw. ausscheidenden Kollegen entsprechende Abfindungen oder Überbrückungen gezahlt werden, daß rechtzeitige Umschulungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, daß Lohnverluste verhindert werden und erworbene Rechte erhalten bleiben.

Eine Erweiterung der Rechte des Betriebsrates ist auch allgemein bei Entlassungen, bei Veränderungen des Arbeitstempes, bei Einführung neuer

Systeme der Entlohnung und der Arbeitsplatzorganisation und in anderen Fragen notwendig.

Eine wirksame betriebliche Mitbestimmung verlangt nicht zuletzt auch eine Erweiterung und gesetzliche Verankerung der Rechte der Betriebsjugendvertreter.

Schließlich sollten auch die Belegschaftsversammlungen mit Rechten ausgestattet werden, die es ihnen ermöglichen, in den wichtigsten Fragen unmittelbar informiert und gehört zu werden.

Der berüchtigte § 49,1 des BVG, der die Betriebsräte zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Unternehmern verpflichtet“, ist mit wirklicher Mitbestimmung unvereinbar. Für die Vertreter der Arbeiter und Angestellten darf es nur einen Gesichtspunkt geben, nach dem sie ihre Tätigkeit ausrichten, die konsequente Wahrnehmung der Interessen der Belegschaft. Darum ist es notwendig, über die gewerkschaftlichen Vorschläge hinaus, eine entsprechende Veränderung von § 49,1 BVG durchzusetzen.

Für eine wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb ist zweifellos eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes notwendig. Es wäre jedoch verhängnisvoll, wenn man die Entscheidung dieser Frage allein dem Bundestag überlassen wollte. Wenn die Ergänzung des BVGs nicht eine Augenwischerei werden, sondern den arbeitenden Menschen in den Betrieben eine wirksame Mitbestimmung bringen soll, dann sind machtvolle außerparlamentarische Massenaktionen der Gewerkschaften notwendig. Das gilt natürlich auch in gleichem Maße für die Mitbestimmungsforderungen auf anderen Ebenen.

Von großer Bedeutung sind auch die Bemühungen der Gewerkschaften, über Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge Mitbestimmungsrechte zu erhalten. Die Erfahrungen beweisen, daß durch Kampfaktionen erzielte Erfolge die Bewegung stärken und dazu beitragen können, Mitbestimmungsrechte auch gesetzlich zu verankern.

Außerdem sollten die Belegschaften in den Betrieben unmittelbar den Kampf um die Erweiterung ihrer Rechte führen. Es geht darum, daß sie durch ihre Kraft und Geschlossenheit z.B. erzwingen, daß technische Umstellungen nicht vorgenommen werden können, ohne daß ein vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft gebilligter Sozialplan vorliegt. Sie sollten den Kampf darum führen, daß das Fließband einfach nicht schneller laufen und die Arbeitsplatzorganisation einfach nicht verändert werden kann, ohne daß von ihren Vertretungen gesichert worden ist, daß für die betroffenen Kollegen ein gebührender Anteil an den Ergebnissen der Leistungssteigerung dabei herauspringt usw. Die Praxis zeigt, daß die Rechte der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertreter nicht nur vom BVG abhängen, sondern auch davon, welche Rechte die Belegschaften kraft ihrer Geschlossenheit und Kampfbereitschaft durchsetzen.

Die Lösung dieser Aufgabe ist natürlich nicht leicht. Sie erfordert die

Entwicklung des Klassenbewußtseins der Arbeiter und Angestellten und die ständige Stärkung ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Es kommt zuletzt darauf an, daß jedem Kollegen klar wird, daß die Erweiterung der Rechte der Arbeitnehmersvertreter eine Forderung ist, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Sicherheit seines Arbeitsplatzes und seiner erworbenen Rechte, mit den Möglichkeiten seiner beruflichen Entwicklung und dem Inhalt seiner Lohntüte steht.

Wenn man den Kampf um eine wirksame betriebliche Mitbestimmung so versteht, dann wird klar, daß es keinen Betrieb in der Bundesrepublik gibt, in dem nicht sofort mit dem Kampf um die Erfüllung konkreter Mitbestimmungsforderungen begonnen werden kann.

Durch eine wirksame Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb wird das Fundament geschaffen, auf dem sich die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und eine überbetriebliche Mitbestimmung aufbauen müssen.

Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung

Die Gewerkschaften stellen bekanntlich gegenwärtig die Ausdehnung der sogenannten qualifizierten Mitbestimmung in den Mittelpunkt der Diskussion.

18 Jahre nach Inkrafttreten des Montan-Mitbestimmungsgesetzes ist klar, daß die Wirksamkeit dieser Form der Mitbestimmung außerordentlich begrenzt ist. Die Montan-Mitbestimmung hat weder den Mißbrauch der Wirtschaftsmacht in diesem Bereich verhindert, noch die Beschäftigten des Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie vor den Folgen einer verfehlten Wirtschaftspolitik bewahren können. Sie hat lediglich dazu beigetragen, diese Folgen durch Sozialpläne und andere Maßnahmen zu mildern.

Nicht wenige Arbeiter ziehen aus diesen Tatsachen die Schlußfolgerung, daß die qualifizierte Mitbestimmung nichts bringe.

Aber die Wirksamkeit dieser Form der Mitbestimmung wird u.a. doch dadurch begrenzt, daß sie nur auf einen kleinen Wirtschaftsbereich und noch dazu auf einen Bereich von schrumpfender Bedeutung beschränkt ist. Im Gegensatz zur Montan-Industrie haben im Zuge des technischen Fortschritts solche Zweige wie die Chemie, die Elektronik und Elektrotechnik, der Maschinenbau u.a. gewaltig an Bedeutung gewonnen. Gerade in diesen Zweigen gibt es jedoch keine qualifizierte Mitbestimmung. Hinzu kommt, daß der Anwendungsbereich der qualifizierten Mitbestimmung durch die Umstrukturierung der Montan-Betriebe im Laufe der technischen Revolution und durch gesetzliche Maßnahmen wie die sogenannte Holdingnovelle selbst im Montan-Bereich immer weiter beschnitten wurde. Gerade der Kampf um die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Forderung nach Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf alle Großbetriebe in allen Bereichen der Wirtschaft würde die kritisierten Gebrechen der Mon-

tan-Mitbestimmung verringern. Wir vertreten in diesem Zusammenhang die Auffassung, daß die paritätische Mitbestimmung nicht nur in den Aufsichtsräten, sondern auch in den Vorständen aller Großunternehmen nötig ist, weil die maßgeblichen Entscheidungen in wachsendem Maße nicht in den Aufsichtsräten, sondern in den Vorständen getroffen werden.

Ein entscheidendes Hindernis für die Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und Vorständen besteht darin, daß viele von ihnen ihre Tätigkeit losgelöst von Gewerkschaft und Belegschaft ausüben. Dadurch fehlt der notwendige Rückhalt für das Auftreten dieser Vertreter im Aufsichtsrat oder Vorstand. Andererseits besteht die Gefahr der „Geheimdiplomatie“ und der „Sozialpartnerschaft“.

Die Isolierung vieler „Arbeitnehmer“-Vertreter in den Aufsichtsräten und Vorständen von Belegschaft und Gewerkschaft ist zweifellos zu einem Teil durch die ihnen auferlegte Schweigepflicht beeinflusst. Darum ist der Kampf um die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung mit der Forderung zu verbinden, den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat und in den Vorständen das Recht zu geben und die Pflicht aufzuerlegen, vor Belegschaft und Gewerkschaft Rechenschaft abzulegen. Eine solche Rechenschaftslegung, unterstützt von klaren finanziellen Regelungen über die Abführung eines Teils der Aufsichtsrattantiemen- und Vorstandsbezüge an einen gewerkschaftlichen Fonds, ist gleichzeitig die beste Garantie dafür, daß die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten und Vorständen nicht vergessen, wer sie in diese Organe delegiert hat und wessen Interessen sie dort vertreten sollen. Im Falle ihres Versagens müssen die Arbeitnehmervertreter jederzeit abgewählt werden können.

Überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung notwendig

Die qualifizierte Mitbestimmung ist nicht zuletzt in ihrer Wirksamkeit beschränkt, daß ihr das Fundament einer echten Mitbestimmung der Betriebsräte und Vertrauensleute ebenso fehlt, wie der notwendige Überbau einer maßgeblichen Mitentscheidung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertreter in der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Unter den Bedingungen wachsender staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß hängen heute die wirtschaftlichen Entscheidungen eines Unternehmens, Wohl und Wehe der Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien, in immer größerem Maße von Entscheidungen ab, die nicht im Betrieb oder im Unternehmen, sondern in staatlichen Organen in Zusammenarbeit von Staatsbürokratie und Unternehmerverbandsvertretern getroffen werden. Eine überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung mit dem Ziel, den Einfluß der Macht- und Profitinteressen des Großkapitals zurückzudrängen und den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen in der Wirtschaftspolitik den Vorrang zu sichern, einen Bundeswirtschafts- und -sozialrat sowie analoge Organe auf Länderebene zu bilden und in diesen Einrichtungen die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeiter

und Angestellten und ihrer Gewerkschaften einzuführen, ist zu begrüßen, wenn die Tätigkeit der Arbeitnehmervertreter in diesen Organen auf das genannte Ziel gesamtwirtschaftlicher Mitbestimmung ausgerichtet wird. Ein Bundeswirtschafts- und -sozialrat, der die im Unternehmerinteresse liegende Praxis der konzertierten Aktion fortsetzt und erweitert, hat dagegen mit einer wirklichen Mitbestimmung nichts zu tun.

Im Interesse einer wirksamen Einflußnahme der arbeitenden Menschen auf die staatliche Wirtschaftsregulierung sollten auch die Organe der Bundesbank nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen der Mitbestimmung besetzt werden.

Auch in der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung ist die Rechenschaftslegung der Vertreter der arbeitenden Menschen vor der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften unabdingbares Erfordernis. Die Belegschaften und Gewerkschaften müssen direkten Einfluß und eine strenge Kontrolle über ihre Vertreter in den Mitbestimmungsorganen ausüben.

Die Mitbestimmung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer demokratischen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik. Sie muß ergänzt werden durch eine demokratische Wirtschaftsplanung und die Überführung der Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum.

Diese grundlegenden demokratischen Reformen sind gleichzeitig eine wesentliche Voraussetzung für die schließliche Verwirklichung der weitergehenden Forderungen der Arbeiterklasse, für die Entwicklung zum Sozialismus.

Dabei hieße es Illusionen säen, wenn man behaupten wollte, daß ein solches Programm verwirklicht werden kann, ohne daß die demokratischen Kräfte sich auch im politischen Raum einen maßgeblichen Einfluß erkämpfen. Jeder Schritt mehr Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen muß mit der ganzen Kraft aller Arbeiter und Angestellten errungen werden. Die Durchsetzung einer wirksamen gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung erfordert unabdingbar Veränderungen in den politischen Machtverhältnissen.

Daraus darf man allerdings nicht den Schluß ziehen, daß man mit dem Kampf um eine echte Mitbestimmung warten muß, bis sich die politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik verändert haben. Man würde auf diese Weise weder das eine noch das andere erreichen. Der Kampf um eine wirksame Mitbestimmung muß vielmehr unverzüglich und in jedem Betrieb begonnen werden. In diesem Kampf wachsen das Bewußtsein und die Organisation der Arbeiter und Angestellten und damit die Voraussetzungen für die Durchsetzung eines größeren politischen Einflusses und für die Verwirklichung weitergehender Mitbestimmungsforderungen.

Anhang

- 1) Vgl. Marxistische Lehrbriefe: „Die Wiederherstellung der alten Macht- u. Besitzverhältnisse in den drei Westzonen“ (D/1), „Wer beherrscht die Wirtschaft der Bundesrepublik“ (B/1)

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrsg. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR

**Serie B:
Arbeit und
Wirtschaft**

9



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

Das ökonomische System des Sozialismus in der DDR	Seite
Der demokratische Zentralismus in der Wirtschaft	1
Das ökonomische System in der DDR unter den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung	1
Die Einführung des Neuen ökonomischen Systems des Sozialismus	3
Die Rolle des Planes unter den neuen Bedingungen	4
Die VVB als eine Art „sozialistischer Konzern“	5
Die Erhöhung der Eigenverantwortung der volkseigenen Betriebe	6
Die Rolle des Gewinns im Sozialismus	7
Die Preise müssen stimmen	9
Demokratie im Betrieb	9
Die Rechte der Gewerkschaften	10
Die Aufgaben des Produktionskomitees	12
Der sozialistische Wettbewerb	12
Bilanz der Erfolge	13

Preis DM 9, 

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Als man in der DDR im Jahre 1963 die ersten Schritte unternahm, um das *Neue ökonomische System der Planung und Leitung* (NÖSPL) einzuführen, waren westliche Zeitungen voll von Spekulationen. Es hieß dazu unter anderem: Rückkehr zu „kapitalistischen Wirtschaftsmethoden“, „Überbordwerfen der Planwirtschaft“.

Was war tatsächlich geschehen? Hatte die Planwirtschaft wirklich versagt, wie es „DDR-Experten“ in der BRD fortlaufend prophezeit hatten? Das Gegenteil ist richtig. Gerade weil das alte System der Planung unbestreitbare Erfolge gebracht hatte, war es jetzt notwendig und möglich, ein neues Leitungsmodell einzuführen. Das klingt zunächst widersprüchlich. Aber das ist nicht so. Sehen wir uns deshalb einige wesentliche Elemente des sozialistischen Wirtschaftssystems an.

Der demokratische Zentralismus in der Wirtschaft

Die Grundlage einer sozialistischen Wirtschaft ist: die übergroße Mehrheit der Produktionsmittel muß gesellschaftliches Eigentum sein, sei es in der Form des Staatseigentums, die vorwiegend in der Industrie der DDR auftritt, oder in Form des genossenschaftlichen Eigentums, so, wie in der Landwirtschaft. Dieses gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln ermöglicht es, die Volkswirtschaft einheitlich und im Interesse aller zu planen und zu koordinieren und nicht nach den Profitinteressen einzelner Monopolisten, wie bei Privateigentum an Produktionsmitteln. Deshalb kann und muß sich der Sozialismus bei der Planung und Leitung seiner Wirtschaft auf die persönliche Initiative der Werktätigen stützen, die als kollektive Eigentümer der Produktionsmittel ein unmittelbares Interesse daran haben, daß der Nutzeffekt der gemeinsamen Arbeit möglichst hoch ist. Denn dieser höhere Nutzeffekt kommt ihnen allen zugute, schlägt sich nieder in einer Steigerung des Lebensstandards. Diese Verbindung von zentraler staatlicher Planung und Leitung mit der demokratischen Eigenverantwortung und eigenen Initiativen der Betriebskollektive und Werktätigen ist die Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus auf den Bereich der Leitung einer sozialistischen Volkswirtschaft.

Auf der Basis dieses demokratischen Zentralismus gibt es jedoch kein einheitliches, für alle Zeiten gültiges Modell einer sozialistischen Wirtschaftsleitung. Die jeweiligen Erscheinungsformen richten sich nach konkreten historischen Bedingungen, unter denen sich die Volkswirtschaft entwickelt, wie Entwicklungsstand der Produktivkräfte, Bildungsniveau, politische Kräfteverhältnisse und nationale Besonderheiten.

Das ökonomische System in der DDR unter den Bedingungen der Nachkriegsentwicklung

So war das System der Wirtschaftsführung in der DDR bis 1963 durch ein hohes Maß an Zentralismus charakterisiert, verbunden mit einer vorwiegend administrativen Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Die Ursache

ist in den politischen und ökonomischen Umständen während dieser Periode zu suchen. Einmal waren die Startbedingungen 1945 außerordentlich ungünstig. Die damalige SBZ war wirtschaftlich ein Torso. Mit 45 Prozent wies sie einen weit höheren Grad an Kriegszerstörungen in der Industrie auf als der westliche Teil Deutschlands mit 20 Prozent. Außer Braunkohle und Kali gab es in Ostdeutschland keine nennenswerten Bodenschätze. Schwerindustrie war kaum vorhanden.

Zum Beispiel war die Ausgangsbasis in Westdeutschland bei Eisenerz 17 mal, bei Roheisen 62 mal und bei Kohle 33 mal größer. 1949, bei Gründung der DDR, gab es nur 5 Hochöfen – in der BRD dagegen 120. Durch die separate Währungsreform in Westdeutschland wurde die ökonomische Spaltung besiegelt und der Osten Deutschlands von seiner traditionellen Roh- und Grundstoffbasis abgeschnitten.

Im Vordergrund der ersten Wirtschaftspläne stand daher der Wiederaufbau der zerstörten Betriebe und die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte. Es galt vor allem mehr zu produzieren, vom Wichtigsten so viel wie irgend möglich – und eine leistungsstarke Grundstoffindustrie (Hütten-, Stahlwerke, Erdölverarbeitung, Kraftwerke) zu schaffen. Daneben war es notwendig, die Repräsentanten der alten imperialistischen Ordnung, die Nazis, Monopolisten, Junker und ihren Anhang aus ihren Führungspositionen von Staat und Wirtschaft auszuschalten. Die Arbeiterklasse aber mußte erst lernen, ihre Wirtschaft selbst zu leiten, es fehlte an Leitern und hochqualifizierten Fachkräften. Den Werktätigen mußte erst das Bewußtsein vermittelt werden, daß sie nun die Eigentümer der Fabriken und Werke waren und damit auch die Verantwortung für den Produktionsablauf trugen.

Hinzu kam, daß die Herrschenden in der BRD ein ganzes System von politischen und wirtschaftlichen Störaktionen – Nichtanerkennung, Embargo-Politik, direkte wirtschaftliche Sabotage und internationaler Boykott, Abwerbung von Arbeitskräften – entwickelten, um den Aufbau in der DDR zu unterminieren.

Unter solch angespannten Bedingungen war es einfach notwendig, eine Vielzahl wirtschaftlicher Prozesse zentral – durch strenggebundene Anweisungen bis ins Detail zu steuern und zu kontrollieren. Straffe zentrale Planung wurde hier zum Mittel, um die relativ geringen Konsumgüter gerecht zu verteilen, um die erforderlichen Schwerpunktaufgaben zu lösen und um die Macht der Arbeiterklasse auf ökonomischem Gebiet zu wahren.

Die Erfolge blieben nicht aus: die wirtschaftlichen Ergebnisse bewiesen die Richtigkeit der ökonomischen Politik in dieser Zeit.

Das Entwicklungstempo der Produktion war in der DDR größer als in der BRD. Riesige Eisenhüttenkombinate, Stahlwerke, Chemiegiganten und Werften entstanden. Von 1950 – 1960 verzehnfachte sich die Roheisenproduktion, die Stahlerzeugung kletterte von 1 Million Tonnen auf

33,3 Millionen Tonnen. 1961 erzeugte die DDR etwa 90 Prozent der Industrieproduktion des gesamten ehemaligen deutschen Reiches von 1936. Alle diese Ergebnisse bewiesen, daß die Methoden der Planung und Leitung der volkswirtschaftlich objektiven Bedingungen dieser Zeit entsprachen.

Parallel zu diesen ökonomischen Erfolgen vollzog sich die weitere Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Anfang der 60er Jahre waren die staatlichen Betriebe mit etwa 80 Prozent an der industriellen Produktion beteiligt. Nachdem sich die Bauern überall zu sozialistischen Genossenschaften, der Großteil der Handwerker zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen hatten, konnte man davon sprechen, daß in der DDR die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf der ganzen Linie gesiegt hatten. Mit der Sicherung der Staatsgrenze im Jahre 1961 wurden auch die unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Störeinflüsse aus der Bundesrepublik weitgehend ausgeschaltet. Damit waren sowohl die politischen als auch die sozial-ökonomischen Grundlagen für ein qualitativ neues ökonomisches System geschaffen: **Das ökonomische System des Sozialismus.**

Die Einführung des Neuen ökonomischen Systems des Sozialismus

Dieses NÖS wurde andererseits auf dieser höheren Stufenleiter der Produktion zur objektiven Notwendigkeit. Mit zunehmender Industrialisierung der Volkswirtschaft wird nämlich das vorwiegend administrativ zentralistische Modell selbst zum Hemmschuh für eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte.

So orientierte die im alten System gebrauchte Hauptkennziffer der wirtschaftlichen Leistung – die Bruttoproduktion – die Betriebe in erster Linie auf eine quantitative Steigerung des Ausstoßes. Diese Kennziffer – zusammengesetzt aus Wert- und Mengenangaben, zum Beispiel Tausend Tonnen Walzstahl einer bestimmten Kategorie, verführte die Betriebe dazu, teures Einsatzmaterial zu verwenden und materialintensive Erzeugnisse herzustellen. Zum Beispiel war ein Gießerei-Betrieb an der Herstellung schwerer Gußteile durchaus interessiert, weil er damit seine vorgeschriebene Bruttoproduktion am ehesten und scheinbar rationellsten erreichte, ein Verfahren, das diesem System auch den Namen „Tonnen-Ideologie“ einbrachte.

Auf dem nun erreichten höheren Niveau der Industrieproduktion erwies sich eine solche zusammengefaßte Bewertung mengenmäßiger Faktoren der Produktion als nicht geeignet, Qualität und Rentabilität der industriellen Erzeugung zu steigern. Auch für die Einführung des technischen Fortschritts bot dieser Bewertungsmaßstab wenig Anreiz.

Die qualitativen Bewertungsmaßstäbe – wie Erhöhung der Arbeitsproduktivität, Qualität der Erzeugnisse – standen in der neuen Entwicklungsphase der Volkswirtschaft im Vordergrund. Die verschiedensten Einzel-

maßnahmen und ökonomischen Anreize sollten nun organisch aufeinander abgestimmt und zu einem ökonomischen System zusammengefügt werden. Dieses Planungs- und Leitungssystem sollte den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der vollen Durchsetzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus und einer optimalen Gestaltung der sozialistischen Produktionsverhältnisse zunehmend gerecht werden. Ein solches System setzt sich nicht im Selbstlauf durch. Die theoretische Arbeit dazu war bereits im Frühjahr 1962 von einem großen Kollektiv von Wissenschaftlern und Praktikern unter Leitung des Polit-Büros der SED aufgenommen worden. Die Beschlüsse des 6. Parteitag der SED 1963 bildeten die theoretischen und politischen Grundlagen für die Ausarbeitung der „Richtlinien des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“. In den folgenden Monaten und Jahren wurde in ständiger Wechselwirkung zwischen theoretischen Analysen und Auswirkung praktischer Erfahrungen, verbunden mit umfangreichen Diskussionen in der Presse und in den Betrieben, schrittweise und konsequent das NÖS eingeführt und vervollkommenet.

Die Rolle des Planes unter den neuen Bedingungen

Im NÖS ist der demokratische Zentralismus nicht abgeschafft, sondern ist die Einheit von planmäßiger, zentraler Leitung einerseits, breiterer demokratischer Rechte der Werktätigen andererseits – entsprechend der höheren Entwicklungsstufe der Reproduktion neu hergestellt. Walter Ulbricht charakterisierte dieses NÖS auf dem 7. Parteitag der SED im April 1967 folgendermaßen: „Das ökonomische System des Sozialismus beruht in allen seinen Seiten auf einem entscheidenden Grundgedanken. Die zentrale staatliche Planung und Leitung der Grundfragen des gesellschaftlichen Gesamtprozesses nämlich, ist organisch zu verbinden mit der eigenverantwortlichen Planungs- und Leitungstätigkeit des sozialistischen Warenproduzenten einerseits und mit der eigenverantwortlichen Regelung des gesellschaftlichen Lebens im Territorium durch die örtlichen Organe der Staatsmacht andererseits.“

Für westliche Spekulationen, die DDR würde der „zentralen Planung abschwören“, fehlte von Anfang an jegliche Basis. „Der Plan ist und bleibt das entscheidende Instrument unserer Wirtschaftsleitung“, hieß es zur Einführung des NÖS. Denn nur auf der Grundlage des Planes ist es möglich, die ökonomischen Prozesse bewußt und vorausschauend zu gestalten sowie die Einheitlichkeit des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses zu garantieren.

Die zentrale Planung wurde also nicht abgebaut, sondern im Gegenteil durch Erhöhung ihrer Qualität in ihrer Bedeutung gestärkt. Unter den Bedingungen einer komplexen, hochentwickelten Volkswirtschaft war eine administrative Detailplanung zu schwerfällig und bürokratisch geworden. In der neuen Phase muß sich die zentrale staatliche Planung im wesentlichen auf wissenschaftlich begründete und strukturbestimmende Entscheidungen konzentrieren, wie Festlegung des Wachstumstempos der

Volkswirtschaft, Gesamtumfang von Investition und Konsumtion, sowie Festlegung anderer Grundproportionen.

Ein weiteres Merkmal der Planung im NÖS besteht darin, daß sie längerfristig orientiert ist. Hauptsteuerungsinstrument ist nicht mehr – wie im alten System – der Jahresplan, sondern der Perspektivplan, der auf einen Zeitraum von 5 – 7 Jahren projiziert ist. Er beruht seinerseits auf Prognosen der wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten und der Bedürfnisse der sozialistischen Menschengemeinschaft, die zum Teil bis ins Jahr 2000 reichen, jedenfalls aber einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren umfassen.

Ausgehend von den 5jährigen Perspektivplänen werden die Jahrespläne aufgestellt.

Angesichts der raschen Entwicklung von Wissenschaft und Technik sind auch im Kapitalismus die Unternehmer immer mehr gezwungen, „in längeren Zeitspannen zu denken und zu planen“, wie es in einem Leitartikel der „Welt“ vom 6. September 1965 heißt. Über ihren Staat streben darüber hinaus die Monopole eine zunehmende Programmierung der gesamten Volkswirtschaft an. Der grundlegende Unterschied dieser staatsmonopolistischen Regulierung gegenüber der sozialistischen Planung besteht aber darin, daß sie in ihrem Wesen immer eine Profitplanung und -regulierung im Interesse der Konzernherren darstellt und sich nicht an den Interessen der gesamten Gesellschaft ausrichtet. Deshalb dominieren in den staatsmonopolistischen Planungsstäben auch immer die Vertreter der Konzerne und Monopolbanken, sind Gewerkschafter nicht oder nur völlig unzureichend vertreten.

In der DDR werden die Pläne nicht hinter verschlossenen Vorstandstüren ausgearbeitet, sondern in ständiger Wechselwirkung zwischen staatlichen Organen und den Werktätigen. In den Prozeß der Planaufstellung sind die Arbeiter und ihre Gewerkschaften auf allen Ebenen mit einbezogen. Dieser Prozeß wird durch einen Planvorschlag der Zentrale (Staatliche Plankommission) eingeleitet. Auf den verschiedenen Ebenen – Industrieministerium, VVB (Vereinigung Volkseigener Betriebe), Betrieb (VEB) bis zum Meisterbereich, wird dieser Vorschlag aufgeschlüsselt, konkretisiert, abgeändert und nach besseren Lösungswegen gesucht. Im Rücklauf werden die einzelnen Daten und Vorschläge wieder zusammengefaßt und zu konkreten Festlegungen verdichtet.

Die VVB als eine Art „sozialistischer Konzern“

Aus der Art des Planablaufes wird die Pyramidenform des organisatorischen Aufbaus des neuen Systems deutlich sichtbar. An der Spitze befindet sich die staatliche Plankommission, die in enger Verbindung zur Volkskammer und zum Ministerrat steht. Die Basis bilden die Betriebe. Eine wichtige Stufe in dieser Leitungspyramide sind die VVB's (Vereinigungen Volkseigener Betriebe), die man als eine Art sozialistischer Konzern bezeichnen kann. Diesen VVB's sind jeweils die Betriebe eines be-

stimmten Industriezweiges unterstellt, z.B. VVB-Schuhe, VVB-Textilmaschinen, VVB-Schiffbau usw. Insgesamt gibt es 85 solcher VVB, denen ca. 1.700 volkseigene Betriebe unterstellt sind. Diese größten Betriebe erzeugen etwa zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion der DDR. Diese VVB's sind die ökonomischen Führungszentren ihres Zweiges. Insbesondere müssen sie die wissenschaftlich-technische Perspektive ihres Industriezweiges ausarbeiten, sind sie für Export und Marktforschung zuständig und müssen planmäßig einen Gewinn erzielen.

Die Erhöhung der Eigenverantwortung der volkseigenen Betriebe

Eng verbunden mit der neuen Qualität der Planung ist die Erhöhung der Eigenverantwortung der Betriebe und Kombinate (Zusammenschluß mehrerer volkseigener Betriebe). Diese erhöhte Eigenverantwortung drückt sich vor allem darin aus, daß sie bei der Planung nicht mehr eine Vielzahl von Einzelfestlegungen und Kennziffern von der Zentrale (staatliche Plankommission) vorgeschrieben bekommen, sondern nur noch Rahmengrößen. Die Detail-Fragen müssen sie selbst entscheiden, da sie das auch am sachkundigsten vermögen. Lediglich strukturbestimmende Aufgaben werden von der Zentrale her nach unten aufgeschlüsselt und den Betrieben als konkrete Auflagen gegeben.

Im übrigen erhalten die Betriebe und Kombinate nur einige wenige verbindliche Orientierungsgrößen, sogenannte Normative, die den Betrieb zu rationeller und bedarfsgerechter Produktion zwingen. Diese Normative sollen ab 1971 langfristig, das heißt über den vollen Zeitraum eines 5-Jahr-Planes wirken. Das bringt für die Betriebe den Vorteil, daß sie ihre betrieblichen Dispositionen, insbesondere die Eigenerwirtschaftung ihrer Mittel, über eine längere Periode vornehmen können. Im wesentlichen handelt es sich um die folgenden drei Normative:

1. das Normativ **Produktionsfondsabgabe**. Pro 100,- Mark „produktiver Fonds“ das heißt, pro 100,- Mark Anlagevermögen (Gebäude, Maschinen, Werkzeuge), haben die Betriebe eine bestimmte Abgabe an den Staat zu leisten. (Für das Jahr 1970 = 6 Prozent) Mit Hilfe dieses Normativs wird ein ökonomischer Anreiz geschaffen, daß die Betriebe ihre Maschinen bestmöglich ausnutzen und vor allem hochwertige Anlagen so effektiv wie möglich einsetzen (Vermeidung von unnötigen Stillstandszeiten, Übergang zu Mehrschicht-Arbeit und Mehr-Maschinen-Bedienung, usw.). Infolge dieser Produktionsfondsabgabe wird der Betrieb auch bei Neuinvestitionen sehr scharf kalkulieren müssen und nur dann Neuanlagen anschaffen, wenn deren vollständige Nutzung gesichert ist.
2. Das Normativ **Netto-Gewinnabführung**. Dieses Normativ legt die Höhe (in Prozenten) des an den Staat abzuführenden Netto-Gewinnes fest. Der Netto-Gewinn verbleibt nach Abzug der Produktionsfondsabgabe vom Bruttogewinn (Bruttogewinn = Umsatzerlös ./.. Kosten).

Früher hatten die Betriebe der DDR diesen Netto-Gewinn fast vollständig an den Staat abzuführen, der ihn dann nach gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen umverteilte. Das war notwendig, um zunächst einmal das volkswirtschaftliche Fundament der DDR in Gestalt der schwerindustriellen Basis zu schaffen.

Nachdem diese Aufgabe im wesentlichen erfüllt ist, können die Betriebe und Kombinate nun im Rahmen des ökonomischen Systems einen Teil ihres ökonomischen Gewinns selbst verwenden, in eigener Verantwortung. Dabei steuert der Staat über dieses Normativ der Gewinnabführung bis zu einem gewissen Grade die gesellschaftliche Strukturpolitik mit ökonomischen Mitteln. Betriebe, die vorrangig strukturbestimmende Aufgaben zu lösen haben, müssen einen relativ geringen Teil ihres Netto-Gewinns an den Staat abführen, behalten also einen relativ hohen Anteil für die eigene erweiterte Reproduktion, während andere Betriebe einen höheren Prozentsatz ihres Gewinns an den Staat abzuführen haben. In Ergänzung dazu haben Betriebe und Kombinate die Möglichkeit zur Finanzierung von Investitionen – insbesondere von Rationalisierungsvorhaben – bei der Industrie- und Handelsbank Kredite aufzunehmen.

Schließlich können die Betriebe und Kombinate über die Amortisationsbeträge verfügen, die sich aus der Abschreibung ihrer Maschinen und Anlagen ergeben. Diese Amortisationen werden in der Regel für Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen verwendet, können aber auch zur Tilgung von Investitionskrediten benutzt werden.

Alle diese Maßnahmen ermöglichen den Betrieben die volle Eigenwirtschaftung ihrer Mittel.

Das dritte Normativ regelt die Zuführung zum Prämienfonds, in Abhängigkeit von der gesamtbetrieblichen Leistung. (Nettogewinn des Vorjahres und Nettogewinn-Zuwachs). Wirtschaftet ein Betrieb so, daß er einen hohen Beitrag zum Zuwachs des Nationaleinkommens leistet, was sich bei ihm in einem hohen Gewinnzuwachs niederschlägt, dann stehen ihm auch hohe Prämienmittel zur Verfügung. Diese Prämienmittel werden in der Regel als Jahresendprämie an die Belegschaft ausbezahlt, wobei die unterschiedlichen Leistungen der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb berücksichtigt werden.

Die Rolle des Gewinns im Sozialismus

Es ist an dieser Stelle nötig, kurz auf die Rolle des Gewinns im neuen ökonomischen System einzugehen.

Die beschriebenen Normative stellen lediglich Eckgrößen dar, innerhalb derer die Betriebe und Kombinate selbständig und eigenverantwortlich ihren Produktionsablauf festlegen. Dabei kommt es darauf an, daß sie dies im gesamtgesellschaftlichen Interesse, das heißt in Übereinstimmung mit den zentralen Zielstellungen des Planes tun. Um dies zu erreichen und eine Überprüfbarkeit zu schaffen, war es notwendig, einen Gradmesser

zu finden, der in zusammengefaßter Form die ökonomische Leistung des Betriebes ausdrückt und zeigt, welchen Beitrag dieser Betrieb für den Reichtum des ganzen Volkes bringt.

Dieser Leistungsmaßstab ist der zentrale „ökonomische Hebel“ im neuen ökonomischen System. In ihm gehen alle Gesichtspunkte des betrieblichen Reproduktionsprozesses ein, denn – da der Gewinn = Verkaufserlöse (Umsatz) minus Kosten – ist, schlägt sich einmal in ihm nieder, wie kostensparend, das heißt, rationell der Betrieb arbeitet. Weiterhin stehen im neuen ökonomischen System die Betriebe in unmittelbarem Kontakt zu den Abnehmern ihrer Erzeugnisse. In der Höhe des Umsatzerlöses kommt deshalb im Gewinn zum Ausdruck, ob die Betriebe bedarfsgerecht und mit Qualität produzieren. Diese Rücksichtnahme auf die Abnehmer bedeutet jedoch keine Rückkehr zu einer Marktwirtschaft. Die Analyse des Marktes, die Entwicklung der Verbrauchergewohnheiten, werden nicht dem spontanen Selbstlauf überlassen, sondern in die Planung einbezogen, sie sind Element des Planungsprozesses und unterliegen somit der bewußten Leitung. Die Verfechter einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ wollen dagegen den Markt zum alleinigen Kriterium aller Entscheidungen machen, von dem die entscheidenden Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen sollen. Dies hieße jedoch, die wirtschaftliche Entwicklung ungeplant zu lassen und würde zur Wiedereinführung des Konkurrenzmechanismus führen. Seine Funktion, universeller Gradmesser der Produktion zu sein, kann der Gewinn aber nur aus folgenden Gründen erfüllen: Er ist die Grundlage für die Eigenverwirtschaftung der Mittel des Betriebes und dient als Maßstab für die Prämierung der Einzel- und kollektiven Leistung der Werktätigen. Somit sind die Werktätigen an einer Erhöhung des Gewinns und damit der ökonomischen Leistung des Betriebes materiell interessiert. Sie streben von sich aus nach einer Erhöhung des Gewinnes, d.h. aber, nach einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Leistung. Denn es ist der Grundsatz verwirklicht, „was für die Gesellschaft von Vorteil ist, muß auch für jedes Unternehmen, für jeden einzelnen von Vorteil sein“.

So gesehen hat der sozialistische Gewinn nichts gemein mit dem Profit in der kapitalistischen Wirtschaft. Letzterer ist das alleinige Ziel jeglicher Produktion im Kapitalismus. Die Quelle für diesen Profit ist die Mehrarbeit der lohnabhängigen Arbeiter. Das Ergebnis dieser Mehrarbeit, den Mehrwert, eignet sich der Unternehmer, also der Kapitalist an, das dessen ökonomische und politische Macht stärkt. Der Kapitalist hat daher ein grundlegendes Interesse daran, die Produktion von Profit zu erhöhen und sei es durch die Herstellung von Rauschgiften oder Rüstungsgütern.

Das Ziel der Produktion im Sozialismus besteht dagegen darin, die wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen immer besser und vollständiger zu befriedigen. Auch in einer sozialistischen Wirtschaft ist daher die Erzeugung eines Mehrproduktes nötig, um den Ausstoß an Konsumgütern zu vergrößern und die Produktionskapazitäten zu erweitern. Der Gewinn ist hier die Größe, in der das Mehrprodukt in gänzlicher Form (Menge mal Preis) ausgedrückt wird. Auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln wird der Gewinn nicht mehr zum

Eigentum des Privat-Kapitalisten, sondern zum Eigentum der ganzen Gesellschaft. Sie entscheidet darüber, wie der Gewinn, d.h. also das Mehrprodukt gegenüber dem Vorjahr, verwendet wird.

Die Preise müssen stimmen

Damit der Gewinn seine Funktion als Leistungsmaßstab der Produktion wahrnehmen konnte, mußte vor allem eine Reform der Industriepreise vorgenommen werden. Sie war notwendig geworden, weil die Preise bei den meisten Industriegütern nicht oder nur verzerrt die tatsächlichen Kosten der Herstellung widerspiegeln. Dadurch wurden die Betriebe häufig zu volkswirtschaftlichem Fehlverhalten gedrängt. Sie verwendeten z.B. Roh- und Energiestoffe, die nur scheinbar niedrige Kosten hatten, in Wirklichkeit aber zu niedrig bewertet waren. Der Gewinn hatte unter diesen Bedingungen keine Aussagekraft als Maßstab der Effektivität der Leistung. Durch eine Preisreform, die in drei Etappen über mehrere Jahre vorgenommen wurde, wurden nun die Preise den realen Kosten angenähert. Dabei wurde auch die unterschiedliche Qualität der Erzeugnisse berücksichtigt und mit entsprechenden Preiszu- oder -abschlägen versehen. Die neuen Preise gelten jedoch nur im Bereich der Industrie und der übrigen Wirtschaft. Die Preise für Konsumgüter und Dienstleistungen änderten sich nicht. Etwaige Differenzen zu entsprechenden Industriepreisen (z.B. Kohle) wurden durch staatliche Subventionen abgefangen.

Neben dieser Industrie-Preisreform wurde eine Neubewertung der Grundmittel (Maschinen, Anlagen und Produktionsgebäude) vorgenommen. In Verbindung mit neu festgesetzten Abschreibungssätzen ist es jetzt möglich, veraltete und verschlissene Maschinen aus den angesammelten Amortisationsbeträgen durch neue zu ersetzen.

Demokratie im Betrieb

Im alten, vorwiegend zentralistisch-administrativen ökonomischen Leitungssystem war die aktive Teilnahme der Werktätigen an der Leitung zwar nicht ausgeschlossen, infolge des größeren Ausmaßes von Detailfestlegungen durch die Zentrale jedoch stark eingeschränkt.

Der jetzt erhöhte Entscheidungsspielraum der Betriebe macht eine umfassende Einbeziehung der Werktätigen in die Entscheidung der Grund- und Sachfragen nicht nur möglich, sondern unbedingt nötig. Nur durch aktive Teilnahme der Werktätigen am Entscheidungsprozeß, durch Entfaltung einer breiten Masseninitiative können die Aufgaben der wissenschaftlich-technischen Revolution gelöst und die Arbeitsproduktivität im erforderlichen Umfang gesteigert werden.

Diese Mitentscheidung beginnt bereits bei der Plandiskussion, die von den betrieblichen Gewerkschaftsleitungen organisiert wird. Wie wir bereits gesehen haben, besteht die neue Qualität der Plandiskussion darin, daß die

Werkträgigen nicht nur darüber beraten, wie sie den vorgegebenen Plan möglichst gut erfüllen, sondern daß sie bereits in den Prozeß der langfristigen und kurzfristigen Planausarbeitung miteinbezogen werden. Diese kollektive Diskussion und Erarbeitung der Planaufgaben erfolgt sowohl an den einzelnen Arbeitsplätzen als auch in gesamtbetrieblichen Gremien, wie Produktionskomitee und Vertrauensleute-Vollversammlung. Dadurch werden die Werkträgigen einmal über die Situation des Betriebes umfassend informiert, zum anderen tragen sie mit ihren Erfahrungen zur Lösung der anstehenden Aufgaben bei und bestimmen damit über das gesamtgesellschaftliche Ziel der Produktion mit.

Im Westen halten linkssektiererische Kritiker des praktizierten Sozialismus in der DDR entgegen, echte Produktionsdemokratie sei nur dann gegeben, wenn in den Betrieben das Räte-Prinzip verwirklicht würde, d.h. die Arbeiter in permanenter Diskussion über alle anstehenden Probleme entscheiden könnten. Insbesondere wenden sie sich gegen die Einzelleitung der Betriebe durch Direktoren und messen sozialistische Demokratie im wesentlichen daran, ob die Werkleiter von der Belegschaft gewählt werden oder nicht.

In der DDR ist man dagegen der Ansicht, daß der Charakter der modernen Produktivkräfte, insbesondere die maschinelle Großproduktion, die Einzelleitung unbedingt erforderlich mache, um eine einheitliche und schnelle Reaktion im Betriebsablauf sicherzustellen. Diese Einzelleitung ist jedoch ihrer Natur nach selbst demokratisch, da der Werkdirektor nicht als Sachwalter und Vertreter des Kapitals eingesetzt ist, sondern als Beauftragter des gesamten Volkes durch die staatlichen Organe der Werkträgigen berufen wird. Sie sind in ihrem gesamten Handeln den Gesamtinteressen der Arbeiterklasse und anderen werkträgigen Schichten verpflichtet. Gerade unter diesem Gesichtspunkt der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung wäre es auch widersinnig, nach Art einer Arbeiter-Selbstverwaltung der Betriebe den Direktor von der Betriebsbelegschaft wählen zu lassen. Bereits Lenin wandte sich gegen solche Vorstellungen von Gruppeneigentum, die zwangsläufig zu Betriebsegoismus und Gruppenkonkurrenz führen würden. Er brachte zum Ausdruck, daß der Übergang der Produktionsmittel in das Eigentum des ganzen Volkes nicht heißen kann, daß die Schiffe Eigentum der Werftarbeiter, die Banken Eigentum der Bankangestellten werden, sondern daß alle Werkträgigen, repräsentiert durch ihren sozialistischen Staat, Eigentümer der Produktionsmittel sein müssen.

Die Rechte der Gewerkschaften

Selbstverständlich kann Einzelleitung in einer sozialistischen Wirtschaft nicht bedeuten, daß der Betriebsleiter über die Köpfe der Arbeiter hinweg selbstherrlich schalten und walten kann. Er hat ein Maximum an demokratischen Beratungen anzustreben und die Erfahrungen der Werkträgigen und Kollektive in seine Leitungstätigkeit mit einzubeziehen.

Nach dem Gesetzbuch der Arbeit ist er insbesondere verpflichtet „mit der

Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung eng zusammenzuarbeiten und über seine Tätigkeit zu berichten“ (§ 9, Abs. 1)

Die Gewerkschaften, als wichtigstes Interessenvertretungsorgan der Werktätigen, haben darauf zu achten, daß die Werkleitung ihre Befugnisse nicht überschreitet und sie gegenüber der Belegschaft bewußt oder unbewußt mißbraucht. Sie kann für einen solchen Fall verlangen, daß der Werksdirektor bei der übergeordneten staatlichen Stelle zur Rechenschaft gezogen wird.

Entsprechend dem Arbeitsgesetzbuch der DDR darf auch kein Werkleiter das Planangebot seines Betriebes an die zuständige VVB weiterreichen, wenn dazu keine Stellungnahme der Gewerkschaftsmitgliederversammlung, der Vertrauensleutevollversammlung oder des Produktionskomitees vorliegt.

Unter Verantwortung der Betriebsgewerkschaftsorganisation stehen auch die „ständigen Produktionsberatungen“, die sich mit Fragen der Arbeitserleichterung, der besseren Organisation der Produktion beschäftigen. Sie wirken daraufhin, daß Vorschläge von Arbeitern rasch verwirklicht werden. Die ständigen Produktionsberatungen sind gewählte Organe der gewerkschaftlich organisierten Werktätigen und stellen eine wichtige Form der Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Leitung der Betriebe dar.

Mit der Neufassung des Gesetzbuches der Arbeit (23.11.66) wurden die Rechte der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften bedeutend vergrößert. Es würde hier zu weit führen, diese Rechte im einzelnen aufzuführen. Selbstverständlich nehmen die Gewerkschaften vor allem die sozialen Rechte (Gesundheitswesen und Arbeitsschutz, Verbesserung der Lebensbedingungen) der Werktätigen wahr; sie sind an der Ausarbeitung der Betriebskollektiv-Verträge beteiligt und kontrollieren deren Verwirklichung. Die Gewerkschaften haben entscheidenden Einfluß bei der Durchführung von Rationalisierungsvorhaben und bei Fragen der Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips. Man kann mit Recht sagen, daß in den Betrieben der DDR nichts ohne oder gar gegen die Gewerkschaften geschehen kann.

Aufgrund der sozialistischen Produktionsverhältnisse und der damit verbundenen Übereinstimmung der Interessen von Werktätigen und Gesamtgesellschaft, ist zweifellos die Stellung der Gewerkschaften anders als im Kapitalismus. Da im Sozialismus die Betriebsleitung nicht die Profitinteressen eines Kapitalisten zu vertreten hat, sind die Werktätigen an einer Verbesserung der Leitungstätigkeit und des betrieblichen Produktionsablaufes unmittelbar interessiert. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften die Betriebsleitung bei ihrer Tätigkeit, organisieren sie insbesondere die tatkräftige Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Betriebe und der Lösung von Produktionsaufgaben. Die Gewerkschaften fördern das ökonomische Denken der Werktätigen und verstehen sich so als „Schulen des Sozialismus“.

Die Aufgaben des Produktionskomitees

Das Produktionskomitee ist eine weitere Möglichkeit, um die demokratische Aktivität und schöpferische Initiative der Werktätigen zu mobilisieren. Das Produktionskomitee wird von der Belegschaft gewählt und ist ihr gegenüber rechenschaftspflichtig. Es hat vor allem folgende Aufgaben:

- Beratung des staatlichen Leiters bei seinen Entscheidungen
- Entwicklung und Koordination des betrieblichen Systems der Teilnahme der Werktätigen an der Planung und Leitung
- Kontrolle des Betriebsdirektors, daß der Betrieb seinen Pflichten gegenüber der Gesellschaft nachkommt.

Das Produktionskomitee soll sich dabei nicht in Detailfragen des betrieblichen Alltags verlieren, sondern mit den Grundproblemen befassen: wissenschaftliche Erarbeitung der Prognose des Betriebes, Aufgaben der Forschung und Entwicklung, Automatisierung, Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter, Qualifizierung der Belegschaft usw.

Beratende und kontrollierende Funktion bei den VVB haben die „gesellschaftlichen Räte“. Ihnen gehören neben Arbeitern vor allem Vertreter der Kooperations-Partner, des Handels, Wissenschaftler, sowie Abgeordnete der Volksvertretungen an. Sie unterbreiten dem Generaldirektor der VVB Vorschläge für die Verbesserung der Planung und Leitung des betreffenden Industriezweiges.

Der sozialistische Wettbewerb

Die Möglichkeiten der Werktätigen, auf das Produktionsgeschehen Einfluß zu nehmen, sind damit keineswegs erschöpft. Vor allem die neuen Formen des sozialistischen Wettbewerbs (Schrittmacher-Bewegung, Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“) und die Neuerer-Bewegung, bieten die Möglichkeit, die Masseninitiative zu entwickeln und auf die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu lenken. In den Neuerer-Kollektiven knüpfen Facharbeiter, Techniker und Ökonomen gemeinsam technologische und organisatorische Verbesserungen des Fertigungsprozesses aus. Diese Formen tragen dazu bei, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit weiter zu entwickeln und den Arbeiter zu befähigen, die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben seines Arbeitsplatzes zu beherrschen, ihm einen Überblick über den betrieblichen Gesamt Ablauf zu vermitteln.

Es besteht somit eine enge Wechselwirkung zwischen sozialistischer Demokratie und Bildungsstand der Werktätigen. Wahrnehmung demokratischer Rechte produziert Bildung, trägt zur Erweiterung des fachlichen und allgemeinen Wissens bei. Umgekehrt ist das Niveau und der Wirkungsgrad der sozialistischen Demokratie von politischem Bewußtsein und von der fachlichen Befähigung der Werktätigen abhängig. Im Vordergrund der Betriebe

in der DDR steht deshalb ein umfassendes und beispielhaftes System der Aus- und Weiterbildung, in das man möglichst viele Werktätige einzubeziehen versucht.

Sozialistische Demokratie zeichnet sich also vor allem dadurch aus, daß sie nicht vor den Toren der Betriebe haltmacht, sondern gerade in der Hauptsphäre der menschlichen Tätigkeit, im Arbeitsprozeß, ihre immer breitere Entfaltung erfährt.

Bilanz der Erfolge

Es setzt in der Tat eine gehörige Portion Dummheit und Antikommunismus voraus, wenn auch heute noch eine bürgerliche Zeitung ihren Lesern weismachen will: „Genosse N Ö S P L hat versagt!“ (Die Zeit vom 9.1.1970). Im gleichen Artikel kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß das Wachstumstempo der DDR-Wirtschaft schneller geworden ist. Andere Zeitungen sind da realistischer und sprechen von der „imposanten Wirtschaftskraft DDR“, die sich den 8. Platz unter den Industrienationen der Welt erobert habe. Die französische Wirtschaftszeitung „L'Entreprise“ schreibt beispielsweise anlässlich des 20. Jahrestages der DDR: Man habe bisher oft das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik gepriesen. „Doch viel weniger gut und tiefschürfend kennt man das parallele Phänomen der Deutschen Demokratischen Republik. Und dabei ist es in vieler Hinsicht noch mächtiger als das Westdeutschlands.“

In der Tat hat es die DDR weit gebracht. Hier nur einige Fakten: In den Jahren 1950 bis 1967 stieg in der DDR das Nationaleinkommen auf das 3,5fache, die industrielle Warenproduktion auf das 4,4fache, der Außenhandelsumsatz auf das 7,6fache. Eng damit verbunden war eine gewaltige Steigerung des Lebensstandards. So hat sich das durchschnittliche monatliche Arbeitseinkommen eines Arbeiters und Angestellten von 290,- Mark im Jahr 1949 auf 693,- Mark im Jahr 1968 erhöht. Da die Preise in der gleichen Zeit noch gesunken sind, ist es hier kein Wunder, daß der Einzelhandelumsatz sogar auf mehr als das 4fache angestiegen ist. Auch die Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Konsumgütern konnte gewaltig gesteigert werden. So verfügten 1968 von je 100 Haushalten 44 über einen Kühlschrank, 43 über eine Waschmaschine sowie 65 über ein Fernsehgerät.

Es erübrigt sich hier, auf die gewaltigen Leistungen der DDR im Bildungs- und kulturellen Sektor einzugehen.

Das Neue ökonomische System hat also seine erste Bewährungszeit glänzend bestanden. Es wurde im betreffenden Zeitraum ständig vervollkommen und wird auch in Zukunft kein starres – für alle Zeiten gültiges – System sein, sondern es wird dynamisch dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte angepaßt werden.

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Reihe: Sozialistische Klassiker

Karl Marx

Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit

139 S., kartoniert, DM 2,40

Karl Marx

Kritik des Gothaer Programms

210 S., kartoniert, DM 4,-

Friedrich Engels

Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie

87 S., kartoniert, DM 2,40

Friedrich Engels

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

143 S., kartoniert, DM 2,40

Friedrich Engels

Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates

265 S., kartoniert, DM 4,-

W.I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

157 S., kartoniert, DM 2,40

W.I. Lenin

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution

176 S., kartoniert, DM 2,40

W.I. Lenin

Staat und Revolution

162 S., kartoniert, DM 3,-

W.I. Lenin

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

163 S., kartoniert, DM 3,-

W.I. Lenin

Was tun?

288 S., kartoniert, DM 4,-

W.I. Lenin

Marx, Engels, Marxismus

250 S., kartoniert, DM 4,-



VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH

6 Frankfurt am Main · Meisengasse 11

MARXISTISCHE BLÄTTER

Zweimonatszeitschrift für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik

Die Zeitschrift behandelt seit 1963 aus unverfälschter marxistischer Sicht schwerpunktmäßig Themen aus dem politischen und geistigen Leben unserer Gesellschaft. Sie enthält neben Rezensionen neuer Literatur gleichfalls Berichte über wissenschaftliche Tagungen und politische Konferenzen. Die Autoren sind Praktiker und Theoretiker der internationalen Arbeiterbewegung.

Themen 1970

- Heft 1 · Neofaschismus und Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik
- Heft 2 · Probleme der Prognose und Futurologie
- Heft 3 · Eigentumsverhältnisse und Vermögensbildung
- Heft 4 · Die Sozialdemokratie im Spätkapitalismus
- Heft 5 · Friedrich Engels / Aus der Ökonomie
- Heft 6 · Weltstrategie des Imperialismus und antiimperialistischer Kampf

Die Marxistischen Blätter informieren gründlich und bieten neben exaktem Tatsachenmaterial neue Erkenntnisse auf wissenschaftlicher Grundlage.

Preis im Abonnement je Heft 2,- DM zuzüglich Zustellgebühr und je Einzelheft 2,50 DM zuzüglich Porto.



VERLAG MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 FRANKFURT AM MAIN · MEISENGASSE 11

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

77 Seiten, Leinen, 3,- DM

20 Jahre DDR – 20 Jahre deutsche Politik

Etwa 700 Seiten, Leinen, 22,- DM

Naumann, G.-H. Thur

Jugend in unserem Staat

20 Jahre Jugendpolitik in der DDR

Etwa 250 Seiten, Pappband, etwa 3,80 DM

Vom Werden unseres Staates

Eine Chronik – Band 2 1949–1955

577 Seiten, Halbleinen, 13,- DM

O. Winzer

Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus

Etwa 640 Seiten, Leinen, 25,- DM

Karl Polak

Reden und Aufsätze

Zur Entwicklung der Arbeiter- und Bauern-Macht

699 Seiten, Leinen, 28,- DM



**Staatsverlag der
Deutschen Demokratischen Republik**

DDR – 108 Berlin, Otto-Grotewohl-Straße 17

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

- Karl Marx: **Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit
Zur Kritik des Gothaer Programms**
- F. Engels: **Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
Ursprung der Familie**
- W.I. Lenin: **Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

- Heinz Schäfer: **Lohn, Preis und Profit heute**
- W. Schellenberg: **Wie lese ich „Das Kapital“? Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Lenin über Trotzki
Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler**
- Juri Dawydow: **Freiheit und Entfremdung
Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag**
- Farle/Schöttler: **Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Band 1: Südvietnam
Band 2: Nordvietnam
Hrgb. J. von Freyberg und K. Steinhaus**
- Laurent Salini: **Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
- M. Conforth: **Die offene Gesellschaft
Kritik an Poppers Sozial-Philosophie**

Bestellungen über Buchhandel und Verlag



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Reformation und Bauernkrieg (1517 - 1526)

**Serie C:
Streifzüge
durch die neuere
Geschichte**

1



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt	Seite
Die erste revolutionäre Bewegung in der deutschen Geschichte	
Wie kam es in Deutschland um 1500 zur Reformation?	3
Luther wider die Papstkirche	7
„Unruhen“	7
Wer war Thomas Müntzer?	8
Vom Reich Gottes auf Erden	9
Die katholische Kirche im Gegenangriff	10
Bauernkrieg	11
Eine geschichtliche Weichenstellung	16
Literatur	18
Chronik	18
Anhang	19

Preis DM 1,-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Die erste revolutionäre Bewegung in der deutschen Geschichte

Vor fast viereinhalb Jahrhunderten eilte ein Name von Mund zu Mund und rüttelte Arme und Reiche auf. Der Mönch und Priester Martin Luther hatte 1517 seine berühmten Thesen wider die verhaßte Papstkirche an die Schloßkirche zu Wittenberg angeschlagen. Die Kunde über diese mutige Tat verbreitete sich rasch und löste bald die erste revolutionäre Massenbewegung in der deutschen Geschichte aus.

Jahrhunderte veränderten inzwischen völlig das Antlitz unserer Erde. Damals zogen Reisende noch mit Pferd und Wagen durch die Weiten unseres Landes. Der Mensch heute kreist mit beinahe unvorstellbarer Geschwindigkeit im Weltall und greift im wahrsten Sinne des Wortes nach den Sternen. Haben uns da die fernen Ereignisse dieser Pferde-Kutschen-Zeit überhaupt noch etwas zu sagen?

Schon damals wurden einige unserer auch heute noch ungelösten Probleme – wenn auch nicht auf die heutige Art und Weise – gestellt. So ging es Martin Luther um die Unabhängigkeit Deutschlands von ausländischer – damals päpstlicher – Bevormundung und Ausplünderung. Die Anführer der Bauernschaften bekämpften die Herrschaft der vielen deutschen Teilfürsten und rangen um ein einiges Deutschland. Richtig läßt der Dichter Gerhart Hauptmann den Ritter Florian Geyer, einer der Hauptleute und Anführer der Bauern, ausrufen: „Der deutschen Zwietracht: Mitten ins Herz!“

Es ist gewiß kein Zufall, daß die Geschichtslehrbücher unserer Schulen gern verschweigen, was sich da, gegen Anfang des 16. Jahrhunderts, in unserem Vaterland wirklich abgespielt hat, während die Gestalt des Kaisers Maximilian bis in die kleinsten Einzelheiten, bis zu den mittelgroßen Ohren, der oben etwas einwärts gebogenen Nase, der behaarten Brust, dem unübertroffenen Bau des Körpers beschrieben wird. (Vgl. Weltgeschichte im Aufriß, Arbeits- und Quellenbuch, Bd. III, Düsseldorf 1958, S. 114).

Wer die Herrschaft der Mächtigen erhalten will, muß dem Volke die Lehren seiner dornenreichen Geschichte, vor allem seiner Freiheitskämpfe verschweigen, muß ihm ein falsches Geschichtsbild malen, ein Geschichtsbild, das Ergebenheit in die bestehenden Verhältnisse nahelegt und den Gedanken an ein Aufbegehren dagegen möglichst gar nicht erst aufkommen läßt.

Es ist also nicht nur Interesse an zurückliegenden Zeiten, das uns veranlaßt, uns das Geschehen während der Reformation und dem Bauernkrieg zu betrachten. Es geschieht auch, um die Absicht zu durchkreuzen, die großartige Freiheitsbewegung des Volkes vergessen zu machen, sie zu entstellen oder zu verleumdern.

Den Darstellungen der Geschichtsschreiber lag und liegt stets eine politische Absicht zugrunde. So ist es auch heute. Der Bischof Lilje hat 1948 ein Lutherbuch verfaßt und darin offen gesagt: Seine Rückschau auf die Reformation diene dem Zweck, die seit der Reformation eingetretene Spaltung der Konfessionen zu überwinden. Dies sei nötig, so schreibt er, um



Albrecht Dürer, Ritter, Tod und Teufel
Kupferstich. 1513. Dresden, Kupferstichkabinett

geschlossen gegen den Kommunismus auftreten zu können. (Vgl. H. Lilje, Luther. Anbruch und Krise der Neuzeit. 2. Auflage, Nürnberg 1948, S. 12 ff und 226 ff). Auch der hoch bewertete Geschichtsschreiber Michael Freund versuchte, einen Bogen von den Ereignissen am Anfang des 16. Jahrhunderts zur Gegenwart zu spannen. Dabei kommt heraus, daß Thomas Müntzer, eine der Hauptgestalten der Reformation und des Bauernkrieges, der Vorläufer einer im „Bolschewismus“ endenden furchtbaren Bewegung gewesen ist! Nicht genug damit! Er vergleicht Thomas Müntzer sogar mit Adolf Hitler! (M. Freund, Deutsche Geschichte, Gütersloh 1960 – Die große Bertelsmann Lexikon-Bibliothek, Band 7, S. 155 bis 157). Mit dem Bauernkrieg und Thomas Müntzer hat das nichts zu tun, sondern allein damit, jede freiheitliche Regung zu verteufeln. Es ist deshalb gut und richtig, die wahren Lehren aus der bewegten Vergangenheit unseres Volkes zu ziehen!

Aber dazu müssen wir die Geschichte kennen, wie sie wirklich war, das heißt frei von Verdrehungen und falscher Darstellung. Wer auf diese Weise über die Geschichte nachdenkt, wird sich selbst, sein Leben und auch seine Aufgaben in der Gegenwart besser verstehen.

Wie kam es in Deutschland um 1500 zur Reformation?

Die Reformation in Deutschland wird immer wieder als eine innerkirchliche Angelegenheit betrachtet. Sie wird auf den Geist Luthers, auf seine Vorstellungen der Erneuerung der Kirche an Haupt und Gliedern zurückgeführt. Niemand wird bestreiten, daß Luthers Persönlichkeit, Luthers Wollen und Tun die gesamte Bewegung maßgeblich beeinflusste. Aber wie erklärt sich denn dieses Wollen Luthers? Kam es wie ein Blitz aus heiterem Himmel? Ein Blick auf Deutschland am Anfang des 16. Jahrhunderts bringt uns der Antwort näher. Wie sah Deutschland um 1500 aus?

Deutschland betrieb zu dieser Zeit vorwiegend Ackerbau. Etwa drei Viertel der zwölf bis dreizehn Millionen Einwohner lebten und arbeiteten auf dem Lande. Das Handwerk und erste Anfänge einer natürlich noch sehr primitiven Industrie wuchsen allerdings steil in die Höhe. Die Industrie auf dem Lande wurde allmählich von zunftgebundenen Gewerbebetrieben der Städte verdrängt. Die Webereien von groben Wolltöchern und Leinwand, auch feineren Geweben, breiteten sich rasch aus.

Großen Reichtum brachte Deutschland vor allem der Bergbau. Er war führend in Europa. Die Zentren lagen in Thüringen, wo Luther auch als Sohn eines Bergbau-„Ingenieurs“ geboren wurde, und im Erzgebirge, wo Müntzer auf die Welt kam. Annähernd 100 000 Menschen arbeiteten zu jener Zeit in Bergbau- und Hüttenbetrieben. Rund 2 Millionen Goldgulden gewannen die adligen Herren allein jährlich durch die Gold-, Silber-, Kupfer-, Zinn-, Quecksilber-, Blei- und Eisengewinnung.

Auch der Schiffsbau breitete sich aus. Neben tierischer und menschlicher Muskelkraft war das Wasser der wichtigste Energiespender. „Eine Reihe

von mehr oder minder bedeutenden Erfindungen, deren historische Glanzpunkte die des Schießpulvers ¹⁾ und der Buchdruckerei bildeten“, schrieb Friedrich Engels über den Bauernkrieg, „hatten zur Hebung der Gewerbe wesentlich beigetragen.“ ²⁾ Eine Ausdehnung des Handels war mit dieser Entwicklung verbunden.

Weiteren Schritten nach vorn standen aber zu dieser Zeit große Hindernisse entgegen. Das angehäuften Geldkapital floß bis jetzt nur zu einem geringen Teil in die industriellen Betriebe. Die Handelsleute und Wucherer liehen das Geld weitgehend an Kaiser, Könige und Fürsten, die es vergeudeteten, für Luxuszwicke ausgaben, aber auch ihre Söldner damit bezahlten. Dieses Geld festigte die Macht der adligen Herren. Teilweise floß es auch auf das Land, wo die großen Handelsgesellschaften oft als einflußreiche feudale Grundbesitzer auftraten. Dieser Prozeß band die Bauern stärker an den Grundbesitz und wirkte somit einem wichtigen Vorgang entgegen: nämlich der Freisetzung der Bauern und ihrer Vertreibung vom Grund und Boden, der ihnen zwar nicht gehörte, den sie aber beackerten. Diese Freisetzung und Vertreibung der Bauern, ihre persönliche „Freizügigkeit“, waren notwendige Voraussetzungen für die Entstehung eines zahlenmäßig großen Frühproletariats, für seine Ausnutzung in den Manufakturen der Städte.

Eine andere Schranke für die frühkapitalistische Entwicklung war die Zersplitterung Deutschlands. Dutzende Könige und Fürsten regierten kleinere Staaten. Grenzen mit Zollschranken zersplitterten Deutschland. Jeder kleine Staat hatte sein eigenes Maß-, Gewichts- und Münzsystem. Das alles bremste stark die Herausbildung eines nationalen Marktes und einer einheitlichen Wirtschaft. Frankreich, England und auch Spanien waren dagegen bereits stark zentralisierte Einheitsstaaten. Die königliche Zentralgewalt dieser Staaten förderte die nationale Produktion. Hemmnisse, zum Beispiel die Zollschranken zwischen den Herzogtümern und die verschiedenen Maß- und Gewichtssysteme, fielen weg. Einheitliche Systeme bildeten sich statt dessen heraus. Der Handel fand hier Rückgrat und im Ausland Schutz durch das Vorhandensein eines starken Staates.

Dieser Zug zum nationalen Zusammenschluß der verschiedensten Staaten fehlte in Deutschland. Hier thronte der Kaiser über einem Standesgemisch und trat darum gegen jede nationale Selbständigkeit auf.

Die Auseinandersetzung zwischen Frühkapitalismus und Spätfeudalismus war nicht nur geschichtlicher Hintergrund, sondern sie bestimmte den gesellschaftlichen Charakter der damaligen Kämpfe als einer frühbürgerlichen revolutionären Bewegung. Die streitenden politischen Kräfte griffen – zwar meist unbewußt – in die Auseinandersetzung für oder wider die frühkapitalistische und nationale Entwicklung Deutschlands ein. Allerdings darf man sich das nicht so einfach vorstellen, als ob sich etwa zwei große Lager gegenübergestanden hätten. Vielmehr waren alle Schichten gleichermaßen mit dem vorhandenen Zustand unzufrieden.

Die Herzöge und Fürsten, mit ihrem Streben nach fester Landesherrschaft, waren gegen die kaiserliche Zentralgewalt.



Der Ablasskrämer
Holzschnitt von Niklaus Manuel,
genannt Deutsch

Der niedere Adel wiederum wollte eine Adelsregierung mit dem Kaiser an der Spitze, aber ohne Fürsten. Die niederen Schichten in Stadt und Land haßten das eine wie das andere. Gleichzeitig verspürten sie schon ebenso den Druck des sich entwickelnden Besitzbürgertums und einer sich herausbildenden besitzbäuerlichen Schicht.

So standen alle mit allen im Widerstreit. Der herrschende Hochadel konnte nicht mehr auf die alte Weise regieren und die niederen Schichten wollten nicht mehr in der gewohnten Art leben. Die Widersprüche verknöteten sich in Deutschland wie in keinem anderen Land zu einem Knäuel. Keine der geschichtlich herangereiften Aufgaben schien lösbar zu sein, es sei denn, es gab etwas, das geeignet war, die aufbegehrenden Kräfte zusammenzuführen. Ein solcher gemeinsamer Nenner war nun tatsächlich vorhanden. Die große Mehrheit des deutschen Volkes war sich einig im Haß gegen die Papstkirche und die geistliche Herrschaft. Selbst ein Teil der weltlichen Fürsten, die Reichsritter, das städtische Bürgertum und die ausgebeuteten Bauern waren bereit, den Einfluß der Papstkirche auf Deutschland zurückzuschrauben. Natürlich gab es dafür die unterschiedlichsten Motive. So wollten sich nicht wenige Fürsten am riesigen Kirchenbesitz bereichern – die Kirche war damals der größte Grundbesitzer in Deutschland – während die Volksschichten vor allem von den drückenden Abgaben an die Kirche befreit werden wollten.

Was aber führte nun dazu, daß alle diese Schichten, ob Adliger, Städter oder Ackersmann, sich zum gemeinsamen Handeln verbanden?

Das war die Tat Martin Luthers. Das war der Anschlag seiner 95 Thesen an die Tür der Schloßkirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517.

Martin Luther als Mönch
mit Doktorhut
Kupferstich von Lucas
Cranach d.Ä., 1521



Luther – 1483 in Eisleben geboren, Sproß eines wohlhabenden Mansfelder Bürgers, seine Vorfahren waren reiche Bauern – Mönch und Priester zugleich, griff darin das Loskaufen von Sünden, diese gerissene Methode Roms, sich durch Mißbrauch religiöser Schuldgefühle zu bereichern, mit bissigen Worten an. Die Sündenloskäufer des Papstes erweckten bei vielen Gläubigen großen Unwillen. Tetzel, der in der württembergischen Umgebung umherzog, trieb dieses Geschäft mit den Sünden besonders arg. Luthers mutige Tat wirkte deshalb auch wie ein Fanal.

„Der Blitz schlug ein, den Luther geschleudert hatte. Das ganze deutsche Volk geriet in Bewegung. Auf der einen Seite sahen Bauern und Plebejer in seinen Aufrufen wider die Pfaffen, in seiner Predigt von der christlichen Freiheit das Signal zur Erhebung; auf der andern schlossen sich die gemäßigeren Bürger und ein großer Teil des niederen Adels ihm an, wurden selbst Fürsten vom Strom mit fortgerissen. Die einen glaubten den Tag gekommen, wo sie mit allen ihren Unterdrückern Abrechnung halten könnten, die anderen wollten nur die Macht der Pfaffen, die Abhängigkeit von Rom, die katholische Hierarchie brechen und sich aus der Konfiskation der Kirche bereichern.“ (ebenda, S. 348)

Luther selbst war über die Auswirkungen und das Echo seiner Tat überrascht. Der Anschlag der Thesen brachte eine Lawine ins Rollen. Der Reformator wurde **ungewollt zum Spielball der großen Politik**. Seine Tat war der Funke, der das Pulver der geschichtlich herangereiften Auseinandersetzung zwischen Hochadel und aufstrebendem Bürgertum zur Entzündung brachte. Luther hob, ob gewollt oder nicht, die bis dahin zersplitterte antifeudale Opposition auf die Stufe nationaler Kämpfe und lieferte hierfür den ersten Schlachtruf.

Luther wider die Papstkirche

1519 trat Martin Luther wiederum mit Wort und Schrift vor das Volk. Was verkündete er? Er trat gegen die Allmacht des Papstes auf. Der Mönch wollte den Einfluß Roms auf das kirchliche Leben in Deutschland mindern. Er wollte die Freiheit des Einzelmenschen in seiner religiösen Entscheidung vergrößern. So rief Luther dem Volk von der Kanzel zu: Die Menschen haben die Freiheit, ohne Vermittlung der Priester sich mit Gott auszusprechen. Die Kirche kann auch ohne den Papst bestehen. Luther forderte öffentlich dazu auf, „mit Waffengewalt diese Pest der Menschheit (den römischen Hof des Papstes) anzugreifen und die Sache nicht mit Worten, sondern mit dem Eisen zur Entscheidung zu bringen. Warum greifen wir diese Kardinäle, Päpste, diese ganze Rotte des römischen Hofes“, so fragte er, „welche die Kirche knechtet und verdirbt, nicht mit den Waffen an?“ (ebenda, S. 347)

Der Papst ächtete daraufhin den „Ketzer“ und erließ gegen ihn 1520 den Bannfluch. Die Streitschriften Luthers wider den Papst wurden auf dem Scheiterhaufen verbrannt und als Satanswerk verketzert. Karl V., deutscher Kaiser, sprach auf Drängen Roms 1521 in Worms gegen Luther die Reichsacht aus. Der Reformator war jetzt vogelfrei. Jeder hätte ihn straflos töten können. Die Häscher des Papstes trachteten nach seinem Leben.

Luther stand in dieser schweren Stunde aber nicht allein. Selbst Ritter traten für ihn ein und Hunderte Adlige boten ihm ihre Hilfe an. Der Ritter Franz von Sickingen lud den Mönch zu sich auf seine Burg. Schutz versprach dem Reformator auch der reiche und mächtige Kurfürst von Sachsen. Luther begab sich in seine Obhut und verbarg sich auf einem seiner Schlösser. Es war die weit und breit bekannte Wartburg bei Eisenach.

Dort widmete Luther seine Zeit einer sehr verdienstvollen Arbeit. Er übersetzte auf der Wartburg Teile der Bibel aus dem Lateinischen ins Deutsche. Bisher gab es ja keine einheitliche deutsche Schriftsprache. Die Leute schrieben weitgehend in ihrer Mundart. Nach Luthers Bibelübersetzung änderte sich das, was natürlich mit der großen, ganz Deutschland aufrüttelnden Bewegung der Reformation zusammenhing. Diese Arbeit zur Schaffung einer gesamten nationalen Schriftsprache war ein großes Verdienst des Reformators.

„Unruhen“

Der päpstliche Bannfluch gegen Luther erzürnte das Volk. Es wollte nicht länger von Rom gegängelt werden. Es kam zu Unruhen. Wittenberger Studenten zogen vor das Elstertor der Stadt und verbrannten die päpstliche Bannbulle. Zorn ergriff auch viele andere Bürger und selbst Mönche. Klöster lösten sich von Rom. Das Volk stürmte in Wittenberg sogar die Papstkirchen und vertrieb verhaßte, romhörige Priester.

Der Aufruhr mißfiel Luther. Die „Umstürzler“ und „Schwarmgeister“ wurden von ihm von der Kanzel herab als Sendboten des Satans verschrien. Später wurde er noch drastischer.

„Die Bauern hören nicht das Wort“, schrieb er Ende Mai 1524, „und sind unsinnig. So müssen sie die Büchse hören, und es geschieht ihnen recht. Beten sollen wir für sie, daß sie gehorchen, wo nicht, so gilt's hier nicht viel Erbarmen. Lasset nur die Büchsen unter sie sausen, sie machen's sonst tausendmal ärger. O Herrgott, wo solch Geist in den Bauern auch ist, wie hoch Zeit ist's, daß sie erwürgt werden wie tolle Hunde.“ (ebenda, S. 350)

Warum wandte sich Luther gegen den Aufruhr? Er wollte seine Reformation ohne Unruhen und Gewalt durchführen, auf „erlaubtem“ Wege schreiten. Vor allem wollte er die Herrschaft des hohen Adels nicht antasten. Hier zeigt sich, daß Luther der Sohn einer wohlhabenden Familie, der Schützling des Adels, im Grunde seines Herzens ein Anhänger adliger Macht war und blieb. Offen verteidigte er die Einteilung der Menschen in Obrigkeiten und Untertanen.

Die armen Leute waren darüber enttäuscht und kehrten dem Reformator mehr und mehr den Rücken. Auch niedrige Adlige, so Franz von Sickingen und Ullrich von Hutten, waren bitter enttäuscht und wandten sich von Luther ab. Dieser verband sich jetzt immer stärker mit den weltlichen Fürsten.

Zwischen 1522 und 1524 brach denn auch die Anti-Rom-Bewegung auseinander. Neue Lager entstanden. Eines davon lag in Oberdeutschland und in der Nordschweiz. Es war das Zentrum einer radikaleren bürgerlichen Reformation. Ein anderes bildete sich mit Wittenberg als Hauptsitz heraus. Hier wirkte Luther. Es war das gemäßigte bürgerliche Lager. Eine Reihe mächtiger Fürsten liebäugelte mit ihm und gewährte Hilfe. Das bäuerlich-plebejische Lager schließlich hatte seine Stützpunkte um Allstedt und Mühlhausen in Thüringen. Dieses Lager war in sich uneinig. Ausdruck dafür waren die unterschiedlichen Ansichten über Weg und Ziel in die Zukunft. Thomas Müntzer war die führende Persönlichkeit dieses linken Flügels.

Wer war Thomas Müntzer?

Er kam vor 1490 in Stoltenberg (Harz) zur Welt. Sein Vater war ein begüterter Handwerker. Armut und Not waren ihm in jungen Jahren fremd. Bereits mit 15 Jahren stiftete er auf der Schule zu Halle einen geheimen Bund gegen den Erzbischof von Magdeburg. Müntzer studierte Theologie. Er errang früh den Grad eines Doktors und die Stelle eines Kaplan in einem Kloster. Schon als junger Theologe mißachtete er die Dogmen und Riten der römischen Kirche. 1520 wirkte er als erster evangelischer Priester in Zwickau.

Zunächst war Müntzer ein Anhänger Luthers. Das dauerte aber nicht lange.

Luthers Hinwenden zu den weltlichen Fürsten stieß ihn ab. Müntzer mischte sich viel unter das arme Volk und lernte vor allem die Tuchknappen lieben. Der Einfluß dieser Zwickauer Tuchknappen und das Miterleben ihrer Armut und sozialer Nöte band den Prediger noch stärker an das einfache Volk. Er hielt entschieden zu den Plebejern und Bauern und griff immer wieder mit spitzer Feder und harten Worten die Obrigkeit an. „Er verwarf die Bibel“, so schrieb Engels in seinem schon erwähnten Buch dazu, „sowohl als ausschließliche wie als unfehlbare Offenbarung. Die eigentliche, die lebendige Offenbarung sei die Vernunft, eine Offenbarung, die zu allen Zeiten und bei allen Völkern existiert habe und noch existiert.“ (ebenda, S. 353)



Thomas Müntzer.
Stich von Ch. van Sichem, 1608

Neben dem Angriff gegen die Pfaffen zog Müntzer mit gleicher Leidenschaft gegen den Adel und gegen die Patrizier los. Zugleich schrieb er ein revolutionäres Pamphlet nach dem anderen und sandte Boten in alle Richtungen.

Vom Reich Gottes auf Erden

Wovon träumte Müntzer? Müntzer wollte das „Reich Gottes schon auf Erden“ schaffen. In ihm sollte es weder Arme noch Reiche geben.

Die Obrigkeiten haßten Müntzer wegen solcher „ketzerischen“ Predigten. Sie verschworen sich gegen ihn. Ende 1521 zwangen ihn die Zwickauer Stadträte zur Flucht nach Böhmen. Bald aber kam Müntzer wieder nach Allstedt in Thüringen zurück und wirkte weiter für das „Reich Gottes auf Erden“. Wie stellte sich Müntzer das „Reich Gottes auf Erden“ vor? Wie sollte es aussehen?

Darin soll das einfache Volk regieren. Es sollte seine Tyrannen und Aus-

beuter verjagen. „Die ganze Welt muß einen großen Stoß aushalten“, so predigte er, „es wird ein solches Spiel angehen, daß die Gottlosen vom Stuhle gestürzt, und die Niedrigen aber erhöht werden“. Die „Gottlosen“ waren die Obrigkeiten. „Alles“, so schrieb Müntzer weiter, „ist Gemeinbesitz und sollte an einen jeden nach seiner Notdurft verteilt werden. Welcher Fürst, Graf oder Herr das nicht wollte, aber ernstlich daran ermahnt wurde“ riet er den Armen, „dem sollte man den Kopf abschlagen oder henken.“

Warum ging Müntzer so hart ins Gericht mit den Obrigkeiten?

Weil die Fürsten und Herren, so erklärte er dem Volke, „die Ursache des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind. Sie nehmen alle Kreaturen zum Eigentum, Die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden, alles soll ihnen gehören, und dann predigen sie gar noch den Armen: ‚Du sollst nicht stehlen‘; sie selber aber nehmen, wie sie es finden, schinden und schaben den armen Ackersmann und Handwerksmann“.

Die Reichen trachteten Müntzer ob solcher Redensarten nach dem Leben. Deshalb floh er erneut ins Ausland, kehrte aber, als die ersten Unruhen offen ausbrachen, sofort nach Deutschland zurück und wurde einer der berühmtesten Anführer der aufständischen Bauern.

Die katholische Kirche im Gegenangriff

1524 rüstete das Lager des Papstes zum 'Gegenangriff gegen die Reformation in Deutschland, zur „Gegenreformation“. Der erste Schritt sah die Niederschlagung der Volksopposition vor. Danach wollte die römische Kirche die Reformation Luthers auf ihren Ausgangspunkt zurückschrauben. Die Angriffslust der katholischen Feudalen nahm also 1524 rasch zu. Aber auch die Unzufriedenheit der armen Leute stieg schnell an. Sie fühlten sich von Luther an der Nase herumgeführt und suchten nach neuen Führern. Weittragende Entscheidungen reiften heran.

Worum ging es jetzt? Jeder Versuch, die Reformation in den Dienst des hohen Adels, der Herzöge und Fürsten zu stellen, mußte unweigerlich dazu führen, die Zersplitterung Deutschlands zu versteinern. Auch die Gegenreformation der Papstkirche setzte sich die Aufrechterhaltung der feudalen Zustände und ein politisch schwaches Deutschland zum Ziel. Deshalb konnte der Versuch, die revolutionäre Bewegung fortzusetzen und die Weichen für ein einheitliches Vaterland zu stellen, nur von den Volksmassen ausgehen. Nicht die behutsame Reformation, so wie sie Luther anstrebte, sondern nur die Revolution von unten versprach Erfolg.

Tatsächlich begannen auch jetzt die einfachen Bauern, die Handwerker, Plebejer und Bergknappen in das Rad der Geschichte einzugreifen.

Bauernkrieg

Bäuerliche Unruhen gegen die harte Fron und Willkür der Adligen gab es bereits lange vor Luthers Auftreten. Bauernhaufen, wie der „**Bundschuh**“ und der „**Arme Konrad**“, die Krieg gegen Burgen und Schlösser führten, waren erste Vorboten der großen Erhebung aus dem Jahre 1524/26. Diese Aufstände blieben jedoch damals auf wenige Gebiete beschränkt und waren auch ohne fest umrissenes Ziel. Erst die Reformation, mit ihren vorwärtsdrängenden Gestalten aus der niedrigen Geistlichkeit und mit anderen dem Volk verbundenen klugen Geistern schuf mit ihrem Ruf nach der Gerechtigkeit Gottes ein einendes Band.

Wie sollte diese „Gerechtigkeit Gottes“ aussehen?

Es gab hierüber unterschiedliche Vorstellungen. Sie reichten von der Beseitigung der größten Auswüchse feudaler Ausbeutung bis zur Überwindung jeglicher Obrigkeit und der Errichtung einer gerechten Menschengemeinde ohne Vorrechte und Unterschiede.



Eidschwur von Bauern auf die Bundschuhfahne (auf der Fahne ist der gekreuzigte Christus auf einem Schuh stehend abgebildet) Anonymer Holzschnitt. 1513

So wollte der linke Flügel Thomas Müntzers alle Unterdrückten und Ausgebeuteten in einem „Christlichen Bund“ vereinen und verlangte:

„daß alle, die in dieser christlichen Vereinigung sind, . . . mit denen, die sich sperren und weigern, der brüderlichen Vereinigung beizutreten und den gemeinen christlichen Nutz zu fördern, ganz und gar keine Gemeinschaft halten und brauchen sollen und daß sie ihnen weder Essen, Trinken, Mahlen, Backen, Ackern, auch ihnen weder Speise, Korn, Trank, Holz, Fleisch, Salz oder anderes zuführen noch jemanden zuzuführen gestatten . . . man lasse sie bleiben als abgeschrittene, abgestorbene Glieder in den Sachen, so den gemeinen christlichen Nutz und Landesfrieden nicht fördern, sondern verhindern wollen.“

Die schwäbischen Bauern hatten andere Ideen. Davon künden 12 Artikel. Darin lesen wir:

„Zum dritten ist es Brauch gewesen, daß man bisher behauptet hat, wir seien hörige Leute, was zum Erbarmen ist, in Anbetracht dessen, daß uns Christus erlöst und losgekauft hat – den Hirten ebenso wie den Höchsten, keinen ausgenommen. Darum ergibt sich aus der Schrift, daß wir frei sind, und deshalb wollen wir es sein.“

Die Franken verfaßten das Heilbronner Programm. Der geistige Vater dieser Schrift war Wendel Hipler. Es bot den Rittern besondere Vorteile, verkündete den Bürgern viele Freiheiten, dagegen verhiess es den Bauern wenig Gutes. Es setzte sich lediglich für den Freikauf der Bauern von der Hörigkeit und Leibeigenschaft ein. Welcher Bauer hatte aber Geld dafür?

Der Aufstand der Bauern brach fast gleichzeitig überall mit elementarer Wucht aus. Wie ein Funke sprang er von einem Land zum anderen über und ließ die Flamme des Aufstandes hell auflodern. Glocken riefen überall zu den Waffen.

Zuerst erhoben sich die Bauern 1524 im Schwarzwald. Sie verweigerten dem Landgrafen den Frondienst und rotteten sich zu einem Haufen von 3 500 Mann zusammen. Dreschflügel mit Eisenspitzen, Morgensterne, Sensen oder auch Speiße mit Widerhaken waren ihre Waffen. Anführer war der Bauer Hans Müller. Er versetzte mit seinem Haufen den Adel in panischen Schrecken.

Der Aufstand griff von dort aus im Frühjahr 1525 auf Württemberg über und erfaßte bald Teile Bayerns, das Elsaß, die Pfalz, Franken, Thüringen und Sachsen sowie Teile der Schweiz und die österreichischen Alpenländer.

Allerorts sammelten sich die Bauern, griffen zu den Waffen, verbündeten sich mit Städten, zwangen manche Obrigkeit, ihrem „Verbündnis“ beizutreten oder ihren Willen anzunehmen und zu erfüllen. Zahlreiche Ritter hatten sich zu den Aufständischen geschlagen und fungierten als Hauptleute. Die Ritter Stephan von Mentzingen und Florian Geyer waren so die Anführer des fränkischen Haufen (so nannte man die bäuerlichen Formationen). Der Bauer Georg Metzler, und der Adlige Wendel Hipler standen an der Spitze des „Lichten Haufen“ aus dem Odenwald. Jäcklein Rohr-

bach, ebenfalls ein Bauer, führte den Neckar-Haufen, der sich mit dem „Lichten Haufen“ zum „Hellen Haufen“ vereinte. Befehlshaber dieses Haufens war Götz von Berlichingen.

Die Aufständischen waren schlecht ausgerüstet. Sie besaßen nur wenige Geschütze und Handfeuerwaffen. Ihr Banner war der „Bundschuh“, und unter diesem Zeichen brachen sie viele Burgen und Schlösser. „Eröffnet Schloß und Stadt den hellen christlichen Haufen“, befahl zum Beispiel der „Lichte Haufen“ dem verhassten Ritter von Helfenstein auf der Burg Weinsberg, „wo nicht, so bitten wir um Gottes willen, tut Weib und Kind aus ihr, denn beide, Schloß und Stadt, werden den freien Knechten zum Sturm gegeben“. Burg und Stadt Weinsberg fielen im hartnäckigen Ringen auch in ihre Hände. Der Ritter Helfenstein geriet in Gefangenschaft. Er erhielt die gerechte Strafe aus bäuerlicher Richterhand – den Tod.

Der „Helle Haufen“, mit seinem Anführer Götz von Berlichingen und der „Schwarze Haufen“, unter Florian Geyer, wurden berühmt.

„Wir sind des Geyers schwarzer Haufen“, so kündet heute noch ein Lied von der Angriffslust dieses Haufens,

„heia oha! Wir wollen mit Tyrannen raufen,

heia oho. Spieß voran, drauf und dran,

setzt aufs Klosterdach den roten Hahn!“

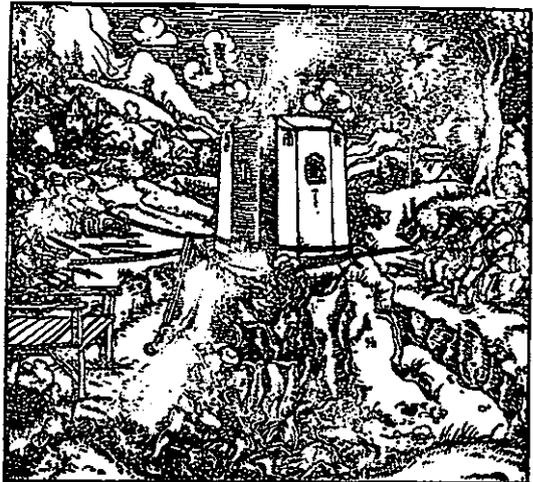
Der hohe Adel vermochte den gewaltigen Aufbruch der Bauernmassen nicht zu wehren. Selbst starke Landesherren unterwarfen sich den Aufständischen. Die Bauern waren kurze Zeit frei und ihre eigenen Herren. Ungezählte Schlösser und Klöster, Symbole der geistlichen und weltlichen Adelherrschaft, gingen in Rauch und Flammen auf.

Angriff von
Bauern auf ein
Kloster
Zeitgenössische
Federzeichnung
des Abtes
Johann Murer
von Weissenau



Der Feudaladel war zunächst völlig gelähmt. Zwistigkeiten untereinander erschwerten das gemeinsame Vorgehen der Fürsten gegen die aufständischen Bauern. Das süddeutsche Rekrutierungsgebiet für Landsknechte war außerdem durch den Krieg Kaiser Karl V. gegen den französischen König in Oberitalien völlig in Anspruch genommen. Der Schwäbische Bund, das Instrument des hohen Adels, stieß darum bei der Werbung von Landsknechten auf große Schwierigkeiten. Das Geld für den Sold der fürstlichen Heere war gleichfalls sehr knapp. Hier halfen aber die großen Handlungshäuser, vor allem die Fugger, aus.

Die verschiedensten Haufen der aufständischen Bauern einte zunächst der Haß gegen ihre Unterdrücker. Leider blieb das nicht so. Vielfach waren die Bauernscharen durch innere Gegensätze zwischen den gemäßigten und radikaleren Elementen zerrissen. Die Städte und auch der niedrige Adel neigten zum Ausgleich mit ihrer feudalen Obrigkeit. Oft verhinderte die lokale Beschränktheit einiger Anführer der Bauernscharen ein Zusammengehen benachbarter aufständischer Haufen. Die Landsknechte brauchten sich nicht, wie die Bauern, um Saat und Ernte zu kümmern. Die Pferde der Bauern waren Arbeitstiere, nicht für den Krieg bestimmt. Die Sorge um Haus und Familie, um das Stückchen täglich Brot schwächte die Bauernheere, band sie an die nähere Umgebung, ließ ihre Vereinigung zu großen, das ganze Land durchziehenden Armeen nicht zu. In dieser Hinsicht waren sie den Landsknechten unterlegen. Das alles untergrub natürlich die Schlagkraft der Bauernarmeen. Die Heere der Fürsten nutzten diese Lage aus und schlugen gegen die vereinzelt Haufen los. So geriet der „Lichte Haufen“ bei einem Angriff der Landsknechte ins Wanken und wurde aufgerieben. Der „Schwarze Haufen“, mit Florian Geyer an der Spitze, erlitt dasselbe Schicksal. Überall verloren jetzt die Aufständischen ihre Schlachten. Singend und mordend zogen die Söldner des hohen Adels durch die deutschen Lande. Widerstand flackerte seltener auf.



Kampf der Bauern
gegen die
Gewaltherrschaft

Holzschnitt des
Petrarca-Meisters
1519/20

Thomas Müntzer kämpfte gegen den Angriff der fürstlichen Heere mit seinen Bauernscharen bei Frankenhausen. Hier erwarteten die Aufständischen die fürstlichen Söldner auf einem Berg hinter einer Wagenburg. Die Landsknechte umzingelten sie und griffen von allen Seiten, unterstützt von vielen Geschützen, an. Der bauerliche Widerstand wurde im Hagel der Kanonenkugeln gebrochen. Danach belagerte das Heer der Fürsten Frankenhausen und stürmte diese Stadt. Dabei geriet Müntzer in Gefangenschaft. In Gegenwart der Fürsten wurde dieser große Bauernführer gefoltert und schließlich enthauptet.

Die Rache der „Obrigkeit“ an den Bauern war furchtbar. Ganze Dörfer und Städte gingen in Flammen auf, wurden ausgeraubt und geplündert. Scharenweise schlugen Landsknechte aufständischen Bauern die Köpfe ab. Die Glut des thüringischen Aufstandes wurde im Blut der Bauern erstickt.

Ende März 1525 begann der Oberste Feldhauptmann des Schwäbischen Bundes, **Georg Truchseß von Waldburg**, seinen „Strafzug“ gegen die Bauern. Nacheinander schlug er sie bei Leipheim (4. April) und Würzach (14. April), überlistete sie bei Weingarten (12. Mai) und erhielt somit freie Hand, um die württembergischen Bauern bei Böblingen (12. Mai), die fränkischen bei Königshofen (2. Juni) und Ingolstadt (4. Juni) zu schlagen. Schließlich konnte er das monatelang belagerte Würzburg besetzen (8.



Juni). Nach der größten Kanonade des Bauernkrieges, am 14. Juli an der Leubas war hier das Schlachten zu Ende.

Kurz zuvor, am 15. Mai, während Müntzer in Frankenhausen kämpfte, wurden die elsässischen Bauern in verschiedenen Schlachten, das Gros bei Zabern (17. Mai), durch das Heer Herzog Antons von Lothringen vernichtet. Bei Pfeddersheim unterlagen die pfälzer Bauern (24. Juni).

Will man zeitgenössischen Meldungen folgen, sollen in allen diesen Schlachten und während der nachfolgenden Strafaktionen weit mehr als 100 000 Aufständische getötet worden sein. Ungeheuer war der Blutzoll, den das einfache Volk entrichten mußte.

Nur in den Alpenländern währte der Kampf noch einige Zeit fort. Hier wies sich Michael Gaismaier als der überragende politische, militärische und diplomatische Führer des Aufstandes. Aus seiner Feder stammt die bekannte „Tiroler Landesordnung“. Das war ein kühnes Programm, das weit in die Zukunft vorausgriff, forderte es doch die Herrschaft der Bauern und Bergarbeiter, die Übernahme der Produktion und des Handels durch die Bauern- und Arbeiterschaft sowie bedeutende soziale Fortschritte. Neben Thomas Müntzer war Gaismaier die bedeutendste Führerpersönlichkeit des deutschen Bauernkrieges.

Eine geschichtliche Weichenstellung

Mit der Niederschlagung der revolutionären deutschen Bauern und ihrer Verbündeten im Jahre 1525/26 war keinesfalls nur über das Schicksal dieser ersten großen Freiheitsbewegung des deutschen Volkes entschieden worden. Es wurde damit zugleich eine historische Weiche gestellt. Friedrich Engels nannte den Bauernkrieg einen „Angelpunkt“ in der deutschen Nationalgeschichte. Allerdings wurde er nicht zum Wendepunkt. Er konnte es auch nicht werden. Die gesellschaftlichen Bedingungen waren zwar reif für den Ausbruch der revolutionären Bewegung und für bedeutende Einzelerfolge, nicht aber für den Sieg des Volkes. Die „radikalste Tatsache der deutschen Geschichte“, wie Karl Marx den Bauernkrieg nannte, duldet keine Halbheiten. Die Fürsten waren nicht einmal zu Kompromissen bereit. Aber ohne sie zu schlagen oder zumindest entscheidend zu schwächen, mußten alle Erfolge der revolutionären Bewegung letztlich den vielen erstarkenden Fürstenstaaten zugute kommen. An einen Sieg über die Fürsten war ohne Unterstützung des deutschen Bürgertums nicht zu denken. Aber das Bürgertum war damals noch zu stark mit dem Feudalismus verbunden und darum weder fähig noch willens, mit dem einfachen Volk zu gehen. Es hat damit für Jahrhunderte seine Selbständigkeit aufgegeben. Es trat in den Dienst der Fürstenhöfe und verspießerte. Aber damit und mit dem Überwuchern der kleinen Fürstenstaaten versiegten auch die Quellen des wirtschaftlichen Fortschritts. Deutschland verschwand aus der Reihe der führenden europäischen Staaten. In sich zersplittert, konnte es hundert Jahre später zum Kriegsschauplatz werden, auf dem sich die Heere der großen Staaten Europas dreißig Jahre lang umhertrieben und das deutsche Volk furchtbar heimsuchten.



Dennoch: auch als gescheiterte Revolution wirkten Reformation und Bauernkrieg in die Zukunft. Die Papstkirche erholte sich von dem erlittenen Schlag niemals wieder. Der deutsche Bauernkrieg war eine Schlacht gegen den Feudalismus nicht nur in Deutschland. Luthers Lied „Ein feste Burg ist unser Gott“ haben Heine und Engels die Marsaillaise des 16. Jahrhunderts genannt. Das vorwärtsweisende reformatorische Ideengut wurde von bürgerlichen Denkern anderer Länder weitergetragen und speiste die großen revolutionären Bewegungen des 17. Jahrhunderts in den Niederlanden und in England. Wurde das Luthertum in Deutschland zum Werkzeug der Fürsten, so hat es in Skandinavien die staatliche Zentralisation, die Herausbildung von Nationalstaaten, fördern helfen. Daß die klassische deutsche Philosophie ohne den reformatorischen Ansatz so wenig denkbar ist, wie die Entwicklung der deutschen Nationalsprache ohne die Bibelübersetzung Luthers, hat schon Heinrich Heine festgestellt. In den großen Auseinandersetzungen des deutschen Bauernkrieges wurde eine Kultur geboren, die zum ersten Male gesamt-nationale Merkmale besaß.

Letztlich war die Erinnerung an die große Volksbewegung niemals mehr zu tilgen. Die revolutionären Traditionen des Bauernkrieges leben bis heute fort.

Literatur:

1. Friedrich Engels, Der deutsche Bauernkrieg, Berlin 1951
2. G. Franz, Der deutsche Bauernkrieg, Darmstadt 1956
3. Deutsche Geschichte in drei Bänden, Band 2, Berlin 1967

Chronik

- 1517 Letzte Bundschuhverschwörung (am Oberrhein)
- 1517, 31.10. Luthers Thesenanschlag in Wittenberg; Beginn der Reformation
- 1519, 4.-14.7. Leipziger Disputation zwischen Eck und Luther. Danach wächst Luthers Reformation zu einer Massenbewegung an
- 1521, 8.5. Reichsacht über Luther; Luther auf der Wartburg in Sicherheit (4.5.1521 - 1.3.1522); Bibelübersetzung
- 1520/21 Thomas Müntzer in Zwickau Prediger u. Repräsentant der armen Stadtbevölkerung
- 1521, 3.-4.12. Wittenberger Bewegung (bis zu Luthers Rückkehr von der Wartburg)
- 1524, 23.6. Bauernaufstand in der Grafschaft Stühlingen; Beginn des Bauernkrieges
- 1524, 13.7. Müntzer hält in Allstedt seine „Fürstenpredigt“; Entstehung von Zentren Müntzerscher Propaganda in Mitteldeutschland
- 1524, Sept. Bauernkrieg erfaßt Klettgau, Hegau und Breisgau
- 1525, März Die oberschwäbischen Haufen schließen sich in Memmingen zur „Christlichen Vereinigung“ zusammen; die 12 Artikel entstehen (12.3.)
- 1525, März Das Schwäbische Bundesheer unter Georg Truchseß von Waldburg beginnt Zug gegen die Bauern
- 1525, März Bauernkrieg erfaßt Württemberg und Franken
- 1525, April Beginn des Thüringer Aufstandes unter Müntzer
- 1525, 17.4. Vertrag von Weingarten bewahrt Schwäbisches Bundesheer vor der Vernichtung

- 1525, Mitte Mai In den Hauptaufstandsgebieten sind die Bauern geschlagen. In Tirol beginnt der Bauernkrieg
- 1525, 3.7. Bauernsieg bei Schlading, bedeutsamster militärischer Erfolg der Aufständischen im Bauernkrieg
- 1526, 2.7. Ende des alpenländischen Bauernkrieges
- 1526, 25.-27.6. Reichstag zu Speyer besiegelt den Sieg der Fürsten.

Anhang

- 1) Das Schießpulver wurde von China über Indien zu den Arabern gebracht und gelangte von dort nebst Feuerwaffen über Spanien nach Europa.
- 2) F. Engels, Der deutsche Bauernkrieg, in: K. Marx / F. Engels, Werke, Band 7, Berlin 1960, S. 330.

**Sachwörterbuch
der Geschichte
Deutschlands
und der deutschen Arbeiterbewegung**
In 2 Bänden

*Ca. 1300 Seiten mit 900 einfarbigen Abbildungen und
16 mehrfarbigen Karten, Leinen, je Band ca. 28,— DM*

Dieses erste umfassende marxistische Nachschlagwerk zur deutschen Geschichte umfaßt den Zeitraum von der Französischen Revolution 1789 bis zur unmittelbaren Gegenwart. In lexikalischer Form werden Fragen der deutschen Arbeiterbewegung, der Politik der herrschenden Klassen, der gesamtationalen Arbeiterbewegung sowie der internationalen Geschichte behandelt. Umfangreiches Kartenmaterial, eine Vielzahl von Tabellen und Schemata sowie ein Personenregister erhöhen noch wesentlich den Informationsgehalt.



Dietz Verlag Berlin

DDR - 1025 Berlin - Wallstraße 76—79

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Marxistische Taschenbücher

In der Reihe
Sozialistische Klassiker

Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit
Paperback · 144 Seiten

W. I. Lenin
**Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit
im Kommunismus**
Paperback · 168 Seiten

In der Reihe
Marxismus aktuell

Walter Schellenberg
Wie lese ich „Das Kapital“?
Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Paperback · ca. 130 Seiten

Lenin über Trotzki
Mit einem Vorwort von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler
Paperback · ca. 140 Seiten

Die DDR — Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u. a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Günter Wirth
und Kurt Wünsche
Paperback · ca. 160 Seiten

Juri N. Dawydow
Freiheit und Entfremdung
Paperback · ca. 140 Seiten

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Hrsgb.: Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus
Band I: SÜDVietnam
Band II: NORDVietnam
Paperback · ca. 120 bis 130 Seiten



Verlag Marxistische Blätter

6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert

**Serie C:
Streifzüge
durch die neuere
Geschichte**

2



MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Inhalt

	Seite
Wie sah Deutschland zu Beginn des 17. Jahrhunderts aus?	1
Der Religionsfrieden von Augsburg	3
Der Dreißigjährige Krieg	4
Der Westfälische Frieden	8
Fürstenwillkür	10
Die Aufklärung	11
Die neuen europäischen Machtverhältnisse	14
Der Aufstieg Österreichs	15
Der Junkerstaat Brandenburg/Preußen	15
Deutschland am Ausgang des 18. Jahrhunderts	18
Zeittafel	23
Literatur	23
Anhang	23

Preis DM 0.1.-

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Hedderheimer Landstr. 78a

Wie sah Deutschland zu Beginn des 17. Jahrhunderts aus?

Das Wüten des grundherrlichen Adels nach der Niederlage der Bauern im 16. Jahrhundert hatte Deutschland schwer geschädigt. Die Bauern fristeten ein elendes Leben. Der Erzbergbau kam allmählich zum Erliegen. Die Verlagerung der wichtigsten Handelswege vom Land aufs Meer und hier – infolge der Entdeckung Amerikas – an die Westküste des Atlantiks, lähmte die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Reiche Handelshäuser gingen bankrott. Viele Städte waren verarmt. Deutschland wurde fast zum reinen Agrarland. Diese wirtschaftlichen Zustände und die – nach der Niederlage der Bauern – neu gefestigte Macht der Landesfürsten erschwerte zugleich die politische Zentralisation des Landes.

Erbittert kämpften die durch die Niederlage der Bauern stärker gewordenen Landesfürsten um die Macht und unter religiösem Deckmantel gegen die Zentralmacht des Kaisers. Diese inneren Kämpfe entfalteten sich zur gleichen Zeit, da Frankreich immer mächtiger wurde, dieses Land und andere europäische Staaten wie England, Dänemark und Schweden an der Schwächung Deutschlands, an der Zuspitzung seiner inneren Zwistigkeiten interessiert waren. Je schwächer Deutschland, desto leichter konnten die anderen europäischen Staaten ihre Macht vergrößern, Teile Deutschlands an sich reißen.

Unter solchen Verhältnissen entwickelten sich innerhalb Deutschlands die Fronten:

„Von den drei großen Parteigruppen, die sich bei Ausbruch der deutschen Reformation ¹⁾ gebildet hatten“, so beschrieb Franz Mehring die deutschen Zustände jener Zeit, „war die plebejisch-revolutionäre in den Blutströmen des Bauernkrieges erstickt worden, während die bürgerlich-reformierte durch diesen Krieg einen Stoß erhalten hatte, von dem sie sich lange nicht erholen konnte. Aber auch an der katholisch-konservativen ging der Sturm der Zeit nicht vorüber. Es bildeten sich nunmehr drei neue Parteien, die auf deutscher Erde miteinander rangen, aber freilich weit über die deutschen Grenzen hinaus europäische Bedeutung gewannen.“ ²⁾

Welche Parteien waren das?

Da war zunächst der Jesuitismus. Die großen Veränderungen in Europa, die mit dem ersten Morgenrot des Kapitalismus, mit dem Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins, mit Reformation und Bauernkrieg eintraten, waren am Katholizismus nicht spurlos vorübergegangen. Er versuchte, sich den neuen Bedingungen anzupassen und zum Gegenangriff, zur Gegenreformation überzugehen. Sichtbarster Ausdruck dessen war der Jesuitismus. Er

„war der auf kapitalistischer Grundlage reformierte Katholizismus. War das Papsttum zu einem Mittel und Werkzeug der großen modernen Monarchie geworden, die sich aus den Bedürfnissen der kapitalistischen Pro-

duktionsweise entwickelt hatten“, schrieb Franz Mehring dazu, „so mußte es auf kapitalistische Füße gestellt werden, um ein wirksames Mittel und Werkzeug der Herrschaft zu sein.“ 3)

Der Jesuitismus war demnach die **Hauptwaffe der katholischen Reaktion zur Verteidigung und Stärkung der Zentralgewalt in Spanien und Deutschland, Frankreich, Österreich und Bayern. Der Jesuitenorden paßte also die katholische Kirche den neuen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen an.** Dabei waren seine Waffen die Predigt, die Beichte, vor allem aber die Erziehung.

„Er reorganisierte das gesamte Schulwesen . . . er wurde die größte Handelsgesellschaft der Welt, die ihre Kontore hatte, soweit die Erde entdeckt war, er lieferte den Fürsten in der Form von Beichtvätern die erfahrensten und geschicktesten Minister.“ 4)

Der Jesuitenorden führte oft gewaltsam Gebiete mit evangelischer Bevölkerung wieder dem katholischen Glauben zu. Dank seinem Wirken stieg der Anteil der Katholiken in Deutschland von einem Sechstel der Bevölkerung wieder auf ein Drittel an.

Die zweite Partei war der **Calvinismus.** Er war das Banner, unter dem sich vor allem die emporstrebenden Städte gegen die königlichen und kaiserlichen Zentralgewalten erhoben. Er war die **Religion des erwachenden Bürgertums.**

„Sein Dogma war den Diensten der damaligen Bürger angepaßt.“ 5)

Es hatte zum Inhalt die göttliche Vorbestimmtheit des irdischen Lebensweges eines jeden. Bist du reich? Das ist Gottes Gnade. Bist du arm? Das ist Gottes Fluch. Rafft und schafft euch Reichtümer, wo immer ihr könnt, ihr handelt gemäß eurer Vorbestimmung. Das war die Religion des aufstrebenden Kapitalismus. Auch die kirchliche Verfassung des Calvinismus gewährte dem aufstrebenden Bürgertum demokratische und republikanische Rechte.

„Wo aber das Reich Gottes republikanisiert ist“, schrieb Friedrich Engels über den Calvinismus, „konnten da die Reichen dieser Welt Königen, Bischöfen und Feudalherren untertan bleiben?“ 6)

Schließlich gab es das **Luthertum** als dritte Partei. Es war damals die Religion der

„Länder mit verhältnismäßig geringer Entwicklung der Städte, mit starkem Übergewicht des Adels.“ 7)

Das Luthertum stand also unter der **Schutzherrschaft von Junkern, Bischöfen und Fürsten.** Diese raubten unter reformatorischem Deckmantel einen Großteil katholischer Ländereien (Klöster). Sie betrieben eifrig die Loslösung von der kaiserlichen Zentralgewalt, um sich die Früchte der Ausplün-

derung des Volkes allein anzueignen. Das bedeutete allerdings nicht, daß etwa die katholischen Fürsten die Einheit des Reiches und der Reichsgewalt als oberstes politisches Ziel angesehen hätten. Auch ihnen ging es um die Vergrößerung der eigenen Macht.

Der Religionsfrieden von Augsburg

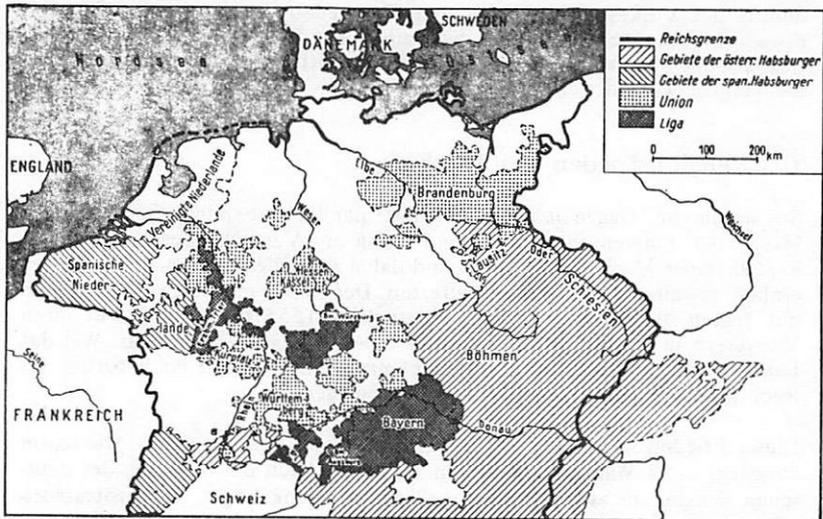
So wuchs im Gegeneinander der auseinanderstrebenden Gewalten die Macht der Fürsten in Deutschland stetig an. Versuche des Kaisers, den Zerfall seiner Macht aufzuhalten und dabei auch die katholische Glaubenseinheit gewaltsam zu kitteln, scheiterten. Der Kaiser mußte einen Ausgleich mit seinen fürstlichen Widersachern suchen. 1555 traf er sich mit ihren Vertretern in Augsburg und handelte einen Religionsfrieden aus. Wer das Land besitzt, so lautete der Friedensspruch, der besitzt auch fortan das Recht, die Religion in diesem Lande festzulegen.

Dieser Frieden stand aber auf wackligen Füßen, denn es ging – wie schon dargelegt – in Wahrheit nicht um Religion. Auch die Spaltung der deutschen Fürsten in zwei konfessionell verschiedene Lager, der protestantischen Union (1609) und der katholischen Liga (1608), änderte nichts an dem eigentlich gemeinsamen Ziel: Schwächung der kaiserlichen Zentralgewalt zugunsten eines jeden Einzelfürsten.

Entschlossenes und fähiges Oberhaupt der katholischen Liga war der Herzog Maximilian von Bayern. Dieser Liga gehörten außer Bayern noch die drei geistlichen Kurfürstentümer Mainz, Köln und Trier sowie eine große Anzahl geistlicher Reichsstände an. Zugleich wurde sie vom Kaiser, von Spanien sowie vom Papst unterstützt.

Der Führer der protestantischen Union war der Kurfürst Friedrich von der Pfalz. Der Union gehörten fast alle protestantischen Fürsten an. Allerdings zählten die mächtigen evangelischen Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen nicht zu ihr. Zeigte schon das, wie wenig es um Religionsfragen ging, so wurde das noch deutlicher in der Tatsache sichtbar, daß zu eigenem Nationalbewußtsein und nationaler Macht erwachende Länder, wie Dänemark, England und das katholische Frankreich mit der protestantischen Union verbunden waren.

Damals standen sich also zwei Lager gegenüber und rüsteten gegeneinander zum Angriff. Aufstrebende Staaten, unterstützt von vielen nach politischer Macht strebenden deutschen Fürsten, rebellierten, unter religiöser Hülle, gegen die kaiserliche Macht. Der Riß, der durch Deutschland ging, ergab sich also nicht in erster Linie aus der Zugehörigkeit zum Protestantismus oder Katholizismus, sondern aus der Anlehnung an die vorhandenen Mächtigkeitsgruppen. Die Gegensätze dieser Mächtigkeitsgruppierungen spitzten sich anfangs des 17. Jahrhunderts rapide zu und türmten rasch Zündstoff auf.



Union, Liga und die Besitzungen der Habsburger

Der Dreißigjährige Krieg

1618 berief der Kaiser Mathias (1612 – 1619) seinen Vetter Ferdinand (ab 1619 deutscher Kaiser) gegen den Willen des protestantischen Adels zum König von Böhmen. Der tschechische Adel leistete Widerstand. Kurz entschlossen warfen Adlige als Zeichen des Protest zwei kaiserliche Räte aus dem Fenster der Burg von Prag und wählten Friedrich von der Pfalz – er war zugleich Anführer der protestantischen Union – zu ihrem König.

Ferdinand rüstete ein großes Heer aus und ließ es nach Böhmen marschieren. Spanien und die katholische Liga waren seine Verbündeten. So nahm der Krieg seinen Anfang in Böhmen, sprang bald auf Deutschland über, breitete sich immer weiter aus, setzte schließlich ganz Mitteleuropa in Brand.

1620 stellten sich auf dem Weißen Berg bei Prag die Gruppen beider Lager zur Entscheidungsschlacht. Das Heer des protestantischen Adels erlitt eine schwere Niederlage.

Das Lager der Protestanten ging jedoch bald zum Gegenangriff über. Der König von Dänemark stand an ihrer Spitze. Er nutzte den Hader zur

Stärkung seiner Lage in Norddeutschland aus. Ziel seines Handelns war der Neuerwerb von Bistümern. 1625 fielen seine Heere in Niedersachsen ein. England und Holland standen an seiner Seite. Der Kaiser geriet in eine schwierige Situation, denn seine Gegner hatten ein militärisches Übergewicht. Da trat Wallenstein auf die politische Bühne. Er vollzog eine Wende zugunsten des Kaisers.

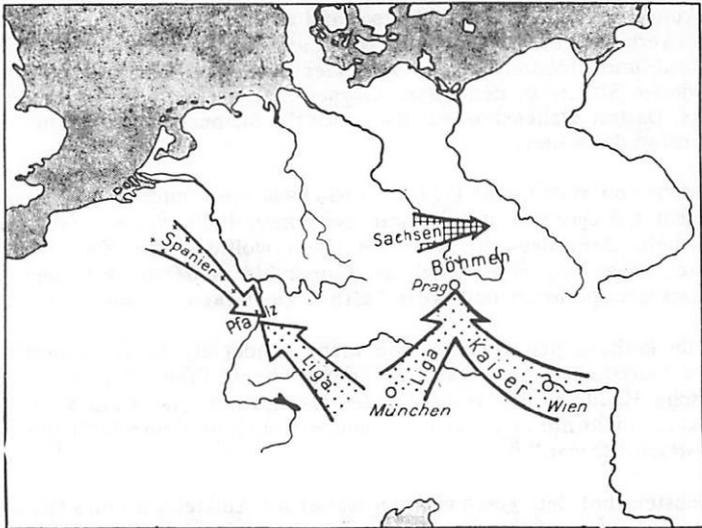
Albrecht von Wallenstein (1583 – 1634) war ein böhmischer Adliger mit riesigem Großgrundbesitz. Er war zwar katholisch und unterstützte die kaiserliche Zentralgewalt. Aber vor allem wollte er die Zwietracht der Fürsten beenden, eine weltliche Monarchie schaffen mit dem Ziel, Deutschland politisch und wirtschaftlich zu stärken. Darum unterwarf er

„die katholischen Reichsstände nicht minder als die protestantischen der kaiserlichen Autorität.“ So kennzeichnete Franz Mehring das politische Handeln und Wollen dieses Mannes. Er „hatte ein klares Ziel, das . . . nicht nur erreichbar war, sondern auch im Sinne des historischen Fortschritts war.“⁸⁾

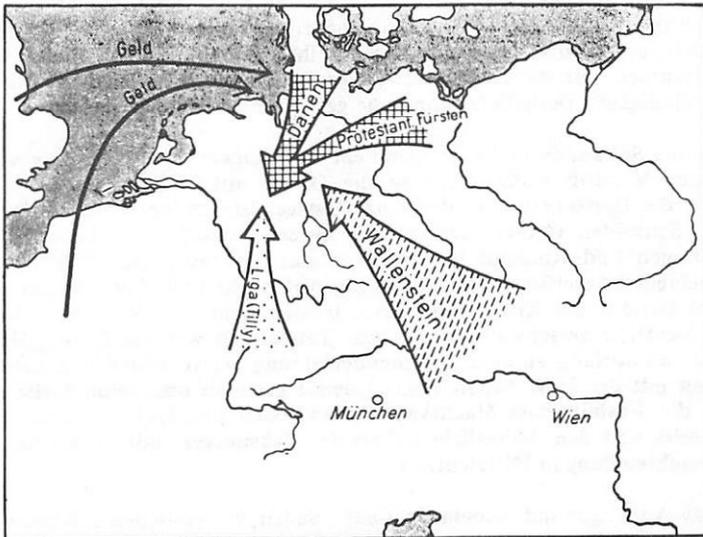
Wallenstein bot dem geschwächten Kaiser die Aufstellung eines Heeres an. Ferdinand ging auf das Angebot ein. Wallenstein hielt Wort. Bald befehligte er ein Heer von 30 000 Söldnern. Er eroberte mit seinen Truppen Schleswig und besetzte auch Mecklenburg. Der Dänenkönig floh aus Deutschland und der Kaiser stand wieder auf der Höhe seiner Macht. Nun sollte sich zeigen, daß es auch den katholischen Fürsten nicht um die Einheit des Reiches unter einem katholischen Kaiser ging, sondern um die Steigerung der jeweiligen eigenen Macht. Sie betrachteten Wallensteins Handeln argwöhnisch und bangten um ihre Unabhängigkeit. Wallenstein war nunmehr ihr stärkster Widersacher, bedrohte er doch ihre politische Selbständigkeit. Deshalb begannen sie gegen ihn zu intrigieren.

1630 fiel Schweden in Deutschland ein. Der Schwedenkönig Gustav Adolf sah den Vorstoß Wallensteins an die Ostsee mit Unbehagen. Er selbst wollte die Herrschaft über die ganze Ostseeküste erringen. Bereits früher hatte Schweden Gebiete entlang der Ostsee erobert. Das „katholische“ Frankreich und Rußland unterstützten das „protestantische“ Schweden bei seinem kriegerischen Vorgehen gegen den „katholischen“ Kaiser. Das wahre Gesicht des Krieges kam jetzt immer mehr zum Vorschein. Seine religiöse Hülle verschwand zusehends. Tatsächlich war der Dreißigjährige Krieg von Anfang an eine Auseinandersetzung der verschiedenen Landesfürsten mit der kaiserlichen Zentralgewalt gewesen und nahm fortschreitend die Gestalt eines Machtkampfes zwischen Frankreich – Schweden einerseits und dem kaiserlichen Haus der Habsburger andererseits um die Vormachtstellung in Mitteleuropa an.

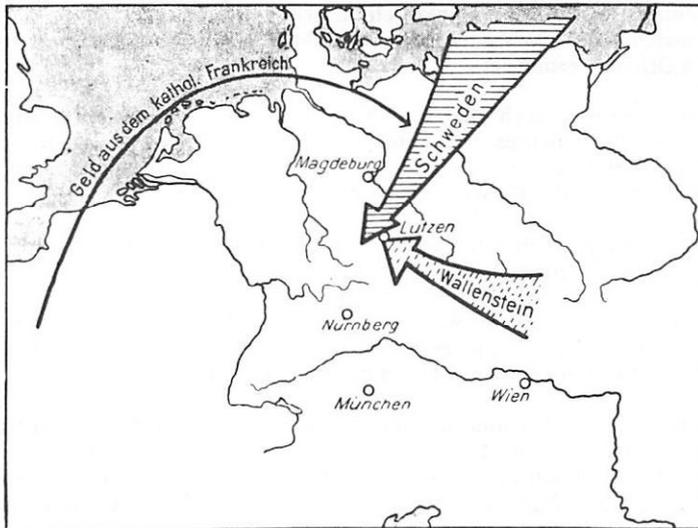
Gustav Adolf zog mit seinem Heer nach Süden, versetzte den Söldnern der Liga empfindliche Schläge, so daß der Kaiser erneut in Bedrängnis geriet. Zwar fiel Gustav Adolf 1632 bei Lützen, aber die Schweden siegten dennoch in dieser Schlacht. Wallenstein wich nach Böhmen aus und verhandelte dort hinter dem Rücken des Kaisers mit Schweden und Frankreich



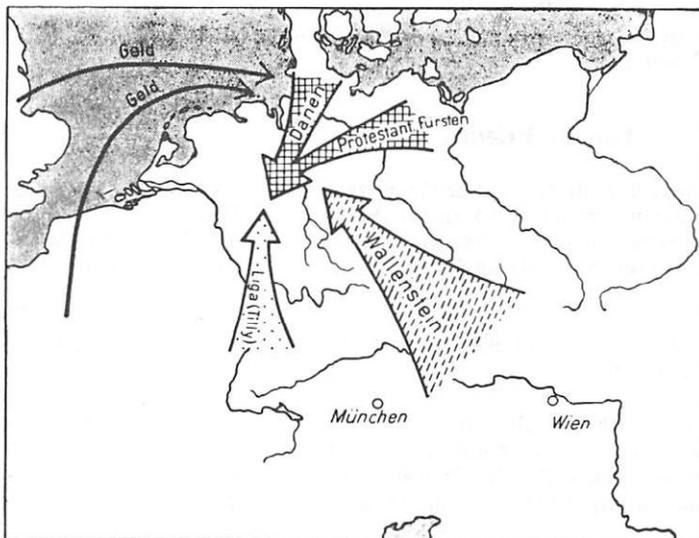
Die wichtigsten Feldzüge im Böhmischem-Pfälzischen Krieg (1618-1622)



Die wichtigsten Feldzüge im Dänischen Krieg (1625-1629)



Die wichtigsten Feldzüge im Schwedischen Krieg (1630-1648)



Die wichtigsten Feldzüge im Dänischen Krieg (1625-1629)

um einen günstigen Friedensabschluß. Der Kaiser erhielt davon Kunde, Wallenstein fiel in kaiserliche Ungnade und wurde 1634 in Eger von einem seiner Offiziere ermordet.

Dennoch verließ auch die Schweden das Kriegsglück. Die kaiserlichen Heere errangen mehrere Siege und zwangen die Schweden zum Rückzug. Sachsen schloß mit dem Kaiser Frieden. Brandenburg folgte diesem Beispiel. Die Macht des Kaisers war wieder im Anwachsen.

Jetzt trat Frankreich offen an die Seite der Schweden und erklärte 1635 Spanien und Österreich den Krieg.

Frankreich errang einige Siege und zwang 1644 den Herzog von Bayern zum Waffenstillstand. Zusammen mit Schweden schlug es ein Jahr später bei Jankau in Böhmen vernichtend das kaiserliche Heer.

Der Krieg löste sich nun aus allgemeiner Erschöpfung immer stärker in Einzelaktionen auf. Weite Landstriche Deutschlands wurden in eine Wüste verwandelt. Söldner, ob kaiserliche oder schwedische, französische oder fürstliche, alle plünderten, mordeten und brandschatzten das deutsche Land.

Städte und Dörfer lagen in Schutt und Asche. Die Bevölkerungszahl sank teilweise auf weniger als die Hälfte des Vorkriegsstandes herab. Handel und Gewerbe lagen danieder. Das Bürgertum resignierte. Viele Äcker verödeten. Der Viehbestand ging rapide zurück. Hungersnot plagte die Menschen. Die Armut trieb die Bauern in Scharen in die Obhut der Gutsbesitzer. Die Leibeigenschaft entwickelte sich vor allem in Ostdeutschland noch schneller als vor 1618.

Der Westfälische Frieden

Schließlich starb das blutige Gemetzel an Erschöpfung und zwang die verschiedenen Parteien 1645 an den Verhandlungstisch. Die Abgesandten der Lager rangen und feilschten lange um greifbare Ergebnisse. Endlich wurde am 24. Oktober 1648 in Osnabrück und Münster die Friedensakte unterzeichnet.

Der Westfälische Frieden vollendete und festigte die Zersplitterung Deutschlands:

„Die letzte Autorität von Kaiser und Reich war unwiederbringlich dahin“ schrieb Franz Mehring über den Kriegsabschluß, „die Libertät der Stände, das heißt die Souveränität (Selbständigkeit – der Verf.) der Landesobrigkeiten siegte auf der ganzen Linie.“⁹⁾

Das Deutsche Reich war jetzt mehr ein loser Bund von 296 verschiedenen Staaten und über 1000 Besitzungen der reichsunmittelbaren Ritter.

Die eigentlichen Sieger des Dreißigjährigen Krieges waren aber Frankreich und Schweden. Beide Länder entrissen Deutschland breite Landstriche im Norden und Süden und eigneten sich die Gebiete und Mündungen der handelswichtigen Flüsse an. Die Niederlande und die Schweiz schieden aus dem deutschen Reichsverband aus. Frankreich wurde Herr auf dem Festland Europas.

Die Verwüstung und die Entvölkerung in den deutschen Landen war grenzenlos. Deutschland war ausgeblutet und auf Jahrhunderte hinaus politisch ohnmächtig. Es war für 200 Jahre aus der Reihe der politisch tätigen Nationen Europas gestrichen.

Fürstenwillkür

Die Herren im Land waren nach 1648 die souveränen Landesobrigkeiten.

„In der ganzen Weltgeschichte gibt es vielleicht keine Klasse“, so charakterisierte Franz Mehring die fürstlichen Herrscher in Deutschland, „die so lange Zeit so arm an Geist und Kraft und so überschwenglich reich an menschlicher Verworfenheit gewesen ist wie die deutschen Fürsten des 17. und 18. Jahrhunderts. Schamlos entartet, wälzten sie sich in allen Lastern und Sünden.“ 10)

Die großen und kleinen adligen Tyrannen lebten in Saus und Braus und bremsten durch ihre despotische Herrschaft die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland. Dieser fürstlichen Winkeltyrannei stand kein wirksamer Widerstand entgegen. Die Junkerkaste stellte die Kammerdiener, Spießgesellen, Offiziere der Fürsten und verlotterte mit ihnen. Die Bauern vegetierten mehr dahin, als daß sie lebten. Die Städte litten unter dem Verfall des Handels und des Handwerks. Das einfache Volk stöhnte unter der Last der fürstlichen Willkür. Die Landesherren verkauften nicht selten für teures Geld Untertanen als Kanonenfutter für fremde Mächte, so z.B. der Landgraf von Kassel 12 000 Soldaten für rund 2 800 000 Pfund Sterling an die Engländer für deren Kolonialkrieg in Amerika. Diese schändliche Treiben des hohen Adels erregte das Volk, und seine besten Vertreter prangerten in Wort und Schrift die Willkürherrschaft und Verschwendungssucht der Fürsten an.

Friedrich Schiller verdammt in seinem Drama „Kabale und Liebe“ das schändliche Treiben der Despoten, ihren Menschenhandel:

Kammerdiener: (zu einer herzoglichen Maitresse) „Seine Durchlaucht der Herzog empfehlen sich zu Gnaden und schicken Ihnen diese Brillanten zur Hochzeit. Sie kommen soeben aus Venedig.“

Maitresse: „Mensch! Was bezahlt Dein Herzog für diese Steine?“

Kammerdiener: „Sie kosten ihn kein Heller!“

- Maitresse: „Was? Bist Du rasend? Nichts? – Und wirfst mir da einen Blick zu, als wenn Du mich durchbohren wolltest. – Nichts kosten ihn diese unermeßlich kostbaren Steine?“
- Kammerdiener: „Gestern sind siebentausend Landeskinder nach Amerika fort – die zahlen alles.“
- Maitresse: „Mann, was ist Dir? Ich glaube Du weinst?“
- Kammerdiener: „Edelsteine, wie diese da – ich hab’ auch ein paar Söhne darunter.“
- Maitresse: „Doch keinen gezwungen?“
- Kammerdiener: „Oh Gott! – Nein – Lauter Freiwillige. Es traten wohl so etliche vorlaute Burschen vor die Front heraus und fragten den Obersten, wie teuer der Fürst das Joch Menschen verkaufe. Aber unser gnädigster Landesherr ließ alle Regimenter auf dem Paradeplatz aufmarschieren und die Maulaffen niederschießen. Wir hörten die Büchsen knallen, sahen ihr Gehirn auf das Pflaster spritzen, und die ganze Armee rief: Juche! Nach Amerika!“

Die Aufklärung

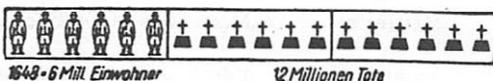
In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts wurde bei dem bewußten Teil des zahlenmäßig und wirtschaftlich sehr schwachen Bürgertums das Bedürfnis nach persönlichem Schutz vor fürstlicher Willkür, das Streben nach nationaler Einigung und Aufklärung sowie wissenschaftlicher Erkenntnis der Welt spürbar. Die Gebildeten sahen, wie andere Länder aufblühten. Schmerz erfüllte sie über die deutsche Rückständigkeit. Sie spürten die drückende Rechtlosigkeit stärker, empörten sich über die Unbildung, waren erbittert über die angestammten Herren. So begann der Geist sich vorsichtig zu regen. Zunächst griff er die religiöse Form der alten Herrschaft an.

Samuel Pufendorf, ein Staatsrechtler aus Sachsen (1632 – 1694), kritisierte z.B. die vorhandenen Zustände in Deutschland und verlangte die Aufhebung der geistlichen Fürstentümer und des Jesuitenordens. **Gottfried Wilhelm Leibnitz** (1646 – 1716) war der genialste Denker jener Zeit in Deutschland. Er beherrschte als Philosoph, Historiker, Staatsrechtler und Naturwissenschaftler das ganze theoretische Wissen seiner Zeit. Er war maßgeblich an der Gründung der Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Jahre 1700 beteiligt.

Christian Thomasius (1655 bis 1728) und **Christian Wolff** (1679 bis 1754) zählten ebenfalls zu den Vertretern der deutschen Aufklärung. Thomasius erwarb sich vor allem große Verdienste um die deutsche Sprachentwick-

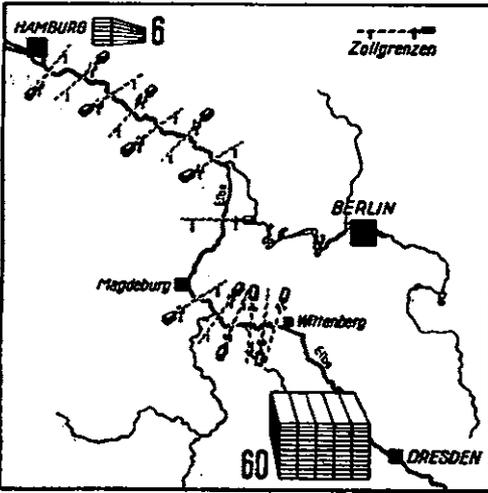


Die Verluste der Bevölkerung im Dreißigjährigen Krieg



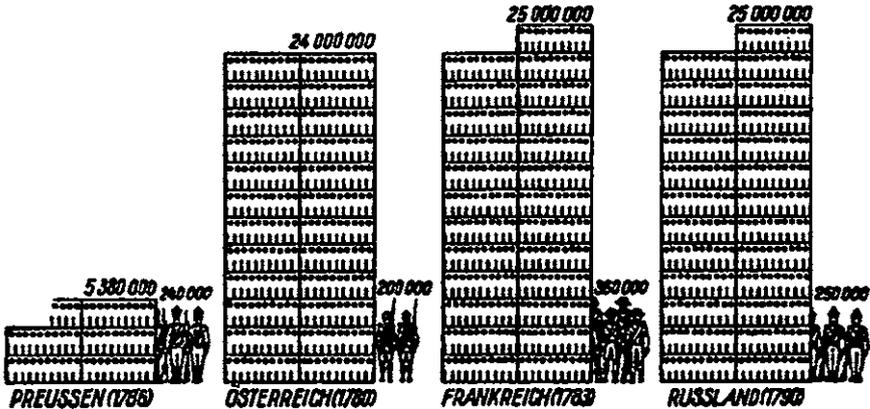
In Augsburg lebten vor 1618 6000 Weber. Nach dem Kriege waren es 500. Nur noch ein Zwölftel der Webwaren wurde hergestellt. So wie in Augsburg sah es in vielen Städten Deutschlands aus





Zölle auf der Elbe.

Im Jahre 1698 wurden von Dresden nach Hamburg 60 Bretter gebracht. In Hamburg war der Preis zehnmal so hoch wie in Dresden. Es kosteten also in Hamburg 6 Bretter soviel wie in Dresden 60. Dieser hohe Preis entstand durch die vielen Abgaben auf der Strecke von Dresden nach Hamburg



Preußens Bevölkerung und seine Armee im Verhältnis zu anderen Staaten

lung und um die Popularisierung der Wissenschaften. Er setzte an seiner Universität in Halle Deutsch als Vorlesungssprache durch. Vorher wurde nur in Latein gelehrt. 1688 gab er die erste deutschsprachige wissenschaftliche Zeitschrift, „Monatsgespräche“ heraus. Christian Wolff schuf die erste Darstellung eines philosophischen Systems in deutscher Sprache.

1652, es war am 1. Januar, entstand in Halle durch das Wirken der Ärzte Johann Laurentius Bausch, Johann Michael Fehr, Balthasar Metzger und Georg Balthasar Wohlfahrt die erste deutsche naturwissenschaftliche Akademie (Academia Naturae Curiosorum).

Es regte sich auch Neues in der Literatur. Dichterschulen und Sprachgesellschaften entstanden. Deutsche Dichter, wie Friedrich von Glogau (1604 bis 1655), Andreas Gryphius (1616 bis 1664) und Christoffel von Grimmelshausen (1622 bis 1676) stritten in ihren Werken vor allem gegen das Nachäffen fremdländischer Lebensweisen. Glogau schrieb viele Sinngedichte gegen die Verfremdung der deutschen Kultur. Gryphius führte erstmals das Lustspiel als dichterische Gattung in Deutschland ein. Grimmelshausens „Abenteuerlicher Simplicissimus“ (1668), mit einem wirklichkeitsnahen Bild der Zustände des Dreißigjährigen Krieges und seiner lebensnahen Erzählerweise, machten den Dichter schon bei Lebzeiten berühmt. Hans Michael Moscherosch (1601 bis 1669) ging als Dichter mit den Lastern seiner Zeit und besonders der fürstlichen Herrscher streng ins Gericht. Christian Reuter (1665 bis 1712) zog wiederum mit seinem Roman „Schelmuffskys Reisebeschreibung“ gegen das kriecherische Spießbürgertum von damals zu Felde.

Und im Herzen Deutschlands ertönte bald die Musik des großen Johann Sebastian Bach (1685 bis 1750), von dem ein anderer Großer der Musik, Beethoven, später sagte, er sollte nicht „Bach“, „Meer“ sollte er heißen!

Die neuen europäischen Machtverhältnisse

Deutschland wurde nach dem Dreißigjährigen Krieg für viele Jahrzehnte zum Tummelplatz der Machenschaften ausländischer Mächte. Das Reich als Ganzes verharrte in seiner politischen Ohnmacht. Frankreich dagegen besaß unbestritten die Vorherrschaft in Europa. England wuchs aber rasch zu seinem Rivalen heran und begann das Geschehen in Europa mitzubestimmen. Rasch vermehrte Holland seinen Reichtum und vermochte seinen Einfluß zu steigern. Spanien büßte seine Stellung als Weltmacht ein und auch Schweden verlor schnell an Geltung. Polen wiederum litt stark an der feudalen Anarchie, während sich Rußland allmählich zu einer europäischen Großmacht entwickelte. Dieses Bild bot Europa nach 1648.

Während das ursprüngliche Gebiet des deutschen Reiches, die Länder zwischen Alpen, Rhein und Elbe, stagnierte oder gar verfiel, rückten zwei andere deutsche Randstaaten, Österreich und Preußen, in den Vordergrund.

Der Aufstieg Österreichs

Der Dreißigjährige Krieg hatte die Stellung des Kaiserhauses geschwächt. Trotzdem hatten die Habsburger die stärkste Hausmacht in Deutschland. Deshalb stellten sie auch weiterhin den deutschen Kaiser. Allerdings war ihr Einfluß auf das Reich geringer als vor 1618. Ihr Einflußgebiet verlagerte sich damals nach dem südosteuropäischen Raum. Ländereien im Westen, so Lothringen und die Niederlande, hatten sie durch den Krieg verloren. Außerdem suchten die Balkanvölker bei dem Kaiser Schutz vor den angriffslustigen Türken, die große Teile des Balkans bereits erobert hatten. Dieser Umstand beschleunigte die Herausbildung des österreichischen Nationalitätenstaates. Dieser Staat war sowohl wirtschaftlich als auch seiner volksmäßigen Zusammensetzung nach sehr uneinheitlich.

Die Hauptstütze der Habsburger Hausmacht beim Ausbau der Zentralgewalt mußte der Adel sein. Die Bauern waren weitgehend leibeigen, und das Bürgertum wurde erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts selbstbewußter.

1683 rückten die Menschen des österreichischen Vielvölkerstaates eng aneinander. Die Türken marschierten auf Wien zu und standen fast vor den Toren des Kaisersitzes. Sie verbreiteten Angst und Schrecken in breiten Teilen des österreichischen Raumes und selbst über dessen Grenzen hinaus. Verzweifelt setzten sich die kaiserlichen Heere den türkischen Angriffen zur Wehr. Schließlich erlitten die Türken durch den Heerführer Prinz Eugen und seine Truppen eine vernichtende Niederlage. Schritt für Schritt zogen sie sich, hartnäckig bedrängt von Österreich und seinen Verbündeten, zurück. 1699, im Frieden von Karlowitz, mußten sie ganz Ungarn und Siebenbürgen (ohne Banat), an die Habsburger abtreten. Österreich entwickelte sich in wenigen Jahrzehnten zu einer europäischen Macht und geriet mit dem gleichfalls emporstrebenden Junkerstaat Brandenburg/Preußen in zunehmende Widersprüche.

Der Junkerstaat Brandenburg/Preußen

Gerade die Ursachen, die den wirtschaftlichen Niedergang in Deutschland hervorgerufen hatten, nämlich die Verlagerung der Handelswege vom Land aufs Meer, wirkten sich für den Aufstieg des Kurfürstentums Brandenburg günstig aus. Alle großen Ströme, die in die Nord- oder Ostsee mündeten, so der Rhein ¹¹⁾ die Weser, die Elbe und Oder, durchflossen brandenburgisches Gebiet. Dadurch war Brandenburg mit den fortschrittlichen Ländern, in denen schon der Kapitalismus Fuß gefaßt hatte, verbunden. Zugleich förderte diese Lage den Aufschwung der Wirtschaft des Kurfürstentums. Der Staat Brandenburg/Preußen verdankte aber noch einem anderen Umstand seine wachsende Rolle. Er

„ist groß geworden durch permanenten Verrat an Kaiser und Reich, und nicht minder groß ist er geworden durch das Schaben und Schinden seiner arbeitenden Klassen.“ ¹²⁾

Friedrich Wilhelm (1640 bis 1688), Kurfürst von Brandenburg, legte den Grundstein für den preußischen Militärstaat. Er begann seine Herrschaft mit einer Reform des Heeres. Der Kurfürst schuf ein stehendes Heer. 1653 bewilligten ihm die Junker die nötigen finanziellen Mittel. Das Heer wurde seine Hauptstütze. Die Junker erhielten als Gegengabe große Vorrechte. Nunmehr besaßen sie Abgabe- und Zollfreiheit für Korn-, Holz- und Wollausfuhr sowie freies Jagdrecht.

Der Kurfürst betrieb eine selbstsüchtige Schaukelpolitik. Bald unterstützte er Polen, dann wieder dessen Gegner Schweden, war zugleich Komplize des Kaisers, sympathisierte aber auch mit dem kaiserlichen Widersacher, dem französischen König Ludwig XIV. Friedrich Wilhelm vermochte auf diese Art, seinen Besitz im Laufe seiner Herrschaft um das Mehrfache zu vergrößern.

1688 übernahm **Friedrich I.** das Erbe. Dieser Kurfürst hatte sehr ehrgeizige Pläne. Er strebte nach der Königskrone und buhlte darum beim Kaiser. Jedes Mittel war ihm dafür recht. Selbst vor dem Verkauf seiner Untertanen an den Kaiser schreckte er nicht zurück. Friedrich erreichte sein Ziel 1701. Er ließ sich in diesem Jahr in Königsberg zum König von Preußen krönen.

Die Schlüsselfigur des preußischen Militärstaates war jedoch Friedrich II., der sogenannte Alte Fritz oder „Friedrich der Große“ (1740 bis 1786). Sein Vorgänger hatte Preußen bereits zu einem Militärstaat ausgebaut. Das einfache Volk stöhnte unter der Last der militärischen Ausgaben. Das kulturelle Leben erstarrte völlig unter dem Korporalstock preußischer Militärs. Getreu der Tradition verstärkte auch Friedrich II. die preußische Armee. Bereits 1740, also im Jahr seiner Einsetzung als König, griff er Österreich an. Preußen trachtete nach mehr Macht und Landbesitz, vor allem lockte ihn Schlesien, das Österreich gehörte. Auch wollte er Österreichs Vormachtstellung im Reich brechen.

1741 standen sich die Heere beider Staaten bei Mollnau gegenüber. Sieger blieben die Preußen, so daß Österreich Schlesien verlor. Aber der Appetit Preußens nach fremdem Land nahm noch zu. Es brach 1756 den Siebenjährigen Krieg vom Zaun. (1756 bis 1763). Angriffsziel war zunächst Sachsen. Preußen war anfangs das Kriegsglück hold. Es ging aus den Schlachten bei Roßbach (1757), Leuthen (1757) und Zorndorf (1758) als Sieger hervor. Bald aber wendete sich das Blatt. 1759 erlitten die Preußen bei Cunnnersdorf eine schwere Niederlage. 1760 besetzten russische Truppen als Verbündete der Österreicher sogar für einige Tage Berlin.

Der Tod der russischen Zarin rettete im Jahre 1762 den preußischen Thron vor dem Untergang. Peter III., neuer russischer Zar, verehrte Friedrich II. und brach den Krieg mit ihm ab und gewährte ihm sogar militärische Hilfe. 1763 führten Erschöpfung und Kriegsmüdigkeit vor allem Österreichs zum Frieden. Preußen behielt Schlesien.

Eines der unrühmlichsten Kapitel preußischer Geschichte ist die Unter-

drückung Polens. Preußens Herrscher schielten bereits jahrzehntelang nach dem polnischen Nachbarn. Sie registrierten die Zerrissenheit und Uneinigkeit der Stände Polens mit heimlicher Freude und witterten reiche Beute. 1769 schlug der König von Preußen Rußland eine Teilung Polens vor. Aber Rußland reagierte zunächst verhalten. Kurze Zeit danach ließ es sich aber von Österreich und Preußen für den gemeinsamen Raub gewinnen. Preußen erhielt das spätere Westpreußen ohne Gdansk (Danzig) und Torun (Thorn). Das war ihm noch zu wenig. Er drängte auf eine weitere Teilung. 1793 kam es dazu. Jetzt eignete sich Preußen auch noch das ganze Gebiet zwischen Schlesien und Westpreußen an. Aber selbst das genügte dem preussischen Herrscher noch nicht. 1795 riß er schließlich das ganze Gebiet um Warschau und andere Teile Polens an sich.

Was geschah mit dem geraubten Boden?

„Eine Menge Strauchritter, Günstlinge königlicher Maitressen, Kreaturen der Minister, Helfershelfer, denen man den Mund stopfen wollte, wurden mit den größten und reichsten Gütern des geraubten Landes beschenkt und hiermit den Polen ‚deutsche Interessen‘ und ‚überwiegend deutscher Grundbesitz‘ eingefropft.“ 13)

Später mußte Preußen einen Teil der geraubten polnischen Gebiete wieder herausgeben.

Nutznießer der preußischen Raubzüge waren vor allem die Junker. Die Eroberungspolitik Friedrich II. brachte reiche Beute. Der Leidtragende dieser Politik war das arme Volk, insbesondere die Bauern und Handwerker. Die Handwerker fristeten ein karges Dasein und zahlten drückende Steuern. Das Leben der Bauern war menschenunwürdig. In der Mehrzahl waren sie leibeigene Untertanen der Junker. Jedes Jahr gab es einen Gestellungstag, an dem jeder Untertan seine Kinder, deren christliche Konfirmation erfolgt war, dem Gutsherrn vorführen mußte. Dieser verfügte nun nach Gutdünken über dieselben. Zu dem einen Untertan sagte er: „Dein ältester Sohn wird drei Jahre auf meinem Oberhof Großknecht, Dein jüngster Sohn auf dem Mittelhof Pferdejunge“; zum anderen: „Deine Tochter wird Mittelmagd auf dem Niederhofe“; zu dem dritten: „Dein ältester Sohn wird Ochsenknecht“ (nach zeitgenössischen Berichten). Geringe Vergehen der Untertanen wurden mit Peitschenhieben, Spießrutenlaufen, Stockschlägen, Straf- oder Zwangsarbeit geahndet.

„Da mußten wir zusehen“, schrieb ein preußischer Soldat über die Qualen der zum Spießrutenlaufen Verurteilten, „wie man sie durch 200 Mann achtmal die lange Gasse auf- und ablaufen ließ, bis sie atemlos hinsanken, wie sie des folgenden Tags aufs neue dranmußten, die Kleider vom zerhackten Rücken gerissen und wieder frisch drauflos gehauen wurde. Dann sahen wir uns zitternd und totenblaß an.“ Das Schinden und Schaben der Bauern erregte selbst königlichen Unwillen. Der König brauchte gesunde Soldaten. Deshalb erließ er einige Dekrete, die das Los der bäuerlichen Untertanen etwas mildern sollten. Diese Maßnahmen änderten allerdings nicht viel an der Unterdrückung der Masse der preußischen Bevölkerung.

Ein grausamer Militarismus, eine bornierte Junkerherrschaft und die Ausplünderung der armen Volksschichten, das blieben auch weiterhin die Merkmale des preußischen Staates.

Deutschland am Ausgang des 18. Jahrhunderts

Nach wie vor arbeitete die übergroße Mehrheit der Menschen auf dem Lande. Die Landwirtschaft hatte sich aber in dem von uns behandelten Zeitraum nur langsam entwickelt. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts tat sie einen Schritt nach vorn. Industriell rückten in dieser Zeit Sachsen und die westlichen Gebiete Deutschlands in den Vordergrund. Sachsen produzierte vor allem Textilien. In Westdeutschland entwickelte sich besonders das Berg- und Hüttenwesen. Handwerk und Hausindustrie erzeugten aber immer noch den größten Teil der industriellen Produktion.

„Das durch Wucher und Handel gebildete Geldkapital wurde“, wie Karl Marx die Lage beschrieb, „durch die Zunftverfassung in den Städten an seiner Wandlung in industrielles Kapital behindert.“¹⁴⁾

Zusätzlich wirkte die nationale Zerrissenheit Deutschlands mit ihrer buntscheckigen Kleinstaaterei und despotischen Unterdrückung einer industriellen Entwicklung entgegen. Deutschland hielt auf diesem Gebiet mit den westeuropäischen Ländern nicht Schritt.

Ein Meister des Wortes und kühner Verfechter bürgerlichen Denkens war **Friedrich Gottlieb Klopstock** (1724 bis 1803). Die Verse seines Gedichtes „Der Messias“ schlugen

„wie ein Blitz“ ein, schrieb Franz Mehring, „weil sich in ihnen eine Dichterkraft offenbarte, wie sie seit Jahrzehnten in Deutschland nicht mehr erschienen war.“¹⁵⁾

Das Gedicht „Mein Vaterland“ und das „Vaterlandslied“ zeugten von seinem nationalen Empfinden. Klopstock rüttelte die Bürger wach, rief sie zu Taten wider die schrecklichen Zustände auf, wurde durch sein patriotisches Pathos und seinen klangvollen dichterischen Ausdruck zum verehrten Anreger des literarischen Nachwuchses seiner Zeit.

Gotthold Ephraim Lessing (1727 bis 1781) war einer der kühnsten Vertreter der bürgerlichen Aufklärung.

„Sollte sich der Mensch nicht einer Freiheit schämen“, so spricht eine seiner Dichtergestalten, „Die es verlangt, daß er Menschen zu Sklaven habe?“

Der Dichter trug viel bei zur Herausbildung eines deutschen Nationalbewußtseins. Leidenschaftlich focht er in seinen Werken für die Verwirklichung einer bürgerlichen Humanität. Sein kritischer Geist war sehr gefürchtet. Unerschrocken und tapfer legte Lessing die Wunden seiner Zeit bloß

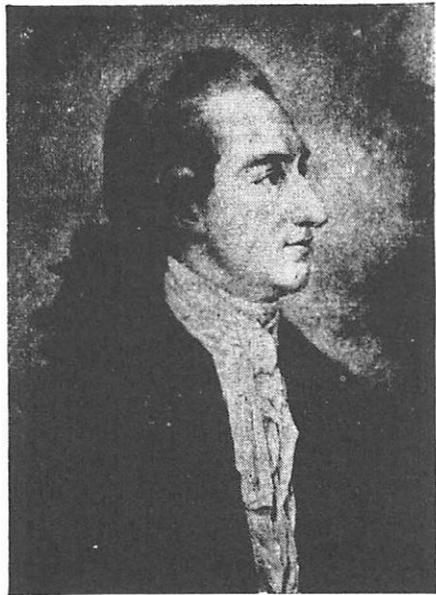


Abb. 56 Johann Wolfgang Goethe, Jugendbildnis (Gemälde von G. O. May).

Er lebte von 1749 bis 1832. Von 1765 bis 1772 studierte er in Leipzig und Straßburg. Ab 1775 lebte er am Weimarer Hof als Staatsmann, Dichter und Naturforscher

Gotthold Ephraim Lessing.

Er lebte von 1729 bis 1781 und arbeitete als Dichter, Kritiker, Leiter des Hamburger Theaters und zuletzt als Bibliothekar in Wolfenbüttel





Friedrich Schiller (Nach einem Gemälde von G. von Kügelgen).

Er lebte von 1759 bis 1805. Von 1773 bis 1780 war er Kadett, 1780 Regimentshilfsarzt, ab 1782 Theaterdichter. 1789 wurde er Professor der Geschichte in Jena, 1794 schloß er Freundschaft mit Goethe, ab 1799 wohnte und arbeitete er in Weimar



Wolfgang Amadeus Mozart (1756 bis 1791).

Er lebte in Österreich, war Solist, Komponist und Dirigent. Durch sein aufrechtes Verhalten bekam er schließlich bei den Fürsten weder eine Anstellung noch weitere Aufträge. Mozart starb in großer Armut

Sein Drama „Emilia Galotti“ verurteilte die Niedertracht der fürstlichen Tyrannen, die die Töchter ihrer Untergebenen als Freiwild ansahen. Das Schauspiel „Minna von Barnhelm“ gab ein Spiegelbild der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Überwindung der nationalen Zerrissenheit. Höhepunkt seines dichterischen Schaffens war das Drama „Nathan der Weise“ (1779). Lessing verlieh darin der Gestalt Nathans wahre menschliche Eigenschaften wie Weisheit, Vernunft, Güte und Duldsamkeit. Diese Dichtung war ein Hohelied auf die Menschlichkeit. Lessings Wirken und Schaffen übte einen starken Einfluß auf das geistige Leben in Deutschland aus.

Johann Gottfried Herder (1744 bis 1803) prangerte mit scharfer Feder den Partikularismus und Despotismus der Fürsten an und forderte energisch die Einheit Deutschlands. Seine Schriften hinterließen vor allem bei den jungen Intellektuellen, bei der jungen Dichtergeneration des „Sturm- und Drang“¹⁶⁾ tiefen Eindruck. Herder erklärte das Volk zur Hauptquelle der Kultur. Deshalb sammelte er Volkslieder und übergab sie seinen Mitmenschen als „Stimmen der Völker in Liedern“.

Auch **Christian Fürchtegott Gellert** (1715 bis 1769) und **Christoph Martin Wieland** (1733 bis 1813) waren Wegbereiter der deutschen Dichtung. Gellert ist heute noch durch seine Fabeln bekannt. Wieland erwarb sich vor allem als Übersetzer von klassischen Werken und der Dichtkunst Shakespeares bleibende Verdienste.

Jene Zeit gebar auch die beiden größten deutschen Dichter Goethe und Schiller. **Johann Wolfgang Goethes** (1747 bis 1823) dichterisches Genie begann sich unter dem Einfluß des „Sturmes und Dranges“ deutscher Literatur zu entfalten. Zwei Werke machten Goethe zunächst weltbekannt. Das war das Schauspiel „Götz von Berlichingen“ und der Roman „Die Leiden des jungen Werther“. **Friedrich Schillers** (1759 bis 1805) revolutionärer Geist wurde erstmals in dem Drama „Die Räuber“ sichtbar. Wenige Jahre später, 1784, geißelte der Dichter in „Kabale und Liebe“ die schweren Mißstände der fürstlichen Macht.

Etwas später als die klassische Literatur begann sich die klassische bürgerliche Philosophie in Deutschland herauszubilden. **Immanuel Kant** (1724 bis 1805) war ihr erster Vertreter.

„Der Kern seiner neuen Lehre bestand darin, daß die ganze Erscheinungswelt, wie wir sie mit unseren Sinnen und unserem Verstande auffassen, vollständig durch die Einrichtung unseres Sinnes und unseres Verstandes bestimmt werde und daß wir daher das wahre Wesen der Dinge (das ‚Ding an sich‘) nicht erkennen könnten, daß aber unsere Erkenntnis deshalb noch keineswegs wertlos und zweideutig, sondern vielmehr durch unabänderliche Gesetze geregelt, notwendig und von unserem Wesen unzertrennlich sei.“¹⁷⁾

Eng verbunden mit dem Wachstum der Philosophie war die Entwicklung anderer Wissenschaften. **Leonhard Euler** (1707 bis 1783) vollbrachte Großes in der Mathematik und der Physik. **Johann Heinrich Lambert**

(1728 bis 1777) machte in der Mechanik wichtige Entdeckungen. **Kaspar Friedrich Wolff** (1733 bis 1794) wiederum schuf die erste wissenschaftliche Theorie von der Entwicklung der Lebewesen.

Die Baukunst durchlebte gleichfalls eine Blütezeit. Dominierend für ihren Stil war seinerzeit der Barock. Einer der berühmtesten Barockmeister war **Balthasar Neumann** (1687 bis 1753). Wiens großer Baumeister war **Bernhard Fischer von Erlach** (1656 bis 1723). **Mathäus Daniel Pöppelmann** (1662 bis 1736) baute den berühmten Zwinger in Dresden. **Andreas Schlüter** (1660 bis 1714) schuf das Schloß in Berlin und **Georg von Knobelsdorff** (1699 bis 1753) entwarf und leitete den Bau des Berliner Opernhauses sowie des Schlosses „Sanssouci“.

Großen Aufschwung erlebte auch die Musik in Deutschland. **Georg Friedrich Händel** (1685 bis 1759), der im bürgerlich viel weiter entwickelten England wirkte, strahlte in seinem Werk den Freiheitswillen des selbstbewußten Bürgers aus. Starken Einfluß auf das musikalische Schaffen übten Vertreter der Wiener Schule wie **Christoph Willibald Gluck** (1714 bis 1784), **Joseph Haydn** (1732 bis 1809) und **Wolfgang Amadeus Mozart** (1756 bis 1791) aus. Allein Mozart hinterließ trotz seines frühen Todes und oft sehr drückenden Lebensverhältnisse der Nachwelt mehr als 600 musikalische Werke. Der Reichtum und die Ursprünglichkeit ihrer musikalischen Ideen, die Breite des Mozart'schen Werkes (symphonische und kammermusikalische Werke, Opern und Ouvertüren) ließ diese Periode musikalischen Schaffens und ihrer Genien Haydn und Mozart zu einem der Gipfel der musikalischen Weltkultur werden.

So erhellte deutscher Geist Deutschlands Weg in die Zukunft, stärkte sein Ansehen, lockerte mit genialen Meisterwerken den Boden für bedeutende politische und wirtschaftliche Umwälzungen.

Zeittafel

1555	Religionsfrieden von Augsburg
1608	Gründung der katholischen Liga
1609	Gründung der protestantischen Union
1618	Prager Fenstersturz – Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges
1620	Schlacht am Weißen Berge bei Prag
1625	Eintritt Dänemarks in den Krieg
1630	Eintritt Schwedens in den Krieg
1632	Schlacht bei Lützen
1635	Kriegseintritt Frankreichs
1648	Westfälischer Friede – Ende des Dreißigjährigen Krieges
1646-1716	Gottfried Wilhelm Leibniz
1685-1750	Johann Sebastian Bach
1683	Niederlage der Türken vor Wien
1699	Frieden von Karlowitz
1701	Preußen wird Königreich
1740-1786	Regierungszeit Friedrich II.
1756-1763	Siebenjähriger Krieg zwischen den Rivalen Preußen/ Österreich
1772	Erste Teilung Polens
1793	Zweite Teilung Polens
1724-1803	Friedrich Gottlieb Klopstock
1729-1781	Gotthold Ephraim Lessing
1744-1803	Johann Gottfried Herder
1749-1832	Johann Wolfgang Goethe
1759-1805	Friedrich Schiller
1724-1804	Immanuel Kant
1685-1759	Georg Friedrich Händel
1756-1791	Wolfgang Amadeus Mozart

Literatur:

- Franz Mehring, Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters in:
Gesammelte Schriften, Band 6, Berlin 1964
- Friedrich Engels, Über das reaktionäre Preußentum, Berlin 1947,
Deutsche Geschichte in drei Bänden, Band 1, Berlin
1965

Anhang

- 1) Vgl. Marxistischer Lehrbrief „Reformation und Bauernkrieg“.
- 2) Franz Mehring, Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters, in:
Gesammelte Schriften, Band 5, Berlin 1964, S. 42
- 3) Ebenda

- 4) Ebenda
- 5) Friedrich Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Berlin 1946, S. 14/15
- 6) Friedrich Engels, Ebenda
- 7) Franz Mehring, a.a.O., S. 43
- 8) Ebenda, S. 47
- 9) Franz Mehring, a.a.O., S. 51
- 10) Franz Mehring, a.a.O., S. 55/56
- 11) Brandenburg erwarb damals gewisse niederrheinische Gebiete.
- 12) Franz Mehring, a.a.O., S. 57
- 13) Karl Marx, in: Neue Rheinische Zeitung, Köln, 29.4.1849
- 14) Karl Marx, Das Kapital, Band I, Berlin 1947, S. 790
- 15) Franz Mehring, a.a.O., S. 62
- 16) Eine Periode deutscher Dichtung, die sich im Anschluß an Klingers Drama „Sturm und Drang“ entwickelte. Kennzeichen war das ungebärdige Drängen des zum Selbstbewußtsein erwachenden bürgerlichen Menschen, sein Protest gegen die hergebrachte Ordnung und Willkürherrschaft feudaler Fürsten.
- 17) Mehring, Ebenda, S. 71

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.



VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

Marxistische Taschenbücher

In der Reihe

Sozialistische Klassiker

Karl Marx

Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit

Paperback · 144 Seiten

W. I. Lenin

Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus

Paperback · 168 Seiten

In der Reihe

Marxismus aktuell

Walter Schellenberg

Wie lese ich „Das Kapital“?

Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx

Paperback · ca. 130 Seiten

Lenin über Trotzki

Mit einem Vorwort von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler

Paperback · ca. 140 Seiten

Die DDR — Entwicklung, Aufbau und Zukunft

Beiträge u. a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Günter Wirth und Kurt Wünsche

Paperback · ca. 160 Seiten

Juri N. Dawydow

Freiheit und Entfremdung

Paperback · ca. 140 Seiten

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution

Hrsgb.: Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus

Band I: SÜDVIETNAM

Band II: NORDVIETNAM

Paperback · ca. 120 bis 130 Seiten



Verlag Marxistische Blätter

6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11
